

Sand im Getriebe – Sondernummer

Website: www.sand-im-getriebe.org

E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

Was wir WOLLEN



Attac Argentinien, Marokko, Dänemark
Attac Togo, Tunesien, Finnland,
Attac Deutschland, Österreich, Schweiz, Flandern
Attac Japan, Spanien, Griechenland, Frankreich
Attac Québec, Norwegen, Focus,



world
social
forum 2009
um outro mundo é possível

Internationale Attac-Bewegung und Weltsozialforum: **Erklärungen zur Globalisierung und ihren KRISEN**



Dieses Heft dokumentiert, auf welche gemeinsamen Grundlagen sich globalisierungskritische Bewegungen in den letzten Jahren einigen konnten.

Weiter liefert es einige Analysen der globalen Situation.

Es bietet auch einige Überlegungen und Vorschläge zur Bedeutung, zu den Erfolgen und Schwächen und zu den aktuellen Aufgaben des Weltsozialforums (WSF).

Einige Wiederholungen in den Texten sind nicht zu vermeiden, es war aber uns wichtig, Antworten zu den vielfältigen Krisen zu dokumentieren.

Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes, 25.7.2010

August 2023: Leider sind einige Links veraltet.

Weltsozialforum in Belém, Brasilien, Januar 2009	
Wir zahlen nicht für die Krise – die Reichen müssen zahlen - Erklärung der sozialen Bewegungen aus aller Welt	3
Erklärung der indigenen Völker	5
In der Krise erst recht: Weg mit den Schulden	6
Attac Verbände u.v.m: Für ein neues wirtschaftliches und soziales System: Die Finanzwelt muss an ihren Platz zurückgesetzt werden! (1. Februar 2009)	8
Antworten zur Wirtschaftskrise und zu weiteren Krisen	
Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel - Die Peking-Erklärung , von mehreren Attac-Verbänden und vielen mehr, <u>Oktober 2008</u>	9
Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel! Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland am <u>12. Okt 2008</u>	12
Weltweite Kehrtwende! Von Attac Deutschland, Attac Österreich, Attac Schweiz, Attac Catalonien, Attac Japan, Attac Spanien, Attac Griechenland, Attac Québec, Focus on the Global South, TNI, Weed, ... <u>November 2009</u>	13
Rosa-Luxemburg-Stiftung, World Forum for Alternatives, TNI: Für eine neue globale Solidarität, <u>Nov 2009</u>	16
System change not climate change! Die Erklärung vom Klimaforum09 Unterschrieben von ca. 500 Organisationen, <u>Dezember 2009</u>	18
Cochabamba: Erklärung der Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde, <u>April 2010</u>	22
Naomi Klein zu Cochabamba: Aufstand gegen die Erfahrung der Hilflosigkeit, <u>April 2010</u>	26
Solidarität mit der griechischen Bevölkerung gegen die Finanzmärkte, vom Internationaler Rat des Weltsozialforums(WSF), <u>8. Mai 2010</u>	27
Solidarisch mit der griechischen Bevölkerung, von Europäischen Attac-Gruppen, <u>Mai 2010</u>	28
Internationale Solidarität	
Solidarität mit den Palästinensern gegen die Grausamkeiten der israelischen Armee von ATTAC Argentinien, ATTAC Marokko, ATTAC Togo, ATTAC Tunesien, <u>Januar 2009</u>	29
Für ein freies und souveränes Haiti! Internationale Petition (Jubileo Sur und über 100 Organisationen, <u>2010</u>)	31
Via Campesina, Jubilee Sur, MST Brasilien und viele mehr: Keine ausländischen Militärbasen! <u>Januar 2010</u>	32
Strategiedebatte im Weltsozialforum	
Weltsozialforum: Charta der Prinzipien, 2001	33
SiG-Redaktion: Strategiedebatte im Weltsozialforum, <u>2008</u>	35
Nach fünf Jahren Weltsozialforum: Aufruf von Bamako , Acht Grundsätze und zehn Vorschläge, <u>2006</u>	36
Samir Amin, François Houtart, Ignacio Ramonet: Das imperiale Projekt zum Scheitern bringen - Vier Bausteine für eine wirklich multipolare Welt, <u>2006</u>	46
Francine Mestrum: Vorbereitung auf die Strategiediskussion am Weltsozialforum, <u>2008</u>	47
Eric Toussaint, CADTM: Von den Widerständen zu den Alternativen, <u>2008</u>	51
Bilanz nach 10 Jahre WSF	
Francine Mestrum: 10 Jahre WSF – Eine andere Welt ist im Entstehen, <u>Februar 2010</u>	57
Susan George: 10 Jahre später, <u>Januar 2010</u>	59
Walden Bello: Zehn Jahre nach Seattle: Nur durch Aktionen wird Wahrheit zu Realität, <u>Januar 2010</u>	61
Bernard Cassen: Auf dem Weg zu einer post-altermondialistischen Wende der Sozialforen? <u>Januar 2010</u>	62
Olivier Bonfond und Eric Toussaint: Perspektiven für das WSF, <u>Februar 2010</u>	64
Weltsozialforum: Einige Internetadressen	67
... Attac ist Teil dieser Bewegung Die „Frankfurter Erklärung“ von attac DE, <u>26.Mai 2002</u>	68

9. Weltsozialforum in Belém, Brasilien, 2009

Wir zahlen nicht für die Krise - die Reichen müssen zahlen

Erklärung der sozialen Bewegungen aus aller Welt, Februar 2009



Um der Krise entgegenzutreten, sind anti-kapitalistische, antirassistische, antiimperialistische,

feministische, ökologische und sozialistische Alternativen notwendig.

Wir, die sozialen Bewegungen aus aller Welt, sind anlässlich des 9. Weltsozialforums in Belém im Bundesstaat Amazonien, in dem die Völker sich dem Versuch der Usurpation der Natur, ihrer Lebensräume und ihrer Kulturen widersetzen, zusammen gekommen. Wir befinden uns in Lateinamerika, wo sich die sozialen und indigenen Bewegungen im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zusammenschlossen haben und das kapitalistische System mit ihrer Weltanschauung radikal in Frage stellen.

In den letzten Jahren haben äußerst radikale soziale Auseinandersetzungen in Lateinamerika zum Sturz neoliberaler Regierungen und zur Bildung von Regierungen geführt, die viele positive Reformen durchgeführt haben, beispielsweise die Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftssektoren und demokratische Verfassungsreformen. In diesem Zusammenhang haben die sozialen Bewegungen in Lateinamerika in angemessener Weise reagiert und beschlossen, die von diesen Regierungen verabschiedeten positiven Maßnahmen zu unterstützen und gleichzeitig eine kritische Distanz zu wahren. Diese Erfahrungen werden dazu beitragen, den entschlossenen Widerstand der Völker gegen die Politik der Regierungen, Unternehmen und Banken, die die Last der Krise den Unterdrückten aufbürden, zu stärken.

Wir, die sozialen Bewegungen der Welt, stehen zurzeit vor einer Herausforderung vom historischen Ausmaß.

Die internationale Krise des Kapitalismus schadet der Menschheit auf verschiedene Weise: Sie wirkt sich auf die Bereiche Ernährung, Finanzen, Wirtschaft, Klima, Energie, Migration und die Zivilisation an sich aus, da auch die internationale Ordnung und die politischen Strukturen eine Krise durchlaufen.

Wir sehen uns einer globalen Krise gegenüber, die unmittelbare Folge des kapitalistischen Systems ist und deshalb nicht aus dem System selbst heraus gelöst werden kann. Alle bisher zur Bewältigung der Krise getroffenen Maßnahmen zielen lediglich auf die Vergesell-

schaftung der Verluste ab, um das Überleben eines Systems zu sichern, das auf der Privatisierung strategischer Wirtschaftssektoren, öffentlicher Dienstleistungen, natürlicher Ressourcen und Energieressourcen beruht. Es handelt sich um ein System, das alles Leben in eine Ware verwandelt (Kommodifizierung) und das darauf auf der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Natur beruht und dafür sorgt, dass die Ressourcen von der Peripherie ins Zentrum und von den Arbeitern zur kapitalistischen Klasse übertragen werden.

Das gegenwärtige System beruht auf Ausbeutung, auf erbittertem Wettbewerb, auf der Förderung privater Einzelinteressen zum Schaden des Gemeinwohls und auf der fieberhaften Anhäufung von Reichtümern durch eine Handvoll reicher Menschen. Es führt zu blutigen Kriegen, heizt Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und religiösen Fundamentalismus an und verschärft die Ausbeutung von Frauen und die Kriminalisierung von sozialen Bewegungen.

Im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise werden die Rechte der Völker systematisch negiert. Die wilde Aggression der israelischen Regierung gegen das palästinensische Volk ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und läuft auf ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinaus und es symbolisiert die Vorenthaltung von Rechten gegenüber einem Volk, was auch in anderen Teilen der Welt zu beobachten ist. Die schändliche Straflosigkeit muss gestoppt werden.

Die sozialen Bewegungen bekräftigen ihre aktive Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes sowie für alle Maßnahmen, die sich gegen die Unterdrückung von Völkern weltweit richten.

Um die Krise zu überwinden, müssen wir das Problem an der Wurzel anpacken und schnellstmöglich Fortschritte im Hinblick auf den Aufbau einer radikalen Alternative erzielen, die das kapitalistische System und die patriarchalische Herrschaft beseitigen kann. Wir müssen auf eine Gesellschaft hinarbeiten, die auf der Befriedigung sozialer Bedürfnisse beruht, ebenso wie auf dem Respekt der Natur sowie auf der demokratischen Teilhabe im Zusammenhang mit voller politischer Freiheit. Wir müssen dafür sorgen, dass alle internationalen Verträge über unsere unteilbaren bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen individuellen und kollektiven Rechte umgesetzt werden.

In dieser Hinsicht müssen wir einen Beitrag zu einer möglichst großen Massenmobilisierung leisten, um mehrere dringende Maßnahmen durchzusetzen, beispielsweise

- entschädigungslose Verstaatlichung des Bankensektors unter voller gesellschaftlicher Kontrolle;
- Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen;
- Einleitung von Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittel- und Energiesouveränität;
- Beendigung der Kriege, Rückzug der Besatzungstruppen und Abbau der ausländischen Militärstützpunkte;
- Anerkennung der Souveränität und Autonomie der Völker, unter Gewährleistung ihres Selbstbestimmungsrechts
- Garantie des Rechts auf Land, Lebensräume, Arbeit, Bildung und Gesundheit für alle;
- Demokratisierung des Zugangs zu Kommunikationsmitteln und Wissen.

Der von den feministischen, ökologischen und sozialistischen Bewegungen im 21. Jahrhundert getragene soziale Emanzipationsprozess zielt auf die Befreiung der Gesellschaft von der kapitalistischen Herrschaft über die bedeutenden Produktions- und Kommunikationsmittel wie auch Dienstleistungen ab. Das wird erreicht durch die Unterstützung bestimmter Eigentumsformen, die dem gesellschaftlichen Interesse dienen: kleiner Familienbesitz, öffentliches, kooperatives, kommunales und kollektives Eigentum.

Eine solche Alternative wird zwangsläufig feministisch sein, da es nicht möglich ist, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf sozialer Gerechtigkeit und Gleichberech-

tigung beruht, wenn die Hälfte der Menschheit unterdrückt und ausgebeutet wird.

Schließlich verpflichten wir uns, den Aufbau einer Gesellschaft zu bereichern mit dem Konzept eines Lebens in Harmonie mit sich selbst, mit anderen und mit der Umwelt ("el buen vivir"), indem wir die aktive Teilnahme und die Beiträge der indigenen Völker anerkennen.

Wir, die sozialen Bewegungen, haben die einmalige Chance in der Geschichte, emanzipatorische Initiativen auf globaler Ebene zu entwickeln. Nur der soziale Kampf der Massen kann die Völker aus der Krise befreien. Dafür ist es notwendig, bei der Bewusstseinsbildung und Mobilisierung auf Basisarbeit zu setzen. Die Herausforderung für die sozialen Bewegungen besteht darin, die globalen Mobilisierungen auf internationaler Ebene aufeinander abzustimmen und unsere Handlungsfähigkeit zu stärken, indem wir die Bündelung aller Bewegungen unterstützen, die bestrebt sind, jeglichen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung zu widerstehen.

Folglich verpflichten wir uns

- zur Durchführung einer **globalen Aktionswoche** gegen Kapitalismus und Krieg vom **28. März bis 4. April 2009** mit folgenden Schwerpunkten:

- Anti-G20-Mobilisierung am 28. März,
- Mobilisierung gegen Krieg und Krise am 30. März
- Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk am 30. März, zur Unterstützung des Boykotts und des Rückzugs von Investitionen sowie von Sanktionen gegen Israel
- Mobilisierung anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung der NATO am 4. April, usw.

- zur Verstärkung der **alljährlichen Mobilisierungen**

- Internationaler Frauentag (8. März),
- Internationaler Tag der Nahrungsmittelsouveränität (17. April),
- Internationaler Tag der Arbeit (1. Mai),
- Globale Mobilisierung des Kampfes für Mutter Erde gegen die Kolonialisierung und Vermarktung des Lebens (12. Oktober), usw.

- zur Planung einer Agenda des **Widerstands gegen den G8-Gipfel** in Sardinien, **den Klimagipfel** in Kopenhagen, **den Amerika-Gipfel** in Trinidad und Tobago usw.

Durch diese Forderungen und Initiativen reagieren wir auf die Krise mit radikalen und emanzipatorischen Lösungen.

<http://www.cadtm.org/spip.php?article4079>,

Übersetzung des französischen Textes: SiG-Redaktion
http://www.movimientos.org/fsm2009/show_text.php3?key=13671)

Erschienen in SiG 72

WSF 2009: Erklärung der indigenen Völker

Alternativen aufzeigen - für Entkolonialisierung, ein gutes Leben, kollektive Rechte, Selbstbestimmung, Klimagerechtigkeit, 1. Februar 2009

Der koloniale/moderne Kapitalismus hielt vor Jahrhunderten auf dem amerikanischen Kontinent Einzug, mit der Invasion vom 12. Oktober 1492. Mit ihr begann der globale Ausplünderungsfeldzug, wurden die „Rassen“theorien entwickelt, mit denen der Völkermord in Amerika, die Ausbeutung Afrikas für den Sklavenhandels sowie die Ausplünderung weiterer Kontinente begründet wurden. Das Morden an den Völkern hat dank dem multinationalen Kapital und der Unterstützung durch das Militär nie aufgehört. Kapitalismus, Ausbeutung und Unterdrückung sind verantwortlich für die globale Erwärmung, die zur Zerstörung unseres Planeten führen wird.

Die derzeitige Krise des eurozentrischen, selbstherrlichen, rassistischen Kapitalismusmodells ist gewaltig. Es ist die größte soziale, ökologische und klimatische Krise in der Geschichte der Menschheit. An den Finanzmärkten, in der Wirtschaft, im Energiesektor, in der Produktion führt sie zu struktureller Arbeitslosigkeit gepaart mit sozialer Ausgrenzung, rassistischer, selbstherrlicher Gewalt und religiösem Fanatismus. Angesichts derart zahlreicher und tief greifender Krisenerscheinungen haben wir es mit einer wahrhaftigen Krise der Zivilisation zu tun, einer Krise des „entwickelten und modernen Kapitalismus“, die alle Formen des Lebens gefährdet. Es gibt jedoch Leute, die nach wie vor davon träumen, dass dieses System veränderbar ist und nicht einsehen wollen, dass es der Kapitalismus ist, der in der Krise steckt, der Eurozentrismus, das Modell des homogenen Nationalstaates, der kulturellen Homogenität, des positiven Rechts des Westens, der unaufhörlichen Entwicklung und der Kommerzialisierung des Lebens.

Die Krise der kapitalistischen westlichen Gesellschaft verlangt von uns, neuartige und andere Optionen für das Miteinander von Natur und Gesellschaft, Demokratie, Staat und Konsum zu finden und zu entwickeln. Neue Definitionen für die Koexistenz sind dringend geboten. „Eine andere Welt ist“ jetzt nicht mehr nur „möglich“. Sie ist zwingend geboten. Im übrigen ist sie bereits im Entstehen, geschaffen durch die ersten Opfer der barbarischsten Formen kapitalistischer, kolonialistischer, moderner und aktueller Grausamkeit. Indigene Völker und Gruppen, Ureinwohner, Bauern, Ribereños, Quilombolas, Nachkommen afrikanischer Einwanderer, Garífunas, Caboclos, Dalits, die es mit ihren Kindern in die elenden Barackensiedlungen/Favelas der Städte gezogen hat; all die anderen Ausgegrenzten, Unsichtbaren, „Unberührbaren“ auf unse-

rem Planeten; die, die wir uns widersetzen, indem wir alternative soziale, technische, ethische, politische, wirtschaftliche, kulturelle und spirituelle Organisationsmodelle stärken und voranbringen.

Wir, die indigenen und originären Völker empfehlen auch euch, was wir bereits praktizieren: Einheit von Mutter Erde, Gesellschaft und Kultur: die Mutter Erde nähren und von ihr genährt werden. Trinkwasser als Menschenrecht, nein zu seiner Kommerzialisierung. Unabhängigkeit der Macht von kolonialen Strukturen mit ihrem „Zwang zum Gehorsam“, kollektive Selbstverwaltung, multiethnische Staaten, Selbstbestimmung der Völker, Einheit in der Vielfalt sowie neue Formen der kollektiven Herrschaft, Einheit, Verschiedenheit, Gleichheit und Wechselwirkung der Geschlechter, Spiritualität im Alltäglichen und Andersartigen, Befreiung von jeglicher Unterdrückung, jeglicher rassistischen ethnischen oder geschlechtlichen Diskriminierung, gemeinschaftliche Entscheidungen im Hinblick auf Produktion, Märkte und Wirtschaft, Unabhängigkeit von Wissenschaft und Technik, stärkere Ausgewogenheit bei der Verteilung der Arbeit, der Produkte, der Sozialleistungen; letztendlich, darauf aufbauend: eine neue soziale Ethik als Alternative zur Ethik des Marktes und des kolonialen/kapitalistischen Profits.

Wir gehören der Mutter Erde, nicht sie uns. Und deshalb dürfen wir sie nicht ausplündern und verkaufen: Wir befinden uns heute an einem entscheidenden Punkt: Der Imperialismus hat gezeigt, dass er nicht nur wegen seiner Herrschaftsmethoden, wegen der Ausbeutung und der herrschenden Gewalt eine Gefahr darstellt, sondern auch, weil er die Mutter Erde umbringt und uns in den globalen Selbstmord treibt, der weder „nützlich“ noch „notwendig“ ist.

Die Indigene Bewegung von Abya Yala (Amerika) ruft Euch auf, vereint euch in eurer ganzen Vielfalt und - macht mobil für den Schutz der Mutter Erde und der Völker, gegen die Kommerzialisierung des Lebens, gegen Umweltverschmutzung, giftigen Konsum, gegen die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen und für eine über die Grenzen dieses Kontinents hinausgehende Mobilmachung zum 12. Oktober de 2009! - macht mobil für den Schutz der Rechte der Völker und der Mutter Erde angesichts der Gefahren, die verbunden sind mit Mega-projekten, Bergbauvorhaben, mit dem Infrastrukturentwicklungsplan IIRSA, mit dem Plan Puebla Panamá, mit der Nutzung

von Energieträgern landwirtschaftlicher Herkunft und mit Kolonisierungsversuchen wie denen in Haiti und Palästina!
- macht mobil für die Gestaltung, Entwicklung und Durchsetzung alternativer und neuer Werte und Definitionen und in diesem Sinne für die Durchführung eines Sozialforums zum Thema Entkolonialisierung, Entkommerzialisierung des Lebens, kollektive Rechte und Gutes Leben im Jahr 2010!
- wirkt mit am 4. Gipfel der indigenen Völker von Abya Yala in Puno (Peru), vom 27. bis 31. Mai 2009, von dem neue Energie und neue Impulse für die vorgenannten Prozesse ausgehen werden!.

Belem do Pará, 1. Februar 2009

- CAOI, Zentrum der indigenen Organisationen der Anden / • ECUARUNARI, Verband der Kichwa-Völker, Ecuador / • ONIC, Nationale Organisation der Indigenen, Kolumbien
- CONACAMI, Nationaler Verband der vom Bergbau geschädigten Gemeinden, Peru
- CONAMAQ, Nationaler Rat der Ayllus und Markas del Qollasuyu (Bolivia)
- ONPIA, Nationale Organisation der Indigenen, Argentinien / • Parlament der Mapuche (Chile)
- Nationale Übereinkunft Maya Wakib Kej
- ANAMEBI, Nationaler Verband der Lehrer für zweisprachigen Unterricht, Peru / • Nordischer Rat der Samen / • Indian Law Resources Center
- CONAIE, Verband der indigenen Nationalitäten, Ecuador / • CONIC, Nationales Zentrum der Indigenen und Bauern / • CONAVIGUA, Nationales Zentrum der Witwen
- CUC, Komitee Unidad Campesina“, Guatemala
- Rat der (indig.) Gruppen der San Marcos Gemeinde / • ARPI, Regionaler Verband der indigenen Völker der Selva Central (Peru)
- MCP, Bewegung für einen Gipfel der (indigenen) Gruppen / • CAH, Rat der/von Aguaruna y Huambisa / • CRIC, Regionaler Rat der Indigenen von Cauca / • AICO, Behörde für Angelegenheiten der Indígena, Kolumbien / • OPIAC, Organisationen der indigenen Völker im kolumbianischen Amazonasgebiet
- Indigenenorganisation Kankuamo
- CRIDEC, Regionaler indigener Rat von Caldas
- OIA, Indigene Organisation von Antioquia
- ORIVAC, Regionale Organisation der Indigenen des Valle del Cauca / • CNA, Nationaler Landwirtschaftsverband / • FDCC, Bauernverband des Departments Cusco
- „Indigener Kampf“
- Internationale Indigene Presseagentur (México)
- FNMBS, Nationaler Verband der Bäuerinnen originärer Abstammung, Bartolina Sisa (Bolivia)
- Jugendnetzwerk TINKUY
- Bewegung „Verteidigung und Kampf der Bauern und Mapuche Patagoniens (Argentinien)
- Nationaler Runder Tisch der Indigenen, Costa Rica / • Zentrum der Chorotega (Nikaragua)

www.minkandina.org

http://www.movimientos.org/fsm2009/show_text.php3?key=13675

Übersetzung Annegret Seiffert/ Sabine Zimmermann, coorditrad

In der Krise erst recht: Weg mit den Schulden

Erklärung der Konferenz der Bewegungen gegen die Verschuldung auf dem Weltsozialforum in Belém, Brasilien 2009.

Die Versammlung der Bewegungen, welche sich mit der Schuldenfrage befassen, fand am 1. Februar im Rahmen des Tages der Allianzen des WSF 2009 in Belem statt.

Es waren unterschiedliche Organisationen und Netzwerke beteiligt, mit einer starken Vertretung von Organisationen, die Mitglieder des Jubilee South und des Netzwerkes CADTM International sind.

Allerdings widerspiegeln die hier dargelegten Ergebnisse den Standpunkt einer Vielzahl von Anti-Schulden - Netzwerken und Organisationen, deren bedeutenden Annäherungsprozess bereits durch die Erklärung des WSF 2007 in Nairobi konkretisiert wurde (...)

Die Herausforderungen der internationalen Konjunktur.

Die anwesenden Anti-Schulden Bewegungen- und Kampagnen haben die aktuelle Konjunktur und die daraus resultierenden Herausforderungen wie folgt charakterisiert:

- 1) Trotz massiver Publicity über Schuldenerlass- und Schuldenerleichterungsprogramme, die von der Weltbank, dem IWF (HIPC 1 & 2 = Heavily Indebted Poor Countries, PRSP = Poverty Reduction Strategy Paper) der G8 und einigen Regionalbanken wie der IDB (Inter-amerikanische Entwicklungsbank) gestartet wurden - oder über andere große Umschuldungsprojekte - bleibt die Verschuldung noch immer ein wichtiges Instrument im Kapital-Transfer vom Süden zum Norden. **Der Süden wird weiterhin ausgeblutet**, die Höhe des Transfers beträgt nahezu 400 Milliarden US\$ jährlich.
- 2) Parallel zu diesem Aderlaß beobachten wir einen rasanten Anstieg der **internen** Schulden der öffentlichen Hand. Dies bewirkt einen massiven Abfluss öffentlicher Ressourcen nach dem gleichen Muster und generell auch zu Gunsten derjenigen Akteure, die bereits von den externen Schulden profitieren. Dies verschärft die Abhängigkeit unsere Wirtschafts- und Produktionssysteme.
- 3) Der rasche Verfall der Preise für strategische Rohstoffe auf dem Weltmarkt, die erschweren Bedingungen der externen Gläubiger für den Schuldendienst der Länder des Südens und die neuen Kredite, die ihnen aufgeschwatzt wurden, mit dem Argument, diese seien notwendig, um die Krise zu überwinden, lassen eine **neue Schuldenkrise** erwarten. Diese wird in der nächsten Zeit manche Länder des Südens erfassen, in Südamerika Länder wie Argentinien und

Ecuador, mittel- oder langfristig auch Länder wie Brasilien und Venezuela, obwohl sie beträchtliche Devisen-Reserven angesammelt haben.

- 4) Diese tief greifende Krise des kapitalistischen Systems wird zu wachsenden Schwierigkeiten für die Länder des Südens und die Arbeiterklasse des Nordens führen. Wie immer wird man neue Mechanismen suchen und finden, damit die Völker und Länder des Südens so wie die Armen des Nordens zahlen müssen für die Krise, welche durch die unkontrollierten Kapitalanhäufungen, die verantwortungslosen Deregulierungen und die Hyperfinanzialisierung der Wirtschaft verursacht wurden. Die direkten Konsequenzen dieser Strategien, bei denen die Schulden und ihre Restrukturierung eine wesentliche Rolle spielen, sind zunehmende Schuldendienste, Arbeitslosigkeit, Massen-Armut und eine dramatische Zunahme hungernder und unterernährter Menschen in unseren Ländern, was wir schon jetzt vereinzelt beobachten können.
- 5) Die erschreckende Fülle an Liquidität, welche die herrschenden Länder in das System gepumpt haben, steht in keinem Verhältnis zu den mickrigen 100 Milliarden US\$, die im vergangenen Jahrzehnt beim Versuch, die noch immer bestehende Schuldenkrise zu überwinden, eingesetzt wurden. Sie steht in keinem Vergleich mit der Summe von 80 Milliarden US\$, die nach Schätzungen der UNO jährlich über zehn Jahre nötig wären, um entscheidende Schritte zur Lösung der sozialen Menschheitsprobleme zu bewerkstelligen, wie Unterernährung, Analphabetismus, Mängel an öffentlichen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Obdachlosigkeit. Wir dürfen dieses absurde und selbstmörderische Management der Ressourcen, die durch die Arbeit der Menschen geschaffen wurden, nicht so weiter laufen lassen.
- 6) Die Antwort der herrschenden Klassen in den Ländern des Nordens auf diese aktuelle sehr ernste Krise sieht eine Stärkung des internationalen Finanzkapitals und neuer spekulativer Kapitalflüsse vor, zB. der neue spekulative Markt mit Emissionsrechten, der kürzlich in London errichtet wurde.
- 7) Die Wahl Barack Obamas hat große Hoffnungen geweckt. Allerdings sind keine wesentlichen Änderungen in der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der USA zu erwarten, denn einige Mitglieder des Wirtschaftskabinetts, wie Paul Volker und Larry Summers, spielten schon eine entscheidende Rolle im Aufbau der Wirtschaftspo-

litik des Imperiums; das Ergebnis war die aktuelle schwierige Krise.

- 8) Der Einsatz der G20 ist für unsere Nationen inakzeptabel. Sie haben ihre Unfähigkeit bei der Lösung der Krise schon bewiesen. Das ist nichts als ein Manöver, um die Wurzeln der Krise zu verschleiern und die Völker und Länder des Südens zu marginalisieren, indem sie von den Entscheidungen ferngehalten werden. Wir lehnen insbesondere die diskutierten Vorschläge ab, die zum Ziel haben, das Mandat und die Ressourcen des IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken zu stärken. Sie sind ja für die aktuelle Krise verantwortlich.

Die Antworten der Völker und unserer Bewegungen auf die gegenwärtige Situation der Konjunktur.

- 1) Wir vermerken mit Befriedigung die zunehmende Konvergenz der Bewegungen gegen die Verschuldung, die sich für eine gemeinsame Plattform für Aktionen und Kämpfe entschieden haben und zugleich ihre Unterschiede respektieren.
- 2) Was das Thema der Verschuldung betrifft, haben unsere Bewegungen signifikante Fortschritte erzielt, wenn man es nach konzeptuellen, politischen, ideologischen und strategischen Gesichtspunkten betrachtet. Wir haben uns bewegt von der Forderung nach Erlass der externen Schulden zur Erklärung, dass diese Schulden illegitim sind; von Kampagnen zum Thema Finanzschulden hin zu Aktionen und Kampagnen, die eine breitere Sichtweise zur Grundlage haben, da sie die finanziellen, historischen und ökologischen Dimensionen einschließen. Außerdem haben unsere Kampagnen ein höheres Niveau beim Austausch und bei der Konvergenz erreicht mit dem Kampf gegen den Freihandel, die Militarisierung, die Kriminalisierung sozialer Proteste, die transnationalen Konzerne, die Bio-Treibstoffe und für die Verteidigung der Nahrungsmittel-Souveränität, für den Schutz unseren Lebensumfelds und für Klima-Gerechtigkeit.
- 3) Als ein Resultat unserer sozialen Mobilisierung begannen Regierungen zu reagieren. Hier wollen wir die Tatsache unterstreichen, dass die Regierung Norwegens Teile der Schulden-Forderungen gegen einige Länder des Südens – Ecuador, Peru, Jamaika, Ägypten und Sierra Leone - als unverantwortlich anerkannt hat und diese Forderungen gestrichen hat.

4) Die Förderung umfassender und partizipativer Überprüfungen von Verschuldungen macht rasante Fortschritte. Ein Lob gebührt der Regierung von Ecuador. Nach einem Jahr von Ermittlungen ergab die Überprüfung den Beweis, dass die Forderungen an Ecuador illegitimer, betrügerischer, gesetzwidriger und krimineller Natur sind. Auch ist die Entscheidung zu loben, Rückzahlungen von illegitimen Forderungen einzustellen. Wir fordern die Regierung von Rafael Correa auf, weiter entsprechend den Empfehlungen der „Kommission zur Überprüfung der Staatsschulden“ (CAIC) zu handeln, einen Prozess der Ablehnungen in Gang zu setzen und damit die Rechte des Volkes von Ecuador zu verteidigen. Diese Maßnahmen könnten als Vorbild und Motivation dienen für Länder des Südens, eine Front zu bilden zur Ablehnung der Rückzahlung illegitimer Auslandsschulden, die auch Sanktionen für die Schuldigen und Regress fordert.

5) Wir unterstützen die Entscheidung des Präsidenten Fernando Lugo, einen Überprüfungsprozess für die bilateralen Schulden zwischen Paraguay und Brasilien im Zusammenhang mit dem Kraftwerk von Itaipu zu initiieren. Damit soll die Entwicklung Paraguays gefördert werden und es wird eine Grundlage für gerechte, souveräne und solidarische Beziehungen zwischen beiden Ländern und Völkern geschaffen.

6) Wir unterstützen die jüngste Entscheidung des brasilianischen Kongresses, eine parlamentarische Untersuchungs-Kommission über die Schulden des Landes einzurichten. Das ist ein entscheidender Schritt in Richtung eines Überprüfungsverfahrens in einem Land, das ungeheure Summen an vorzeitigen Rückzahlungen der Schulden und des Schuldendienstes bezahlt hat, trotz starker Mobilisierungen – unter anderem fand eine Volksbefragung statt, bei der sechs Millionen Brasilianer die Einstellung aller Zahlungen forderten, bis die verfassungsmäßige Überprüfung angeordnet würde. Auch hat eine Überprüfung der Schulden durch die Bürger den Beweis erbracht, dass beim Management der brasilianischen Staatsschulden Verstöße gegen die Verfassung und gegen internationale Bestimmungen geschehen sind.

7) Auch andere Länder und Regionen haben ähnliche Initiativen ergriffen, sowohl im Süden als auch im Norden. Sie werden in diesem Prozess zur Befreiung von Schuldknechtschaft sicher starke und enthusiastische Unterstützung durch unsere Bewegungen erhalten. Die Ankündigungen der Regierungen von Bolivien und Venezuela, die gute Nachricht über Resolutionen des europäischen Parlaments, der Legislative in Zimbabwe und Belgien unter anderen, bestätigen uns, dass wir neuen Zeiten entgegen gehen, wo erkannt wird, dass die Verschuldung destruktiver und gewalttätiger

Natur ist und auch bekämpft werden kann. Nicht unerwähnt bleiben sollen Bürger-Initiativen zur Prüfung der Forderungen, wie etwa auf den Philippinen, in Mali, Indonesien und in anderen Ländern. Ob nun solches Überprüfungsverfahren von Regierungen, Parlamenten oder spontanen Bürger-Initiativen getragen werden, sie sollten in einem Umfeld breiter Mobilisierung stattfinden; damit soll manifest werden, dass sie das Werkzeuge zur Befreiung sind und nicht Selbstzweck.

8) (...)Wir bewundern die vielfachen Anstrengungen unserer Bewegungen in der Form von „Volks-Tribunalen“, mit denen große Fortschritte erzielt wurden in der Beschreibung der ökologischen Schulden. Die jüngsten „Volks-Tribunale“ in Wien (2006), New Delhi (2007), Den Haag (2007), Lima (April 2008), Kolumbien (August 2008) und während des dritten pan-amerikanischen Sozial-Forums in Guatemala (Oktober 2008) und andere haben enorm dazu beigetragen, eine hervorragende Dokumentation zu erstellen, mit der die zahlreichen Verbrechen bewiesen werden können, die von weltweiten Konzernen an unseren Völkern verübt wurden. Es beweist auch die Mitwirkung internationaler Finanzinstitutionen an der enormen Verschuldung der Länder des Südens. Diese Aktionen wurden mit partizipierenden Methoden durchgeführt. Beteiligt waren u. a. indigene Bewegungen, die das Reich von Pacha Mama(1), verteidigen. Diese Fortschritte lassen einen Sieg erwarten in der Verteidigung unseres Gemeingutes gegen die Unterwerfung unter den Prozess der Merkantilisierung durch den Kapitalismus und gegen die herrschende Straflosigkeit.

Unsere Prioritäten für die nächsten Monate:

1) Wir rufen alle Bewegungen auf, unter dem Banner „**Wir zahlen nicht für illegitime Schulden**“ und „**Restitution und Entschädigung**“ gemeinsam aktiv zu werden. Das ist ein strategisches Werkzeug, um den Kampf gegen Straflosigkeit zu verstärken und zeigt Wege auf, den Fluss von Ressourcen und Kapital vom Norden in den Süden zu erhöhen, im Rahmen eines Prozesses zur Umverteilung der Reichtümer, die eine Korrektur der dramatischen Folgen von 527 Jahren der Plünderung einleiten würde.

2) Wir rufen alle Bewegungen auf, an der **Aktionswoche gegen den G20 Gipfel vom 28. März bis 4. April** teilzunehmen (...)

3) Wir begrüßen die Initiative von Jubilee South, die Allianz der historisch, sozial und ökologisch verschuldeten Völker des Südens und des Weltraum der Kirchen, in den nächsten Monaten ein **Volkstribunal über die ökologische Verschuldung des Sü-**

dens einzuberufen. Wir rufen alle Bewegungen und Organisationen auf, an der Vorbereitung und der Auswertung dieses Prozesses aktiv teilzunehmen. Die Organisation dieses Tribunals wird neue Kampfszenarien eröffnen. Es soll darstellen, wer die wirklichen Gläubiger sind, besonders im Hinblick auf die Umweltzerstörungen, die Bio-Piraterie, die Privatisierungsmodelle von und der Handel mit natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft. Es muss zur **Anerkennung der ökologischen Verschuldung des Nordens gegenüber dem Süden** kommen, besonders angesichts des Klimawandels.

4) Wir rufen alle Bewegungen und Organisationen auf, wie in den vergangenen Jahren an der **Woche der globalen Aktion gegen die Verschuldung und die internationalen Finanz-Institute vom 7. bis 15. Oktober 2009** teilzunehmen und gemeinsam die **internationale Kampagne gegen illegitime Schulden** noch erweitern und dynamischer zu machen (...).

Die gegenwärtige Periode ist entscheidend für die Zukunft unserer Völker und der Menschheit. Wir sollten Massenbewegungen fördern, welche die Ursachen illegitimer Verschuldungs-Vorgänge und das kapitalistische System als Ganzes in Frage stellen. Wir sollten die gegenwärtige Krise nutzen, um einen wirklichen Ausweg zu finden zu einem neuen Gesellschafts-System, in dem die Souveränität der Völker, das „gute Leben“ und Harmonie mit der Natur Grundpfeiler sind. Wir rufen alle Regierungen des Südens auf, rasch eine breite Front gegen die Rückzahlung der illegitimen Schulden zu bilden. Zugleich sollen sie erkennen, dass sie Gläubiger sind mit riesigen historischen, sozialen, ökologischen und finanziellen Forderungen. Diese Front muss Raum schaffen für Widerstand und Offensiven. Die Regierungen der Länder des Südens sollten sich nicht beteiligen an der Farce der G20 und sollten für die Entstehung einer neuen internationalen Finanz-Architektur kämpfen, welche die Grundrechte und -bedürfnisse unserer Gemeinschaften, Völker, Länder und Regionen berücksichtigt.

Lang lebe der Kampf der Völker! Wir schulden nichts, wir zahlen nichts! Wir wollen nicht zahlen für die Krise der Reichen! Nieder mit dem Kapitalismus! Wir, die Völker des Südens sind die wahren Gläubiger! Entschädigungen jetzt!

(1) Pacha Mama: Für die Völker der Anden ist sie die personifizierte Mutter Erde.

Quelle: <http://www.cadtm.org/spip.php?article4128>
Übersetzung: Herbert Kaser, Sig-Redaktion
Text auf Spanisch
<http://www.cadtm.org/spip.php?article4096>

Vollständiger Text in SiG 73

Attac Argentinien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Flandern, Frankreich, Griechenland, Japan, Katalonien, Norwegen, Österreich, Polen, Quebec, Schweden, Spanien, Ungarn u.v.m

Für ein neues wirtschaftliches und soziales System

Die Finanzwelt muss an ihren Platz zurückgesetzt werden!

Zu unterzeichnender Appell an Vereine, Gewerkschaften und soziale Bewegungen Belem, den 1. Februar 2009

Dieser Aufruf ist aus einer Reihe von Seminaren beim Weltsozialforum 2009 in Belem hervorgegangen. Beteiligt waren vor allem: Action Aid, Attac, BankTrack, CADTM, CCFD, CEDLA, CNCD, CRID, Eurodad, Forum mondial des alternatives (Weltforum der Alternativen), IBON, International WG on Trade-Finance Linkages, LATINDADD, Networkers South-North, NIGD, SOMO, Tax Justice Network, Transform!, OWINFS, War on Want, Worl Council of Churches

Die Finanzkrise ist eine Systemkrise in einem Kontext vieler anderer globaler Krisen (Klima, Nahrung, Energie, Soziales) und eines neuen Gleichgewichts der Mächte. Sie ist das Ergebnis von dreißig Jahren Umverteilung des Arbeitseinkommens hin zum Kapital. Diese Tendenz muss umgekehrt werden. Die Krise ist auch die Konsequenz eines kapitalistischen, auf dem Laisser-faire beruhenden Produktionssystems, das von der Anhäufung kurzfristiger Profite einer Minderheit lebt, von internationalen finanziellen Ungleichgewichten, einer ungleichen Verteilung der Reichtümer, einem ungerechten kommerziellen System, von der Anhäufung unverantwortlicher, ökologischer und illegitimer Schulden, vom Plündern der natürlichen Ressourcen und von der Privatisierung der öffentlichen Dienste. Von dieser Krise ist die Menschheit als Ganzes betroffen, und zuallererst die Schwächsten (Arbeiter, Arbeitslose, Bauern, Migranten, Frauen, ...) und die armen Länder der Südhalbkugel, die die Opfer der Krise und keineswegs die Verantwortlichen dafür sind.

Die Mittel, die gegen die Krise angewandt werden, beschränken sich darauf, die Verluste auf die Allgemeinheit zu übertragen, um die Wurzel der aktuellen Katastrophe - das Finanzsystem - ohne wirkliche Gegenleistung zu retten. Wo sind die Mittel für die Opfer der Krise? Die Welt braucht nicht nur Regulierungen sondern ein neues Paradigma, das der Finanzwelt eine Rolle zu Diensten eines neuen demokratischen Systems zuschreibt, das auf der Einhaltung aller Menschenrechte, der würdigen Arbeit, der Nahrungssouveränität, der kulturellen Vielfalt, der sozialen und solidarischen Wirtschaft und einer neuen Auffassung des Reichtums beruht. Aufgrund dessen fordern wir:

- eine reformierte, demokratisierte UNO im Herzen der Reform des Finanzsystems, denn die G-20 ist kein legitimes Forum, um auf die Krise angemessen zu antworten
- internationale, dauerhafte und bindende Kontrollmechanismen des Kapitalverkehrs
- ein internationales Währungssystem, das auf einem neuen Reservesystem beruht, und regionale Währungen einschließt, um der Vorherrschaft des

Dollars ein Ende zu setzen und internationale finanzielle Stabilität zu garantieren

- ein weltweites öffentliches und bürgernahes Kontrollsystem für Banken- und Finanzinstitute. Bankdienstleistungen müssen als ein öffentlicher, für alle frei zugänglicher Dienst für alle Menschen dieser Erde garantiert und aus Freihandelsabkommen herausgenommen werden
- ein Verbot der Hedge-Fonds und des freihändigen Verkaufs von Derivaten und anderen giftigen Produkten außerhalb jeglicher öffentlicher Kontrolle
- das Ausrotten der Spekulation mit Rohstoffen, vor allem mit Nahrungsmitteln und Energierohstoffen durch öffentliche Mechanismen zur Preisstabilität
- die Abschaffung von Steueroasen, die Bestrafung ihrer Nutznießer (Personen, Unternehmen, Banken, Finanzmittler) und eine internationale Steuerorganisation, die die Steuerflucht und -konkurrenz unter Kontrolle bringt
- das Aufheben der illegitimen und unhaltbaren Schulden der armen Länder und ein verantwortungsvolles, gerechtes und demokratisches System zur souveränen Finanzierung für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung
- ein neues internationales System der Verteilung der Reichtümer durch eine progressivere Steuer auf nationalem Niveau und durch eine globale Besteuerung der Kapitaltransaktionen, umweltverschmutzender Produktionen und großer Vermögen, um die weltweiten öffentlichen Güter zu finanzieren.

Wir appellieren an die Vereine, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sich zu vereinen, um ein Kräfteverhältnis zugunsten der Bürger zu schaffen, das dieses neue Modell durchsetzen kann. Wir fordern sie auf, noch mehr Aktionen auf der ganzen Welt zu organisieren, besonders bezüglich der G-20 vom 28. März 2009 an.

<http://www.choike.org/campaigns/camp.php?5#deutsch>

Liste der Unterzeichner:

<http://www.choike.org/campaigns/listado.php?campid=5>

Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel

100 soziale Bewegungen und NGOs plädieren in einer ersten Stellungnahme
für ein Programm für radikalen wirtschaftlichen Umbau. **Peking, 15. Oktober 2008**
Unterschrieben von attac Dänemark, Frankreich, Japan, Marokko, Norwegen, Quebec, Spanien, Ungarn

Präambel

Das *Transnational Institute* und *Focus on the Global South* nutzten das *Asia-Europe People's Forum*, zu dem viele Vertreter sozialer Bewegungen in Peking zusammengekommen waren, um vom 13. bis 15. Oktober mehrere informelle Nachtsitzungen abzuhalten. Dabei haben wir uns darüber ausgetauscht, was die Ausweitung der weltweiten Wirtschaftskrise bedeutet, und dass sie für uns Gelegenheit bietet, einige der ermutigenden und realisierbaren Alternativen in die Öffentlichkeit zu tragen, an denen viele von uns seit Jahrzehnten arbeiten. Diese Erklärung ist das gemeinsam erarbeitete Ergebnis dieser Pekinger Nächte. Wir ErstunterzeichnerInnen verstehen sie als einen ersten Beitrag und als Versuch, Vorschläge zu formulieren, die unseren Bewegungen als Grundlage für eine radikal andere politische und wirtschaftliche Ordnung dienen können.

Die Krise

Das Weltfinanzsystem löst sich mit großer Geschwindigkeit auf. Dies geschieht inmitten einer Vielzahl anderer Krisen rund um Nahrungsmittel, Klima und Energie. Dadurch wird die Macht der USA und der EU und die Macht der von ihnen dominierten globalen Institutionen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Welthan-

delsorganisation, massiv geschwächt. Es wird nicht nur das neoliberale Paradigma in Frage gestellt, sondern die Zukunft des Kapitalismus insgesamt.

Das Chaos im Weltfinanzsystem ist so groß, dass die Regierungen im Norden Maßnahmen ergriffen haben, die progressive Kräfte seit Jahren fordern, wie zum Beispiel die Verstaatlichung von Banken. Allerdings ist dieses Vorgehen als kurzfristige Stabilisierungsmaßnahme gedacht, und sobald der Sturm vorüber ist, wird man die Banken wahrscheinlich wieder dem Privatsektor überlassen. Wir haben also nur ein kurzes Zeitfenster, um zu mobilisieren, damit das nicht geschieht.

Herausforderung und Chance

Diese Situation einer schweren Krise ist für uns Neuland – die Auswirkungen der Finanzkrise werden hart sein. Die Bevölkerungen werden einem tiefen Unsicherheitsgefühl ausgeliefert, Elend und Not ärmerer Menschen werden überall anwachsen. Wir dürfen jetzt das Feld nicht faschistischen, rechten, populistischen und fremdenfeindlichen Kräften überlassen, die mit Sicherheit versuchen werden, aus der Angst und der Wut der Menschen Kapital für ihre reaktionären Ziele zu schlagen.

In den letzten Jahrzehnten sind kraftvolle Bewegungen gegen den Neoliberalismus entstanden. Sie werden in dem Maße wachsen, wie eine kritische Berichterstattung über die Krisen immer mehr Menschen erreicht, die jetzt schon empört darüber sind, dass öffentliche Mittel für die Behebung von Problemen zweckentfremdet werden, für die sie nicht verantwortlich sind; und die jetzt schon besorgt sind angesichts der ökologischen Krise und steigender Preise, vor allem bei Nahrungsmitteln und Energie. Diese Bewegungen werden weiter an Kraft gewinnen, wenn die Rezession ihre Zähne zeigt und die Volkswirtschaften in die Depression abrutschen.

Doch jetzt ist eine neue Offenheit für Alternativen da. Diese müssen konkret und umsetzbar sein, wenn sie die Menschen für sich gewinnen sollen. Wir haben überzeugende Alternativlösungen, die schon auf den Weg gebracht sind, und wir haben noch viele andere gute Ideen, die wir in der Vergangenheit - noch ohne Erfolg - ausprobiert haben. Im Zentrum unserer Alternativen steht das Wohlergehen der Menschen und ihres Planeten. Das bedeutet, dass es eine demokratische Kontrolle über die Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen geben muss. Das ist sozusagen der rote Faden, der sich durch diesen Katalog von Vorschlägen zieht.

Vorschläge zur Debatte, zur Weiterentwicklung und für konkretes Handeln

Finanzwesen

- Banken umfassend vergesellschaften, nicht nur faule Vermögenswerte verstaatlichen.
- Bankinstitutionen schaffen, die in der Bevölkerung verankert sind und bestehende basisnahe Ausleihsysteme stärken, die auf Gegenseitigkeit und Solidarität beruhen.
- systematische, volle Transparenz im Finanzsystem schaffen durch die Offenlegung der Bücher für die Öffentlichkeit, gewährleistet durch Bürgerbewegungen und Arbeitnehmerorganisationen.
- das bestehende Bankensystem unter die Aufsicht von Parlamenten und Bürgern stellen.
- bei der Vergabe von Krediten auch zu kommerziellen Zwecken systematisch soziale (inkl. Arbeitsbedingungen) und ökologische Kriterien anlegen.

- minimal verzinsliche Kredite für soziale und ökologische Zwecke und zur Stärkung der derzeit schon wachsenden sozialen Wirtschaft müssen Priorität haben.
- Umbau der Zentralbanken nach demokratisch festgelegten sozialen, ökologischen und expansionsorientierten (d.h. rezessionshemmenden) Kriterien zu Institutionen, die der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig sind.
- Schutz für die Geldüberweisungen von Migranten an ihre Familien und gesetzlich festzulegende Einschränkung von Gebühren und Steuern auf solche Transferzahlungen.

Steuern

- Schließung aller Steuerparadiese.
- Abschaffung der Steuererleichterungen für fossile Brennstoffe und Kernenergie-Unternehmen.

- Anwendung deutlich progressiver Steuertarife.
- Einführung eines internationalen Steuersystems, um Transfer Pricing (gezielte Preisgestaltung eines Konzerns mit dem Ziel der Steuervermeidung) und Steuerhinterziehung einen Riegel vorzuschieben.
- Einführung einer Abgabe auf die Gewinne verstaatlichter Banken zum Aufbau von 'Bürgerfonds' (s. unten).
- Einführung ausgeprägt progressiver CO₂-Besteuerung für alle diejenigen mit den größten CO₂-Fußabdrücken
- Kontrolle der spekulativen Finanzgeschäfte, z.B. über eine Tobin Tax.
- Wiedereinführung von Zöllen und Abgaben auf Luxusgüter und auf Waren, die im Inland schon produziert werden: so wird das Finanzaufkommen des Staates gestärkt und gleichzeitig die einheimische Produktion gefördert, was eine Senkung des weltweiten CO₂-Ausstoßes bewirkt.

Öffentliche Ausgaben und Investitionen

- Militärausgaben radikal kürzen.
- Öffentliche Ausgaben umschichten: weg von der Schuldenbefreiung von Bankern, hin zur Sicherung von Grundeinkommen und Daseinsvorsorge und zur Bereitstellung sozialer Grundleistungen für Alle, wie: Wohnung, Wasser, Strom, Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung sowie Zugang zum Internet und zu anderen Strukturen der öffentlichen Kommunikation.
- Bürgerfonds (s. oben) zur Unterstützung besonders armer Gruppen einsetzen.
- Menschen, die wegen der versäumten Zahlung von Hypothekenraten ihr Haus zu verlieren drohen, müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Zahlungsbedingungen neu auszuhandeln.
- Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stoppen.
- Zur Stärkung der Beschäftigung öffentliche Unternehmen schaffen, die unter der Aufsicht von Parlamenten, lokalen Gemeinschaften bzw. Beschäftigten stehen.
- Leistungsfähigkeit öffentlicher Unternehmen durch die Demokratisierung der Betriebsführung verbessern – Manager des öffentlichen Dienstes, Mitarbeiter, Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen dabei unterstützen, in diesem Sinne zusammenzuarbeiten.
- Einführung partizipativer Haushaltsgestaltung im Bereich der öffentlichen Finanzen auf allen machbaren Ebenen.
- Massive Investitionen in verbesserte Energieeffizienz, umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel, erneuerbare Energien und in die Behebung ökologischer Schäden.
- Preiskontrolle oder -subventionierung für lebenswichtige Konsumgüter.

Internationaler Handel und Finanzen

- Einführung eines weltweiten Verbots von Leerverkäufen auf Aktien und andere Anteile.
- Verbot des Handels mit Derivaten
- Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel
- Streichung der Schulden aller Entwicklungsländer. Diese Schulden steigen, weil durch die Krise die Währungen der Länder des Südens fallen.
- Die Forderung der Vereinten Nationen unterstützen, in die Gespräche über die Lösung der Krise eingebunden zu werden, die die Volkswirtschaften des Südens sehr viel härter treffen wird als bisher zugegeben wird.
- Weltbank, Internationalen Währungsfonds und Welthandelsorganisation schrittweise abschaffen.
- US-Dollar als internationale Reservewährung auslaufen lassen.
- Eine basisnahe Untersuchungskommission einberufen, welche die notwendigen Mechanismen für ein gerechtes internationales Währungssystem formuliert.
- Dafür sorgen, dass Hilfsleistungen nicht infolge der Krise reduziert werden.

- Abschaffung der Auflagen für die Entwicklungshilfe.
- Abschaffung neoliberaler Auflagen bei Hilfsmaßnahmen
- Überwinden des Paradigmas der exportorientierten Entwicklung; stattdessen Neubzw. Wiederausrichtung nachhaltiger Entwicklung auf die Produktion für den lokalen und regionalen Markt.
- Anreize für Produkte setzen, die zum ortsnahe Verkauf auf dem einheimischen Markt bestimmt sind.
- Einstellung aller Verhandlungen für bilaterale Freihandelsabkommen und wirtschaftliche Partnerschaften.
- Förderung von Zusammenschlüssen für regionale Wirtschaftszusammenarbeit wie UNASUR, die Bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA), das Handelsabkommen der Völker (Tratado de Comercio de los Pueblos TCP), die echte Entwicklung und die Beseitigung der Armut voranbringen.

Umwelt

- Einführung eines internationalen Entgeltsystems für Länder, die im Interesse des globalen Klimaschutzes auf die Ausbeutung fossiler Brennstoffe verzichten, im Sinne des ecuadorianischen Vorschlags.
- Entschädigungszahlungen an die Länder des Südens für die vom Norden verursachten ökologischen Schäden, um die Völker des Südens dabei zu unterstützen, den Klimawandel und andere ökologische Katastrophen zu bewältigen.
- Strenge Anwendung des Vorsorgeprinzips im Sinne der UN-Erklärung über das Recht auf Entwicklung; es muss Bedingung für alle Entwicklungs- und Umweltprojekte werden.
- keine weiteren Kredite für Projekte des so genannten „Mechanismus für saubere Entwicklung“ im Rahmen des Kyoto-Protokolls, die umweltschädlich sind, wie zum Beispiel der Anbau von Eukalyptus, Soja und Palmöl in Monokultur.
- Entwicklungsstopp für Emissionshandel und andere ökologisch kontraproduktive technische Pseudolösungen („TechnoFix“-Konzepte) wie CO₂-Abtrennung und -Endlagerung, Agrartreibstoffe, Kernkraft und „saubere Kohle“.
- Entwicklung von Strategien zur radikalen Drosselung des Konsums in den reichen Ländern, bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Entwicklung in ärmeren Ländern.
- Einführung demokratischen Managements für alle internationalen Finanzierungsinstrumente zur Bekämpfung des Klimawandels, unter starker Beteiligung der Länder des Südens und der Zivilgesellschaft.

Landwirtschaft und Industrie

- Abwendung vom schädlichen Paradigma der industriezentrierten Entwicklung, das dazu führt, dass der ländliche Raum ausgepreßt wird, um die notwendigen Ressourcen

für Industrialisierung und Verstädterung zur Verfügung zu stellen.

- Förderung landwirtschaftlicher Strategien, die auf Nahrungsmittelsicherheit, Ernährungssouveränität und nachhaltigen Landbau setzen.
- Unterstützung von Bodenreformen und anderen Maßnahmen, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern und ländliche und indigene Gemeinschaften unterstützen.
- Ausbreitung sozial und ökologisch zerstörerischer Monokultur-Unternehmen stoppen.
- Reformen des Arbeitsrechts stoppen, die auf die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Lockerung von Kündigungsvorschriften oder die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten abzielen.
- Schaffung sicherer Arbeitsplätze durch das Verbot prekärer Billigarbeit.
- Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantieren – als grundlegendes Prinzip und auch um die kommende Rezession aufzufangen, indem die Kaufkraft der Arbeitnehmer gestärkt wird.
- Die Rechte von Arbeitsemigranten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schützen und für ihre sichere Rückkehr und Wiedereingliederung in die Heimatländer sorgen. Die Menschen, die nicht zurückkehren können, dürfen nicht dazu gezwungen werden; ihre Sicherheit soll gewährleistet sein, und sie sollten Beschäftigung oder ein minimales Grundeinkommen erhalten.

Schlußbemerkung

All dies sind praktische, konkrete, vernünftige Vorschläge. Einige entsprechen Initiativen, die schon im Gang sind und sich bewährt haben. Ihre Erfolge müssen öffentlich und einem breiten Publikum bekannt gemacht werden, damit sie Nachahmung finden. Andere Vorschläge werden sich kaum einfach aufgrund ihrer objektiven Vorzüge verwirklichen lassen. Politischer Wille ist gefragt. Implizit ist damit jeder Vorschlag ein Aufruf zum Handeln.

Dieses Dokument ist als lebendige Arbeitsgrundlage zu verstehen, die von uns allen weiter entwickelt und ausgearbeitet werden kann und soll.

Bitte unterschreiben Sie die Erklärung.

Eine nächste Gelegenheit, gemeinsam an den Maßnahmen zu arbeiten, die notwendig sind, um diese und andere Ideen Wirklichkeit werden zu lassen, wird das Weltsozialforum in Belém in Brasilien Ende Januar 2009 bieten.

Wir haben die Erfahrung und die Ideen – wir sollten die derzeit herrschende Unordnung als Herausforderung und Anstoß sehen und den Schwung nutzen, um eine echte Alternative auf den Weg zu bringen!

Von 100 Organisationen unterschrieben:
Liste auf der nächsten Seite

Unterschriften (Stand am 27.11.08):

Organisations:

Transnational Institute, Netherlands
Focus on the Global South
Red Pepper magazine, United Kingdom
Institute for Global Research and Social Movements, Russia
Ecologistas en Acción, Spain
JS - Asia/Pacific Movement on Debt and Development (JS APMDD), Asia
RESPECT Network Europe, Europe
Commission for Filipino Migrant Workers (CFMW), Netherlands
The Movement for a Just World, Malaysia
Nord-Sud XXI, Switzerland
Europe Solidaire Sans Frontières (ESSF), France
Indian Social Action Forum (INSAF), India
Movimiento Madre Tierra, Honduras
Asian Bridge, South Korea/ Philippines
Center for Encounter and Active Non-Violence, Austria
The Alliance of Progressive Labor (APL)
Pakistan Institute of Labour Education and Research (PILER), Pakistan
Pambansang Katipunan ng Makabayang Magbubukid-PKMM (National Federation of Patriotic Peasant), Philippines
Proresibong Alyansa ng mga Mangingisda-PANGISDA (Progressive Alliance of Fisher), Philippines
WomanHealth, Philippines
Kilusan para sa Pambansang Demokrasya (KPD), Philippines
Fisherfolk Movement Philippines
Democratic Socialist Perspective, Australia
Resistance & Alternative, Mauritius
Observatori del Deute en la Globalització, Spain
African Journalists on Trade and Development
Centre for Education and Communication (CEC), India
EQUATIONS, India
ESK-Basque Land, Basque Country
Common Frontiers, Canada
Alab-Katipunan, Philippines
Finnish Asiatic Society, Finland
Alab-Katipunan, Philippines

Finnish Asiatic Society, Finland
Red Constantino, Philippines
Intercultural Resources, India
Women's March Against Poverty and Globalization (WELGA)
FDC Women's Committee
Bharatiya Krishak Samaj (Indian farmers organization)
Peace for All International Development Organization, Canada/Uganda
Foundation for Media Alternatives, Philippines
The Philippine Rural Reconstruction Movement, Philippines
The Freedom from Debt Coalition-Iloilo, Philippines
Jubilee Eastern Cape, South Africa
SdL intercategoriale, Italy
Foro Ciudadano de Participación por la Justicia y los Derechos Humanos, Argentina
APRODEH (Asociación Pro Derechos Humanos), Peru
Attac Spain
HealthWrights, Workgroup for People's Health and Rights, US
Ander Europa, Netherlands
Enlightening Indonesia, Indonesia
Solidarités, Switzerland
ATTAC Hungary
AITEC (Association Internationale de Techniciens, Experts et Chercheurs), France
Red Venezolana Contra la Deuda/CADTM Venezuela
Movimiento Unido Socialista Haitiano por el ALBA (MOUSHA), Venezuela
IPIAT (Instituto para la Investigación de la Agricultura Tropical), Venezuela
ECOPEACE Party South Africa
Jubilee Kansai Network, Japan
Ecuador Decide, Ecuador
ATTAC Japan
Transnationals Information Exchange (TIE) – Netherlands
Popular Education for Peoples' Empowerment, Philippines
International Gender and Trade Network, Brazil
Committee for the Abolition of Third World Debt (CADTM), Belgium
ATTAC Morocco
ATTAC-Denmark

Friends of the Earth Finland
European Left Party Network, UK
Center for the Study of Democratic Societies, USA
European SocialForum Activists News Agency.
Cymru Europa Press (Social Forum Cymru/Wales), UK
Initiative Colibri/Germany
Sudptt (SOLIDAIRES) Attac 44 France
International Debt Observatory, Belgium
Ligue communiste révolutionnaire (LCR), France
Attac France
Anti Debt Coalition (KAU), Indonesia
Africa Europe Faith and Justice Network
The Corner House, UK
Climate and Capitalism (Canada)
BanglaPraxis, Bangladesh
Centro Studi Monetari, Italy
The Network Institute for Global Democratization (NIGD), Finland
Project SafeCom
Justice and Peace Commission, Mexico
Theater of the Oppressed Laboratory (TOPLAB), US
Grassroots Policy Project, US
Habitat Net, Germany
Metta Center for Nonviolent Education, US
Legal Rights and Natural Resources Center (LRC/Friends of the Earth), Philippines
PODER, A.C
ATTAC-Québec
Foundation for Gaia, UK
Alianza Social Continental, Americas
Red Colombiana de Acción Frente al Libre Comercio-RECALCA, Colombia
World Development Movement, UK
Confederación Latinoamericana de Cooperativas y Mutuales de Trabajadores – COLACOT
Fundación Solon, Bolivia
War on Want, UK

<http://focusweb.org/focus-on-trade-number-144-october-2008.html?Itemid=1#theglobal>
Übersetzung: www.coorditrad.attac.org

Erschienen in SiG 70

Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel!

Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland am 12. Oktober 2008

Seit mehr als einem Jahr tobt die Krise an den Finanzmärkten. Wann immer es heißt, das Schlimmste sei überstanden, folgt kurze Zeit später der nächste Bank-Kollaps, die nächste verzweifelte Rettungsaktion durch eine Zentralbank, der nächste Börsen-Absturz.

Diese Krise ist die schwerste Krise des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Es handelt sich nicht um eine reine Finanzkrise – wir stehen mittlerweile vor einer schweren Weltwirtschaftskrise und mitten in einer tiefen sozialen und gesellschaftlichen Krise. Aktuell zeigt sich das krisenhafte kapitalistische System wieder einmal als unbeherrschbar.

Diese Krise ist keine Naturkatastrophe. Vordergründig ist sie die Folge des Platzens der Immobilienblase in den USA und des Zusammenbruchs der Kreditpyramide, die die Banken in den letzten Jahren aufgebaut haben. Doch ist sie eben auch das Ergebnis eines Systems, in dem der gesellschaftliche Reichtum in Form von Kapital auf der Jagd nach Rendite um die Welt zirkuliert. Sie ist Folge der globalen Ungleichgewichte, die sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft haben. Sie ist begründet in einer Politik, die bewusst die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben hat. Und sie ist die Folge der Umverteilung von unten nach oben, die überhaupt erst diese Art der Konzentration von Vermögen ermöglicht hat.

Über eine Billion Dollar mussten von den Banken bereits abgeschrieben werden, die Investmentbanken sind vom Erdboden verschwunden, das restliche Bankensystem ist tief erschüttert. Weltweit fallen die Aktienkurse. Aber die wahren Betroffenen sind andere. Es sind unzählige AmerikanerInnen, die ihre Häuser oder Renten verloren haben. Es sind Millionen ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt, die ihren Job verlieren werden. Es sind die Menschen in den Entwicklungsländern, die durch die drohende Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen werden. Und es ist die ganze Gesellschaft, die gigantische Summen in die Rettung von Banken stecken muss, während für das öffentlich Notwendige weiter das Geld fehlen wird.

Das endgültige Ausmaß der Krise ist noch immer nicht klar. Aber schon jetzt ist klar: **Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel.** Wir dürfen die Politik nicht damit davon kommen lassen, die Akteure des Finanzmarktkapitalismus in einen Zustand zu versetzen, das Spiel von neuem zu beginnen. Technische Reparaturen reichen nicht. **Es ist Zeit für eine Wende.** Die Menschen

sind nicht länger bereit, den Irrsinn eines Systems zu ertragen, in dem steigender gesellschaftlicher Reichtum destruktive Krisen auslöst. Die Chance ist jetzt da, den Finanzmarktkapitalismus zu Grabe zu tragen! Dafür wird Attac mit allen Bündnispartnern für eine gesellschaftliche Bewegung mobilisieren.

Wir fordern:

Die Verursacher müssen zahlen!

Überall werfen derzeit die Regierungen das Geld der Steuerzahler den Banken in den Rachen, um den Kollaps des Bankensystems abzuwenden. Wir werden nicht akzeptieren, dass die Rettungsaktionen nun zu Lasten der sozial Benachteiligten oder der sozialen Infrastruktur gehen. Die Verursacher müssen zahlen. Wir fordern daher eine einmalige Sonderabgabe auf große Vermögen, um die Kosten der Krise zu finanzieren. Banken, denen der Staat mit öffentlichem Geld hilft, müssen durch eine Verstaatlichung auch unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Die Banken entmachten!

Die Banken haben sich auf der Suche nach immer höheren Renditen von einer Dienstleistungsrolle für die Realwirtschaft gelöst und mit ihren Geschäften den Kollaps des ganzen Finanzsystems riskiert. Als Schlüsselbranche im Kapitalismus gehören sie unter öffentliche Kontrolle. Dabei geht es nicht darum, nur bankrotte Banken zu verstaatlichen, sondern gerade darum, finanzstarken Instituten demokratische Kontrollmechanismen aufzuzwingen. Daneben muss das öffentliche und genossenschaftliche Bankensystem gestärkt werden.

Finanzmärkte kontrollieren – ihre Macht brechen!

Die Politik der letzten Dekaden hat bewusst zugelassen, dass sich große Teile der Finanzmärkte fernab jeglicher Kontrolle entfalten konnten. Die Entstehung eines Schattenbankensystems wurde nicht verhindert, der Entstehung neuer, gefährlicher Finanzinstrumente tatenlos zugesehen. Attac fordert, das Schattenbankensystem aus Hedge-Fonds, Zweckgesellschaften und anderen unregulierten Finanzakteuren muss verboten werden. Ein Finanzmarkt-TÜV muss eingerichtet werden, der neue Finanzinstrumente standardisiert und prüft, bevor diese gehandelt werden dürfen. Mit der Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive von Devisentransaktionen) wollen wir Spekulation reduzieren und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte schwächen. Neben diesen Maßnahmen müssen die Finanz-

märkte durch eine radikale Umverteilung geschrumpft werden.

Steueroasen schließen!

Die Steueroasen spielen nicht nur bei der Steuerhinterziehung eine wichtige Rolle, sondern sind auch zentral für das Funktionieren des globalen Finanzmarkt-Casinos. Hier wurden unter Umgehung nationaler Regulierung Fonds aufgesetzt oder Zweckgesellschaften der Banken gegründet. Die Steueroasen müssen endlich geschlossen werden.

Das Öffentliche den Finanzmärkten entziehen!

Wer diese Krise ernst nimmt, kann nur die Konsequenz ziehen: Die öffentliche Daseinsvorsorge muss der Willkür und dem irrationalen Herdentrieb privater Investoren entzogen werden, und allein aus Gemeinwohlinteresse betrieben werden. Darum darf es keine weiteren Privatisierungen geben. Die Privatisierung der Bahn muss endgültig vom Tisch, der Gesundheitsfond und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme zurückgenommen werden. Insbesondere die Riester-Rente, die mit zur Aufblähung der Finanzmärkte beigetragen, muss durch eine solidarische Bürgerversicherung ersetzt werden.

Die Krise sozial bewältigen!

Unzählige Menschen werden in der kommenden Zeit von Arbeitslosigkeit und sozialer Verunsicherung betroffen sein. Während die Politik den Banken hilft, bleibt sie tatenlos, was die Folgen der Krisen für die Menschen betrifft.

Wir fordern ein energisches Eingreifen, ein ökologisches Umbauprogramm und massive Investitionen in die soziale Infrastruktur, um die konjunkturellen Folgen sozial abzufedern.

Es ist deutlicher als je zuvor, dass wir grundsätzliche Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftssystem brauchen. Diese Forderungen sind deshalb nur einen Anfang – ein Startschuss für einen offenen Prozess, in dem wir solche Alternativen im Dialog mit allen progressiven Kräften entwickeln wollen. In den nächsten Wochen und Monaten wollen wir die Öffentlichkeit für eine andere Politik mobilisieren.

Zum Auftakt ruft Attac zu einer **Protestkundgebung vor dem Bundesfinanzministerium am 30. Oktober um 17 Uhr** auf. Unter dem Motto "**Die Verursacher sollen selbst zahlen, holt das Geld von den Reichen**" werden wir Steinbrück auf die Pelle rücken.

<http://www.attac.de/aktuell/presse>

**Attac Deutschland, Attac Österreich, Attac Schweiz, Attac Catalonien,
Attac Japan, Attac Spanien, Attac Griechenland, Attac Québec,
Focus on the Global South, TNI, Weed, ...**

Weltweite Kehrtwende!

Wir rufen dazu auf, gemeinsam gegen die miteinander zusammenhängenden weltweiten Krisen der heutigen Zeit vorzugehen, die bestehenden Handels- und Investitionsabkommen sowie den damit verbundenen Moloch der konzerngesteuerten Weltwirtschaft zu ersetzen und gemeinsam eine nachhaltige wirtschaftliche Zukunft aufzubauen.

November 2009



Wir leben in außergewöhnlichen, ja sogar noch nie da gewesenen Zeiten.

Vielleicht nie zuvor in der überlieferten Geschichte gab es eine solche Bündelung von Krisen und Kräften, die die Zukunft der Menschheit und des Planeten zu zerstören drohen.

Die **Finanzkrise** hat eine weltweite Wirtschaftskrise mit schnell ansteigender Arbeitslosigkeit und Armut ausgelöst. Dies wiederum geschieht mitten in einer weltweiten **Klimakrise**, in der unser Planet mit noch unvorstellbaren Konsequenzen aufgeheizt wird.

Das Zusammentreffen dieser globalen Wirtschafts- und Klimakrise wird verstärkt durch die heraufziehende Gefahr einer weltweiten **Nahrungsmittelkrise** und das Schreckgespenst von massenhaftem Hunger und Hungertod.

Mehr noch: diese dreifache Krise könnte zum einen bald durch die kommende **Energiekrise** noch verschlimmert werden, da die weltweite Nachfrage nach Erdöl das Angebot übersteigt.

Zum anderen trägt die Vertiefung der **sozialen Krise** durch die Verstärkung der Asymmetrien zwischen gesellschaftlichen Klassen, Geschlechtern und Rassen zu einer Ausweitung der Krise bei.

Darüber hinaus wird die Unfähigkeit der Regierungen, diese vielfachen Krisen zu bewältigen, wachsende **politische Unruhen** verursachen.

Mehr als je zuvor ist es an der Zeit, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen und breite soziale Bewegungen zusammenschließen, um gemeinsam die herrschende Politik und das Modell der wirtschaftlichen Globalisierung umzukehren.

Globale wirtschaftspolitische Steuerung

In vieler Hinsicht können die Antriebskräfte hinter diesen geballten multiplen Krisen nicht nur auf die Weltwirtschaft und das vorherrschende System des industriellen Kapitalismus zurückgeführt werden, sondern auch auf ihre Institutionen und das neoliberale Modell der wirtschaftlichen Globalisierung.

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang haben die **Bretton Woods Institutionen** - die Welthandelsorganisation (und ihr Vorgänger, das GATT-Abkommen), die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) - und ein paar Industriestaaten, die diese Organisationen steuern, die Weltwirtschaft hauptsächlich im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen gelenkt und geleitet. Tatsächlich hat diese Politik transnationalen Konzernen genützt, die ihre Profite durch ungleiches und unbegrenztes Wachstum maximieren konnten - mit enormen Kosten für Mensch und Umwelt. Dieses System der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung basiert auf dem neoliberalen Modell extremer Deregulierung und Privatisierung ver-

bunden mit neuen Machtbefugnissen für Konzerne und dem Abbau von sozialen und umweltpolitischen Rechten. In letzter Zeit wurde es immer offensichtlicher, dass dieses System nicht nur versagt hat, sondern auch eines der Hauptursachen der jetzigen weltweiten Krisen ist.

Aber bisher haben sich die meisten Länder, besonders die Industrienächte, ständig geweigert, grundsätzliche Änderungen an diesem globalen wirtschaftspolitischen Steuerungssystem und seinem neoliberalen Modell einzufordern.

Obwohl die **G8**, die aus den führenden Industrienationen der nördlichen Hemisphäre gebildet wird, auf die **G20** erweitert wurde und nun die wichtigsten Wirtschaftsmächte der südlichen Halbkugel mit einschließt, unterstützen und schützen sowohl die G8 als auch die G20 weitgehend den Status Quo in Bezug auf die Weltwirtschaft.

Vor kurzem hat **die UN Generalversammlung**, in der 192 Staaten der Welt vertreten sind, als Antwort auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ein Communiqué auf Grundlage des Berichts der Stiglitz Kommission veröffentlicht und einige erhebliche Änderungen am System der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung gefordert. Diese Initiativen für eine Reform wurden jedoch von gewissen Industrieländern, die am exklusiveren Prozess der G8 und G20 beteiligt sind, praktisch blockiert und letztlich an den Rand gedrängt.

Neoliberale Handelsmechanismen

Einer der wichtigsten Durchsetzungsmechanismen des Systems der Steuerung der Weltwirtschaft sind die **WTO und verschiedene regionale und bilaterale "Freihandels-" Abkommen**.

Das Hauptziel dieser neoliberalen Handels- und Investitionsordnungen ist es, einen weltweiten Markt durch und für große transnationale Konzerne zu schaffen, um ihnen die Etablierung von Konzernfilialen zu ermöglichen und um ihre Produkte in allen Ländern der Erde verkaufen zu können – ohne dabei seitens der nationalen Regierungen rechtlichen Vorgaben und Regulierungen im öffentlichen Interesse befürchten zu müssen.

Tatsächlich dienen diese "Freihandelsabkommen" dazu, ausländischen Investoren neue Rechte und Befugnisse zu erteilen, mit denen sie Rohstoffe, lebenswichtige Dienstleistungen und andere Produktionsbereiche kontrollieren können.

Außerdem zwingen diese Abkommen die beteiligten Länder, ihre Märkte für Nahrungsmittel zu öffnen, die unterhalb der tatsächlichen Produktionskosten verkauft werden und damit die örtliche Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit zerstören. Und diese Abkommen zwingen nationale und lokale Regierungen, entscheidende soziale und umweltpolitische Schutzmaßnahmen zu beseitigen.

So wurde letztlich die politische Handlungsfähigkeit von Regierungen zur Regulierung und Steuerung der eigenen Wirtschaft zum Wohle der Menschen und Umwelt durch "Handelsregeln" stark eingeschränkt – insbesondere jene von Entwicklungsländern.

Die gegenwärtigen „Handels“regeln sind heute im Wesentlichen im Interesse von global agierenden, profitorientierten Konzernen gestaltet. Die Möglichkeit von Regierungen, nicht handelsorientierte Politiken und Gesetze umzusetzen, die z.B. dem Schutz von wichtigen Sozialleistungen und Bodenschätzen, der Ernährungssouveränität, dem Zugang zu medizinischer Versorgung und der öffentlichen Sicherheit - um nur einige zu nennen - dienen, sind durch diese Regeln beschränkt. Diese neoliberalen Handels- und Investitionsregime sind somit auch eine treibende Kraft, die die vielschichtigen Krisen, der die Menschheit und unser Planet ausgesetzt sind, verbreiten und verstärken.

Wirtschafts- und Klimakrise

Die **WTO** hat auch eine wesentliche Rolle bei der Entstehung des weltweiten finanziellen Zusammenbruchs gespielt, da die WTO-Regeln den Mitgliedsländern die **Liberalisierung und Deregulierung ihrer Finanzdienstleistungen** vorschreiben.

Im Rahmen des **GATS** (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen in der WTO) wurden viele Regierungen dazu gedrängt, schlicht und einfache Gesetze zu annullieren, die wichtige finanzielle Absicherungsmaßnahmen sicherstellten, sowie gleichzeitig die Etablierung ausländischer Banken und anderer Finanzdienstleister sowie den Handel mit (riskanten) neuen Finanzprodukten und –dienstleistungen in ihren Ländern zuzulassen. Folglich erlaubten diese Regierungen, die durch das GATS ihres Rechtes auf Regulierung von Kredit-Absicherungen beraubt worden waren, den weltweiten Handel mit Derivaten aus US-amerikanischen Subprime-Hypotheken. Das GATS hat damit zur Entstehung und Beschleunigung der aktuellen Krise beigetragen.

Es ist ein Skandal: Die gleichen Banken – in der GATS „Financial leader group“ vertreten, die dieses Modell der Liberalisierung von Finanzdienstleistungen weltweit exportiert haben, sind jetzt die Hauptempfänger der vom Steuerzahler finanzierten Rettungspakete.

In ähnlicher Weise ist diese neoliberale Handels- und Globalisierungspolitik ein Schlüsselfaktor bei der Intensivierung und Ausweitung der weltweiten Klimakrise. Die **CO₂-Emissionen** dieses **exportorientierten Produktions- und Konsummodells** sind im Hinblick auf die globale Erwärmung unhaltbar. Zu den industriellen Produktionsprozessen kommt der Versand und Transport von Waren als einer der Hauptquellen von Treibhausgasen, die für die Erwärmung unseres Planeten verantwortlich sind. Laut der UN verursacht allein die Verschiffung von Langstreckenfracht über die Ozeane 7 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes.

Zugleich werden einige entscheidende Umweltpolitiken und Regulierungsmaßnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes oder zur Förderung alternativer erneuerbarer Energien angegriffen. Es wird behauptet, dass solche Maßnahmen den WTO- bzw. bilateralen Handelsregeln (im Fachjargon „Handelshemmnisse“) widersprechen und dass sie als solche beseitigt werden müssen oder wirtschaftliche Sanktionen nach sich ziehen werden.

Soziale und Nahrungsmittelkrise

Die exportorientierte landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern ist kein Ausweg aus der weltweiten Hunger- und Nahrungsmittelkrise, im Gegenteil sie verschärft diese. Laut Welternährungsorganisation wird der **Hunger** weltweit im Jahr 2009 seinen höchsten Stand erreichen, so dass jeder sechste Mensch auf der Erde von Hunger und Unternährung betroffen sein wird.

Im Rahmen der **WTO Regeln** ist es großen Agrarkonzernen, die von den großen Indus-

trielländern subventioniert werden, erlaubt, weltweit große Mengen Güter zu Dumpingpreisen, unter dem Vorwand der Nahrungsmittelversorgung für den weltweiten Supermarkt, auf den Markt zu werfen. Schlimmer noch: Die bestehenden Handelsregeln zielen vor allem auf die Erhöhung der Handelsvolumen, anstatt auf die Förderung der Nahrungsmittelsicherheit.

Viele Entwicklungsländer stehen unter dem gewaltigen Druck, Devisen für die **Bedienung ihrer Schulden** bei globalen Finanzinstitutionen verdienen zu müssen.

Daher werden Ernteerträge, die auf den besten Ackerböden produziert werden, hauptsächlich in reiche Industrieländer exportiert. Gleichzeitig werden Bauern und Bäuerinnen auf der südlichen Halbkugel von ihrem Land vertrieben und anstatt Nahrungsmittel für die Menschen im eigenen Land zu produzieren, erhöhen sie die Anzahl der Arbeitslosen in den Städten.

Zu all diesen Krisen, welche das gegenwärtige Handelssystem zur Grundlage haben, kommt eine anhaltende **soziale Krise** hinzu, die Hand in Hand mit der neoliberalen Globalisierung geht und die sich sowohl im Norden wie im Süden weiter verfestigt und vertieft.

Jahrzehnte des Freihandels mit Industriegütern haben zu einer weltweiten umfassenden **Verringerung der Löhne und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen** geführt. ArbeiterInnen im Süden und Norden werden mehr und mehr gezwungen, in einem „**Wetlauf nach unten**“ miteinander in Konkurrenz zu treten. Dieser macht lediglich transnationale Konzerne reicher, für die die ArbeiterInnen lediglich ein Bestandteil in ihren globalen Versorgungsketten sind.

Entwicklungsländern ist es heute aufgrund von globalen und bilateralen Handelsregeln verboten, die gleichen Industrialisierungspolitiken und Strategien anzuwenden, die einst von den heute reichen Ländern angewendet wurden, um sich ausländische Investitionen für ihre Entwicklungsbedürfnisse zunutze zu machen.

Stattdessen sind die Länder gezwungen, miteinander um direkte ausländische Investitionen zu konkurrieren, indem sie ihre sozialen und Umweltstandards senken und damit das Rennen um den letzten Platz im weltweiten Maßstab beschleunigen.

Falsche Lösungen

Das aktuelle weltweite Handels- und Investitionssystem steht im Zentrum der vielschichtigen Krisen, die heute geballt die Erde erschüttern. Keine anhaltende Lösung kann für diese Krisen gefunden werden, ohne dass das neoliberale Modell und die Palette an Politiken, die von der WTO gemeinsam mit regionalen und bilateralen Handelsregulieren eingeführt wurden, geändert werden.

Anstatt grundlegende Änderungen im gegenwärtigen Wirtschaftssystem anzustreben, befürworten die meisten Regierungen weltweit weiterhin falsche Lösungen, wie den **Abschluss der WTO-Doha Runde** und die Umsetzung von **weiteren bilateralen und bi-regionalen Handelsabkommen**. Mehr noch: diese Handelsabkommen werden die Krise jedoch nur verschärfen.

Finanzdienstleistungen weiter zu liberalisieren und zu deregulieren wird keinesfalls die Kredite, Anleihen und Hypotheken der Menschen absichern, sondern Banken und Versicherungsgesellschaften noch mehr ermöglichen, die Einlagen für risikoreiche Spekulationen zu nutzen.

Eine weitere Senkung der Zölle wird nicht helfen, Hunger leidende Menschen zu ernähren, weil damit die Existenzgrundlage von noch mehr LandwirtInnen auf der südlichen wie der nördlichen Halbkugel zerstört wird, um die Interessen der Agrarindustrie zu bedienen und deren Macht und Steuerung des Nahrungsmittelsystems noch weiter auszubauen.

Die Senkung von Zöllen auf Industriegüter und die Abschaffung von technischen Standards wird auch nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Norden oder im Süden führen. Anstatt dessen wird sie die Abwärtsspirale der Sozial- und Arbeitsbedingungen verstärken, besonders für Frauen und ärmere Gemeinden.

Um die Finanz-, Klima- und Nahrungsmittelkrise der Gegenwart zu lösen, müssen die **Regierungen** den notwendigen politischen **Spielraum** und die Flexibilität haben, ihre Wirtschaft zu regulieren und in vielen Fällen zu re-regulieren, um dem **Allgemeinwohl** der Menschen und der Umwelt zu dienen.

Solange verbindliche Handelsregeln, die nur dazu dienen, kurzfristige Profite und strategische Interessen von transnationalen Konzernen zu sichern – sei es durch die WTO oder durch regionale bilaterale Handelsabkommen – solange werden den Regierungen die Hände gebunden sein, diese Herausforderungen zu meistern, auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Aufruf zum Handeln

Wir wollen den Widerstand gegen ein weiteres **WTO-Ministertreffen** organisieren, das **Ende November 2009**, mit dem Ziel den Einfluss der WTO weiter auszubauen, stattfindet – genau 10 Jahre nach der “Schlacht von Seattle” und nur wenige Tage vor dem entscheidenden UN Klimagipfel in Kopenhagen.

Lasst uns gemeinsam aktiv werden.

Um die aktuellen globalen systembedingten Krisen zu überwinden, müssen wir gemeinsam die Schaffung einer **neuen Wirtschaftsordnung** fordern – die die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse und die Umsetzung aller sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen Rechte sowie Menschenrechte ins Zentrum stellt – und die auf Produktions- und Konsummodellen beruht, die die natürlichen Grenzen der Rohstoffversorgung der Erde respektieren, und die eine gerechte Verteilung dieser Rohstoffe unter allen Menschen sowie den Einsatz von sauberen, sicheren und erneuerbaren Energien vorsehen.

Als wichtigen ersten Schritt in Richtung einer neuen Wirtschaftsordnung fordern wir, dass das neoliberale Handelsregime ausrangiert und durch ein **alternatives multilaterales Handelssystem** ersetzt wird, das gerecht, nachhaltig und partizipativ ist.

Wir rufen daher soziale Bewegungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen auf der ganzen Welt auf, in den kommenden Monaten mit uns zusammen dem neoliberalen Handels- und Globalisierungsregime, das die globalen Krisen verursacht und verschärft, zu widerstehen und es zu ersetzen,

- durch Aktionen und die Mobilisierung der Mitgliedsorganisationen von Our World is Not For Sale, um den Abschluss der **WTO-Doha-Runde** vor und nach dem Ministertreffen in Genf zu **verhindern**;
- durch das Vorantreiben und die Etablierung eines **Moratoriums** für bilaterale und birenale Freihandelsabkommen in bestimmten Ländern und Regionen;
- durch Aktionen im Vorfeld des **Klimagipfels in Kopenhagen**, die sicherstellen, dass die WTO und ihr neoliberales Modell des Freihandels als falsche Lösungen für die Klimakrise bloßgestellt werden.

Als Subjekte der Geschichte ist es an der Zeit, dass wir eine sofortige umfassende Kehrtwende fordern, bevor es zu spät ist.

Unterzeichnet von:

A SEED Europe Netherlands / AFTINET Australia / AITEC FRANCE / Alianza Social Continental Perú / All Nepal Peasants' Federation / Alliance of Progressive Labor (APL) Philippines / Andhra Pradesh Vyavasaya Vruthidarula Union-APVVU INDIA / Anti Debt Coalition (KAU) Indonesia / Art for Change Canada / Asia Pacific Mission for Migrants (APMM) / Asia Pacific Research Network Philippines / Asian Peasant Coalition (APC) / Attac Austria / Attac Catalonia / ATTAC Japan / ATTAC Spain / ATTAC-Greece / ATTAC-Québec Canada / BanglaPraxis Bangladesh / Berne Declaration Switzerland / Bharat Jan Vigyan Jatha / Delhi Platform India Bharatiya Krishak Samaj (Indian Farmers' Organisation) / Campaign for the Welfare State Norway / Canadians for Action on Climate Change / Coalition Against Trafficking in Women - Asia Pacific (CATW-AP) Philippines / Confederation

of Labor and Allied Social Services (CLASS) Philippines / Corporate Europe Observatory (CEO) Belgium / Council of Canadians Canada / Council of Canadians (Annapolis Valley chapter) Canada / Council of Canadians Toronto Chapter Canada / D5 USA / Ecologistas en Acción Spain / Economic Justice Network South Africa / EQUATIONS India / ESK -Trade Union Basque Land / FAIR Italy / Focus on the Global South Asia / Forum For Biotechnology & Food Security India / Frente Social y Popular Asunción-Paraguay / Fundacion Solon Bolivia / IBON Foundation Philippines / India FDI Watch India / Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA) Austria / Iniciativa contra los Agronegocios, America Latina / International Gender and Trade Network Brazil / Janpahal India / Jobs with Justice: Portland, OR USA / Labour, Health and Human Rights Development Centre Nigeria / LATIN-DADD Peru / Llamado Mundial a la Acción contra la Pobreza - PERU / Marcha Mundial de las Mujeres Perú / Muxlow Clan Canada / n/a Canada / n/a UK / Nigeria Transformation Initiative (NgTI) Nigeria / Norsk Tjenestemannslag Norway / Oakland Institute USA / Observatorio de la Deuda en la Globalización Catalunya - Estado español / Peterborough and Kawartha's chapter, Council of Canadians Canada / Polaris Institute Canada / Programa Universitario México Nación Multicultural -UNAM- México / Project Allende Argentina / Public health and international development sciences student Sweden Quill Plains Chapter, Council of Canadians CANADA / Red Mexicana de Accion frente al Libre Comercio- RMLC Mexico /retired Canada SEARCH Foundation Australia / SMART ASSOCIATION INDIA / Solidarity Workshop Bangladesh / St. John's Eco-Cell Canada / taiga-institute finland / TIE-Netherlands /Turkey Trade Strategy Group and Biowatch South Africa / TRADITIONAL HEADMAN CANADA / Transnational Institute (TNI) Netherlands / University McGill Canada / Unorganised Sweden War on Want UK / Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED e.V.) Germany / WIDE Belgium World Development Movement UK / World March of Women International /World-view-The Gambia Gambia

Übersetzung: Gina Heidemann, Coeditrad, und SiG-Redaktion, **Erschienen in SiG 78**
<http://www.ourworldisnotforsale.org/en/signon/global-turn-around>

Attac Verbände (u.a. Attac De) sind Mitglieder in dem Bündnis „Our world is not for sale“ (OWINFS)



<http://www.ourworldisnotforsale.org/>
S. auch: www.stopepa.de

Für eine neue globale Solidarität

(Brüsseler Erklärung, 28. Okt. 2009,)

(<http://rosalux-europa.info/userfiles/file/Beyond%20the%20crisis%20-%20Reader.pdf>)

ABIOLA, Hafsat (Nigeria); ALTVATER, Elmar (Germany); AMIN, Samir (Senegal); BAWTREE, Victoria (France);
BEAUDET, Pierre (Canada); BELLO, Walden (Philippines); BRENNAN, Brid (Netherlands); BRIE, Michael (Germany); CANDEIAS,
Mario (Germany); CANEPA, Eric (Italy); CASSEN, Bernard (France); CATALINOTTO, John (USA);
CHACHRA, Sandeep (India); COX, Jennifer (USA); DAIBER, Brigit (Germany/Belgium);
DIERCKXSENS, Wim (Honduras/Costa Rica); DRISSI CHALBI, Hassania (Tunisia); ESKELINEN, Teppo (Finland);
FOUNOU, Bernard (Cameron/Senegal); GAUTHIER, Elisabeth (France); GEORGE, Susan (France);
GILLS, Barry K (UK); HABASHI Mamdouh (Egypt); HAGEN, Mark (Germany); HEINE, Henning (Germany);
HOUTART, François (Belgium); KEET, Dot (South Africa); KULKE, Roland (Belgium/Germany);
LANDER, Edgardo, (Venezuela); LAU Kin Chi (Hong Kong); MASSIAH, Gustave (France);
MENON, Meena (India); MERKUSHEV, Vitaly (Russia); MOYO, Samson (Zimbabwe); MURTHY, P.K. (India);
NAKATANI, Paulo (Brasil); OSMANOVIC, Armin (Germany); PÁEZ, Pedro (Ecuador); RILLING, Rainer (Germany); ROCHAT, Flo-
rian (Switzerland); SCHOLZ, Helmut (Germany); VERVEST, Pietje (Netherlands);
WACHTEL, Howard (USA); WEN Tiejun (China); YAKUSHIK, Valentin (Ukraine)

Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung – Intellektuelle und Aktivist*innen aus dem globalen Süden wie dem globalen Norden –, haben uns in einer historischen Umbruchphase, inmitten einer beispiellosen Krise in Brüssel versammelt. Die nationalen Regierungen sind dabei, den Kapitalismus zu retten und den Neoliberalismus zu restaurieren. Für radikale Interventionen ist es dennoch nicht zu spät. Wir setzen uns für neue Paradigmen der sozialen Beziehungen ebenso wie der Beziehung zur Natur ein und schlagen Elemente für alternative Systeme auf allen Ebenen vor, die auf einer neuen globalen Solidarität fußen. Im Vordergrund müssen die Bedürfnisse der Menschen stehen – und daher gilt es, wachsende Armut und Verelendung zu bekämpfen, den Finanzsektor einzuhängen und massiv zu kontrollieren sowie sich für Klimagerechtigkeit, die Wiederaneignung der gemeinschaftlichen Güter der Menschheit und das Ende aller Kriege einzusetzen. Lassen wir die Menschen entscheiden. Die Verzahnung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Krisen ist strukturell bedingt. Unser Handeln ist dringend erforderlich.

Sie sagen, die Krise sei vorbei. Falsch.

Die Welt steht mitten in einem Umbruch historischen Ausmaßes. Die Verlautbarungen der G-20, der EU und teilweise auch der UNO hören sich freilich so an, als gehe es nur um kleinere Neujustierungen des Systems. Tief greifende Veränderungen sind nicht in Sicht. Auf die Blase an den Finanzmärkten folgen politische Sprechblasen.

Die Eliten und globalen Institutionen sind bestrebt, die neoliberale Dominanz und die Logik des Krisenkapitalismus wiederherzustellen. Ja, sie tun das. Und angesichts der globalen Machtstrukturen müssen wir zugehen: „Yes, they can“ – ja, sie können es auch. Der globale Kapitalismus hat die Welt in

eine schwere Krise gestürzt. Sie geht einher mit der andauernden Plünderung der Natur und der Energieressourcen des Planeten insbesondere im globalen Süden, dem drohenden Klimakollaps, mit Lebensmittelkrisen samt ihrer verheerenden Auswirkungen wie Hunger, Armut und Migration. Die Welt ist zudem mit wachsender sozialer Ungleichheit und zunehmender Klassenspaltung konfrontiert, mit der wachsenden Macht transnationaler Konzerne, mit Kriegen und einer Tendenz zu autoritären Lösungen. Die verschiedenen Ausprägungen der Krise sind Folge einer Logik, die Kapitalismus, Patriarchat, Imperialismus, (Neo-) Kolonialismus, Militarisierung und der Ausbeutung von Mensch und Natur entspringt. Diese Logik muss ersetzt werden – sonst drohen der Welt und der Menschheit weitere langwierige Konflikte.

Neue Paradigmen

Die Zeit für radikale Interventionen ist gekommen. Es gilt eine Vision zu entwerfen, in der konkrete Projekte des Wandels mit einer klaren Perspektive der Transformation hin zu solidarischen Gesellschaften verbunden werden. Die wichtigsten Ziele dabei sind die Rettung der Erde, das Ende von Kriegen, Hunger und Armut sowie soziale Gleichheit und volle Emanzipation.

Auf der ganzen Welt setzen viele soziale und politische Bewegungen sowie lokale Initiativen der neoliberalen Dominanz ihren Widerstand entgegen und lassen zugleich Ansätze für Alternativen erkennen. Die Hauptbedingungen für das künftige Zusammenleben sind:

- Vorrang für die Bedürfnisse jeder und jedes Einzelnen in einem von den Menschen gesteuerten Produktionsprozess;
- Abkehr von der ausbeuterischen Beziehung zur Natur hin zu ihrer Achtung als Quelle des Lebens;
- vollständige Demokratie in allen sozialen Beziehungen sowie politischen, ökonomischen und kulturellen Institutionen. Das

schließt die Gleichheit von Frau und Mann in allen Bereichen der Gesellschaft ein.

- Schließlich: Ein Multikulturalismus, durch den alle Kulturen und Wissensformen zur Vision der Welt und zu einer Ethik beitragen können, die für eine Transformation nötig ist.

Der Kampf für Veränderung erfordert die weltweite Vernetzung und Stärkung sozialer und politischer Bewegungen. Seit dem Aufruf der Zapatistas und der Gründung der globalen Bewegung der Bewegungen in Seattle wächst Protest auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Allerdings ist er noch zersplittert. Dennoch gibt es ermutigende Beispiele: Bewegungen der Landlosen, Bauern sowie Arbeiterinnen und Arbeiter; Initiativen von Frauen, indigenen Völkern und Flüchtlingen; Bewegungen für soziale und Klimagerechtigkeit, sinnvolle Arbeit, die Rückzahlung der Schulden an den Süden, und nicht zuletzt: für den Frieden.

Alternativen

Konzentrieren wir uns auf die Bedürfnisse und die Hoffnungen der Menschen. Als erste Schritte fordern wir: Die sofortige und radikale Umverteilung privater Besitztümer an die Völker des Südens und die unteren Klassen weltweit sowie an den öffentlichen Sektor – 75% weniger Vermögen in den Händen der Reichen und der Superreichen! Wir werden nicht für die Krise bezahlen und die von ihr verursachten neuen Staatsschulden begleichen. Dieses Ziel ließe sich in ersten Schritten durch hohe Steuern auf Vermögen, Unternehmensgewinne, große Einkommen, Erbschaften sowie Finanz- und Währungsgeschäfte erreichen. Die Schulden des Südens – entstanden durch private Enteignung und koloniale Plünderung – müssen zurückgezahlt werden.

Unterstützen wir die Kämpfe der unteren Klassen. Die Ressourcen der Welt sollten in erster Linie für den Kampf gegen Hunger und Armut, als Wiedergutmachung für ausgebeutete Bodenschätze und zerstörte Le-

bensbedingungen sowie für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung eingesetzt werden. Investitionen in öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen müssen verstärkt, Löhne und Gehälter ebenso wie Investitionen in die soziale und ökologische Entwicklung den Vorrang vor dem shareholder value haben. Recht auf Arbeit und Recht auf Nahrung sind unabdingbar. Zugleich muss der öffentliche Beschäftigungssektor ausgebaut werden, um der zunehmenden Prekarisierung entgegenzuwirken. Das schließt den Ausbau von kollektiven und kooperativen Arbeitsformen ein, die nicht an der Erzeugung von Mehrwert orientiert sind, effizient zur menschlichen Entwicklung beitragen und menschliche Beziehungen bereichern.

Kontrolle und Rückbau des globalen Finanzsektors: 75 % runter, sofort! Wir fordern ein Verbot von „Giftpapieren“, Derivaten, Hedgefonds und Private Equity-Beteiligungsmodellen. Es darf keine weiteren Liberalisierungen geben – dafür schärfere Kontrollen des Banken-, Finanz- und Kapitalwesens sowie die Schließung der Steueroasen. Eine solidarische Weltwährung ist erforderlich und eine globale Finanz- und Handelsordnung, die Ungleichgewichte beseitigt, die nachhaltige Entwicklung fördert und soziale wie politische (Mindest)-Standards sichert. Investitionen an sich – und somit nicht nur die Banken – müssen vergesellschaftet und zur öffentlichen Aufgabe werden. Der Vorrang von Profiten vor Menschen würde umgekehrt.

Es bedarf dringend einschneidender Veränderungen in der Produktions- und Konsumweise sowie dem Verteilungssystem. Dazu ist unerlässlich: die Vergesellschaftung der Kernsektoren der Wirtschaft sowie der Bodenschätze; der umgehende Einstieg in eine radikale ökologische Umwälzung; höhere Güte und längere Lebensdauer von Produkten, um verschwenderischen Konsum zu verringern; das Ersetzen agrarindustrieller Monokulturen durch eine kooperative kleinbäuerliche Landwirtschaft. 75 % weniger Verbrauch von Energie und natürlichen Ressourcen, 75 % weniger umweltschädliche Emissionen. Klimagerechtigkeit jetzt!

Lassen wir die Menschen entscheiden. Die repräsentative parlamentarische Demokratie muss inhaltlich gefüllt werden. Zudem heißt es, eine sinnvolle partizipative Demokratie mit Entscheidungsmacht zu schaffen – mit bindenden Volksbefragungen, Planungsprozessen von unten, Räten und Bürgerhaushalten. Es bedarf der Demokratisierung der Wirtschaft jenseits der klassischen Mitbestimmung, mit echter Beteiligung von Arbeiterinnen und Arbeitern, Gewerkschaften, Verbrauchergruppen und anderen Betroffenen bei Unternehmensentscheidungen. Dies hätte Auswirkungen auf die gesamte transnationale Produktionskette. Das Ziel

muss sein, die kapitalistischen Aufsichts- und Verwaltungsräte sowie Vorstände abzulösen durch kollektive Gremien, die eingebettet sind in Regional- und Kommunalräte.

Lasst uns das Gemeingut zurückholen! Der Grundbedarf muss aus gemeinschaftlichen Gütern gedeckt werden durch kostenlosen Zugang zu Land, Saatgut, Wasser und saubere Luft. Es dürfen keine weiteren Patente auf das Leben erteilt werden. Wissen, Technik und Forschung müssen ebenso Gemeingut werden wie der öffentliche Nahverkehr und der Zugang zu Gütern von allgemeinem Belang. Jeder Versuch, öffentliches Eigentum zu privatisieren, muss gestoppt und der Ausverkauf des öffentlichen Bereichs rückgängig gemacht werden. Es gilt, die Sozialversicherungssysteme zu verteidigen und auszubauen sowie konkrete politische Ansätze zu entwickeln, um dem Wohnraumbedarf im Süden wie im Norden zu decken.

Konzentrieren wir uns auf eine solidarische Versorgungswirtschaft, die Neuorientierung auf Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Forschung, Lebensmittelsouveränität und Bodenreform, soziale Dienste, die Pflege von Kindern, Senioren und Kranken sowie unserer natürlichen Umwelt. Dies wäre auch ein Beitrag zu einer ökologischen Produktionsweise, zu emanzipatorischen Geschlechterbeziehungen sowie zur Entwicklung einer Praxis des Guten Lebens (ben vivir). Binnenmarktorientierung, Regionalisierung und ansatzweise auch Deglobalisierung stehen gegen das exportgetriebene, industrielle Wachstumsmodell, gegen Privatisierung und Verwertung, gegen zunehmende Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten in der Welt.

Wir fordern den Abzug aller Armeen des Westens und die Schließung aller ausländischen Militärstützpunkte. Die größte Verschwendung überhaupt sind die enormen Ausgaben für Waffen und Kriegsgerät. Die Militärausgaben weltweit müssen um mindestens 75 % sinken! Das Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat ist ebenso abzuschaffen wie die NATO. Alle Kernwaffen müssen verboten werden.

Arbeitsprogramm

Wir haben an der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus mitgewirkt, haben die Krise vorhergesagt und zur Entzauberung des Neoliberalismus beigetragen. Aber es ist uns nicht gelungen, die herrschenden Machtstrukturen zu überwinden. Der neoliberale Kapitalismus verliert zwar inzwischen an Glaubwürdigkeit, aber er bleibt dominant.

Unser gemeinsames Ziel ist es, diese Dominanz zu brechen. Es gibt ein Zusammengehen der verschiedenen Kämpfe, eine inten-

sive Kommunikation, Solidarität und Kooperation sowie Experimente mit konkreten Einstiegsprojekten.

Wir unterstützen die diversen Kämpfe mit voller Kraft und bemühen uns um deren Vernetzung. Als Intellektuelle sind wir bestrebt, unseren Einschätzungen und Empfehlungen Kohärenz zu verleihen.

Dringende Aktionen sind nötig, damit sich die Krise nicht verschärft und sie nicht noch schlimmere Schäden anrichtet.

Dazu zählen:

die Beteiligung am Klima-Gegengipfel (Klimaforum) in Kopenhagen oder die Organisation dezentraler Aktionen für Klimagerechtigkeit; die Ablehnung von Marktmechanismen wie den Kohlenstoffhandel; die unmittelbare Transformation der Energiekette; die Ablehnung der Atomkraft;

die Ablehnung weiterer Liberalisierungen; die Verhinderung der bevorstehenden WTO-Verhandlungen sowie der so genannten Wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen (EPAs, Economic Partnership Agreements) und Freihandelsabkommen mit dem Süden;

das Verhindern von Kürzungen bei den Staatsausgaben, mit denen die höheren öffentlichen Schulden infolge der Krise beglichen werden sollen; Unterstützung der Kämpfe gegen die Krise; ein Verbot des Derivate-Handels und von Leerverkäufen sowie das Schließen der Steueroasen; ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln und Energie; ein Zahlungsaufschub für die Schulden des Südens

die Wiedereroberung des Gemeingutes wie der Fabriken, des Bodens und der Öffentlichkeit, sowie die Beteiligung an politischen Aktionen;

das Ende der Kriege und eine weltweite Abrüstung.

Neue globale Solidarität

Die neue globale Solidarität basiert auf den Kämpfen der Opfer des herrschenden Wirtschaftssystems, der Länder des Südens als Ziele imperialistischer Politik sowie der subalternen Klassen des Nordens wie des Südens, die entweder ausgebeutet oder verwundbar gemacht werden. Sie schließt die Kooperation zwischen den großen Regionen der Welt ein, die sich gegenseitig ergänzen sollten. Die neue globale Solidarität erfordert die Achtung und den Schutz des Planeten und eines Dialogs zwischen den Kulturen. Sie bedeutet die Verwirklichung des allgemeinen Wohls der Menschheit. Nur globale Solidarität kann der Menschheit eine Hoffnung für die Zukunft geben.

Wir haben die Massen und wir haben die Ideen. Sie haben die Macht – noch. Lasst sie uns erobern!

Systemwechsel statt Klimawandel

Die Erklärung vom Klimaforum09, Kopenhagen

Dezember 2009 - Unterschrieben von ca. 500 Organisationen, darunter: ATTAC Dänemark, Attac Deutschland, ATTAC Finnland, ATTAC Flandern, ATTAC Frankreich, ATTAC Italien, ATTAC Japan, ATTAC Österreich, ATTAC Polen, ATTAC Spanien, ATTAC Schweden, ATTAC Togo, Sozialforum Österreich, Focus on the Global South, Jubilee South, TNI, ...

Präambel

Es gibt Lösungen für die Klimakrise. Was die Menschen und der Planet brauchen, ist ein gerechter und nachhaltiger Übergang unserer Gesellschaften hin zu einer Form, welche die Lebensrechte und die Würde aller Völker sichert und für zukünftige Generationen einen fruchtbareren Planeten und ein erfüllteres Leben bietet.

Dieser Übergang muss auf den Prinzipien der Solidarität beruhen – insbesondere mit den am meisten Gefährdeten –, nämlich mit den Grundsätzen der Nicht-Diskriminierung, der Geschlechtergleichheit, der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit; in Anerkennung der Tatsache, dass wir ein Teil der Natur sind, die wir lieben und respektieren. Um die Klimakrise anzugehen, ist es jedoch notwendig, Bewusstsein zu schaffen und entschlossene Aktionen umzusetzen, die sich an den Rechten orientieren. Alle Staaten haben eine Verpflichtung zu internationaler Zusammenarbeit, um weltweit die Beachtung der Menschenrechte in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen durchzusetzen.

Wir, die teilnehmenden Völker, Gemeinschaften und alle Organisationen beim Klimaforum09 in Kopenhagen, rufen jede einzelne Person, Organisation, Re-

gierung und Institution einschließlich der Vereinten Nationen auf, zu diesem notwendigen Übergang beizutragen. Es wird eine herausfordernde Aufgabe sein.

Die gegenwärtige Krise weist ökonomische, soziale, ökologische, geopolitische und ideologische Aspekte auf, die miteinander in Wechselwirkung stehen und sich sowohl gegenseitig verstärken als auch die Klimakrise verschärfen.

Der gegenwärtige Zeitpunkt, an dem die Krisen von Klima, Energie, Finanzen, Ernährung und Wasser etc. aufeinander zulaufen und sich verstärken, drängt uns dazu, uns zu vereinigen und das herrschende soziale und ökonomische System ebenso zu verändern wie das System der globalen Regierungsführung, welches gegenwärtig die zur Lösung der Klimakrise notwendigen Schritte blockiert.

Deshalb muss eine Bewegung von unten handeln. Umwelt- und Klimaschulden müssen beglichen werden. Es sollten keine falschen, gefährlichen oder kurzfristigen Lösungen propagiert und übernommen werden, wie etwa Kernenergie, Agrosprit, Emissionshandel, Techniken zur Speicherung von CO₂ (CCS), Bio-

kohle, Geo-Engineering und Kohlenstoffhandel.

Stattdessen sollten wir einen wirklich nachhaltigen Übergang umsetzen, der sowohl auf sauberen, sicheren und erneuerbaren Ressourcen als auch auf Energieeinsparung beruht.

Wir begrüßen die Schaffung von Bündnissen quer durch soziale Bewegungen und gesellschaftliche Gruppen, die alle Altersgruppen, Geschlechter, Ethnien, Glaubensüberzeugungen, Gemeinschaften und Nationalitäten repräsentieren. Wir wollen die Zukunft in unsere eigene Hand nehmen, indem wir eine starke und breite Bewegung bilden von Jugendlichen, Männern, Frauen, Arbeitern, Bauern, Fischern, indigenen Völkern, Menschen aller Hautfarben, von Gruppen, die städtische und auch ländliche Gemeinschaften vertreten – eine Bewegung, die auf allen Ebenen der Gesellschaft die Zerstörung der Umwelt und den Klimawandel bekämpfen kann.

Wir fordern eine neue internationale Wirtschaftsordnung und unterstützen eine starke und demokratische UNO im Gegensatz zu G8, G20 oder anderen geschlossenen Gruppen mächtiger Staaten.

A. Wie wir die Herausforderung sehen

Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre ist bereits so hoch, dass das Klimasystem aus dem Gleichgewicht gebracht worden ist. CO₂-Konzentration und weltweite Temperaturen sind in den letzten 50 Jahren rascher als jemals zuvor auf der Erde angestiegen und werden in den kommenden Jahrzehnten sogar noch schneller zunehmen.

Dies kommt zu einer Reihe von anderen ökologischen Gleichgewichtsverlusten hinzu, deren Folgen Leben und Lebensgrundlage aller Menschen bedrohen, in besonders scharfer Form aber die verarmten Menschen und andere ungeschützte Gruppen.

Das Ungleichgewicht des Klimasystems führt unter anderem zu stärkeren und häufigeren Extremen bei Hitze- und Regenverteilungen, bei tropischen Wirbelstürmen, Hurricanes und Taifunen, extremen Überflutungen und Dürreperioden, Verlust von Biodiversität, Erdbeben, steigendem Meeresspiegel, Trinkwassermangel, kürzeren Anbauperioden, geringe-

ren Erträgen, Verlust oder Verschlechterung von Ackerland, verringerter landwirtschaftlicher Produktion, Verlusten bei Viehherden, Zerstörung von Ökosystemen und verringertem Fischbestand. Diese Erscheinungen haben zur Folge Nahrungsmittelkrisen, Hunger, Krankheit, Tod, Vertreibung und die Auslöschung von nachhaltigen Lebensweisen. In Wechselwirkung damit stehen die Einführung von genetisch modifizierten Lebewesen, Monokulturen im Ackerbau und industrialisierte Landwirtschaft, die allesamt stark durch die Konzerne gefördert werden.

Diese Phänomene bedrohen die Stabilität und Diversität von Ökosystemen in ernsthafter Weise, sie marginalisieren Kleinbauern und tragen zu ihrer Verarmung bei und untergraben die Nahrungsmittelsouveränität. Konzerngesteuerte Landwirtschaft ist darauf angelegt, einer aufgeblähten globalen Nachfrage zu begegnen, die eher durch Überkonsumtion vor allem im globalen Norden verursacht wird als durch örtliche Grundbedürfnisse. Das Gleiche

gilt für moderne industrialisierte Fischwirtschaft, intensive Forstwirtschaft und Bergbau, die Ökosysteme zerstören, Biodiversität verringern und Leben und Lebensgrundlage lokaler Gemeinschaften zerstören.

Zusammen mit wachsender sozialer Ungleichheit und einer schweren Beeinträchtigung unserer gemeinsamen Umwelt zerstören diese Effekte des Klimawandels bereits das Leben von Millionen von Menschen sowie ihre lokalen Gemeinschaften. Andererseits sind wir, die Menschen, nicht bereit, diese Tatsache als unser Schicksal hinzunehmen. Deshalb gibt es schnell wachsende Basisbewegungen, die entschlossen sind ihre Lebensgrundlage zu verteidigen und sich gegen die Kräfte und Faktoren zu wenden, die uns auf diesen letztlich selbstmörderischen Weg der Umweltzerstörung geführt haben.

In Asien, Afrika, dem Nahen Osten, in Ozeanien sowie in Süd- und Mittelamerika oder an

der Peripherie von Nordamerika und Europa entstehen Basisbewegungen, um sich gegen die Ausbeutung ihres Landes durch fremde Interessen zur Wehr zu setzen und wieder die Kontrolle über ihre eigenen Ressourcen zu gewinnen.

Eine neue Form von Engagement hat die umweltpolitischen Bewegungen revitalisiert und so zu einer großen Breite von Protesten und Aktionen geführt, die sich u.a. gegen Bergbau,

Staudämme, Entwaldung, Kohlekraftwerke, Luftverkehr und den Bau neuer Straßen auflehen.

Es gibt ein wachsendes Bewusstsein davon, dass es notwendig ist, das gegenwärtige wirtschaftliche Paradigma in grundlegender Weise zu ändern. Bei verschiedenen Bewegungen entwickeln sich alternative Lebensformen. Gleichzeitig wird es der Öffentlichkeit deutlich, dass die gegenwärtigen Machthaber nicht

bereit sind, sich den Bedrohungen durch Klimawechsel und Verschlechterung der Umwelt zu stellen und wirksam dagegen vorzugehen.

Die so genannte Strategie des 'grünen Wachstums' oder des 'nachhaltigen Wachstums' hat sich als Vorwand entpuppt, um das gleiche grundlegende Modell der wirtschaftlichen Entwicklung weiter zu verfolgen, das eine der Grundursachen von Umweltzerstörung und Klimakrise ist.

B. Die Ursachen aus unserer Sicht

Die unmittelbare und vorrangige Ursache des anthropogenen Klimawandels ist eine beispiellos hohe Emission von Treibhausgasen in die Atmosphäre, die ihren Ursprung hat in der zunehmenden Verbrennung fossiler Brennstoffe für Zwecke der Industrie, des Handels und Transports sowie des Militärs, um nur einige, aber wichtige Quellen zu nennen.

Andere wichtige Antreiber des Klimawandels sind Waldschädigung – mit Ausnahme der von indigenen Völkern geübten nachhaltigen Praxis des Wanderfeldbaus –, Entwaldung, Rohstoffindustrien, Störung des Wasserkreislaufs, Ausweitung der Gebiete mit industrialisierter Landwirtschaft durch Landnahme, verstärkte industrielle Fleischproduktion und andere Formen nicht-nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen.

Ungleiches Eigentum an und Kontrolle über die Ressourcen

Diese unmittelbaren Ursachen sind das Ergebnis eines nicht-nachhaltigen weltweiten Wirtschaftssystems, das auf ungleichem Zugang zu und ebensolcher Kontrolle von den begrenzten Ressourcen dieses Planeten beruht sowie auf den Vorteilen, die aus deren Nutzung erwachsen. Dieses System setzt die Aneignung der lokalen, nationalen und weltweiten öffentlichen Gütern durch lokale und globale Eliten voraus.

Was als große Schritte in Technik, Produktion und menschlichem Fortschritt gelobt worden ist, hat in Wahrheit globale Katastrophen in Umwelt und Wirtschaft befördert. Immer

noch widmet sich eine privilegierte globale Elite einer rücksichtslos profitorientierten Produktionsweise und einer grob exzessiven Konsumtion, während ein Großteil der Menschheit in Armut verharrt, mit einem Konsum, der gerade noch das Überleben sichert oder sogar nicht einmal dies. Das ist die Situation nicht nur im globalen Süden, sondern auch im Norden. Die weltgrößten transnationalen Konzerne, die vor allem in den Ländern des Nordens und in Steueroasen ihre Basis haben, dabei aber ihr Operationsfeld ausweiten, sind seit langem schon die Speerspitze dieser Exzesse.

Der Wettbewerb zwischen transnationalen Konzernen und reichen Ländern um Ressourcen und größere Marktanteile, ferner auch Handelsabkommen und Verträge, haben zu einer neokolonialen Unterdrückung der Völker des Südens geführt, die ihnen den rechtmäßigen Besitz und die Kontrolle über ihre Ressourcen streitig macht. Die Welthandelsorganisation (WTO) und internationale Finanzinstitutionen wie auch die Europäische Union (EU) und die USA verstärken über bilaterale Handelsabkommen die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Ressourcen und intensivieren damit die Ausplünderung der Ressourcen in unterentwickelten Ländern, denen sie Bedingungen aufzwingen, welche deren Abhängigkeit noch verstärkt.

Vorherrschende Denkmuster und Alternativen

Bei dem von diesen Institutionen geförderten Entwicklungsmodell handelt es sich nicht nur

um 'Wirtschaft'. Das vorherrschende ökonomische Paradigma ist eng verknüpft mit einer Denkweise, die den Menschen als 'wirtschaftenden Menschen' – als homo oeconomicus' – begreift. Verstärkt wird diese Ideologie durch entsprechend gesteuerte Medien und Marketing-Firmen, die Egoismus, Wettbewerbsdenken, materiellen Konsum und hemmungslose Akkumulation von privatem Reichtum propagieren – und zwar unter absoluter Missachtung der gesellschaftlichen und ökologischen Konsequenzen eines solchen Verhaltens. Dieses Denksystem ist auf das Engste verknüpft mit Strukturen von Patriarchat und Paternalismus.

Wenn wir wirklich die Probleme dieser Krise angehen wollen, so müssen wir anerkennen, dass die menschliche Art ein Teil sowohl der Natur als auch der Gesellschaft ist und nicht ohne eine von beiden existieren kann. Wenn daher die Menschheit überleben soll, so müssen wir die Integrität von Mutter Erde respektieren und nach Harmonie mit der Natur sowie nach Frieden innerhalb und zwischen den Kulturen streben. Wir sind zugleich Angehörige verschiedener Nationen und der Einen Welt. Jeder von uns hat teil an der Verantwortung für das gegenwärtige und zukünftige Wohlergehen der menschlichen Familie und der umfassenderen lebendigen Welt. Der Geist der Solidarität und der Verwandtschaft mit allen Lebewesen wird gefestigt, wenn wir nach dem Prinzip leben, dass wir eine von vielen Arten sind.

C: Ein gerechter und nachhaltiger Übergang

Es ist klar, dass die Lösung der Klimakrise weit reichende Umformungen erfordert, die gegenwärtig keinen Platz haben auf der Tagesordnung der Entscheidungsträger in Regierungen und multilateralen Einrichtungen. Die Menschen verlangen nach einem Systemwechsel, nicht bloß nach 'business-as-usual' und auch nicht nach einem unkritischen Einsatz von Technologie und Marktreparaturen, auf welche einflussreiche Kräfte die Klimaagenda beschränkt haben. Basisbewegungen greifen eine Reihe von alternativen gesellschaftlichen Visionen auf und sehen konkrete Schritte vor, die ergriffen werden müssen, um sich in Richtung auf eine nachhaltige Zukunft zu bewegen – und zwar bei der Lösung der Klima-, Wasser-, Nahrung- und Wirtschaftskrise. Solch ein nachhaltiger Übergang wird auf der Grundlage vieler verschiedener Initiativen

beginnen.

Solche Schritte sind:

Nahrungssouveränität und ökologische Landwirtschaft: Es geht um das Recht der Menschen, Gemeinschaften und Länder, ihr eigenes Produktionssystem zu bestimmen, was eine Politik in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Ernährung, Forstwirtschaft und Land einschließt, die ökologisch, sozial, ökonomisch und kulturell dem Umfeld angepasst ist. Zugang und Kontrolle hinsichtlich produktiver Ressourcen wie Land, Saatgut und Wasser muss für die Menschen, insbesondere für die Frauen, respektiert und gesichert sein. Die landwirtschaftliche Produktion muss grundsätzlich auf lokalem Wissen beruhen sowie auf angepasster Technologie und ökologisch nachhaltigen Techniken, die CO₂ und Was-

ser in den verschiedenen einheimischen Pflanzensystemen binden und mehr Nährstoffe an den Boden zurückgeben als sie ihm entnommen haben. Die Nahrungsproduktion in der Landwirtschaft muss grundsätzlich auf die Abdeckung lokaler Bedürfnisse ausgerichtet sein, sie muss anregen zu Selbstversorgung und Arbeitsplätzen vor Ort, wobei sie Ressourcenverbrauch, Abfallerzeugung und Emission von Treibhausgasen minimiert.

Demokratisches **Eigentum** und Kontrolle der Wirtschaft: Nötig ist die Reorganisation der produktiven Einheiten einer Gesellschaft nach dem Kriterium demokratischer Formen von Eigentum und Management, um die Befriedigung der Grundbedürfnisse gewährleisten zu können, wie etwa Schaffung von Arbeitsplätzen, Zugang zu Wasser, Unterkünften, Land, Gesund-

heitsversorgung und Erziehung sowie Nahrungssouveränität und ökologische Nachhaltigkeit. Die öffentliche Politik muss sicherstellen, dass das Finanzsystem im Sinne des Gemeininteresses arbeitet und ferner dafür Sorge tragen, dass Ressourcen für die nachhaltige Umgestaltung von Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungen umgeleitet werden.

Energiesouveränität: Eine dramatische Reduzierung des Energieverbrauchs vor allem in den Ländern, die sich bereichert haben, verbunden mit einem Mix aus erneuerbaren und öffentlich zugänglichen Energiequellen (Sonnen-, Wind- oder geothermische Energie, dazu kleine Talsperren und Gezeitenkraftwerke); die Entwicklung einer netzunabhängigen Elektrizitätsverteilung, um die Energieversorgung von Gemeinschaften zu sichern; schließlich die Überführung der Elektrizitätsnetze in Gemeineigentum.

Ökologische Planung von städtischen und ländlichen Gebieten: Ziel ist die radikale Reduzierung der Inputs an Energie und Ressourcen sowie des Outputs an Abfall und Verschmutzung, wobei zugleich eine ortsnahe Versorgung der Bürger hinsichtlich der Grundbedürfnisse anzustreben ist. Stadtplanung und ländliche Planung beruhen auf dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und der gleichen Versorgung für alle Menschen, was den Transportbedarf einschränken wird. Öffentliche Verkehrssysteme wie leichte und Hochgeschwindigkeits-Schienensysteme sowie der Gebrauch von Fahrrädern sind zu fördern, wodurch der Bedarf an privaten Motorfahrzeugen sinken wird, was die Gesundheit verbessert und den Energieverbrauch senkt.

Erziehung, Wissenschaft und kulturelle Einrichtungen: Erziehung und öffentliche Forschung müssen sich insofern umorientieren, als sie den Bedürfnissen der Men-

schen und der Umwelt zu dienen haben, anstatt die gegenwärtige Ausrichtung an der Entwicklung kommerziell profitabler und firmeneigener Technologien fortzusetzen. Forschung und Entwicklung sollten primär ein offenes und auf Zusammenarbeit gegründetes Unterfangen im gemeinsamen Interesse der Menschheit sein. Patente auf Ideen und Technologien sind abzuschaffen. Ein fairer und gerechter Austausch angepasster Technologien, traditionellen Wissens und einheimischer innovativer Verfahren und Konzepte sollte gefördert werden.

Schluss mit **Militarismus** und Krieg: Das gegenwärtige, auf dem Verbrauch fossiler Brennstoffe beruhende Entwicklungsmodell führt zu Gewalt, Krieg und militärischen Konflikten zwecks Verfügungskontrolle über Energie, Land, Wasser und andere natürliche Ressourcen. Dies zeigt die US-geführte Invasion und Besetzung des Irak und von Afghanistan. Ferner auch die weltweite Militarisierung in Regionen, die reich an fossilen Brennstoffen und anderen natürlichen Ressourcen sind. Bauern und indigene Gemeinschaften werden ebenfalls gewaltsam von ihrem Land vertrieben, um Platz zu machen für Agrospritplantagen. Milliarden von Dollars werden für den militärisch-industriellen Komplex ausgegeben, womit enorme materielle und menschliche Ressourcen verschwendet werden, die stattdessen einer Umsetzung des nachhaltigen Übergangs dienen sollten.

Indem wir nach vorne gehen, lernen wir durch unsere Praxis. Diese Schritte werden uns dabei helfen, die breite Mehrheit der Menschen davon zu überzeugen, dass ein nachhaltiger Übergang das Versprechen eines erfüllteren guten Lebens in sich birgt.

Die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereiche sind eng miteinander verflochten. Eine schlüssige Strategie

D: Wege zum Übergang

Viele Menschen sind an der praktischen Herausbildung einer nachhaltigeren Industrie, Land- und Forstwirtschaft, im Fischereiwesen und beim Sektor erneuerbarer Energie beteiligt. Diese **Initiativen** innerhalb des Systems haben ferner **Bündnisse** geschaffen zwischen anderen Sektoren der Gesellschaft, der Gewerkschaften, Verbraucher, Stadtbewohner, Lehrer und Forscher, die alle nach einer nachhaltigeren Lebensweise streben.

Vereinte Nationen und UN-Klimakonferenz in Kopenhagen (COP):

Wir müssen das Wort ergreifen bei der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und bei der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen (COP). Die Lehren aus früheren Verhandlungsrunden sind nicht sehr viel verspre-

chend. Trotz der im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Pläne für eine konzertierte Aktion, die zuerst bei der Klimakonferenz in Rio (1992) und später im Kyoto Protokoll (1997) auf den Weg gebracht wurden, sind die Ergebnisse mager und die Probleme ungelöst. Tatsächlich hat sich die Situation verschlechtert, da die Prinzipien, Ziele und Zeitpläne sowohl der Rio-Konferenz als auch des Kyoto-Protokolls nicht vorangekommen sind.

Die gleichen Kapitalinteressen, die hauptsächlich für die Entstehung der Klimakrise verantwortlich sind, haben einen immensen Einfluss auf die Klimapolitik auf nationalem und globalem Niveau. Wir sind strikt gegen diesen undemokratischen Einfluss der Kapitallobby auf die laufenden Verhandlungen in Kopenhagen. Im Gegensatz

muss daher alle diese Gebiete ins Auge fassen, was in der Tat der zentrale Gedanke hinter dem Konzept des **nachhaltigen Übergangs** ist.

Ein Gesichtspunkt dieses Konzepts ist die Wiederherstellung von **lokalen Gemeinschaften** als grundlegender sozialer, politischer und wirtschaftlicher Einheit statt einer Ausrichtung am Weltmarkt. Sozialer Zusammenhalt, demokratische Teilhabe, ökologische und ökologische Verantwortung können nur erreicht werden, indem der Prozess der Entscheidungsbildung auf die unterste angemessene Ebene zurück verwiesen wird. Dies ist eine grundlegende Lehre, die uns ethnische Kulturen und lokale Gemeinschaften zuteil werden lassen.

Ein an lokalen Gemeinschaften orientierter Ansatz steht jedoch nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit von weitgehender **internationaler Kooperation**. Ganz im Gegensatz dazu wird es starker Bündnisse innerhalb und jenseits aller Grenzen zwischen direkten Produzenten in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Industrie bedürfen. Bündnisse, die auch die Stärke des Gedankens der Gleichheit zwischen den Geschlechtern nutzen und die ungerechte Machtbeziehungen auf allen Ebenen sowohl erkennen als auch überwinden. Dies schließt ebenfalls die Notwendigkeit von Abkommen zur stärkeren regionalen und internationalen Zusammenarbeit ein, um allgemeine und anteilig genutzte Ressourcen wie etwa grenzüberschreitende Wasserressourcen zu verwalten. Ferner wird die internationale Zusammenarbeit den entwickelten gegenseitigen Austausch von Ideen, Technologien und Kenntnissen über alle Grenzen hinweg fördern, wie auch einen auf gegenseitigen Respekt gegründeten offenen Dialog zwischen verschiedenen Kulturen.

dazu fordern wir die Staaten auf, ein Bewertungssystem einzurichten für alle politischen Entwürfe und Politikinstrumente der UN-Klimarahmenkonvention, um für umfassende Beratungsprozesse unter Einbeziehung aller Interessensvertreter zu sorgen, welche bestehende Ungleichheiten vermindert, ob sie nun auf Geschlecht, Hautfarbe, Alter, Behinderungen oder andere Formen der Diskriminierung bei den Kopenhagener Verhandlungen beruhen.

Wir verlangen, dass in Kopenhagen eine Übereinkunft erzielt wird, welche die Wiederherstellung des ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gleichgewichts des Planeten Erde durch Mittel einleitet, die ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig und fair sind, und dass ein rechtlich bindender Vertrag das Ergebnis sein wird.

Unsere Forderungen

Wir appellieren an die Führer in der Klimarahmenkonvention der UN, die Forderungen und Alternativvorschläge der Menschen vorzutragen.

1. Stufenweiser Ausstieg aus fossilen Energieträgern: Wir verlangen eine klare Strategie zum Ausstieg aus der Ära der fossilen Brennstoffe innerhalb der nächsten 30 Jahre, die alle fünf Jahre durch markante Wegmarken überprüft werden muss. Wir verlangen von den Industriestaaten eine sofort einsetzende **Reduzierung** der Treibhausgasemissionen von mindestens **40%** bis 2020 – bezogen auf den Stand von 1990.

2. Reparationen und Kompensationszahlungen für Klimaschulden und Verbrechen: Wir verlangen umfassende Reparationen für die Länder des Südens und andere, die durch Staaten des Nordens, durch transnationale Konzerne und Einrichtungen der Steueroasen in die Verarmung gedrängt wurden. Damit sprechen wir zum Teil **geschichtliches Unrecht** an, das mit unfairer Industrialisierung und Klimawandel verbunden ist und seine Quelle im Genozid an indigenen Völkern, transatlantischem Sklavenhandel, der Epoche des Kolonialismus und auch in Invasionen hat. Dies muss mit einer ebenso klaren Strategie verbunden sein, welche die Klima- und im weiteren Sinne ökologische Schuld der Staaten, die sich bereichert haben, bei den verarmten Völkern wiedergutmacht. Es sollte ein globaler demokratischer Fond eingerichtet werden, der den Opfern des Klimawandels direkte Unterstützung anbietet. Die entwickelten Staaten müssen neue, verpflichtende, angemessene und verlässliche Finanzierung anbieten sowie **patentfreie Technologien**, damit die Entwicklungsländer sich besser an schädliche Auswirkungen des Klimawandels anpassen können und ihre Emissionen reduzieren können. Dies würde es den Entwicklungsländern ermöglichen, ihren Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels zu leisten und dabei gleichzeitig die Bedürfnisse und Erwartungen ihrer Bürger zu berücksichtigen. Internationale Finanzinstitutionen, Geber- und Handelsein-

richtungen sollten sich nicht an den Reparationen beteiligen.

3. Ein sofortiges weltweites Verbot der Abholzung von Urwäldern und parallel dazu die Einführung eines ehrgeizigen globalen **Aufforstungsprogramms**, das auf einheimischen unterschiedlichen Arten basiert – in Partnerschaft mit indigenen Völkern und waldabhängigen Gemeinschaften. In ähnlicher Weise ist ein Verbot von im großen Maßstab angewendeten industrialisierten Fischfangmethoden anzustreben, bei Rückkehr zu einer vorwiegend lokalen und nachhaltigen **Fischereiwirtschaft**. Schließlich gehört dazu auch ein Verbot von Praktiken der **Landnahme** durch ausländische Investoren und die Anerkennung und ungeteilte Zustimmung zum Prinzip der Volkssouveränität bezüglich der natürlichen Ressourcen.

4. Wir wenden uns energisch gegen rein marktorientierte und technologiezentrierte falsche und gefährliche Lösungen, wie sie von vielen Konzernen, Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen ins Feld geführt werden. **Diese umfassen Kernenergie, Agrosprit, Techniken zur Speicherung von CO₂ (CCS), Mechanismen für umweltverträgliche Entwicklung (CDM), Biokohle, genetisch veränderte, dem Klima angepasste Anbaufrüchte, Geo-Engineering und Emissionsreduktion durch Entwaldung und Waldentwertung (REDD)**, wie sie gegenwärtig durch die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) definiert werden. Diese Methoden erzeugen nur neue ökologische Bedrohungen, ohne die Klimakrise wirklich zu lösen. **Kohlenstoff- und Emissionshandel sind ebenfalls falsche und ungerechte Instrumente**, da sie eine im Gemeinbesitz befindliche Ressource – die Atmosphäre – wie eine Ware betrachten, die zum Eigentum wird und gehandelt werden kann. Bisher hat das System seine Verdienste nicht nachgewiesen; vielmehr führt die Möglichkeit für reiche Länder, ihre Reduktionsverpflichtungen aufzurechnen, zu einer Verstärkung des ungerechten und

nicht-nachhaltigen Systems.

5. Eine faire Besteuerung von Kohlenstoffemissionen: Anstelle eines Systems handelbarer Emissionsquoten fordern wir eine faire Besteuerung von Kohlenstoffemissionen. Die Einkünfte aus dieser Steuer sollten in gerechter Weise an die Menschen zurückgeführt werden und ein Anteil davon sollte darauf verwendet werden, die Anpassung an den Klimawandel und eine Schadensbegrenzung zu finanzieren.

Dies ist jedoch kein Ersatz für die Erstattung von bereits angehäuften Klimaschulden. Vielmehr sollte dieser unterstützende Ausgleich nicht an Bedingungen geknüpft, aber frei von Marktmechanismen und der Mitwirkung von Finanzinstitutionen sein. Die Reduktion der Emissionen sollte deutlich angeregt werden durch eine stark ansteigende, transparente Kohlenstoffsteuer, **zusätzlich zu direkten Bestimmungen, welche den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen forcieren und zugleich sichere, saubere und erneuerbare Energie ermöglichen.**

6. Multilaterale Institutionen und transnationale Konzerne: Ungerechte, nicht-nachhaltige und nicht zur Rechenschaft zu ziehende globale Wirtschafts- und Finanzinstitutionen wie **die WTO, die Weltbank, der IWF**, regionale Entwicklungsbanken, Geberinstitutionen und Handelsabkommen sollten **durch demokratische und gerechte Institutionen ersetzt werden**, die in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen handeln, die Souveränität der Menschen bezüglich ihrer Ressourcen achten und die Solidarität zwischen Menschen und Nationen fördern. Ferner sollte ein Mechanismus zur strengen Überwachung und Kontrolle der Operationen von transnationalen Konzernen eingeführt werden.

Schließlich verpflichten wir uns zu voller und aktiver Mitwirkung bei der Umsetzung des nachhaltigen Übergangs unserer Gesellschaften entsprechend den in dieser Deklaration entwickelten Leitlinien.

E. Eine globale Bewegung für eine nachhaltige Wende

Unabhängig vom Ergebnis der Kopenhagener Konferenz zum Klimawandel besteht ein **dringendes Bedürfnis zur Bildung einer globalen Bewegung der Bewegungen, die sich der langfristigen Aufgabe verpflichtet fühlt, einen nachhaltigen Übergang in unseren Gesellschaften zu fördern.** Im Gegensatz zu den herrschenden Machtstrukturen muss diese Bewegung **von unten nach oben** wachsen. Was wir brauchen ist ein breites Bündnis von Umwelt- und sozialen Bewegungen, von Gewerkschaften, Bauern, Zivilgesellschaften und anderen verbündeten Organisationen, die sowohl auf lokaler und nationaler wie auch auf internationaler Ebene im alltäglichen

politischen Kampf zusammen arbeiten können. Ein solches Bündnis schließt zugleich die Entwicklung einer neuen Denkweise und von neuen Arten des gesellschaftlichen Handelns ein und muss in der Lage sein, nicht nur auf nicht-nachhaltige Praktiken zu reagieren, sondern auch ein Beispiel dafür aufzuzeigen, wie eine neue nachhaltige Wirtschaft tatsächlich funktionieren kann.

Wir, die teilnehmenden Menschen, Gemeinschaften und sozialen Organisationen beim Klimaforum09 verpflichten uns dazu, auf den bei diesem Ereignis erzielten Ergebnissen für die Weiterentwicklung einer globalen Bewegung der Bewegungen aufzubauen.

Es ist das Ziel dieser Deklaration, die weitere Entwicklung einer solchen Bewegung dadurch anzuregen, dass wir die allgemeine Richtung aufzeigen, in die wir uns bewegen wollen.

Zusammen können wir globale Wende für zu einer nachhaltigen Zukunft gestalten. Schließt euch an!

<http://www.klimaforum09.org/Declaration>
http://www.klimaforum09.org/IMG/pdf/List_of_organisations_that_have_signed_the_Declaration-3.pdf

Übersetzer: G. Kramann, coorditrad / SiG

Cochabamba

Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde Abkommen der Völker, 22 April 2010 in Cochabamba, Bolivia

Wenn die globale Erwärmung über 2 Grad C ansteigt, wohin uns die so genannte „Kopenhagener Vereinbarung“ führen würde, ist mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% damit zu rechnen, dass die unserer Mutter Erde zugefügten Schäden für immer irreversibel sein werden. Zwischen 20% und 30% der Arten wären in Gefahr zu verschwinden. Große Waldflächen wären betroffen, die Dürren und Überschwemmungen würden viele Regionen des Planeten schädigen, die Wüsten würden sich ausdehnen, und das Abschmelzen der Pole und der Gletscher in den Anden und im Himalaja würde sich beschleunigen. Viele Inselstaaten würden verschwinden, und Afrika würde einen Temperaturanstieg um mehr als 3 Grad C erleben. Auch die Produktion von Nahrungsmitteln in der Welt würde sich verringern, was katastrophale Wirkungen für das Überleben der Bewohner weiter Regionen der Erde hätte, und die Zahl der Hungernden in der Welt, die bereits 1,02 Milliarden Menschen übersteigt, würde dramatisch zunehmen.

Die Unternehmen und die Regierungen der Länder, die die „entwickelten“ genannt werden, unter Beihilfe eines Teils der wissenschaftlichen Welt, bieten uns an, den Klimawandel als ein Problem zu diskutieren, das sich auf den Anstieg der Temperatur reduziert, ohne nach der Ursache zu fragen, die im kapitalistischen System besteht. Wir stehen der **Endkrise des patriarchalischen Zivilisationsmodells** gegenüber, das sich auf die Unterwerfung und Zerstörung von Menschen und Natur stützt, ein Prozess, der sich mit der industriellen Revolution beschleunigte.

Das kapitalistische System hat uns eine Denkweise der Konkurrenz, des Fortschritts und des Wachstums ohne Grenzen aufgezogen. Dieses Produktions- und Konsumregime strebt nach schrankenlosem Profit, es trennt den Menschen von der Natur und folgt einer Logik der Herrschaft über diese, es verwandelt alles in Ware: das Wasser, den Boden, die menschlichen Gene, die überlieferten Kulturen, die Biodiversität, die Gerechtigkeit, die Ethik, die Rechte der Völker, selbst den Tod und das Leben.

Im Kapitalismus wird die Mutter Erde nur zu einer Quelle von Rohstoffen und die Menschen zu Produktionswerkzeugen und Konsumenten, zu Personen, deren Wert danach bemessen wird, was sie haben, nicht was sie sind.

Der Kapitalismus braucht eine leistungsfähige Militärindustrie für seinen Akkumulationsprozess und die Kontrolle von Territorien und Naturressourcen, um den Widerstand der Völker zu unterdrücken. Es han-

delt sich um ein imperialistisches System der Kolonisierung des Planeten.

Die Menschheit befindet sich vor einer großen Entscheidungsfrage: den Wege des Kapitalismus, der Plünderung und des Todes fortzusetzen oder den Weg der Harmonie mit der Natur und der Achtung vor dem Leben einzuschlagen.

Wir müssen ein neues System herausbilden, das die Harmonie mit der Natur und zwischen den Menschen wiederherstellt.

Gleichgewicht mit der Natur kann es nur geben, wenn es Gerechtigkeit zwischen den Menschen gibt.

Wir schlagen den Völkern der Welt die Rückgewinnung, Wiederaufwertung und Stärkung der überlieferten Kenntnisse, Weisheiten und Praktiken der indigenen Völker vor, die sich in der Lebensweise und dem Modell des „Vivir Bien“ (Gutes Leben) bestätigt finden, indem die Mutter Erde als ein lebendiges Wesen anerkannt wird, zu dem wir in einer unteilbaren, wechselseitigen, gegenseitig ergänzenden und spirituellen Beziehung stehen.

Um dem Klimawandel entgegenzutreten, müssen wir die Mutter Erde als Quelle des Lebens anerkennen und **ein neues System herausbilden**, das sich auf die Prinzipien gründet:

- * Harmonie und Gleichgewicht unter allen und mit allem;
- * Komplementarität, Solidarität und Gleichheit;
- * Kollektives Wohlergehen und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller in Harmonie mit der Mutter Erde;
- * Achtung der Rechte der Mutter Erde und der Menschenrechte;
- * Anerkennung des Menschen für das, was er ist, nicht für das, was er hat;
- * Beseitigung jeder Form von Kolonialismus, Imperialismus und Interventionismus;
- * Frieden zwischen den Völkern und mit der Mutter Erde.

Das Modell, für das wir eintreten, beinhaltet weder zerstörerische noch grenzenlose Entwicklung. Die Länder brauchen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, um die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen, aber auf keine Weise können sie den Weg der Entwicklung fortsetzen, auf dem die reichsten Länder einen ökologischen Fußabdruck haben, der fünfmal größer ist, als der Planet tragen kann. In der Gegenwart ist die Fähigkeit des Planeten zur Regeneration bereits um 30% überschritten. Bei diesem Tempo der Überausbeutung unserer Mutter Erde brauchte man 2030 zwei Planeten.

In einem **System der wechselseitigen Abhängigkeit**, in dem wir Menschen eine der Komponenten sind, kann man nicht nur Rechte auf der Seite der Menschen anerkennen, ohne ein Ungleichgewicht des ganzen Systems hervorzurufen. Um die Menschenrechte zu garantieren und die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen, muss man die **Rechte der Mutter Erde** anerkennen und zur Geltung bringen.

Deshalb schlagen wir die beigefügte Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde vor, in der ihr zugesichert werden:

- * das Recht auf Leben und Existenz;
- * das Recht, respektiert zu werden;
- * das Recht auf Fortsetzung ihrer Zyklen und Lebensprozesse frei von menschlichen Eingriffen;
- * das Recht auf Erhaltung ihrer Identität und Integrität als Gesamtheit unterschiedlicher, selbstregulierter und untereinander in Beziehung stehender Wesen;
- * das Recht auf Wasser als Lebensquelle;
- * das Recht auf saubere Luft;
- * das Recht auf integrale Gesundheit;
- * das Recht, frei von Kontamination und Verschmutzung, von giftigen und radioaktiven Abfällen zu sein;
- * das Recht, keine genetischen Veränderungen und Modifizierungen ihrer Struktur zu erleiden, die ihre Integrität oder ihre lebenswichtigen und gesunden Funktionen bedrohen;
- * das Recht auf volle und schnelle Wiederherstellung bei Verletzungen der in dieser Erklärung anerkannten Rechte, die durch menschliche Aktivitäten verursacht werden.

Die übereinstimmende Vorstellung ist, die **Konzentration von Treibhausgasen zu stabilisieren**, um den Artikel 2 der Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen zur Anwendung zu bringen, der *„die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau ... , auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird“*, bestimmt. Unsere Vorstellung ist, auf der Basis des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten historischen Verantwortung zu fordern, dass **die entwickelten Länder** sich zu quantifizierten Zielen der **Reduzierung von Emissionen verpflichten**, die es ermöglichen, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre auf **300 ppm** zurückzuführen und so den globalen Temperaturanstieg auf **maximal 1 Grad C** zu begrenzen.

Wir unterstreichen die Dringlichkeit des Handelns, um dieses Zukunftsbild zu erreichen, und mit der Unterstützung der Völker, Bewegungen und Länder sollten die

entwickelten Länder sich zu anspruchsvollen Zielen der Emissionsreduzierung verpflichten, die es ermöglichen, kurzfristige Ergebnisse zu erreichen; wir erhalten unsere Vision vom Gleichgewicht des Klimasystems der Erde aufrecht entsprechend dem obersten Ziel der Konvention.

Die „gemeinsame Sicht“ für die „langfristige Zusammenarbeit“ darf sich in der Verhandlung über den Klimawandel nicht darauf beschränken, die Grenze für den Temperaturanstieg und die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu definieren, sondern muss in umfassender und ausgewogener Weise einen Komplex von finanziellen, technologischen, Anpassungs- und Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen, von Produktions- und Konsummustern und anderen wesentlichen Maßnahmen umfassen, wie die Anerkennung der Rechte der Mutter Erde, um die Harmonie mit der Natur wiederherzustellen.

Die entwickelten Länder, die Hauptverursacher des Klimawandels, müssen in Anerkennung ihrer historischen und gegenwärtigen Verantwortung ihre Klimaschuld in allen ihren Dimensionen als Basis für eine gerechte, effektive und wissenschaftliche Lösung des Problems des Klimawandels anerkennen und einlösen. In diesem Rahmen fordern wir von den entwickelten Ländern, dass sie:

- * für die Entwicklungsländer den Raum der Atmosphäre wiederherstellen, der durch ihre Treibhausgasemissionen belegt ist. Das bedeutet die Entkolonisierung der Atmosphäre durch die Reduzierung und Absorption ihrer Emissionen.
- * die Kosten und den erforderlichen Technologietransfers an die Entwicklungsländer für den Verlust von Entwicklungschancen wegen der Einschränkung des atmosphärischen Raumes übernehmen.
- * die Verantwortung übernehmen für die Hunderte Millionen von Menschen, die wegen des Klimawandels, den sie verursacht haben, migrieren müssen, und dass sie ihre restriktive Einwanderungspolitik aufgeben und den Migranten ein würdiges Leben mit allen Rechten in ihren Ländern anbieten.
- * die Kosten der Anpassungen übernehmen, die mit den Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern verbunden sind, indem sie die Mittel einplanen, um den Schäden vorzubeugen, sie zu minimieren und zu beheben, die aus ihren exzessiven Emissionen entstehen.
- * diese Schulden einlösen als Teil einer größeren Schuld gegenüber der Mutter Erde, indem sie die Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde in den Vereinten Nationen annehmen und verwirklichen.

Der Ansatz darf nicht allein ökonomische Kompensierung sein, sondern hauptsächlich **wiederherstellende Gerechtigkeit**, das heißt die Wiederherstellung der Integrität

der Personen und der Wesen, die eine Lebensgemeinschaft auf der Erde bilden.

Wir beklagen den Versuch einer Gruppe von Ländern, das Protokoll von Kyoto zu annullieren, das einzige legal bindende spezifische Instrument für die Reduzierung der Treibhausgase in den entwickelten Ländern.

Wir machen die Welt darauf aufmerksam, dass die **Emissionen der entwickelten Länder** zwischen 1990 und 2007, ungeachtet ihrer legal gültigen Verpflichtung, statt zu sinken, **um 11,2% gestiegen sind**. Die **Vereinigten Staaten** erhöhten auf Grund des schrankenlosen Konsums ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum 1990 bis 2007 um 16,8% und brachten im Durchschnitt pro Einwohner zwischen 20 und 30 Tonnen CO₂ jährlich hervor, was mehr als neunmal den durchschnittlichen Emissionen für einen Bewohner der Dritten Welt entspricht und mehr als das 20fache der Emissionen eines Bewohners des subsaharischen Afrika darstellt. **Wir weisen strikt die illegitime „Vereinbarung von Kopenhagen“ zurück**, die es den entwickelten Ländern erlaubt, ungenügende Reduzierungen von Treibhausgas auf der Basis von freiwilligen und individuellen Verpflichtungen zu offerieren, die die Umweltintegrität der Mutter Erde verletzen und zu einer Temperaturerhöhung um 4 Grad C führen werden.

Die nächste Konferenz über den Klimawandel, die Ende des Jahres in Mexiko stattfinden wird, muss **den Zusatz zum Kyoto-Protokoll annehmen**, der für die zweite Periode von Verpflichtungen von 2013 bis 2017 vorgesehen ist; in dieser Periode sollen die entwickelten Länder sich verpflichten, signifikante Reduzierungen von mindestens 50% zum Basisjahr 1990 vorzunehmen, ohne Kohlenstoffmärkte und andere Ausweichsysteme einzubeziehen, die die tatsächliche Nichterfüllung der Reduzierung von Treibhausgasemissionen verschleiern.

Wir fordern, als erstes ein Ziel für die Gesamtheit der entwickelten Länder festzulegen, um dann die Einzelzuweisung für jedes entwickelte Land im Rahmen einer Abwägung der Kräfte unter ihnen vorzunehmen, sodass das System des Kyoto-Protokolls für die Reduzierung der Emissionen beibehalten wird.

Die Vereinigten Staaten von Amerika als einziges Annex-1-Land der Erde, das das Protokoll von Kyoto nicht ratifiziert hat, haben eine bedeutende Verantwortung vor den Völkern der Welt, sie sollten daher das Kyoto-Protokoll ratifizieren und sich verpflichten, die Ziele der Emissionsreduzierung zu respektieren und im Maßstab ihrer gesamten Wirtschaft zu erfüllen.

Die Völker haben die gleichen Rechte auf Schutz vor den Einwirkungen des Klimawandels, und **wir weisen den Begriff Anpassung an den Klimawandel** zurück, in-

sofern darunter die Resignation angesichts der Wirkungen verstanden wird, die die Emissionen der **entwickelten Länder** über die Geschichte hin verursacht haben; diese sollten vielmehr **ihren Lebens- und Konsumstil dieser planetaren Notlage anpassen**. Wir sehen uns gezwungen, den Wirkungen des Klimawandels entgegenzutreten, aber diese Anpassung muss als ein Prozess und nicht als eine Auflage betrachtet werden, außerdem als ein Instrument, das dazu dienen soll, diesen Einwirkungen zu widerstehen, indem gezeigt wird, dass es möglich ist, innerhalb eines anderen Lebensmodells in Harmonie zu leben.

Es ist erforderlich, einen **Anpassungsfonds aufzubauen**, einen Fonds, der ausschließlich dazu bestimmt ist, dem Klimawandel zu begegnen, als Teil eines Finanzmechanismus, **der auf souveräne, transparente und ausgewogene Weise von unseren Staaten verwaltet und geleitet wird**. Im Rahmen dieses Fonds soll bewertet werden: die Auswirkungen und ihre Kosten in Entwicklungsländern und die Erfordernisse, die sich aus diesen Auswirkungen ableiten, und die Unterstützung durch entwickelte Länder soll erfasst und ausgewertet werden. Dieser Fonds soll außerdem einen Mechanismus verwalten, der für den Ersatz von Schäden durch erfolgte und zukünftige Auswirkungen, durch Verlust von Chancen und für die Wiederherstellung nach extremen und bei allmählich wirkenden klimatischen Ereignissen dient sowie zusätzliche Kosten bestreitet, die sich ergeben können, wenn unser Planet die ökologischen Schwellen überschreitet, wie auch jene Auswirkungen, die das Recht auf *Vivir Bien* beeinträchtigen.

Die „**Vereinbarung von Kopenhagen**“, die den Entwicklungsländern durch einige Staaten aufgezwungen wurde, ist - außer dass sie einige unzureichende Ressourcen offeriert - darauf ausgerichtet, **die Völker zu spalten und gegeneinander auszuspielen**, und hat das Ziel, **die Entwicklungsländer zu erpressen**, indem sie den Zugang zu Ressourcen für die Anpassung an Minderungsmaßnahmen bindet. Zusätzlich erweist sich als inakzeptabel, dass in den internationalen Verhandlungsprozessen versucht wird, die Entwicklungsländer nach ihrer Verwundbarkeit für den Klimawandel in Kategorien zu fassen, so dass Streitigkeiten, Ungleichheiten und Absonderungen unter ihnen hervorgerufen werden.

Die immense Herausforderung, der wir als Menschheit gegenüberstehen, um die globale Erwärmung aufzuhalten und den Planeten abzukühlen, ist nur zu bewältigen, wenn es gelingt, eine **tiefgreifende Umgestaltung in der Landwirtschaft** hin zu einem Modell der nachhaltigen bäuerlichen und indigen/originären landwirtschaftlichen Produktion und anderen überlieferten ökologischen Modellen und Praktiken vorzu-

nehmen, die zur Lösung des Problems des Klimawandels beitragen und die **Ernährungssouveränität** sichern. Diese wird verstanden als das Recht der Völker, ihre eigenes Saatgut, ihren Boden, das Wasser und die Produktion von Nahrungsmitteln unter Kontrolle zu haben und durch eine Produktion in Harmonie mit der Mutter Erde, die den lokalen und kulturellen Gegebenheiten angepasst ist, den Zugang der Völker zu ausreichenden, variierten und nahrhaften Nahrungsmitteln im Austausch mit der Mutter Erde zu garantieren sowie die Autonomie der (partizipativen, kommunitären und auf alle verteilten) Produktion jeder Nation und jedes Volkes zu vertiefen. Der Klimawandel bringt bereits tiefe Einschnitte für die Landwirtschaft und die Lebensweise der indigenen und Urvölker und Bauern der ganzen Welt hervor, und die Einwirkungen werden sich in der Zukunft verschlimmern.

Das **Agrobusiness** mit seinem sozialen, ökonomischen und kulturellen Modell der globalisierten kapitalistischen Produktion und seiner Logik der Nahrungsmittelproduktion für den Markt, nicht für das Recht auf Ernährung, ist eine der Hauptursachen des Klimawandels. Seine technologischen, kommerziellen und politischen Instrumentarien vertiefen direkt die Klimakrise und verstärken den Hunger in der Welt. Deshalb lehnen wir die **Freihandelsverträge und Assoziierungsabkommen** und jede Form der Anwendung der **intellektuellen Eigentumsrechte über das Leben** ab, ebenso die aktuellen technologischen Pakete (agrochemische und gentechnische Maßnahmen) und **jene Technologien**, die als Scheinlösungen angeboten werden (Agrotreibstoffe, Geengineering, Nanotechnologie, Terminator-Technologie und ähnliche), denn sie verschärfen lediglich die gegenwärtige Krise.

Zugleich klagen wir an, wie dieses kapitalistische Modell **Megaprojekte der Infrastrukturen** durchsetzt, Regionen mit extraktiven Projekten überschwemmt, das **Wasser privatisiert** und vermarktet und die **Territorien militarisiert**, die indigenen und bäuerlichen Völker vertriebt und dadurch die Nahrungsmittelsouveränität hintertreibt und die soziale und Umweltkrise vertieft. Wir fordern die Anerkennung des Rechts aller Völker, der Lebewesen und der Mutter Erde auf Zugang zu Wasser und seine Nutzung und unterstützen den Vorschlag der Regierung Boliviens, das **Wasser als ein fundamentales Menschenrecht** anzuerkennen.

Die Definition von Nutzwald in den Verhandlungen zur Rahmenübereinkunft der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen, die Pflanzungen einschließt, ist inakzeptabel. **Die Monokulturen sind keine Wälder**. Deshalb fordern wir für Verhandlungszwecke eine Definition, die die natür-

lich gewachsenen Wälder und Urwälder und die Diversität der Ökosysteme der Erde anerkennt.

Die **Erklärung der UNO über die Rechte der indigenen Völker** muss voll anerkannt, umgesetzt und in die Verhandlungen über den Klimawandel integriert werden. Die beste Strategie und Handlungsweise, um die Entwaldung und die Waldschäden zu verhindern und die natürlichen Wälder und Urwälder zu schützen, besteht darin, die kollektiven Rechte an den Ländereien und Territorien anzuerkennen und zu garantieren, besonders in Anbetracht der Tatsache, dass die Mehrheit der Wälder und Urwälder sich in den Territorien indigener Völker und Nationen, bäuerlicher und traditioneller Gemeinden befinden.

Wir verurteilen die Marktmechanismen wie den Mechanismus REDD (Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung der Wälder) und seine Varianten, der die Souveränität der Völker und ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Einwilligung und die Souveränität der nationalen Staaten sowie die Rechte, Bräuche und Gewohnheiten der Völker und die Rechte der Natur verletzt.

Die Länder, die für Kontaminationen verantwortlich sind, haben die Pflicht, auf direktem Wege die ökonomischen und technologischen Ressourcen zu überweisen, um die Wiederherstellung und Erhaltung der Wälder und Urwälder zu bezahlen, zugunsten der indigenen, originären und bäuerlichen Völker und ihrer überlieferten Organisationsstrukturen. Das wäre eine direkte Kompensation, zusätzlich zu den Finanzierungsquellen, die von den entwickelten Ländern zugesagt worden sind, außerhalb des Kohlenstoffhandels und keineswegs als Kompensationen von Kohlenstoff (carbon offsets). Wir fordern die Länder auf, die lokalen Projekte zu stoppen, die mit Marktmechanismen auf Wälder und Urwälder zugreifen und fälschlich und unter deren Bedingungen Ergebnisse versprechen. Wir fordern von den Regierungen ein weltweites Programm zur Wiederherstellung der natürlichen Wälder und Urwälder, das von den Völkern geleitet und verwaltet wird und durch das forstwirtschaftliches Saatgut, Obstbäume und Wildflora zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungen müssen die Forstkonzessionen kündigen und dafür eintreten, dass das Erdöl im Boden bleibt, und dringend ist, dass die Förderung von Erdöl und Erdgas in den Urwäldern eingestellt wird.

Wir fordern von den Staaten, dass sie die wirksame Anwendung der internationalen Menschenrechtsstandards und der Rechte der indigenen Völker anerkennen, achten und garantieren, besonders der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker und der **Konvention 169 der ILO**, um nur zwei entsprechende Dokumente im Rahmen der Verhandlungen, Politiken und Maßnahmen zur Beantwortung der Herausforderungen zu nennen, die

durch den Klimawandel auftreten. Im besonderen fordern wir die Staaten auf, die Präexistenz des Rechts über unsere Territorien, Ländereien und Naturressourcen juristisch anzuerkennen, um unsere traditionellen Lebensformen möglich zu machen und zu stärken und wirksam zur Antwort auf den Klimawandel beizutragen.

Wir fordern die volle und wirksame Anwendung des Rechts auf Konsultation, Beteiligung und vorherige Einwilligung sowie freie Information der indigenen Völker bei allen Verhandlungsprozessen wie auch bei der Planung und Durchführung der Maßnahmen, die auf den Klimawandel Bezug haben.

In der Gegenwart erreichen die Umweltschäden und der Klimawandel kritische Ausmaße, und eine der Hauptkonsequenzen ist die **Binnen- und internationale Migration**. Nach einigen Schätzungen existierten 1995 etwa 25 Millionen Klima-Migranten, gegenwärtig schätzt man sie auf 50 Millionen, und die Voraussicht für das Jahr 2050 sind 200 bis 300 Millionen Menschen, die durch Situationen, die vom Klimawandel verursacht sind, aus ihrer Heimat vertrieben sein werden. Die entwickelten Länder müssen die Verantwortung für die Klima-Migranten übernehmen, sie in ihren Ländern aufnehmen und ihnen die Grundrechte gewähren nach internationalen Verträgen, die die Definition des Klima-Migranten einschließen, damit alle Staaten diese Bestimmungen befolgen.

Es ist ein **Internationaler Gerichtshof des Gewissens** zu konstituieren, um die Verletzungen der Rechte der Migranten, Flüchtlinge und Vertriebenen in den Ursprungs-, Transit- und Zielländern sichtbar zu machen, zu dokumentieren, zu verurteilen und zu bestrafen, wobei eindeutig die Verantwortung der Staaten, der Unternehmen und anderer Akteure zu benennen ist.

Die Finanzmittel, die gegenwärtig den Entwicklungsländern für den Klimawandel zugewiesen werden, und der Vorschlag in der Vereinbarung von Kopenhagen sind viel zu gering. **Die entwickelten Länder müssen eine neue jährliche Finanzierung von mindestens 6% ihres BIP zusagen**, zusätzlich zur Offiziellen Entwicklungshilfe und aus öffentlichen Quellen, um dem Klimawandel in den Entwicklungsländern entgegenzutreten. Das ist realisierbar, wenn man berücksichtigt, dass sie eine ähnliche Summe für ihre Verteidigungszwecke ausgeben und fünfmal mehr zur Rettung von Banken und Spekulanten vor dem Bankrott gewähren, was ernsthaft ihre internationalen Prioritäten und ihren politischen Willen in Frage stellt.

Diese Finanzierung soll direkt, ohne Bedingungen und ohne Verletzung der nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung der am meisten betroffenen Gemeinschaften und Gruppen erfolgen.

In Anbetracht der Unwirksamkeit des gegenwärtigen internationalen Instrumentariums muss auf der Konferenz in Mexiko ein neuer Finanzierungsmechanismus eingerichtet werden, der unter der Autorität der Konferenz der Teilnehmerstaaten an der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel arbeitet und dieser gegenüber Rechenschaft ablegt, und zwar mit einer signifikanten Vertretung der Entwicklungsländer, um die Erfüllung der Finanzierungsverpflichtungen der Annex-1-Länder zu garantieren.

Man hat festgestellt, dass die entwickelten Länder ihre Emissionen im Zeitraum 1990-2007 erhöht haben - und das trotz ihrer Behauptung, die Reduzierung würde durch Marktmechanismen wesentlich unterstützt. Der **Kohlenstoffhandel** hat sich in ein lukratives Geschäft verwandelt, er vermarktet unsere Mutter Erde. Er stellt keine Alternative dar, um dem Klimawandel zu begegnen, da er die Erde, das Wasser und sogar das Leben selbst ausplündert und verwüstet. Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass der Markt unfähig ist, das Finanzsystem zu regulieren, dass es anfällig und unsicher ist angesichts der Spekulation und dem Auftreten von Vermittlern, deshalb wäre es völlig unverantwortlich, seinen Händen die Bewahrung und den Schutz der menschlichen Existenz selbst und unserer Mutter Erde zu überlassen. Wir betrachten es als unzulässig, dass die laufenden Verhandlungen auf die Schaffung neuer Mechanismen abzielen, die den Kohlenstoffmarkt erweitern und fördern, während die vorhandenen Mechanismen das Problem des Klimawandels weder gelöst noch sich in reale und direkte Aktionen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen umgesetzt haben.

Es ist unerlässlich, die Erfüllung der durch die entwickelten Länder in der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der **Entwicklung und Übertragung von Technologie** zu fordern sowie den „technologischen Schaukasten“ abzulehnen, der von den entwickelten Ländern vorgeschlagen wird und nur der Kommerzialisierung der Technologie dient. Es ist von grundlegender Bedeutung, die Richtlinien für die Schaffung eines multilateralen und multidisziplinären Mechanismus für die partizipative Kontrolle, die Verwaltung und die kontinuierliche Bewertung des Technologieaustausches festzulegen. Diese Technologien müssen Nutzen bringen, sauber und sozial verträglich sein. Ebenso grundlegend ist die Einrichtung eines Fonds für die Finanzierung und Erfas-

sung geeigneter Technologien, die von intellektuellen Eigentumsrechten befreit sein müssen, besonders vom Patentrecht, und von privaten Monopolen in die öffentliche Verfügung übergehen müssen, frei zugänglich und zu niedrigen Kosten. Das Wissen ist universal und darf unter keiner Begründung Objekt privaten Eigentums und ausschließender Nutzung sein, ebensowenig seine Anwendungen in Form von Technologien. Es ist Pflicht der entwickelten Länder, ihre Technologien den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen, Forschungszentren für die Schaffung ihrer eigener Technologien und Innovationen zu schaffen wie auch ihre Entwicklung und Anwendung für das *Vivir Bien* zu schützen und zu fördern.

Die Welt muss die Prinzipien und Ansätze des uralten Erbes ihrer Urvölker für die Abwendung der Zerstörung des Planeten zurückerobern, erlernen und wieder aufgreifen, ebenso das überlieferte Wissen und die Praktiken, die Spiritualität in der Wiedereingliederung in das *Vivir Bien* zusammen mit der Mutter Erde. Angesichts des fehlenden politischen Willens der entwickelten Länder, in wirksamer Weise ihre Zusagen und Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel und im Kyoto-Protokoll übernommen haben, und angesichts der Nichtexistenz einer legalen internationalen Instanz, die Klima- und Umweltdelikten gegen die Rechte der Mutter Erde und die Menschheit vorbeugt und sie bestraft, fordern wir die Schaffung eines **Internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes**, der die bindende juristische Kompetenz hat, Staaten, Unternehmen und Personen zu hindern, zu verurteilen und zu bestrafen, die durch Handeln oder Unterlassen Kontaminationen verursachen und den Klimawandel provozieren.

Es gilt die Staaten zu unterstützen, die Klagen vor dem Internationalen Gerichtshof gegen die entwickelten Länder einbringen, die ihre Verpflichtungen gemäß der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel und dem Protokoll von Kyoto nicht erfüllen, einschließlich ihrer Pflichten zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Wir rufen die Völker eindringlich auf, eine **tiefgehende Reform der Organisation der Vereinten Nationen (UNO)** vorzuschlagen und zu unterstützen, damit alle ihre Mitgliedsstaaten die Entscheidungen des internationalen Klima- und Umweltgerichtshofes erfüllen.

Die Zukunft der Menschheit ist in Gefahr, und wir können nicht akzeptieren, dass eine

Gruppe von Regierenden entwickelter Länder für alle Länder entscheiden wollen, so wie sie es erfolglos auf der Konferenz der Teilnehmerstaaten in Kopenhagen versucht haben. Diese Entscheidung kommt uns, allen Völkern zu. Deshalb ist die **Durchführung eines Weltreferendums, eines Plebiszits oder einer Volksbefragung über den Klimawandel** notwendig, in dem die Meinungen eingeholt werden sollen über:

- das Niveau der Reduzierung von Emissionen, die die entwickelten Länder und die transnationalen Unternehmen vornehmen sollen;
- die Finanzmittel, die die entwickelten Länder zur Verfügung stellen sollen;
- die Schaffung eines internationalen Klimagerichtshofes;
- die Notwendigkeit einer Allgemeinen Erklärung der Rechte der Mutter Erde;
- und die Notwendigkeit, das gegenwärtige kapitalistische System zu verändern.

Die Durchführung des Weltreferendums, Plebiszits oder einer Volksbefragung wird Ergebnis eines Vorbereitungsprozesses sein, der die erfolgreiche Entwicklung desselben sichert.

Um unser internationales Auftreten zu koordinieren und die Zielstellungen dieses „Abkommens der Völker“ umzusetzen, rufen wir dazu auf, eine **Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde aufzubauen**, die sich auf die Prinzipien der Komplementarität und der Achtung der Verschiedenartigkeit des Ursprungs und der Sichtweisen ihrer Mitglieder stützen soll und sich als ein weiter und demokratischer Raum der Koordinierung und Verbindung von Aktionen auf Weltebene konstituiert.

Mit diesem Vorsatz nehmen wir den beigefügten **Weltaktionsplan** an, auf dass in Mexiko die entwickelten Länder des Annex 1 den geltenden legalen Rahmen respektieren und ihre Treibhausgasemissionen um 50% reduzieren sowie die verschiedenen Vorschläge übernehmen, die in diesen Abkommen enthalten sind.

Abschließend kommen wir überein, die Zweite Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde im Jahre 2011 durchzuführen, als Teil dieses Prozesses des Aufbaus der Weltbewegung der Völker für die Mutter Erde und als Reaktion auf die Ergebnisse der Konferenz zum Klimawandel, die Ende des Jahres in Cancún, Mexiko, stattfinden wird.

<http://cmpcc.org/>, Übersetzung der bolivianischen Botschaft

(Erschienen in SiG 83)

Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Konferenz als Beilage zu der Nummer 83 von „Sand im Getriebe“

Naomi Klein zu Cochabamba

Aufstand gegen die Erfahrung der Hilflosigkeit

Der Kampf Boliviens ums Überleben kann auch zur Rettung der Demokratie beitragen

Das Gipfeltreffen der Völker zur Bekämpfung des Klimawandels ist eine radikale, transformierende Reaktion auf das Versagen des Klubs von Kopenhagen

Der Klimagipfel Boliviens hat Augenblicke des Glücks, des Unernstes, und der Absurdität erlebt. Aber unter allem kann man das Gefühl spüren, das diese Versammlung verursacht hat: **Wut über die Hilflosigkeit.**

Das nimmt kaum Wunder. Bolivien befindet sich inmitten einer dramatischen politischen Verwandlung, welche Schlüsselindustrien verstaatlicht hat, und die Stimmen der eingeborenen Völker des Landes wie nie zuvor laut werden ließ. Aber wenn es um die dringendste, existentielle Krise Boliviens geht – die Tatsache, dass seine Gletscher mit einem alarmierendem Tempo schmelzen, was die Wasserversorgung von zwei Großstädten bedroht – sind die BolivianerInnen machtlos, alleine etwas zu tun, um ihr Schicksal zu ändern.

Das liegt daran, dass die Handlungen, welche das Schmelzen verursachen, nicht in Bolivien stattfinden, sondern auf den Fernstraßen und in den Gewerbegebieten der Industrieländer. In Kopenhagen haben Führer von bedrohten Ländern wie Bolivien und Tuvalu leidenschaftlich für starke Kürzungen der Emissionen plädiert, welche eine Katastrophe abwenden könnten. Man hat ihnen höflich gesagt, dass der politische Wille dazu im Norden einfach nicht vorhanden sei.

Mehr noch: die Vereinigten Staaten haben deutlich gemacht, dass sie keinen Bedarf an kleinen Ländern wie Bolivien als Teil einer Klimailösung hätten. Sie würden hinter geschlossenen Türen mit anderen Großemittenten etwas ausklügelnd, und dem Rest der Welt würde man die Ergebnisse mitteilen, und ihn einladen, sich anzuschließen; genau das, was mit der Übereinkunft von Kopenhagen passiert ist.

Als Bolivien und Ecuador sich geweigert haben, die Übereinkunft einfach abzusegnen, hat die US-Regierung die Klimahilfe an sie um \$ 3 Millionen beziehungsweise \$2,5 Millionen gekürzt. „Bei diesem Verfahren gibt es keine Freifahrtscheine“, erklärte Jonathan Pershing, Klimaunterhändler der USA. (Wer sich fragt, warum Aktivisten aus dem Süden den Gedanken der „Klimahilfe“ ablehnen, und stattdessen die Rückzahlung von „Klimaschulden“ verlan-

gen, findet hier die Antwort.)

Die Botschaft Pershings war frostig: wer arm ist, hat nicht das Recht, sein eigenes Überleben zur Priorität zu machen. Als Morales „soziale Bewegungen und die Verteidiger der Mutter Erde (...), Naturwissenschaftler, Akademiker, Rechtsanwälte und Regierungen“ nach Cochabamba zu einem Klimagipfel neuer Art einlud, war das ein Aufstand gegen diese Erfahrung der Hilflosigkeit, ein Versuch, eine Machtbasis für das Recht auf Überleben aufzubauen.

Die bolivianische Regierung hat den Anfang gemacht, indem sie vier große Gedanken vorgeschlagen hat:

- Der Natur sollte Rechte gewährt werden, die Ökosysteme vor der Vernichtung schützen (eine „Allgemeine Erklärung der **Mutter-Erde-Rechte**“).

- Diejenigen, welche gegen diese Rechte und andere internationale Umweltvereinbarungen verstoßen, müssten sich gerichtlich verantworten (ein „**Klimagerichtshof**“).

- Arme Länder sollten verschiedene Arten des Schadenersatzes für eine Krise erhalten, vor der sie stehen, aber zu deren Entstehung sie wenig beigetragen haben („**Klimaschulden**“).

- Es sollte eine Einrichtung geben, damit Menschen auf der ganzen Welt ihre Ansichten zu diesen Themen Ausdruck verleihen können („**Weltvolksabstimmung** über den Klimawandel“).

Der nächste Schritt war, die weltweite Zivilgesellschaft einzuladen, die Einzelheiten auszuarbeiten. Siebzehn Arbeitsgruppen wurden eingerichtet, und nach wochenlangen Diskussionen übers Internet trafen sie sich eine Woche lang in Cochabamba, mit dem Ziel, am Ende des Gipfeltreffens ihre endgültigen Empfehlungen vorzustellen. Das Verfahren ist faszinierend, aber bei weitem nicht vollkommen (zum Beispiel, wie Jim Shultz des Democracy Center bemerkt hat, verbrachte die Arbeitsgruppe zur Volksabstimmung anscheinend mehr Zeit damit, über die Hinzunahme einer Frage zur Abschaffung des Kapitalismus zu streiten, als darüber zu diskutieren, wie man denn überhaupt eine weltweite Volksabstimmung durchführen kann).

Doch kann das begeisterte Engagement Boliviens für **echte Demokratie mit Bürgerbeteiligung** sich sehr wohl als der wichtig-

ste Beitrag des Gipfeltreffens herausstellen. Der Grund dafür ist, dass nach dem Debatte von Kopenhagen, ein äußerst gefährliches Gesprächsthema sich überall verbreitet hat: der wahre Schuldige an dem Fehlschlag sei die Demokratie selber. Das UNO-Verfahren, das 192 Ländern gleiches Stimmrecht gibt, sei einfach zu unhandlich – es sei besser, die Lösungen in kleinen Gruppen zu finden.

Selbst Stimmen aus der Umweltbewegung, die weithin Vertrauen genießen, wie James Lovelock, sind dem zum Opfer gefallen: „Mir scheint es, dass der Klimawandel vielleicht eine so gravierende Sache wie ein Krieg ist,“ sagte er neulich dem Guardian. „Es wird vielleicht notwendig sein, eine Zeit lang die Demokratie auf Eis zu legen.“ Aber in Wirklichkeit sind es solche kleine Gruppierungen – wie der Klub (mit Einlass nur auf Einladung), der die Übereinkunft von Kopenhagen durchgedrückt hat –, die uns haben zurückfallen lassen, indem die schon unausreichende bestehenden Vereinbarungen geschwächt wurden. Die Klimawandelpolitik, die von Bolivien in Kopenhagen eingebracht wurde, ist im Gegensatz dazu von sozialen Bewegungen mittels eines Verfahrens mit Bürgerbeteiligung entworfen worden, und das Endergebnis war die bisher radikalste Vision mit dem größten Verwandlungspotential.

Mit dem Gipfel von Cochabamba versucht Bolivien das, was es auf nationaler Ebene erreicht hat, zu globalisieren, und lädt die Welt ein, am Entwerfen einer gemeinsamen Tagesordnung für die Klimapolitik vor dem nächsten UNO-Treffen zum Klima in Cancún teilzunehmen. In den Worten des bolivianischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Pablo Solón: „Das Einzige, was die Menschheit vor einer Tragödie bewahren kann, ist die Ausübung weltweiter Demokratie.“

Wenn er recht hat, könnte der bolivianische Vorgang nicht nur unseren wärmer werden Planeten retten, sondern auch noch unsere versagenden Demokratien. Das wäre wirklich kein schlechtes Ergebnis.

guardian.co.uk, Donnerstag, 22. April 2010
<http://pwcc.wordpress.com/2010/04/22/bolivias-fight-for-survival-can-help-save-democracy-too/>
Übersetzung: coorditrad, Timothy Slater

Weitere Dokumente und Analysen über die Weltkonferenz in Cochabamba

<http://pwcc.wordpress.com/category/working-groups/>, <http://www.forumdesalternatives.org>,

http://www.jubileesouth.org/index.php?option=com_content&task=view&id=270

<http://www.cadtm.org/climate-crisis?lang=en>, <http://www.tni.org/category/issues/environmental-justice/climate-justice>

Internationaler Rat des Weltsozialforums(WSF), 8. 5. 2010 Solidarität mit der griechischen Bevölkerung gegen die Finanzmärkte

Die Souveränität aller Völker über ihre Wirtschaften wiederherstellen, im Süden wie im Norden.

Die Finanzmärkte haben Griechenland seit einigen Monaten im Visier. Um „die Märkte zu beruhigen“ und „das Vertrauen wiederherzustellen“, haben die EU und der Internationale Währungsfond (IWF) der griechischen Bevölkerung einen drastischen Sparplan als „Gegenmittel“ auferlegt. Das Rentenalter wird auf 67 erhöht und bestehende Renten eingefroren. Beamtengehälter werden um 15% gekürzt und Kündigungen im privaten Bereich vereinfacht. Die Mehrwertsteuer wird von 19% auf 21% steigen, weitere ähnliche Maßnahmen sind derzeit in Planung. Dieser Sparplan wird nicht nur Griechenlands Wirtschaft in eine Depression stürzen, sondern auch zu einem sozialen Desaster führen.

Wir kennen es aus Erfahrung: die Krise in Griechenland ist nur ein weiteres Beispiel aus Jahrzehnten Finanzturbulenzen, die Länder auf dem gesamten Globus verwüstet und weiter in die Verschuldung getrieben haben, insbesondere im Süden. So auch die Kreditkrise der 80er Jahre, die viele afrikanische und lateinamerikanische Länder dauerhaft in die Schulden gestürzt hat, oder die mexikanische, asiatische und russische Finanzkrisen der späten 90er, und die Argentinienkrise 2001-2002. Dies sind keine voneinander losgelösten Ereignisse, sondern das Ergebnis der Tätigkeiten unregulierter und unersättlicher Finanzmärkte.

Unterschriften:

Rita Freire, CIRANDA, Brazil
Viriato Tamele, CJE, Mozambique
Gustave Massiah, CRID, France
Ryu Miyoung, KCTU, Korea
Christophe Aguiton, ATTAC, France
Geneviève Azam, ATTAC, France
Nicola Bullard, Focus on the Global South, Thailand
Edward Oyugi, SODNET, Kenya
Mireille Fanon-Mendes-France, Fondation Frantz Fanon
Allam Jarrar, Palestinian NGO network
Chico Whitaker, Brazilian Commission Justice and Peace
Moema Miranda, Ibase, Brazil
Virginie Vargas, Articulacion Feminista Marcosur, Peru
Taoufik Ben Abdallah, Enda, Sénégal
Abbé Antoine Ambroise Tine, Italie
Babacar Diop, ICAE-PALAE, Sénégal
Demba Moussa, Forum Africain des Alternatives, Sénégal
Dan Baron, IDEA, Brazil-Wales
Celina Valadez, Dinamismo Juvenil, Mexico
Diana Senghor, PANOS, Sénégal
Alexandre Bento, CUT, Brazil
Salette Valesan, IPF, Brazil

Nach Island und Griechenland haben sie schon wieder andere europäische Länder im Blick: Portugal und Spanien stehen in der Schusslinie, Irland und Frankreich sind bedroht. Die kürzlichen Finanzgeschenke an marode Banken, die „Krisenpläne“ und Steuersenkungen für die Reichsten haben gigantische Löcher in die Staatsbudgets gerissen. Unsere Regierungen haben Banken vor dem Bankrott bewahrt, ohne irgendeine Gegenleistung zu verlangen. Nun stützen sich dieselben Banken auf die Unterstützung dieser Länder und haben wieder freie Hand, auf schlechte Kreditratings zu spekulieren. Sie sind wieder zurück, um von der Bevölkerung zu profitieren.

Die Herausforderung ist schlicht: Wer wird die Rechnung bezahlen? Wer wird die Bankenrettung bezahlen? Wer wird die Haushaltsdefizite bezahlen? Die europäische Union hat einen „Griechenland-Rettungsplan“ bekannt gegeben, dessen Kredite aber nur den Spekulanten nützen, und nicht der griechischen Bevölkerung. Darüber hinaus bieten sie auch keine langfristige Lösung.

Soziale Rechte stehen überall auf dem Spiel. Wenn die Menschen nicht sofort und entschieden reagieren, werden sie **einer gegen den anderen ausgespielt**, so wie es schon jetzt den Griechen ergeht, die als

Jason Nardi, Social Watch, Italy
Hélène Cabioc'h, AITEC, France
Nicolas Haeringer, ATTAC, France
Nathalie Péré-Marzano, CRID, France
Azril Bacal, Uppsala Social Forum, Sweden/ Peru
Francine Mestrum, Global Social Justice, Belgium
Hector-Leon Moncayo, Alianza Social Continental, Colombia
Leo Gabriel, Austrian Social Forum, Austria
Wilhelmina Trout, World March of Women, South Africa
Bheki Ntshalintshali, COSATU, South Africa
Ivette Lacaba, COMCAUSA, Mexico
Samir Abi, ATTAC Togo/ROAD, Togo
Olivier Bonfond, CADTM, Belgium
Walter Baier, Transform!, Austria
Diego Azzi, CSA, Brazil
Marco A. Velazquez N., RMALC, Mexico
Miguel Santibanez, ALOP, Chile
Hector de la Cueva, Alianza Social Continental
Jennifer Cox, PPEHRC, USA
Jorge Lopez, CAMBIOS, Mexico
Ana Esther Cecena, Red en Defensa de la Humanidad, Mexico
Lorena Zarate, HIC-AL, Mexico

„unverantwortlich“ und „Schummler“ dargestellt werden. Niemand kann voraussehen, wo diese Aufstachelung enden soll. Um diese Abwärtsspirale zu stoppen, müssen wir mobilisieren und den Griechen zur Seite stehen. Gestern (am 5. Mai), haben die griechischen Gewerkschaften und Arbeiterbewegungen einen Generalstreik organisiert und um die Solidarität von internationalen, sozialen Bewegungen, Netzwerken und Organisationen gebeten.

Wir, Mitglieder von Bewegungen und Organisationen, die dem Internationalen Rat des Weltsozialforums angehören, nutzen unser Treffen in Mexiko, um unsere **Solidarität mit den griechischen und europäischen Bewegungen** auszudrücken, und unterstützen ihre **Forderung nach strengen Maßnahmen gegen Finanzspekulation, und die Erstellung eines echten finanziellen Solidaritätsplans, der der griechischen Bevölkerung dient, statt den Finanzmärkten und Spekulanten.**

Die Krise in Griechenland bekräftigt unsere Entscheidung, uns der neoliberalen Finanzpolitik entgegen zu stellen und **die Souveränität aller Völker über ihre Wirtschaften wiederherzustellen, im Süden wie im Norden.**

Refaat Sabbah, Alternatives International, Palestine
José Miguel Hernandez, CCFSM, Cuba
Maria Atilano, World March of Women, Mexico
Monica Di Sisto, FAIR, Italy
Yoko Kitazawa, Japan Network on Debt & Poverty, Japan
Marcela Escribano, Alternatives
Vinod Raina, Alternatives Asia, India
Njoki Njoroge Njehu, Daughters of Mumbi Global Resource Center, Kenya
Ali Karamat, Pakistan Peace Coalition (PPC)/Pakistan Institute of Labour Education and Research, Karachi (PILER), Pakistan
Piero Bernocchi, Italian Coordination for ESF and WSF, Italy
Ana Prestes, OCLAE
Feroz Mehdi, Alternatives International
Amit Sengupta, Peoples Health Movement, India
Osvaldo Leon, Agencia Latinoamericana de Información

Original: <http://www.cadtm.org/Solidarity-with-the-Greek-people> ; Übersetzung: Felix von Drigalski, www.coorditrad.attac.org

Europäische Attac-Gruppen Solidarisch mit der griechischen Bevölkerung

*Wir fordern echte Lösungen der Euro-Krise zum Wohl der Menschen
Lasst die Finanzakteure zahlen und erobert die Demokratie zurück, Mai 2010*

Mehrere europäische Attac Gruppen begrüßen und unterstützen den gerechtfertigten Widerstand der Bevölkerung Griechenlands und anderer südeuropäischer Länder dagegen, dass sie für eine vom Kapitalismus verursachte Krise bezahlen sollen.

Wir weisen die falschen Beschlüsse der EU-Regierungen in der Euro-Krise zurück.

In Griechenland und anderen europäischen Ländern versuchen die Regierungen, die Mehrheit der Menschen für die gegenwärtige Krise zahlen zu lassen. Die EU-Kommission, die EU-Mitgliedsländer und der Internationale Währungsfond (IWF) nutzen die Krise, um strenge Sparmaßnahmen durchzusetzen, darunter tiefe Einschnitte in die Gehälter der öffentlichen Beschäftigten, die Kürzung oder das Einfrieren von Renten, das Aussetzen von Tarifverträgen, drastische Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und so weiter.

Es ist die Strategie der Regierungen, auf diesem Wege das zu zerstören, was vom europäischen Sozialmodell noch übrig geblieben ist. Auch schon vor den Sparplänen hat die soziale Ungleichheit innerhalb Europas zugenommen, Griechenland und Portugal haben das größte Maß an sozialer Ungleichheit in der Eurozone. Das von den Mitgliedsstaaten am 11. Mai angenommene "Euro-Rettungspaket" behandelt in keiner Weise die Wurzeln der Euro-Krise. Es verschiebt Probleme nur, statt sie zu lösen.

Ein ungerechtes und unwirksames Anpassungsprogramm für Griechenland

Finanzakteure, die zuvor mit dem Geld der Steuerzahler gerettet wurden und ein bisher nicht da gewesenes öffentliches Defizit verursacht haben, attackieren Staaten, indem sie gegen den Euro spekulieren. Jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen, erwarten sie, dass der Preis für ihre Rücksichtslosigkeit von den Bürgern durch tiefe Einschnitte in die Sozialausgaben bezahlt wird. Die Situation in Griechenland beweist einmal mehr die Dringlichkeit, die Finanzmärkte radikal zu regulieren. Bereits vor der Finanzkrise hatten Steuersenkungen und andere Maßnahmen zu Gunsten von Unternehmen und privilegierten Wirtschaftssektoren das öffentliche Defizit verschlimmert. Zudem hat der offensichtliche Fehler der Euro-Zone, eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik zu schaffen, zu großen Ungleichgewichten in den Handelsbilanzen der europäischen Länder geführt. Die Exportstrategien Deutschlands und anderer Länder mit Handelsbilanzüberschüssen basieren auf Lohn- und Steuerdumping.

Die jetzt von der EU eingeforderten radikalen Sparmaßnahmen dienen allein den Interessen der Reichen und der Finanzakteure. Die überwältigende Mehrheit der Griechen ist nicht privilegiert; ihre Löhne und sozialen Rechte lie-

gen weit unter dem europäischen Durchschnitt. Griechenland braucht nicht niedrigere, sondern höhere Löhne; nicht weniger, sondern ein höheres Maß an öffentlicher Sozialpolitik.

EU-Regierungen wollen überall einen strengen Sparkurs durchsetzen. In Portugal und Spanien haben sie bereits damit begonnen. Diese Politik kann nur zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten und der gegenwärtigen Krise beitragen und zugleich verschlechtert sie die ökonomische Lage in Griechenland und dem Rest der EU.

Der "Euro-Stabilisierungspakt" wird die Situation verschlimmern

Die Europäische Kommission wird auf den Finanzmärkten Kredite aufnehmen müssen, um Griechenland und anderen betroffenen Ländern Geld leihen zu können. Ein 60 Milliarden Euro schwerer "Stabilisierungsfonds" wird daher zunächst von Banken und Hedgefonds besorgt. Zusätzliche 440 Milliarden Euro könnten von den Regierungen der Euro-Zone garantiert werden.

Dieses Programm löst keines der grundlegenden und dem Euro seit 15 Jahren innewohnenden Probleme, die nun durch die Finanzkrise verschärft werden. Es sorgt nicht für einen koordinierten Abbau von Handelsungleichgewichten, insbesondere des deutschen Überschusses. Es bietet weder eine Grundlage für ein harmonisiertes europäisches Steuersystem, noch für einen gemeinsamen Haushalt, der das einzige zuverlässige Werkzeug für Solidarität wäre. Es soll eine Schuldenkrise durch die Aufnahme neuer Schulden lösen und bewahrt so die Abhängigkeit der Regierungen von den Finanzakteuren, den einzig echten Gewinnern der neuen europäischen Darlehen. Das Programm wird Europa voraussichtlich in eine bisher nicht gekannte Deflation und Stagnation stürzen.

Europäische Regierungen stellen die Spekulations-Krise weiterhin als "Naturkatastrophe" dar, die nur durch ein Opfer in Höhe von hunderten Milliarden Euro gelöst werden kann – eingetrieben durch Kürzungen der Sozialausgaben und öffentlichen Dienstleistungen. Aber Spekulanten sind Menschen, keine überraschend ausbrechenden Vulkane. Die von ihnen verursachten Desaster geschehen, weil wir es ihnen gestatten. Dennoch sträuben sich die europäischen Regierungen, auf EU-Ebene Entscheidungen zu treffen, die ein solches Desaster ein für alle Mal verhindern.

Wir fordern:

1. Die Einführung eines echten Solidarplans für Griechenland, der einen Ausweg aus der Krise ermöglicht, ohne soziale Errungenschaften zu zerstören und soziale Ungleichheiten zu verschärfen. Der Plan soll finanziert werden durch eine Besteuerung von Kapitaleinkommen und derjenigen, die von der Krise profitieren.

2. Die Möglichkeit für Länder der Euro-Zone, sich bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu denselben Bedingungen wie Privatbanken Geld zu leihen, sowie eine demokratische und politische Kontrolle der EZB, um eine solidarische Währungspolitik der Eurozone zu ermöglichen.

3. Eine umfassende Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer; ein Verbot von Credit Default Swaps (CDS); die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen; Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung in Griechenland und überall; die Schließung aller Steueroasen in Europa sowie die Vergesellschaftung von Banken, die als zu groß zum Scheitern ("too big to fail") eingestuft werden.

4. Die koordinierte Reduktion von externen Handelsungleichgewichten und eine abgestimmte Lohnpolitik inklusive Mechanismen zur Einführung von Mindestlöhnen in Europa, um Sozialdumping zu vermeiden.

5. Die Einführung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Euro-Zone und der EU, einschließlich der Einführung eines gemeinsamen europäischen Haushalts, sowie eine Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik auf höherem Niveau, um so die Euro-Zone zu einem Raum der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität umzuwandeln.

6. Keine Intervention des IWF in europäische Angelegenheiten und Ablehnung der Sparmaßnahmen, die er seinen Schuldnerstaaten auferlegt.

Wir appellieren an die Zivilgesellschaft der EU, Druck auf die Regierungen auszuüben, um diese Vorschläge voranzutreiben. Gemeinsam müssen wir alle nationalistischen und rassistischen Ansätze ebenso wie nationalen Egoismus zurückweisen. Wir müssen gemeinsam Lösungen voranbringen, die das Problem an der Wurzel packen und die Gewinner des Systems, die diese Krise verursacht haben, zahlen lassen.

Unsere Vorschläge sind lediglich Notfallmaßnahmen für die unmittelbaren Auswirkungen der Krise und sollen sicherstellen, dass die große Mehrheit der Griechen und der Bevölkerung in unseren eigenen Ländern nicht für die Krise zahlen muss, für die sie nicht verantwortlich ist.

Langfristig müssen wir an einem alternativen Finanzsystem arbeiten.

**Mai 2010 Attac Deutschland,
Attac Flandern, Attac Frankreich,
Attac Griechenland, Attac Italien,
Attac Katalonien, Attac Österreich,
Attac Polen, Attac Portugal,
Attac Spanien, Attac Ungarn,
Attac Wallonien-Brüssel**

Solidarität mit den Palästinensern gegen die Grausamkeiten der israelischen Armee

18. Januar 2009

Dieser von Israel geführte Krieg dient weder der Verteidigung noch zum Schutz der Bevölkerung. Israel verübt ein Massaker in Gaza:

- Bombardierung der am dichtesten bevölkerten Zone der Welt (wo die Hälfte der Bewohner Kinder sind) mit illegalen Waffen wie weißem Phosphor, angereichertem Uran, Streubomben oder Bomben, die das neue "Dense Inert Metal Explosive" (DIME) verwenden;
- Auslöschen ganzer Familien, beim lebendigen Leib verbrannt und im Schutt ihrer Häuser vergraben. Die Häuser wurden durch illegale Bomben zerstört, die F-16 Kampfflugzeuge und US-amerikanische Apache Helikopter abgeworfen haben;
- Bombardieren von Schulen, Krankenhäusern, Moscheen, Gefängnissen, zivilen Infrastrukturen (Straßen, Brücken, Universitäten, Wohngebiete);
- Auferlegen von Nahrungs- und Energie-Embargos mitten im Winter gegen eineinhalb Millionen Menschen, die wie Ratten in einer gigantischen Falle gefangen sind;
- Schießen auf UN und Rotkreuz Konvois und Ambulanzen, und sogar Töten von Ärzten und medizinischem Personal.

Es handelt sich hier um ein Schlachten, ein Massaker, mit Hamas als offizieller Zielscheibe... aber wie kann irgendjemand noch sagen wer hier wer ist? Unter diesen Bedingungen ist jeder Palästinenser ein potentiell angegriffenes Ziel.

Vor fünf Jahren bezeichnete die israelische Regierung den ganzen Gazastreifen, auch Frauen und Kinder, als "feindliche Einheit", deren Auslöschung legitim wäre. Das gegenwärtige Blutbad zeigt, dass sie nicht in Metaphern gesprochen haben – es war eine geplante Aktion.

Von einem Krieg zu sprechen würde heißen, dass die Palästinenser in Gaza wenigstens eine minimale Kapazität zum Gegenangriff hätten. Aber alles, was sie zur Verfügung haben, sind primitive Waffen mit begrenzter Wirkung. Es ist also lächerlich, die Bombardierung von Gaza mit den Raketen, die von ein paar militanten Gruppen gefeuert wurden, zu vergleichen. In Israel gab es fünf Opfer, die von Raketen getötet wurden, während beim Luftangriff in Gaza am Samstag, dem 27. Dezember allein über 200 Menschen zum Opfer fielen. Es gibt keine mi-

litärische Symmetrie zwischen Palästina und Israel, und was noch wichtiger ist, es gibt auch keine moralische Symmetrie.

Das heutige Gaza ist zugleich das Guernica des spanischen Bürgerkrieges und das Warschauer Ghetto. Während Journalisten der Zugang verweigert und deren Berichterstattung verhindert wird, steigert Israel die Anzahl massiver Verletzungen von menschlichen, zivilen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rechten. Bitte warten Sie draußen, wir sind gerade am Morden.

Israel missachtet die Genfer Konvention und begeht in der Tat Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, mit der aktiven Unterstützung oder dem wissenden Schweigen der Regierungen der Großmächte:

- Die Europäische Union hat auf Initiative von Nicolas Sarkozy und Bernard Kouchner kürzlich sein Abkommen zur Kooperation mit Israel bestärkt, trotz der Tatsache, dass das Europaparlament gebeten hatte, es zu suspendieren.
- Washington gibt weiterhin aktive und kriminelle Unterstützung (gleichermaßen ausgedrückt von George Bush als auch Barack Obama).

Hiermit prangern wir die Ungebilligkeit und moralische Heuchelei an, das Abfeuern von primitiven Raketen von Hamas oder anderen Organisationen auf gleicher Ebene zu setzen mit der Flut von Bomben, die in diesem Moment auf Palästina hinab stürzen.

Wie oft muss es noch gesagt werden: Diese Raketen wurden nicht, wie manche europäische Diplomaten uns glaubhaft machen wollen, als "unerklärliche Provokation" abgefeuert, sondern als eine Reaktion, zugegebenermaßen eine eher mickrige, auf das grausame, von Israel auferlegte schon achtzehn Monate dauernde Blockade gegen die eineinhalb Millionen große Bevölkerung des Gazastreifen, darunter auch Frauen, Kinder und Greise, mit der kriminellen Kollaboration nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch Europas. Wie schon der Angriff im Jahr 2006 gegen Libanon ist diese israelische Aggression ein Teil des fortwährenden, globalen Präventivkrieges, der von den neokonservativen Strategen, die in Tel Aviv an der Macht sind, geführt wird.

Wir unterstützen den palästinensischen Widerstand angesichts der systematischen

Aggression, dem sie durch die israelische Regierung und Armee ausgesetzt sind. Wir unterstützen das Recht des palästinensischen Volkes auf einen Staat, der es ihm erlaubt, in Frieden auf ihrem Gebiet zu leben.

Ein Krieg, um die natürlichen Ressourcen Palästinas zu erobern

Zusätzlich zum Horror des Verbrechens ist die Niederträchtigkeit der unmittelbaren Beweggründe: In weniger als zwei Monaten werden in Israel Wahlen stattfinden und die palästinensischen Todesopfer sind gleich viele Argumente in der Wahl. Die Opfer der israelischen Angriffe auf Gaza zählen im Medien-Wettstreit zwischen Ehud Barak, Tzipi Livni und Ehud Olmert, wo derjenige gewinnt, der sich zur größten Brutalität fähig zeigt. Der Kriegsverbrecher welcher die Labour Partei führt, oder eher was davon übrig ist, rühmt sich mit vier Extrapunkten in Meinungsumfragen. Über die Wahlbeweggründe hinaus gibt es auch wirtschaftliche Motive.

Entlang der ganzen Länge der Küste von Gaza, nicht weit vom der Küste entfernt, innerhalb der Grenzen von international anerkannten staatlichen Hoheitsgewässern, gibt es ein immenses Naturgas-Vorkommen. Während Jahren war es der Gegenstand von Verhandlungen zwischen British Gas, Israel und der palästinensischen Verwaltung, trotz der Tatsache dass sie dem palästinensischen Volk gehören. Die potentiellen Gewinne dessen Ausbeutung wurden auf über vier Milliarden Dollars geschätzt. Es könnte auch über zehn Prozent von Israels Energiebedürfnissen liefern, zu sehr niedrigen Kosten, da nicht nur die Lager nicht weit entfernt sind, sondern auch der Preis unter dem Marktwert verhandelt würde.

Natürlich sind diese Verhandlungen momentan zum Stillstand gekommen. In den Gewässern über diesen Naturgaslagern, die dazu beitragen könnten, das soziale und wirtschaftliche Wohlbefinden der Palästinenser ein bisschen wiederherzustellen, sieht man keine Anzeichen für Plattformen, um die Naturgasvorkommen zu untersuchen oder zu gewinnen, oder für das Bauen von Pipelines. Zu sehen ist nur die israelische Flotte, die unaufhörlich die palästinensische Zivilbevölkerung bombardiert.

Frieden und Gerechtigkeit zuerst

Wir prangern schon seit Langem die Verbrechen an, die vom Staat Israel gegen Palästina und Libanon begangen wurden. Mehr denn je nehmen wir Teil am weltweiten Aufruf, der ein sofortiges Ende der kriminellen Aggression von Tsahal gegen das palästinensische Volk verlangt, sowie den Rückzug der Truppen, die jegliche menschliche Moral verloren haben, die sofortige Aufhebung der Blockade gegen eineinhalb Millionen Menschen, und Bewegungsfreiheit an der ägyptischen Grenze.

Sobald diese ersten fundamentalen Schritte gemacht worden sind, wollen wir ein totales und absolutes Embargo auf Waffenverkäufen an den israelischen Staat verlangen, und einen internationalen kulturellen und wirtschaftlichen Boykott wie den, welcher die Vereinten Nationen in den sechziger Jahren gegen den rassistischen Staat von Südafrika beschlossen haben.

Dem Beispiel von Venezuela folgend, wollen wir alle Nationen, die sich selbst zivilisiert nennen, auffordern, alle israelischen Diplomaten auszuweisen, die sich auf ihrem Gebiet befinden. Wir fordern auch die Europäische Union auf, alle wirtschaftlichen Abkommen mit Israel sofort aufzuheben.

Wir fordern die sofortige Bildung einer internationalen Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen, die auf palästinensischem Gebiet begangen wurden, verlangen. Wir verlangen, dass diese vom Aufmarsch einer Truppe begleitet

wird, welche über die Mittel verfügt, militärische und politische Führer und auch andere, die für diese Taten verantwortlich sein könnten und angeklagt werden, festzunehmen und in Untersuchungshaft zu bringen, mit dem Ziel, dass der Internationale Gerichtshof oder der Internationale Strafgerichtshof (ICC) oder ein ad hoc internationales Tribunal (da Israel die Kompetenz des internationalen Strafgerichtshofes nicht anerkennt) einen Urteil fällt.

Für einen dauerhaften Frieden wollen wir alles dafür tun, dass Israel gezwungen wird, alle seine Siedlungen in der West Bank sowie die „Mauer der Schande“ abzubauen, alle den Palästinensern gestohlenen Gebiete zurückzugeben und sie für die Hunderttausende gefällten Oliven und Obstbäume, die Tausende von zerstörten Farmen und Brunnen, und für die Zerstörung der Natur zu entschädigen.

Das palästinensische Volk schuldet nichts

Wir müssen unsere Erfahrung und Fähigkeit zum Analysieren gebrauchen, die wirtschaftlichen Verbrechen, die am palästinensischen Volk während Jahrzehnten begangen wurden, zu untersuchen und anzuklagen. Wir müssen dazu beitragen, dass die Schulden, für welche es illegal wäre, Rückzahlungen zu fordern, die aber gewisse Kreditgeber trotzdem zurückfordern möchten, korrekt und zutreffend als illegitime Schulden oder Kriegsschulden, Umweltschulden, historische Schulden oder Kolonialschulden, definiert werden. Wir wollen sicherstellen, dass Palästina nicht einen Cent zahlen muss in Form von Schuldentrückzahlung wenn es nicht absolut gerechtfertigt ist.

Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben. Wir sind alle Palästinenser.

Unterzeichnenden:

CADTM Belgien, CADTM Frankreich, Réseau National Dette et Développement (Niger); VAK Indien; CADTM Pakistan, Cercle d'auto Promotion pour le Développement Durable (CADD/Bénin), ATTAC Togo, CADTM Schweiz, FNDP (Elfenbeinküste), RAOD (Réseau Ouest Africain pour le Développement); ATTAC/CADTM Marokko, CERIDA, Plateforme haïtienne de Plaidoyer pour un Développement Alternatif (PAPDA) Haiti; Solidaires-Pointe-Noire (Congo Brazzaville), CADTM Lubumbashi (AMSEL-RDC), RAID ATTAC Tunesien, CADTM Tunesien; Coalition des Alternatives Africaines Dette et Développement

(CAD-Mali), APASH Brazzaville (Congo Brazzaville), Red venezolana Contre la deuda (Venezuela), ATTAC Argentinien, Citizens Against Zionist Aggression (Pakistan), Comité International Education pour la Paix (Massimo de Santi) (Italy), Ligue internationale Femmes pour la Paix et la Liberté (Italy / Gianna Pagani-Wilpf), Corriente Roja (Angeles Maestro / España), Forum social autrichien (Leo Gabriel) gabriel.lai@magnet.at , Réseau pour le Développement Local et l'Autopromotion de la Femme, de l'Enfant et de la Famille (RDL/AFEF), Alliance contre la Pauvreté au Mali (AP/Mali), Proyecto Utopia/Tercer camino (Venezuela), Rebelión, EDI et Espacio

Das palästinensische Volk ist ein reiner Gläubiger

Wir wollen auch sicherstellen dass der Staat Israel als der Schuldner der Geldsummen behandelt wird, die nötig sind um den immensen Kriegsschaden, der dem palästinensischen Volk auferlegt wurde wieder gut zu machen, sowie den Wiederaufbau von Palästina zu bezahlen, durch einen Fonds der vom israelischen Finanzministerium bereitgestellt wird, genauso wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte Wiedergutmachung an Israel zahlte.

Wir wollen laut und deutlich verlangen, dass die Vereinigten Staaten sich daran beteiligen, diesen Fonds zu finanzieren, in Anbetracht ihrer militärischen und kriminellen Verbundenheit zu Israel. Mehr als neunzig Prozent der Ausrüstung der israelischen Armee wurde entweder in den USA hergestellt oder verwendet deren Technologie. Als Teil des Wiedergutmachungspakets sollte es einen Anteil geben, der die Rückkehr von Flüchtlingen und deren Kompensation deckt. Der Fonds sollte gänzlich durch und für das palästinensische Volk verwaltet werden.

Aber die dringendste Angelegenheit heute ist es, das Blutbad zu stoppen. Wir fordern alle Gewerkschaften, politischen Parteien, lokale und territoriale Verwaltungen, Firmen und Bürger der Welt auf, die kriminellen Aktivitäten der viert mächtigsten Armee der Welt gegen ein ganzes Volk anzuklagen, und sich zu verpflichten, das palästinensische Volk zu unterstützen.

Otro camino para superar la crisis (Argentina), Todos por la patria (Paraguay), World social forum coordinator in Morelos (Mexico), Women world march (Brasil), comunitarian radio Raices (Uruguay) und Einzelpersonen.

<http://www.cadtm.org/spip.php?article4063>
Übersetzung Gabriela Greif, coorditrad / SiG

Erschienen in SiG 71

Für ein freies und souveränes Haiti !

Internationale Petition von Jubileo Sur und über 100 Organisationen aus der ganzen Welt, u.a. Attac Argentinien, Attac Deutschland, Attac Frankreich, Attac Marokko, Attac Spanien, CADTM, Via Campesina

***Gerichtet an die Regierungen und Organisationen,
die sich in Montreal wegen der Katastrophe in Haiti versammelt haben
26. Januar 2010***

Die jüngste Tragödie in Haiti hat wegen ihrer zerstörerischen Kraft, ihrer ökologischen und sozialen Folgen und vor allem wegen des Verlustes an Menschenleben die Völker der ganzen Welt erschüttert.

Leider sind Naturkatastrophen nichts Neues für dieses in der Karibik liegende Land, wie die Hurrikans Hanna und Ike aus dem Jahr 2008 es belegen.

Es ist auch nicht neu, dass die internationale Gemeinschaft Haiti Versprechungen über Zusammenarbeit und Hilfe macht. Wir, soziale Organisationen und Bewegungen, haben die Sorge, dass die internationale Antwort eventuell nicht auf der Basis der Achtung vor der Souveränität des Volkes von Haiti und in voller Übereinstimmung mit dessen Erfordernissen und Bitten erfolgen könnte.

Es ist an der Zeit, dass die Regierungen, die an der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) teilnehmen, die Vereinten Nationen und vor allem die Vereinigten Staaten, Kanada und Frankreich, ihre bislang in Haiti verfolgte falsche Politik grundlegend überprüfen.

Die Verwundbarkeit des Landes durch Naturkatastrophen - die zum großen Teil durch die Verwüstung der Umwelt, das Fehlen grundlegender Infrastruktureinrichtungen sowie die geringe Fähigkeit des Staates zu sozialer Maßnahmen verursacht wurde - hängt auch mit der Politik zusammen, die in der Vergangenheit die Souveränität des Volkes und seines Landes untergraben hat. Diese Politik hat eine historische, soziale, ökologische und kulturelle Schuld angehäuft, wofür zu großen Teilen diesen Ländern und Institutionen die Verantwortung aufgebürdet werden muss. Es ist dringend erforderlich, diese Schuld gegenüber dem Volk von Haiti zu begleichen, noch viel dringender jetzt angesichts der Lage, der es gegenüber steht.

In diesem Sinn **lehnen wir die Militarisierung des Landes** als unangemessene Antwort auf die jüngste Katastrophe **ab** und kritisieren die einseitige Maßnahme der Vereinigten Staaten, mehr als 10.000 Soldaten zu entsenden, um ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen durchzusetzen. Die Besetzung der letzten sechs Jahre durch ausländische Streitkräfte über den Umweg der MINUSTAH hat weder zur Stabilisierung noch zum Aufbau einer Infrastruktur oder zweckdienlicher öffentlicher Dienste wirklich beigetragen. Nichts weist darauf hin, dass ein Festhalten an dieser Politik ein wirksames Mittel für die Zukunft sein könnte.

Wir fordern von den Regierungen und internationalen Organisationen **die sofortige und bedingungslose Annullierung**

der Auslandsschulden Haitis, deren Bedienung Millionen von Menschenleben belastet. Wir fordern ebenfalls, dass die für die Hilfe und den Wiederaufbau vorgesehenen Mittel nicht zu einer neuen Verschuldung führen. Wir fordern weiterhin, dass an der Hilfe keine **Bedingungen** oder andere Restriktionen verknüpft werden, die nichts mit ihr zu tun haben und die deren Zielsetzung beeinträchtigen würden, eine Praxis, die für internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), den Weltwährungsfonds (IWF) sowie für die so genannten "Geberländer" üblich geworden ist. Darüber hinaus lehnen wir es ab, dass die privaten **multinationalen Unternehmen** diese Tragödie dazu nutzen, um unter dem Mantel des Wiederaufbaus des Landes goldene Geschäfte zu machen, wie es im Irak passiert ist, oder dass sie die billigen Arbeitskräfte ausnutzen und die Naturschätze ausbeuten. Die Gesellschaft Haitis, ihre Organisationen, ihre sozialen Bewegungen und ihre staatlichen Vertreter müssen an erster Stelle die internationalen Bemühungen zum Wiederaufbau ihres Landes leiten. **Sie** müssen die ersten sein, denen man zuhören und die man hören sollte, sie müssen die abschließende und **souveräne Kontrolle über die Entscheidungen behalten, die ihr Schicksal betreffen**.

Das Volk von Haiti ist immer wieder aufgestanden, dank einer Willenskraft und einer beispielhaften Einstellung, die es zu dem ersten freien Volk Amerikas gemacht haben. Jede Zusammenarbeit kann nur dann wirksam sein, wenn sie dieses Engagement zur Kenntnis nimmt und auf die Beteiligung der gesamten Bevölkerung zählt.

Wir bleiben wachsam und verfolgen die Ereignisse in einem ständigen Dialog mit den Organisationen und Partnern in Haiti, um dafür zu sorgen, dass die internationale Zusammenarbeit auf solidarischer Grundlage erfolgt und um zu vermeiden, dass die Fehler der früher verfolgten Politik sich nicht wiederholen.

Für ein freies und souveränes Haiti !

Bitte senden Sie Ihre Unterschrift an jubileo@wamani.apc.org

Liste der Unterzeichner:

<http://www.cadtm.org/To-the-governments-and>

<http://www.cadtm.org/A-l-attention-des-gouvernements-et>

Übersetzung: *coorditrad (Jürgen Janz) /SiG-Redaktion*
(Erschienen in SiG 80)

Via Campesina, Jubilee Sur, MST Brasilien und viele mehr: Ein gigantisches Netzwerk von Militärbasen breitet sich über die ganze Welt aus. **Keine ausländischen Militärbasen!**

Wir - Mitglieder von Bewegungen, Netzwerken und anderen Organisationen aus Lateinamerika – haben uns aus Anlass der Feier des 10. Geburtstages des Weltsozialforums in Porto Alegre, Brasilien, versammelt.

Angesichts einer neuen aggressiven Eskalation des Imperialismus schließen wir uns erneut in einer Kampagne zusammen, die derjenigen gleicht, die wir gegen die ALCA (Amerikanische Freihandelszone) organisiert haben, um zu bestärken, dass Lateinamerika eine friedliche Region ist, und um „NEIN“ zu ausländischen Militärbasen zu sagen!

Seit mehr als einem Jahrzehnt hat Lateinamerika einen Wandlungsprozess durchlaufen. Der Kampf für Unabhängigkeit, Rechte und das Wohlergehen seiner Bevölkerung verstärkt sich. Gleichzeitig wachsen durch den Imperialismus der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten die Bedrohungen der Völker. Eine konservative Reaktion zu den entstehenden politischen Änderungen bildet sich heraus.

In diesem Zusammenhang registrieren wir folgende Ereignisse:

- wachsende Anzahl von Militärbasen: Errichtung von sieben Basen auf kolumbianischem Territorium und Unterzeichnung von Verträgen mit Panama zur Errichtung von 11 Militärbasen;
- militärische Invasion unter dem Deckmantel von humanitärer Hilfe nach der Katastrophe von Haiti;
- Reaktivierung der Vierten Flotte der US Marine, bewaffnet mit Atomwaffen, mit dem Ziel, in den reichen Gewässern von Lateinamerika und der Karibik zu patrouillieren;
- Putsch-Versuche wie in Honduras, mit der logistischen Unterstützung der amerikanischen Militärbasis von Palmerola;
- Destabilisierungspläne gegenüber Ländern wie Paraguay, Bolivien und Venezuela;
- Intensivierung von Kampfhandlungen und Aufrechterhaltung des Embargos gegen Kuba
- Kriminalisierung der sozialen Kämpfe.

Die Intensivierung der militärischen Präsenz der USA in der Region hat nicht nur zum Ziel, einschüchternd auf die politischen Veränderungen in der Region zu wirken. Die US-Streitkräfte werden auch an strategisch wichtigen Orten mit natürlichen Ressourcen positioniert, wie z.B. im Amazonas mit seiner Artenvielfalt und im Südatlantik mit seinem Öl. All das gefährdet eindeutig den Frieden, die Sicherheit und die Unabhängigkeit aller Länder der Region.

Ganz im Gegensatz zu dem, was von den herrschenden Cliques und konservativen Kräften behauptet wird, ist die Welt nicht zu einem friedlichen, sicheren oder stabilen Ort geworden. Ernsthaftige Bedrohungen kommen auf die Menschheit zu und stellen eine Gefahr für den Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Unabhängigkeit aller Länder und Völker der Region dar.

In Zentralasien stellen die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten noch mehr Truppen auf, und intensivieren die Besetzung und Kriege, darunter auch Luftangriffe und zerstörerische Aktionen gegen die Zivilbevölkerung. Irak ist immer noch ein Unruheherd, der zum Prototyp einer neuen Art militarisierten Kolonialismus geworden ist, eröffnet in der Bush-Ära und von der Regierung Obamas fortgesetzt.

In Palästina ist das gemarterte Volk, dessen Gebiet vom Staat Israel besetzt ist, ein Opfer des Völkermordes, der mit dem Einverständnis und unter Duldung der Vereinigten Staaten und Europas geschieht.

Während internationales Recht gebrochen wird, erreicht die Militarisierung ein nie da gewesenes Ausmaß. Militärausgaben wachsen, Atomwaffen vermehren sich, die Vereinigten Staaten entwickeln neue Arten von Raketenabwehr-Systemen, die NATO setzt ihre aggressive Rolle durch, die Flottenpräsenz von imperialistischen Ländern im Indischen Ozean wächst, während Afrika durch die Erschaffung von AFRICOM, dem militärischen Kommando der Vereinigten Staaten für den Kontinent, immer verwundbarer wird. Ein gigantisches Netzwerk von Militärbasen breitet sich über die ganze Welt aus.

Es ist nicht die Welt, die all diese Machtzusammenballung braucht, sondern es ist das Wirtschaftssystem, welches das Imperium dem Rest der Welt aufzwingt. Es sind die gleichen Ziele, die auch bisher das imperialistische System aufrechterhalten haben – die Kontrolle von ökonomischen Ressourcen und nationalen Reichtümern, die Herrschaft über die Märkte, und die Bekämpfung sozialen Wandels.

Die wachsende Militarisierung, verkörpert durch mehr als 800 US-Militärbasen weltweit, ist Teil einer imperialistischen Strategie, um mit der wirtschaftlichen und politischen Krise umzugehen, das wirtschaftliche Modell zu erhalten und seine Rolle als Welt beherrschende Macht beizubehalten – wenn

nötig wird auch Gewalt angewandt, um diese Ziele zu erreichen.

Unsere sozialen Organisationen verurteilen zutiefst die Eskalation des Militarismus. Wir nehmen Demokratie, Solidarität und die Verteidigung des Friedens sehr ernst. Den Völkern wird bewusst, dass Frieden, im Gegensatz zur Militarisierung und imperialistischen Kriegen, nicht nur etwas ist, das mit Leidenschaft zu verteidigen sich lohnt, sondern auch ein unabdingbares Mittel, um das Überleben und die Entwicklung der Menschheit zu garantieren, mit sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, universellen Rechten, nationaler Unabhängigkeit und gerechter Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Wir bekräftigen in diesem Moment, dass Haiti keine militärische Intervention braucht, sondern den Respekt vor seiner Unabhängigkeit. Wir rufen alle Länder dazu auf, solidarisch zusammen zu arbeiten, und dem Volk von Haiti Ärzte, Lehrer und andere Spezialisten zur Verfügung zu stellen.

Als patriotische Lateinamerikaner, zur Solidarität unter Völkern verpflichtet, wollen wir unseren Beitrag zur Erfüllung all dieser ehrenhaften Ziele liefern, und **Lateinamerika in ein friedliches Gebiet umwandeln, frei von ausländischen Militärbasen.**

Internationale Organisationen
Consejo Mundial por la Paz - CMP
Alianza Social Continental - ASC
Vía Campesina - CLOC
Encuentro Sindical Nuestra América
Marcha Mundial de Mujeres - MMM
Jubileo Sur - Américas
Compa, FDIM, OCLAE, OSPAAAL

Nationale Organisationen
Mopassol – Argentina, Cebrapaz - Brasil
MST – Brasil, CUT – Brasil
UBM _ Brasil, CONAM – Brasil
CTB – Brasil, MAB
Consulta Popular, Asamblea Popular
UJS – Brasil, MOVPAZ – CMLK – Cuba
Frente nacional de Resistencia- Honduras

http://www.forumdesalternatives.org/EN/readarticle.php?article_id=8003

Übersetzung: coorditrad, Gabriela Greif

Erschienen in SiG 81

Weltsozialforum

Charta der Prinzipien

Der Ausschuss der brasilianischen Organisationen, der das Erste Weltsozialforum, welches vom 25. bis 30. Januar 2001 in Porto Alegre/Brasilien stattfand, konzipierte und organisierte, erachtet es für notwendig und legitim, nachdem er die Ergebnisse dieses Forums und die Erwartungen, die es weckte, ausgewertet hat, eine Charta der Grundsätze zu verfassen mit dem Ziel, die Initiative weiterzuführen. Die in dieser Charta enthaltenen Grundsätze sollen von allen, die an diesem Prozess teilnehmen wollen, respektiert werden. Sie bekräftigen die Beschlüsse, die dem Vorbereitungsprozess des Ersten Forums von Porto Alegre zu Grunde lagen und Grund für dessen Erfolg waren. Durch die Festlegung von Orientierungen, die sich aus der Logik dieser Beschlüsse ergeben, soll die Reichweite des Forums erweitert werden.

1. Das Weltsozialforum ist ein offener Raum der Begegnung zur Vertiefung des Nachdenkens, für eine demokratische Debatte von Ideen, für die Formulierung von Vorschlägen, für den freien Austausch von Erfahrungen und für den Aufruf zu wirksamen Aktionen. Dieser Raum wird geschaffen von Gruppen, Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und der Herrschaft der Welt durch das Kapital und jeder möglichen Form von Imperialismus widersetzen und sich für den Aufbau einer globalen Gemeinschaft einsetzen, die sich auf fruchtbare Beziehungen zwischen den Menschen und der Menschen mit der Erde gründet.

2. Das Weltsozialforum in Porto Alegre war ein in Raum und Zeit begrenztes Ereignis. Von jetzt an, mit der in Porto Alegre proklamierten Gewissheit „Eine andere Welt ist möglich!“ wird es zu einem permanenten Prozess der Suche nach und des Aufbaus von Alternativen, der sich nicht auf die Ereignisse reduziert, auf die er sich stützt.

3. Das Weltsozialforum hat den Charakter eines weltweiten Prozesses. Alle Zusammenkünfte, die als Teil dieses Prozesses abgehalten werden, haben eine internationale Dimension.

4. Die auf dem Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen widersetzen sich einem Prozess der Globalisierung, der von den großen multinationalen Konzernen sowie von den ihren Interessen dienenden Regierungen und internationalen Institutionen befohlen wird, mit den nationalen Regierungen als Mittätern. Diese Alternativen zielen auf eine neue welthistorische Etappe ab, die geprägt ist von einer solidarischen Globalisierung, die universelle Menschenrechte, die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger aller Nationen und die Umwelt respektiert und sich auf internationale demokratische Systeme und Institutionen im Dienste sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Souveränität der Völker stützt.

5. Das Weltsozialforum bringt Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft aus allen Ländern der Welt zusammen und in Verbindung, aber es beabsichtigt nicht eine repräsentative Instanz der Weltzivilgesellschaft zu sein.

6. Die Treffen des Weltsozialforums haben keinen Beschlusscharakter in Bezug auf das Weltsozialforum selbst. Niemand wird daher autorisiert werden, im Namen des Forums, gleich bei welcher seiner Zusammenkünfte, Positionen zu vertreten, die beanspruchen, die aller Teilnehmenden zu sein. Die Teilnehmenden dürfen nicht dazu aufgerufen werden, Entscheidungen zu treffen, weder durch Abstimmung noch durch Akklamation, die sich auf die Gesamtheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beziehen, die sich mit Erklärungen oder Aktionsvorschlägen befassen, die alle oder eine Mehrheit der Teilnehmenden betreffen oder die für sich beanspruchen, als Positionen des Forums als Solchem zu stehen. Es stellt daher weder eine Instanz der Macht dar, die bei Zusammenkünften Gegenstand der Auseinandersetzungen wäre, noch beansprucht es, die einzige Möglichkeit der Artikulation und Aktion für die an ihm teilnehmenden Gruppen und Bewegungen zu sein.

7. Dabei muss jedoch die Freiheit der an den Treffen des Forums teilnehmenden Gruppen, Organisationen und Bewegungen oder deren Bündnissen sichergestellt werden, in den Veranstaltungen über Erklärungen und Aktionen zu beraten, die zu entwickeln sie,

einzelnen oder in Absprache mit anderen Teilnehmenden, entscheiden. Das Weltsozialforum verpflichtet sich, diese Entscheidungen im Rahmen seiner Möglichkeiten ohne Einflussnahme, Hierarchisierung, Zensur oder Restriktionen rein als Beschlüsse der Gruppen oder ihrer Zusammenschlüsse weit zu verbreiten.

8. Das Weltsozialforum ist ein pluralistischer, mannigfaltiger Raum, weder parteipolitisch oder regierungsnah, noch konfessionell. Es eint auf dezentralisierte Art und Weise und auf Netzwerken aufbauend Gruppen, Organisationen und Bewegungen, die sich bei konkreten Aktionen, von lokal bis global, für den Aufbau einer anderen Welt einsetzen.

9. Das Weltsozialforum wird stets ein offener Raum für Pluralismus, Vielfältigkeit des Engagements und des Wirkens der Gruppen, Organisationen und Bewegungen sein, die sich entscheiden, an ihm teilzunehmen, ebenso ein offener Raum für Vielfalt der Geschlechter, der Ethnien, der Kulturen, der Generationen und der physischen Kapazitäten, insofern sie diese Charta der Grundsätze respektieren. Weder RepräsentantInnen von Parteien noch militärische Organisationen können am Forum teilnehmen. Regierungsmitglieder und StaatsbeamtInnen, welche die Verpflichtungen dieser Charta annehmen, können als Einzelpersonlichkeiten eingeladen werden. .

10. Das Weltsozialforum wendet sich gegen jede totalitäre und reduktionistische Sichtweise der Ökonomie, der Entwicklung und der Geschichte und lehnt die Anwendung von Gewalt als Mittel der sozialen Kontrolle durch den Staat ab. Es setzt sich ein für die Achtung der Menschenrechte, für die Verwirklichung einer wahrhaften, partizipativen Demokratie, für gleichberechtigte, solidarische und friedliche Beziehungen zwischen Individuen, Ethnien, Geschlechtern und Völkern und verurteilt dabei alle Formen von Vorherrschaft sowie jede Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen.

11. Das Weltsozialforum als Ort der Debatte ist eine Bewegung von Ideen, welche zur Reflexion anregt und zur transparenten Zirkulation der Ergebnisse dieser Reflexion beiträgt. Die Ergebnisse der Reflexion beziehen sich auf Mechanismen und Instrumente der Herrschaft des Kapitals, auf Mittel und Aktio-

nen des Widerstands gegen diese Herrschaft und für ihre Überwindung. Des Weiteren beinhalten sie vorgeschlagene Alternativen zur Lösung der Probleme von Ausgrenzung und sozialer Ungleichheit, die der Prozess der kapitalistischen Globalisierung mit seinen rassistischen, sexistischen und die Umwelt zerstörenden Dimensionen hervorbringt, international ebenso wie innerhalb der einzelnen Länder.

12. Das Weltsozialforum als Ort des Erfahrungsaustauschs fördert das gegenseitige Verständnis und die gegenseitige Anerkennung der an ihm beteiligten Gruppen, Organisationen und Bewegungen und legt besonderen Wert auf den Austausch unter ihnen, insbesondere über das, was sich in der Gesellschaft heranzubildet, um die wirtschaftliche Tätigkeit und politische Aktion auf die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse und die Achtung der Natur in der Gegenwart und für künftige Generationen zu konzentrieren.

13. Das Weltsozialforum als Ort der Zusammenkunft soll neue Formen von Verbindungen und Zusammenschlüssen zwischen Organisationen und Bewegungen stärken und hervorbringen, auf nationaler ebenso wie auf internationaler Ebene. Diese Zusammenschlüsse stärken, im öffentlichen wie im privaten Leben, die Fähigkeit zum sozialen, gewaltfreien Widerstand gegen den Prozess der Entmenschlichung, den die Welt derzeit erlebt, und gegen die vom Staat verübte Gewalt; sie stärken humanitäre Initiativen, die von diesen Gruppen, Organisationen und Bewegungen ausgehen.

14. Das Weltsozialforum ist ein Prozess, der die teilnehmenden Gruppen, Organisationen und Bewegungen zur Durchführung ihrer Aktionen auf lokaler wie nationaler Ebene ermutigt und dabei eine aktive Beteiligung an internationalen Anliegen anstrebt wie Fragen bzgl. einer planetarischen Zivilgesellschaft, indem gesellschaftsverändernde Praktiken auf die globale Tagesordnung gesetzt werden, die es für den Aufbau einer neuen solidarischen Welt auszuprobieren gilt.

Verabschiedet in São Paulo am 9. April 2001 von den Gruppen und Organisationen, die das Organisationskomitee des Weltsozialforums bilden, angenommen mit Änderungen durch den Internationalen Rat des WSF am 10. Juni 2001 <http://sfid.info/prinzipien/index.html>

Strategiedebatte im Weltsozialforum

Vorwort der SiG-Redaktion zum Sonderheft „Die Zukunft des Weltsozialforums“, August 2008.

Die zitierten Dokumente sind – sofern sie sich nicht in dieser Broschüre befinden - im Netz zu finden:

<http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig>

Das Weltsozialforum befindet sich mitten in einer strategischen Debatte. Ausgangspunkt war die Wahrnehmung der „Schwierigkeit, aus einer Phase der Kritik am neoliberalen Kapitalismus in eine Phase von Gegenvorschlägen überzuwechseln.“ (C. Whitaker, G. Massiah, J.N. Harribey, S. George) .

Die kritische Analyse des Forums in Nairobi im Januar 2007 fachte die Debatten an. **Walden Bello** sieht „Das Forum am Scheideweg“: „Hugo Chavez warnte im Januar 2006 die Delegierten vor der Gefahr, dass das WSF einfach ein Forum für Ideen wird, ohne Handlungsplan.“. Er fragt etwas provokativ „Ist das WSF immer noch das angemessenste Instrument für die neue Phase des Kampfes der Bewegung für globale Gerechtigkeit und Frieden? Oder soll das WSF seine Zelte abbrechen und einer neuen Art von globaler Organisation von Widerstand und Veränderung Platz machen?“ In seiner Erwiderung hebt **Chiko Whitaker** hervor, dass es darum geht, das WSF als offenen Raum zu behalten und zu erweitern.

Francois Houtart nennt drei Schwächen der Sozialforen: „Sie sind keine Träger von Aktionen; es besteht die Gefahr der Entwicklung einer Mittelklassenideologie; die Strategien der Gegner müssen ernst genommen werden.“

Es geht in der Strategiedebatte um folgende Kernfragen:

1. Befinden wir uns in einer anderen Weltlage als 2000/2001, oder in der gleichen?

„Ist dies eine uni-polare Welt, dominiert vom US-Unilateralismus, oder haben auch andere Pole (China, Indien, Russland) eine Rolle auf der internationalen Ebene?“, fragt die **Strategiekommission des Internationalen Rats des WSF**.

„Wenn die neoliberale Dominanz der Globalisierung sich seit der Gründung des WSF 2001 verändert hat, so hat sie sich zum schlechteren verändert. Eine der Auswirkungen ist die zunehmende Präkarisierung der Beschäftigungssituation weltweit.“ (Gewerkschaftsverband ITUC/CSI)

Immerhin entstehen überall Widerstandskräfte (**Toussaint**) und „die altermondialistische Bewegung hat dem neoliberalen Projekt erfolgreich die Legitimation entzogen.“ (**F. Mestrum**) und „in Lateinamerika hat sie dazu beigetragen, dass progressive

oder sogar revolutionäre Regierungen durch demokratische Wahlen an die Macht kamen.“

2. Welche Alternativen werden vorgeschlagen?

Das „**Manifest von Porto Alegre**“ (2005) und ein Jahr später der „**Bamako Appell**“ waren erste Versuche oder Angebote, die Alternativen systematisch zusammenzufassen.

„Vorschläge wie globale Steuern; Vergesellschaftung der Reichtümer; Handelsbeziehungen, die zur Grundlage Zusammenarbeit und Berücksichtigung sozialer und ökologischer Richtlinien haben sollen; lokale wie globale Demokratie; sowie überall und von jedem zu beachtende menschliche Rechte weisen auf die Richtung hin, in die es weitergeht“ (**Whitaker, Massiah, Harribey, S. George**).

Für **Amin, Houtart, Ramonet** geht es „im Augenblick darum, das Militärprojekt der USA zum Scheitern zu bringen. Das ist die notwendige Bedingung, um einen hinreichenden Spielraum zu schaffen, ohne den jeglicher sozialer und demokratischer Fortschritt und jeder Vorstoß in Richtung einer multipolaren Konstruktion verletzlich bleiben.“

Einen weiten Zeithorizont entwickelt **Toussaint**: „Im 21. Jahrhundert bedeutet **Sozialismus** die freie Vereinigung der Produzenten, die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Es handelt sich um ein internationales Projekt, eine Föderation von Ländern und Regionen im Rahmen von großen kontinentalen Einheiten und mit Rücksicht auf die grundlegenden Texte, auf internationale Verträge.“

3. WER kann Alternativen durchsetzen?

Für **Whitaker, Massiah, J.-M. Harribey, S. George** sind „zwei Bündnisarten vorrangig, um die bestehenden Widersprüche zu überwinden“: erstens zwischen dem Norden und dem Süden und zweitens zwischen den Lohnabhängigen und den Umweltschützern.

Houtart sieht „vielfältige Akteure, natürlich mit der Beteiligung der organisierten Arbeiter, aber ebenso von weiteren Akteuren, also von allen Opfern der Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital (...): die Bauern, die eingeborenen Völker, die Frauen, usw.“ – und es ging darum, zur Entste-

hung eines „neuen historischen Subjekts“ beizutragen.

Toussaint warnt: „Es wird schwierig sein, in den industrialisierten Ländern einen radikalen Wandel herbeizuführen, (...) wenn es den Beschäftigten zwischen 20 und 60 Jahren und den Rentnern in den organisierten Sektoren nicht gelingt, sich mit denen ohne Stimme, mit den neuen Proletariern zu vereinigen, um eine mächtige Protestbewegung zu bilden, die die Gesellschaft fundamental in Frage stellt.“

Im Lichte der Erfahrungen in Lateinamerika („Venezuela, Bolivien, Ecuador: drei Akteure des Wandels“, Toussaint) ist das Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien zu überprüfen.

Direkt bezogen auf die Foren wird erwartet, „dass das Forum in der Lage ist, einen wirklichen Einfluss auf die globale Agenda auszuüben. Wir glauben deshalb, dass die Zukunft des Forums von seiner Fähigkeit abhängt, sich in beiden Richtungen zu entwickeln: weiterhin offener Raum gemäß den Prinzipien seiner Charta sein, aber auch es wagen, politische Positionen zu beziehen.“ (**ITUC/CSI**).

Francine Mestrum unterstreicht: „Klar antihegemoniale Ziele müssen definiert werden und dies kann nicht getan werden ohne politische Debatte und/oder Leitung. Das WSF ist zwar ein „offener Raum“ und muss es bleiben, aber m. E. muss dieser Raum organisiert und strukturiert werden.“ Dieser „offene Raum“ braucht eine geographische und politische Ausweitung (**Massiah** u.a.) – aber nicht nur das: Auf dem WSF – meint **Khalifa** - „muss eine Gratlinie gegangen werden, die es erlaubt, den Respekt vor der politischen Vielfalt der Foren zu wahren und wirkungsvolle Strategien aufzubauen.“, also muss es möglich sein eine „verstärkte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren der Foren zu schaffen.“

„Der große Tag des 15. Februar 2003 brachte verschiedene Gemeinsamkeiten spontan ans Tageslicht, aber der Schwung dieses Tages verlor sich danach. Am 16. Februar 2003 nannte die New York Times diese Bewegung die „Zweite Weltmacht“. Mir scheint, dass die Frage derzeit ist: Ist die Bewegung reif genug sich der wahren Herausforderung zu stellen, aus den Sozialforen die „Zweite Weltmacht“ zu machen?“, fragt **Susan George**.

Nach fünf Jahren Weltsozialforum

Aufruf von Bamako

Acht Grundsätze und zehn Vorschläge

I. EINFÜHRUNG

Durch die Erfahrungen eines sich seit mehr als 5 Jahren weltweit formierenden gemeinsamen Widerstands gegen den Neoliberalismus hat ein neues kollektives Bewusstsein entstehen können. Die treibenden Kräfte sind vor allem die Weltsozialforen, die thematischen, kontinentalen und nationalen Sozialforen sowie die Versammlung der Sozialen Bewegungen gewesen. Die am 18.1.2006 - am Vortag der Eröffnung des dezentralen Weltsozialforums in Bamako. - versammelten Teilnehmer am Treffen zum 50. Jahrestag der Bandung-Konferenz setzen sich für die Festlegung **anderer Entwicklungsziele** ein, für die Errichtung eines **Gleichgewichts** innerhalb der Gesellschaften **durch die Abschaffung jeder Ausbeutung** – ganz gleich ob aufgrund von Klasse, Geschlecht, Rasse und Kaste – und für den Aufbau eines **neuen Kräfteverhältnisses** zwischen Süd und Nord.

Der Aufruf von Bamako versteht sich als ein Beitrag zum Entstehen eines neuen **historischen Subjekts** und zur Konsolidierung

der vereinbarten Grundsätze dieser früheren Begegnungen. Damit sind gemeint:

- der Grundsatz des Rechts auf Leben für alle;
- die Leitlinien eines Zusammenlebens in Frieden, Gerechtigkeit und Vielfalt;
- die Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele auf lokaler und globaler Ebene.

Damit ein **historisches Subjekt** entsteht – von den Volksmassen getragen, vielfältig, multipolar – müssen Alternativen erarbeitet und gefördert werden, die im Stande sind, soziale und politische Kräfte zu mobilisieren. Ihr Ziel ist eine radikale Umgestaltung des kapitalistischen Systems. Die von ihm ausgehende Zerstörung der Erde und des Lebens von Millionen Menschen, die es begleitende und nährende individualistische Konsumkultur sowie seine Durchsetzung mittels imperialistischer Kräfte sind nicht mehr zu dulden, da es um das Überleben der Menschheit geht. Solche Alternativen müssen sich auf die lange Tradition der von den Volksmassen getragenen Widerstands-

formen stützen und gleichzeitig die kleinen, zum Alltagsleben der Leidtragenden unentbehrlichen Schritte berücksichtigen.

Der Aufruf von Bamako enthält die in Ausschüssen besprochenen Leitthemen.

Er bekräftigt den Willen, folgendes aufzubauen:

- den Internationalismus der Völker des Südens und des Nordens gegenüber den verheerenden Schäden, die durch die Diktatur der Finanzmärkte und die unkontrollierte, globalisierte Ausdehnung multinationaler Konzerne angerichtet werden;

- die Solidarität der Völker von Asien, Afrika, Europa und von beiden Teilen Amerikas angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts;

- einen alternativen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konsens, um sich gegen die neoliberale und militarisierte Globalisierung und gegen das Vormachtstreben der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu stellen.

II. DIE GRUNDSÄTZE

1. Eine auf der Solidarität zwischen den Menschen und den Völkern beruhende Welt aufbauen

Unsere Epoche wird von der Durchsetzung der Konkurrenz zwischen Arbeitnehmern, Nationen und Völkern beherrscht.

Jedoch hat das Solidaritätsprinzip historisch gesehen für eine wirksame Organisation der Produktion von materiellen und geistigen Gütern eine viel konstruktivere Rolle gespielt. Wir möchten diesem Prinzip den ihm gebührenden Platz einräumen und das Prinzip der Konkurrenz relativieren.

2. Eine auf der umfassenden Macht der Bürger und der Gleichheit der Geschlechter beruhende Welt aufbauen

Dem Bürger muss bei der Gestaltung sämtlicher Bereiche des sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens die Hauptverantwortung eingeräumt werden. Dies ist die Voraussetzung für eine echte Demokratisierung. Ohne sie wird der Mensch zu einem Besitzer von Arbeitskraft, einem gegenüber den behördlichen Ent-

scheidungen ohnmächtigen Zuschauer, einem zu den schlimmsten Verschwendungen ermutigten Verbraucher reduziert.

Die in Wort und Tat zu erfolgende Durchsetzung der völligen Gleichberechtigung der Geschlechter ist integrativer Bestandteil einer echten Demokratie. Eine der Voraussetzungen dafür ist die Überwindung aller offenen oder versteckten patriarchalen Verhältnisse.

3. Eine universelle Zivilisation aufbauen, die der Vielfalt in allen Bereichen die Möglichkeit gibt, sich schöpferisch zu entfalten.

Für den Neoliberalismus würde die Machtentfaltung des Individuums - nicht des Staatsbürgers - die Verwirklichung der besten menschlichen Eigenschaften bedeuten. Die unerträgliche Isolierung des Individuums, das im kapitalistischen System gezwungenermaßen auf sich allein gestellt ist, schafft sein illusorisches Gegengift: der Rückzug in die Ghettos vorgeblich gemeinschaftlicher Identitäten von zumeist ethnischem und/oder religiösem Zuschnitt.

Wir wollen eine universelle Zivilisation aufbauen, die ohne rührselige Vergangenheitsbeschwörung die Zukunft ins Auge fasst. Bei einem solchen Aufbau werden die politische Vielfalt der Bürger und die kulturellen und politischen Unterschiede der Nationen und Völker zum Mittel, die Fähigkeiten der Individuen zur Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte zu verstärken.

4. Die Gesellschaft mittels Demokratie aufbauen

Die neoliberale Politik möchte durchsetzen, dass die Gesellschaftsform einzig durch den Markt geprägt wird, dessen zerstörerische Wirkung für die Mehrheit der Menschen jedoch mehr als erwiesen ist.

Die Welt, so wie wir sie wollen, begreift den Gesellschaftsaufbau als Hauptergebnis einer unbegrenzten Demokratisierung. In diesem Rahmen, wo der Markt seinen Platz, aber nicht den ganzen Platz hat, müssen Wirtschaft und Finanzen in den Dienst eines Gesellschaftsentwurfs gestellt werden und nicht einseitig den Forderungen einer unkontrollierten Entfaltung von Initiativen

des herrschenden Kapitals unterworfen werden, das die Einzelinteressen einer winzigen Minderheit begünstigt. Diese radikale Demokratie, die wir fördern möchten, setzt den Erfindergeist politischer Neuerungen wieder in seine vollen Rechte ein. Sie gründet das gesellschaftliche Leben auf eine ständig wieder und wieder erzeugte Vielfalt und nicht auf einen manipulierten Konsens, der Grundsatzdebatten vom Tisch wischt und Andersdenkende in Ghettos einschließt.

5. Eine Welt aufbauen, in der die Natur, die Ressourcen des Planeten und die landwirtschaftlich benutzten Böden keine Ware sind.

Das neoliberale kapitalistische Modell setzt sich zum Ziel, fast alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in den Zustand einer Ware zu versetzen. Die maßlose Privatisierung und Umwandlung in eine Ware haben noch nie da gewesene verheerende Wirkungen zur Folge: Zerstörung der Artenvielfalt, ökologische Bedrohungen, Verschwendung der Ressourcen, ob erneuerbar oder nicht (insbesondere Rohöl und Wasser), Vernichtung bäuerlicher Gesellschaften, denen eine massive Vertreibung von ihrem Boden droht.

Alle diese Bereiche müssen als kollektive Güter der Menschheit gestaltet werden. Die Entscheidungen in diesen Bereichen sollten im Wesentlichen nicht dem Markt zufallen, sondern der politischen Gestaltungsmacht der Nationen und der Völker unterstellt werden.

6. Eine Welt aufbauen, in der die kulturellen Erzeugnisse, die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Bildung und das Gesundheitswesen keine Ware sind.

Die neoliberale Politik führt zur Umwandlung kultureller Erzeugnisse in Waren und zur Privatisierung der wichtigsten Sozialen

Dienste, insbesondere des Bildungs- und des Gesundheitswesens. Eine solche grundlegende Orientierung führt zur massenweisen Herstellung angeblich kultureller Produkte niedriger Qualität, unterwirft die Forschung ausschließlich den Prioritäten der kurzfristigen Rentabilität, und erschwert – oder gar versperrt – den Zugang der Volksmassen zur Bildung und Gesundheit. Die Erneuerung und der Ausbau der öffentlichen Dienste müssen vom Ziel der Befriedigung der Bedürfnisse und der Verstärkung der Grundrechte auf Bildung, Gesundheit und Ernährung geleitet sein.

7. Eine Politik fördern, die eine radikale Demokratisierung, gesellschaftlichen Fortschritt und Selbstbestimmung von Nationen und Völkern verbindet.

Die neoliberale Politik verneint die spezifischen Anforderungen des gesellschaftlichen Fortschritts, der angeblich spontan durch Ausweitung der Märkte zustande kommen soll. Er verneint auch die Selbstbestimmung der Nationen und der Völker, die u. a. zur Korrektur der Ungleichheiten notwendig ist. Unter solchen Bedingungen wird die Demokratie ihres eigentlichen Gehalts völlig entleert, äußerst geschwächt und dadurch angreifbar gemacht.

Sich das Ziel einer echten Demokratie auf die Fahnen schreiben heißt, dem sozialen Fortschritt seinen entscheidenden Platz bei der Gestaltung sämtlicher Bereiche des gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens einzuräumen. Die im Laufe der Geschichte entstandene Vielfalt der Nationen und Völker – mit all ihren positiven Aspekten sowie den damit einhergehenden Ungleichheiten – erfordert die Bejahung ihrer Selbstbestimmung. Es gibt im politischen und im wirtschaftlichen Bereich kein allgemeingültiges Rezept, so dass man auf diese Selbstbestimmung verzichten könnte. Zur Erreichung der Gleichheit ist eine Vielfalt von Mitteln erforderlich.

8. Die Solidarität der Völker des Nordens und des Südens festigen, um einen anti-imperialistischen Internationalismus aufzubauen

Die Solidarität sämtlicher Völker – des Nordens wie des Südens – bei dem Aufbau einer universellen Zivilisation kann weder auf dem karitativen Beistand noch auf der Behauptung gründen, dass wir alle als Bewohner ein- und desselben Planeten über die Konflikte hinweg schauen könnten, die in der realen Welt zwischen den Interessen der verschiedenen Klassen und Nationen existieren.

Der Weg zur Solidarität erfordert die Überwindung der Gesetze und Werte des Kapitalismus und des ihm innewohnenden Imperialismus. Die regionalen Organisationen der alternativen Globalisierung müssen sich die Förderung der Selbstbestimmung und Solidarität der Nationen und Völker auf allen Kontinenten zum Ziel setzen. Diese Haltung steht im Gegensatz zu den heutzutage dominierenden Regionalisierungs-Modellen, von denen jedes als Bestandteil der neoliberalen Globalisierung aufgefasst wird.

Fünzig Jahre nach der Bandung-Konferenz drückt der Aufruf von Bamako die Notwendigkeit einer neuen Bandung-Konferenz der Völker des Südens aus, die Opfer der globalen Verbreitung des real existierenden Kapitalismus sind, und die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus einer Front des Südens, die im Stande ist, den Imperialismus der herrschenden ökonomischen Mächte und die militärische Hegemonie der Vereinigten Staaten zum Scheitern zu bringen.

Diese antiimperialistische Front stellt nicht die Völker des Südens gegen die des Nordens. Im Gegenteil ist sie die Grundlage für die Bildung eines globalen Internationalismus, der alle am Aufbau einer gemeinsamen, vielfältigen Zivilisation beteiligt.

III.- LANGFRISTIGE ZIELE UND VORSCHLÄGE FÜR SOFORTIGE AKTIONEN

Vorbemerkung

Um vom kollektiven Bewusstsein zur Herausbildung von kollektiven Akteuren (von den Volksmassen getragen, vielfältig ausgerichtet, multipolar) überzugehen, war es immer notwendig, genaue Themen festzulegen, um von ihnen ausgehend konkrete Strategien und Vorschläge zu formulieren.

Die Themenbereiche des Appells von Bamako werden im Einzelnen hier unten ausgeführt, sie überschneiden sich inhaltlich, allerdings nicht vollständig, und die gegen-

seitigen Verweise sind vielfältig. Sie decken die folgenden zehn Bereiche ab, die in langfristige Ziele und in Vorschläge für sofortige Aktionen aufgliedert sind:

1. Politische Organisation der Globalisierung;
2. Organisation der Weltwirtschaft;
3. Zukunft der bäuerlichen Gesellschaften;
4. Aufbau einer vereinten Bewegung der Werktätigen;
5. Regionalisierung entsprechend den Bedürfnissen der Völker;
6. Demokratische Gestaltung der Gesell-

schaften;

7. Gleichberechtigung der Geschlechter;
8. Bewirtschaftung der Naturschätze der Erde;
9. Demokratische Gestaltung der Medien und der kulturellen Vielfalt;
10. Demokratisierung der internationalen Organisationen.

Der Aufruf von Bamako ist eine Einladung an alle engagierten Organisationen, die die große Mehrheit vertreten, also die werktätigen Klassen und die vom neoliberalen kapitalistischen System Ausgeschlossenen, so-

wie an alle Personen und politischen Kräfte, die diesen Grundsätzen zustimmen, gemeinsam an der Verwirklichung dieser Ziele zu arbeiten.
Die Schaffung von Synergien und gegensei-

tiger Solidarität über geographische- und Bereichsgrenzen hinweg ist die einzig mögliche Art, in einer globalisierten Welt zu handeln und Alternativen zu entwickeln. Arbeitsgruppen werden im Laufe dieses

Jahres die hier unten angesprochenen Themen weiter vertiefen und konkretisieren, um dann auf einem weiteren Treffen Bilanz zu ziehen und strategisch vordringliche Aktionen vorzuschlagen.

1. Für ein multipolares Weltsystem, gegründet auf Frieden, Recht und Verhandlungen

Die Entwicklung zu einem wirklich multipolaren Weltsystem, das die Kontrolle der Erde durch die Vereinigten Staaten von Amerika zurückweist und das Grundrecht der Bürger und Völker garantiert, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen, erfordert **folgende Schritte:**

1) Verstärkung der Protestbewegung gegen Krieg und militärische Besetzung und Vertiefung der Solidarität mit den kämpfenden Völkern in den Konfliktherden der Erde. In diesem Zusammenhang wäre es sehr wichtig, dass die für den 18. und 19. März 2006 vorgesehenen weltweiten Demonstrationen gegen den Irakkrieg und gegen die Militärpräsenz in Afghanistan auch folgende Forderungen erheben:

- Verbot der Anwendung und Herstellung von Atomwaffen sowie Zerstörung aller vorhandener Waffenarsenale;
- Demontage aller Militärbasen außerhalb des nationalen Territoriums, insbesondere der von Guantanamo;
- unverzügliche Schließung aller CIA-Ge-

fängnisse.

2) Ablehnung der Interventionen der NATO außerhalb Europas, Forderung einer Distanzierung der europäischen Partner von Präventivkriegen wie die der Vereinigten Staaten und gleichzeitig Starten einer Kampagne zur **Auflösung der NATO**.

3) Bekräftigung der Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Der Kampf dieses Volkes symbolisiert den Widerstand gegen die weltweite Apartheid, die in der Mauer materialisiert wird, gegen eine Apartheid, die den Bruch zwischen « Zivilisation » und « Barbarei » verkündet. Vordringlich sind dafür die Stärkung der Kampagnen für das Niederreißen der Schandmauer und für den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten.

4) Ausweitung der Solidaritätskampagnen mit Venezuela und Bolivien, die beide Alternativen zum Neoliberalismus entwickeln und die lateinamerikanische Integration vorantreiben.

5) Über diese Kampagnen hinaus könnten noch folgende **Projekte** in Betracht gezogen werden:

- Aufbau eines Netzwerks von Forschern, die in engem Kontakt mit den lokalen Zusammenschlüssen von Aktivisten vollständige und immer wieder aktualisierte Datenbanken über **Militärbasen** der Vereinigten Staaten und der NATO aufbauen. Eine genaue Information über diese militärischen und strategischen Fragen würde die Kampagnen für deren Demontage effektiver machen können;

- Schaffung einer Initiative « **Imperialism Watch** », die nicht nur Kriege und ihre Propaganda anprangern würde, sondern auch alle wirtschaftlichen und sonstigen Mächtschaften und Druckmittel, denen die Völker ausgesetzt sind;

- Schaffung eines **weltweiten anti-imperialistischen Netzwerks**, das weltweit alle Mobilisierungen koordinieren würde.

2. Für eine Reorganisation des Weltwirtschaftssystems

Eine Handlungsstrategie zur Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems beinhaltet folgende Schritte:

1) Verstärkung der Protestkampagnen gegen die derzeitige Funktionsweise der **Welthandelsorganisation (WTO)** und des Kampfes für alternative Regelungen. Die WTO darf für die Landwirtschaft, für die öffentlichen Grundversorgungsdienste, für das geistige Eigentum usw. nicht mehr zuständig sein.

2) Gründung von Arbeitsgruppen, die Verbindungen mit den schon seit langem tätigen sozialen Vereinigungen und Bewegungen aufbauen, um eine äußerst zuverlässige und umfassende **Übersicht über die Vorschläge alternativer Maßnahmen** in den wesentlichsten Bereichen der Wirtschaft zu erstellen:

- Organisation des **Transfers** von Kapital und Technologien;
- Vorschlag von **Regelwerken** (zum Beispiel «Investitionscodex»), die die Rechte der Nationen und der Werktätigen genau festlegen;
- Organisation des **Währungssystems:**

Kontrolle der Kapitalströme, vor allem des spekulativen Kapitals; Abschaffung der Steuerparadiese; Aufbau regionaler Wechselkurssysteme mit Stimmrecht in einem erneuertem Weltwährungssystem, also u. a. Überprüfung der Rolle von IWF und Weltbank;

- Rückkehr zum Prinzip, nach dem es das unanfechtbare Recht der Nationen ist, ihr **Wirtschaftssystem selbst zu wählen.** Abschaffung aller Hindernisse, die durch Entscheidungen internationaler Organisationen ohne Verhandlungen aufgezwungen wurden;

- Entwurf geeigneter Gesetzesvorschriften zu den **Auslandsschulden:** Die Staaten werden zur Durchführung von Untersuchungen über die sittenwidrigen Schulden aufgefordert. Unmittelbare Verstärkung der Mobilisierung zur Annullierung der Schulden der Dritten Welt;

- Reform der **sozialen Dienste** und ihrer Finanzierung: Bildungswesen, Gesundheitswesen, Forschung, Renten usw.

3) Gründung von Gruppen spezialisierter Forscher, die die Entwicklung der Kapitalbewegungen verfolgen und die Abhängig-

keitsmechanismen des nationalen Finanzkapitals vom internationalen Finanzkapital studieren.

4) Gründung von nach Ländern und Regionen gegliederten Arbeitsgruppen, ausgestattet mit Internetpräsenz und Diskussionsgruppen, um in jedem Land die Eigentumsverhältnisse des Kapitals zu studieren, ebenso wie die Mechanismen, nach denen der Kapitalismus funktioniert und wie sich seine Beziehungen zum internationalen Finanzsystem gestalten.

5) Gründung von Fortbildungsstätten für Journalisten, um sie über die komplizierten Mechanismen der neoliberalen Globalisierung zu informieren.

6) Aufbau von Kontakten mittels vernetzter Internetseiten zwischen den verschiedenen Vereinigungen progressiver Wirtschaftswissenschaftler und Aktivisten, die in jeder Region der Welt (Asien, Afrika, Lateinamerika, Ozeanien, Europa, Nordamerika) Alternativen zur neoliberalen Globalisierung ausarbeiten.

3. Für eine Regionalisierung im Dienste der Völker, die den Süden bei globalen Verhandlungen stärkt

Da der Freihandel, der den Stärkeren begünstigt, der Feind regionaler Integration ist und letztere nicht nach den Freihandelsregeln verwirklicht werden kann, müssen Bedingungen einer **alternativen Zusammenarbeit innerhalb jeder Großregion**, wie auch Regeln für eine Erneuerung der "Trikontbewegung" geschaffen werden und dies in enger Verbindung mit den Aktivitäten der sozialen Bewegungen.

In **Lateinamerika** haben die mit den Aggressionen multinationaler Konzerne konfrontierten Werktätigen die Frage der regionalen Integration in eine neue Perspektive eingeschrieben. Sie soll auf kooperativen Vorteilen und nicht mehr auf Konkurrenz begründet sein. Dies ist z.B. im Süden der Fall bei den Versuchen einer alternativen Zusammenarbeit im Bereich von Erdöl (Petrocari), bei der Schuldenreduzierung (Aufkauf der Schulden zwischen den Ländern des Südens) oder des Bildungs- und Gesundheitswesens (Kubas Ärzte). Diese Zusammenarbeit zur Förderung des Wachstums und der Solidarität in allen Ländern muss auf politischen Grundsätzen basieren und nicht auf den aufgezwungenen WTO-Handelsregeln.

In **Afrika** gibt es eine starke Bestrebung nach Einheit und das klare Bewusstsein, dass isolierter Widerstand und Entwicklung angesichts des neoliberalen Drucks unmöglich sind. Es gibt zahlreiche, allerdings ineffiziente Einrichtungen zur Integration und die aktivsten stammen aus der Zeit der Kolonisation und der Apartheid. Bei der Afrikanischen Union und ihrem wirtschaftlichen und sozialen Programm (NEPAD) ist keine Spur von einem kollektiven Widerstand zu finden. Gerade vor diesem Hinter-

grund müssen die Bewegungen der Zivilgesellschaft einsehen, wie dringend notwendig eine Überwindung ihrer Konflikte ist. In den nordafrikanischen Staaten am Mittelmeer liefern die Europa-Mittelmeer-Abkommen ein weiteres Beispiel einer auf Kosten des Südens umgesetzten Regionalisierung.

Um sich gegen die neoliberale Globalisierung zu schützen, sind in **Asien** ungeachtet aller Schwierigkeiten in den meisten Ländern Initiativen von unten entstanden, an die sich viele Organisationen der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen usw. angeschlossen haben, und es gelang ihnen, eine Volkscharta zu erarbeiten, die auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit in den Handelsbeziehungen hinzielt.

Über die Intensivierung der Kampagnen gegen Kriege und Kriegsdrohungen hinaus wären also folgende Vorschläge zu empfehlen:

1) Für Lateinamerika:

- Stärkung der Kampagnen zur Unterstützung von ALBA, um die US-amerikanische Strategie der ALCA endgültig zum Scheitern zu bringen;
- Förderung der Unabhängigkeit und der Entwicklung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Ausgleiches zwischen den Völkern;
- Aufbau einer auf Zusammenarbeit und Solidarität begründeten Integration, welche den spezifischen Charakter jedes Volkes berücksichtigt;
- Mobilisierung der sozialen Bewegungen zum Ausbau und zur Vertiefung des alternativen Integrationsprozesses - wie z.B. Pe-

trocaribe oder Telesur;

- Förderung der Handelsbeziehungen, die einer kooperativen Logik entsprechen;
- Verstärkung der Vernetzung von Aktionen sozialer und politischer Organisationen zur Umsetzung dieser Vorhaben.

2) Für Afrika:

Die Bewegungen der Zivilgesellschaft sollten für die Notwendigkeit der Formulierung von alternativen Vorschlägen innerhalb der afrikanischen Initiativen sensibilisiert werden.

Sie sollten das dringend nötige Zusammenspiel zwischen regionalen und nationalen Aktionen in Betracht ziehen.

Sie sollten Friedenskampagnen zur Lösung schon vorhandener und Vorbeugung künftiger Konflikte starten und jedes auf Rasse oder Kultur gründende Konzept der Integration aufgeben.

3) Für Asien:

Die Expansion und die Konkurrenz des Kapitals zwischen Ländern sollte verhindert und die Solidarität der arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder verstärkt werden;

Die lokale Vernetzung zwischen Produktion und Verbrauch und die Wissenschaft für den ländlichen Wiederaufbau sollten gefördert werden.

Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Südens wird nur dann effizient, wenn sie die Solidarität zwischen Völkern und solchen Regierungen tatsächlich zum Ausdruck bringt, die sich gegen den Neoliberalismus stellen und nach Alternativen zur Schaffung eines multipolaren Weltsystems suchen.

4. Für eine demokratische Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen unseres Planeten

Das Konzept der "natürlichen Ressourcen" muss dem des Lebendigen und daher dem **Recht auf Leben** untergeordnet werden, damit die Zerstörung und Plünderung des Planeten aufhört. Es handelt sich also um ein lebenswichtiges Prinzip und nicht nur um eine bloße Verwaltung natürlicher Ressourcen. Letztere können nicht über ihre Erneuerungskapazitäten hinaus benutzt werden, die für die jeweiligen Länder definiert werden müssen. Benutzungskriterien müssen definiert werden, um Entwicklung zu gewährleisten und die Biodiversität und die Ökosysteme zu erhalten. Man muss also die Entwicklung von Ersatzmitteln für nichterneuerbare Ressourcen unterstützen. Die

Vermarktung von Leben (commodification of life) führt zu Kriegen um Erdöl, Wasser usw. Die agrochemischen Multis geben der gewinnorientierten Landwirtschaft den Vorzug über die nahrungsmittelorientierte Landwirtschaft. Dabei erzwingen sie Anbautechniken, die die Landwirte in Abhängigkeit der Firmen versetzen und Umweltzerstörung herbeiführen (Bewirtschaftungsverträge, die die Landwirte zum Gebrauch von Maschinen, Düngemitteln und Saatgut -wie z.B. GMOs- zwingen).

Konkret müssen zwei Handlungsebenen für die Umwelt kombiniert werden:

Mikro- und Makroebene.

Auf der Makroebene – Staatsebene – sollte eine zwischenstaatliche Instanz zur multilateralen Zusammenarbeit geschaffen werden, die mit Hilfe von Handlungs- und Druckmitteln die Staaten zu globalen Maßnahmen zwingen.

Auf der Mikroebene - lokale und regionale Aktivitäten - hat die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu spielen, vor allem bei der Verbreitung von Informationen und der Förderung von neuen Verfahren, die zur Schonung der Ressourcen und zum Umweltschutz beitragen. Die Lokalebene muss verstärkt werden, da die Entscheidungen

allzu häufig ausschließlich auf der Makroebene ausgedacht werden.

Folgende Aktionen könnten daraus hervorgehen:

1) Ein **internationales Gericht für Umweltkriminalität** ins Leben rufen: die Staaten des Nordens und ihre Lokalvertretungen könnten dann zu Reparaturzahlungen für Länder des Südens verurteilt werden (ökologische Schulden);

2) **Verträge als illegal** erklären, die die Bauern abhängig von Saatguterzeugern machen, zu Sklaverei unter der Technologie führen und die Biodiversität zerstören;

3) Das „**Recht auf Verschmutzung**“ (pol-

lution rights) und ihren Markt **abschaffen** und die reichen Länder verpflichten, ihre Kohlendioxyd-Produktionsraten (5,6 Tonnen C pro Kopf und Jahr für die USA) zu reduzieren, damit die armen Länder (0,7 Tonnen C pro Kopf und Jahr in den Ländern außerhalb der G8) sich auch industrialisieren können;

4) Verboten, dass **Riesenstaudämme**, sofern sie wirklich notwendig sind, ohne Schadenersatzleistungen für die vertriebene Bevölkerung gebaut werden können (wirtschaftliche Flüchtlinge);

5) Biologische und genetische Ressourcen vor **Patenten** des Nordens schützen, die die

Länder des Südens ärmer machen und einen kolonialartigen Raub darstellen;

6) Die **Privatisierung des Wassers** bekämpfen, wie sie von der Weltbank gefördert wird - auch in Form einer Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen (PPP privat-public partnership) – und das Recht jedes Menschen auf eine Mindestwassermenge mit Rücksicht auf die Erneuerung des Grundwassers garantieren;

7) Schaffung eines **Überwachungsgremiums für die Umwelt** (ecologic Watch), dessen Aufgabe es wäre, handfeste Aggressionen gegen die Umwelt aufzudecken und darauf zu reagieren.

5. Für eine bessere Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft

Im Bereich der bäuerlichen Landwirtschaft gibt es zunächst mittel- und langfristige Ziele, die an die **Nahrungssouveränität** geknüpft sind, und die sich auf nationaler und internationaler Ebene, multilateraler (Ziele der WTO) und bilateraler Ebene (Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Union) befinden. Auf nationaler Ebene betrifft dies sowohl die landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik als auch die Strukturpolitik, den Zugang der Landwirte zu Produktionsmitteln und in erster Linie zu Boden.

Auf sehr kurzer Sicht, 2006, geht es darum, den Verhandlungsabschluss der **Doha-Runde zum Scheitern zu bringen**, was es erleichtern würde, die Abschlüsse der Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft abzulehnen.

Die Vorschläge werden dementsprechend entlang von zwei Achsen entwickelt: zum einen Vorschläge über die Mittel, um mittelfristig Nahrungssouveränität zu erlangen und zum anderen als erster Schritt Vorschläge, um die Doha-Runde und die Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft zum Scheitern zu bringen.

1) Vorschläge zur Erlangung der Nahrungssouveränität:

Die Nahrungssouveränität ist das Recht, das jedem Staat (oder jeder Staatengruppe) zuerkannt werden muss, die eigene Landwirtschaftspolitik und die Form seiner Eingliederung in den Weltmarkt zu definieren, es ist auch das Recht, sich wirksam vor Importen zu schützen und die landeseigenen Landwirte zu subventionieren, unter der Bedingung, dass alle Exporte von landwirtschaftlichen Produkten verboten sind, deren Preis unter den durchschnittlichen Gesamtproduktionskosten ohne direkte oder indirekte (vorgelagerte oder nachgelagerte) Subventionen steht. Sie ist der Hebelarm

für alle Länder, ihre nationale Souveränität in allen Bereichen wieder zu erlangen. Auch fördert sie die Demokratie, da sie zur Definition ihrer Mittel und Ziele eine starke Einbindung der verschiedenen Akteure der Nahrungsmittelbranche nötig macht, angefangen bei den landwirtschaftlichen Familienunternehmen. Sie setzt daher Regulierungsverfahren auf nationaler, subregionaler und internationaler Ebene voraus.

Auf nationaler Ebene:

Die Staaten müssen den bäuerlichen Betrieben den **Zugang zu Produktionsfaktoren**, in erster Linie zu Boden, garantieren. Die Förderung der Landwirtschaft als Agrobusiness mit dem Aufkauf von Boden durch die nationale Bourgeoisie (darunter Beamte) und transnationale Unternehmen, zum Nachteil der bäuerlichen Betriebe, muss beendet werden. Dies schließt ein, dass Investitionen von Familienbetrieben erleichtert und lokale Produkte weiter verarbeitet werden, was sie für die Verbraucher attraktiver macht. Das **Recht auf Bodennutzung** für alle Bauern der Welt muss als Grundrecht anerkannt werden. Seine Umsetzung erfordert adäquate Reformen des Bodenrechts und in manchen Fällen Agrarreformen.

Damit auch **die städtischen Verbraucher** das Ziel der Nahrungssouveränität teilen – unablässige Bedingung, damit sich die Regierungen dafür engagieren –, müssen drei Maßnahmen durchgeführt werden:

- Einschränkung der Tätigkeiten des Handels, welche die Landwirte und Verbraucher benachteiligen;

- Durchführung von Kampagnen zur Sensibilisierung der Verbraucher über das immense Unrecht an der Landwirtschaft und der ganzen Wirtschaft des jeweiligen Landes überhaupt durch die Abhängigkeit von Importprodukten, denn es werden zum Beispiel in den Supermärkten in Westafrika fast ausschließlich solche zum Verkauf an-

geboten;

- Schrittweise Anhebung der Agrarpreise durch die Erhöhung der Einfuhrabgaben, um die Verbraucher mit sehr eingeschränkter Kaufkraft nicht zu benachteiligen. Dies muss mit dem Austeilen von Gutscheinen zum Einkauf der lokalen Nahrungsmittel zu den alten Preisen einhergehen, wie es in den Vereinigten Staaten, Indien und Brasilien praktiziert wird, bis die Produktivitätssteigerung der Landwirte die Stückkosten sinken lässt und es ihnen ermöglicht, den Verkaufspreis für die Verbraucher zu senken.

Auf subregionaler Ebene:

Damit die Staaten ihre volle Souveränität, zunächst die Nahrungssouveränität, zurück-erlangen können, erweist sich die **regionale politische Integration für die kleinen Länder** des Südens als unumgänglich. Hierfür müssen die gegenwärtigen regionalen Institutionen reformiert werden, vor allem in Afrika die UEMOA (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) und die CEDEAO (Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten), die zu abhängig von diversen Supermächten sind.

Auf internationaler Ebene:

Es muss auf die Vereinten Nationen Druck ausgeübt werden, damit sie die **Nahrungssouveränität als Grundrecht der Staaten anerkennen**, welches unerlässlich ist, um das Recht auf Nahrung umzusetzen, so wie es in der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1996 steht. Auf dieser Ebene müssen vier Instrumente zur Regulierung des internationalen Agrarhandels eingerichtet werden, damit die Nahrungssouveränität verwirklicht wird:

- Ein wirksamer **Schutz vor Importen** durch variable Abschöpfungsbeträge, die einen festen Einfuhrpreis garantieren, so dass im Inland landwirtschaftliche Mindestpreise gewährleistet werden, welche die Investitionen der Bauern und die Kredite der Banken sichern. Die Einfuhrzölle haben bisher unzureichend geschützt, angesichts stark schwankender Weltmarktpreise, deren Fluktuation durch Wechselkursschwankungen noch verstärkt wurde;

- **Beseitigung jeder Form von Dumping**, indem alle Exporte unterhalb der durchschnittlichen gesamten Produktionskosten des Landes ohne direkte oder indirekte Subventionen verboten werden;

- **Internationale Koordinierungsmechanismen zur Beherrschung des Angebots**, um strukturelle Überproduktion zu vermeiden und konjunkturelle Überproduktion zu minimieren, welche die Agrarpreise in den Keller treiben;

- Es ist nötig, **die Landwirtschaft aus der WTO auszgliedern** und die internationale Regulierung des Agrarhandels einer Organisation der Vereinten Nationen, zum Beispiel die FAO, anzuvertrauen. Insbesondere wäre eine Reform ihrer Organisation nach dem dreiteiligen Modell der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) nötig, wonach die Vertreter der landwirtschaftlichen Gewerkschaften (FIPA und Via Campesina), die Vertreter der Nahrungsmittelindustrie, die bereits im Schatten Lobbying bei den Regierungen machen und die Vertreter der Staaten gemeinsam tagen würden, um Regulierungsrichtlinien zu erarbeiten.

2) Vorschläge auf kurzer Sicht, um die Doha-Runde und die Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft

zum Scheitern zu bringen:

Eine Hauptlehre aus der Ministerkonferenz der WTO in Hongkong ist, dass Brasilien und Indien, und mit ihnen die G-20, sich von den Interessen der Bevölkerungen der Dritten Welt entfernt haben und sich als entschlossene Antriebskraft der neoliberalen Globalisierung gezeigt haben. Da die Doha-Runde ein „globales Verhandlungspaket“ (single undertaking) ist, gibt es Mittel, sie zum Scheitern zu bringen.

Die internationale Zivilbevölkerung - in erster Linie die Bauernorganisationen des Nordens und des Südens - können in einer Medienkampagne zeigen, dass diese Subventionen (besonders die der „grünen Box“) ein weitaus bedeutenderes Dumpinginstrument sind als die expliziten Exportsubventionen, und noch bedeutender werden sollen, wenn jene (ab 2014) abgeschafft werden.

6. Für den Aufbau einer vereinten Bewegung der Werktätigen

Zwei der Hauptwaffen in den Händen der Werktätigen sind das **Stimmrecht** und das Recht auf Gründung von **Gewerkschaften**. Demokratie und Gewerkschaften wurden bis heute hauptsächlich auf nationaler Ebene aufgebaut. Die neoliberale Globalisierung ist jedoch eine Herausforderung für die Werktätigen der ganzen Welt, und man kann sich dem globalisierten Kapitalismus nicht nur auf nationaler Ebene entgegenstellen. Heute gibt es eine doppelte Aufgabe: zum einen muss die nationale Ebene gestärkt werden und gleichzeitig muss die Demokratie globalisiert und eine weltweite Arbeiterklasse reorganisiert werden.

Die massive **Arbeitslosigkeit** und die **Zunahme informeller Arbeit** sind ein anderer Hauptgrund, um die bestehenden Organisationen der werktätigen Klassen zu überdenken. Eine weltweite Strategie der Arbeit darf nicht nur die Situation der Arbeiter, die in einem stabilen Arbeitsverhältnis stehen, berücksichtigen. Selbst in den Industrieländern sind immer mehr Werktätigen außerhalb des formellen Sektors beschäftigt. In der Mehrzahl der Länder des Südens bilden die Werktätigen im informellen Sektor die Mehrheit: Werkstätige in temporärer Beschäftigung und in den informellen Sektoren; Selbständige; Arbeitslose; Straßenverkäufer; diejenigen, die ihre eigenen Dienstleistungen verkaufen. Diese Gruppen nehmen in den meisten Ländern des Südens zu, einerseits aufgrund erhöhter Arbeitslosigkeit, andererseits auf Grund der Verknappung und Informalisierung der garantierten Arbeitsplätze und der anhaltenden Landflucht. Die wichtigste Aufgabe für die Werktätigen außerhalb des formellen Sek-

tors wird es sein, sich zu organisieren. Für die traditionellen Gewerkschaften heißt es, sich zu öffnen, um gemeinsam handeln zu können.

Die traditionellen Gewerkschaften haben Schwierigkeiten, dieser Herausforderung gerecht zu werden. Die Organisationen der Werktätigen außerhalb der formellen Sektoren werden nicht alle notwendigerweise Gewerkschaften oder ähnliche Organisationen sein und die traditionellen Gewerkschaften werden sich ebenfalls verändern müssen. Neue Perspektiven gemeinsamen Handelns, basierend auf horizontalen Verbindungen und gegenseitigem Respekt, müssen sich zwischen den traditionellen Gewerkschaften und den neuen sozialen Bewegungen entwickeln. Zu diesem Zweck sind folgende **Vorschläge** in Erwägung zu ziehen:

1) Öffnung der Gewerkschaften zu einer Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen, ohne zu versuchen, diese der traditionellen gewerkschaftlichen Struktur oder einer bestimmten politischen Partei unterzuordnen.

2) Aufbau von tatsächlichen transnationalen gewerkschaftlichen Strukturen, die sich den transnationalen Arbeitgebern widersetzen können. Diese gewerkschaftlichen Strukturen müssen gleichzeitig über eine Verhandlungskapazität und ein Mandat verfügen, um gemeinsame Aktionen über nationale Grenzen hinaus organisieren zu können. Zu diesem Zweck wäre es ein wichtiger Schritt, starke gewerkschaftliche Strukturen innerhalb von einigen multinationalen Konzernen zu organisieren. Letztere besitzen ein komplexes Produktionsnetz-

werk und reagieren häufig sehr empfindlich auf jede Unterbrechung in der Produktions- und Vertriebskette und sind dadurch verwundbar. Erfolge in den Kämpfen gegen multinationale Konzerne könnten einen realen Einfluss auf das weltweite Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit haben.

3) Technologische Entwicklung und Strukturwandel sind notwendig, um die Lebensbedingungen zu verbessern und die Armut auszumerzen, aber die **Verlagerung von Produktionsstandorten** wird heute nicht im Interesse der Arbeiter durchgeführt, sondern ausschließlich entsprechend einer Profitlogik. Als Alternativen zu Profitlogik und Freihandel ist es nötig, sich für eine graduelle Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen einzusetzen, für eine lokale Produktion, die mit der lokalen Nachfrage steigt und für ein Verhandlungssystem gegenüber den Standortwechseln. Diese Standortwechsel sollten Bestandteil transnationaler Verhandlungen werden, um zu vermeiden, dass die Arbeiter verschiedener Länder zu einer Konkurrenz untereinander gezwungen werden und in einen unerbittlichen Kampf gegeneinander geraten.

4) Die Rechte der Wanderarbeiter sollten von den Gewerkschaften als grundlegendes Thema gesehen werden, um zu gewährleisten, dass die Solidarität zwischen Arbeitern nicht an ihre nationale Herkunft geknüpft ist. In der Tat sind Ausgrenzung und Diskriminierung, gleich ob auf ethnischer oder anderer Basis, eine Bedrohung für die Solidarität der werktätigen Klasse.

5) Es muss darauf geachtet werden, dass die zukünftige transnationale Organisation der

werktätigen Klasse **nicht** wie eine einzige, **hierarchische** und pyramidenförmige Struktur aufgebaut ist, sondern aus verschiedenartigen Organisationen besteht, in einer **Netzwerkstruktur** mit zahlreichen horizontalen Verbindungen.

6) Eine neue Arbeiterbewegung soll gefördert werden, die in ihren Strukturen auch die Arbeiter außerhalb des formellen Sektors in der ganzen Welt einschließt, und die in der Lage ist, durch koordiniertes Handeln dem globalisierten Kapitalismus auf wirksame Weise die Stirn zu bieten.

Nur eine solche globale und weiterentwickelte Bewegung der Werktätigen, die gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen handelt, wird die gegenwärtige Welt verändern und eine Weltordnung schaffen können, die auf Solidarität und nicht auf Konkurrenz begründet ist.

7. Für eine Demokratisierung der Gesellschaften im Dienste einer umfassenden Entwicklung der Menschheit

Die fortschrittlichen Kräfte müssen sich das Konzept der Demokratie wieder aneignen, da eine alternative, sozialistische Gesellschaft von Grund auf demokratisch sein muss. Demokratie lässt sich nicht von oben herab verordnen. Sie ist ein Prozess kultureller Wandlung, denn die Menschen verändern sich durch ihr eigenes Handeln. Es ist daher unerlässlich, dass die Akteure der Massenbewegungen und der linken bzw. fortschrittlichen Regierungen verstehen, dass Räume für eine wirkliche Partizipation geschaffen werden müssen, sowohl am Arbeitsplatz als auch am Wohnort. Die Menschen müssen zu Protagonisten ihrer eigenen Geschichte werden, wenn man die Probleme der Völker lösen will: Gesundheit, Ernährung, Bildung, Wohnung... Der Zusammenbruch der sozialistischen Länder Osteuropas hat viel zu tun mit fehlender Partizipation. Die Bürger dieser Länder waren kaum mehr motiviert, die Regimes zu verteidigen, in denen sie nur Zuschauer und keine Akteure waren.

Der Kampf für Demokratie muss auch mit dem Kampf gegen Armut und jede Form von Ausgrenzung einhergehen. Wenn man diese Probleme lösen will, muss das Volk die Macht haben. Dies beinhaltet den Kampf gegen die Profitlogik des Kapitals und die Einführung einer anderen, humanistischen und solidarischen Logik in den Bereichen, die man erobern kann. Denn nur die Behauptung der Notwendigkeit einer alternativen Gesellschaft reicht nicht mehr aus. Es ist es notwendig, Basisinitiativen vorzuschlagen, die Alternativen zum Kapitalismus darstellen, und die mit der Handelslogik und den von dieser Dynamik aufgezwungenen Verhältnissen brechen.

Aber es geht auch darum, Kämpfe zu organisieren, die sich nicht auf rein wirtschaftliche Forderungen begrenzen, auch wenn diese natürlich notwendig sind. Es geht auch um ein alternatives, soziales Projekt, das echte Strukturen von Macht und Demokratie beinhaltet, und zwar über die derzeitigen Formen der repräsentativen, parlamentarischen, auf Wahlen reduzierten Demokratie hinaus. Es ist also nötig, für eine neue Form der Demokratie zu kämpfen, die von unten kommt, für diejenigen, die unten sind, mittels lokaler Regierungen, ländlicher Gemeinden, Arbeitervereinigungen,

Bürgerinitiativen usw. Eine solche demokratische, solidarische Praxis ist die beste Möglichkeit, um neue soziale Gruppen für den Kampf für eine alternative, gänzlich demokratische Gesellschaft zu gewinnen.

Um die genannten Grundsätze zu verwirklichen, werden folgende **Leitlinien** vorgeschlagen:

- Die Demokratie in die Gesamtheit der Bedingungen integrieren, welche die Emanzipations- und Befreiungsbewegungen in ihrer individuellen und kollektiven Dimension charakterisieren.

- Es muss anerkannt werden, dass das **Scheitern des Sowjetsystems** und der Regimes, die aus der Entkolonialisierung hervorgegangen sind, zum Großteil aus ihrer Verweigerung von Freiheiten und ihrer Unterschätzung der Demokratie resultiert. Bei der Ausarbeitung von Alternativen muss diese Erkenntnis beachtet werden. Dem Aufbau demokratischer Strukturen muss Vorrang eingeräumt werden.

- Es muss den **doppelzüngigen Reden** der dominierenden Mächte, die immer wieder neue Lektionen über Demokratie erteilen wollen, widersprochen werden. Der Zynismus des amerikanischen Imperialismus, der sich als Anstifter von Kriegen, Folter und Freiheitsverletzungen offenbart, ist besonders unerträglich. Jedoch kann dies nicht als Vorwand dienen, die Freiheiten und die Ausübung von Demokratie einzuschränken.

- Die **vorherrschende Konzeption von Demokratie**, die durch die Vereinigten Staaten und die westlichen Mächte vorgebracht wird, muss abgelehnt werden. Die Demokratie darf nicht mit der Hinnahme der Regeln des Marktes definiert werden, auch nicht mit der Unterordnung unter den Weltmarkt, mit von Außen kontrollierten pluralistischen Wahlen und mit einer völlig eingeschränkten Ideologie der Menschenrechte. Diese Form der Demokratie besteht darin, eine Ausweitung der Vermarktung zu erzwingen, die willkürlich mit der unbestritten großen Bedeutung von freien Wahlen und mit der Anerkennung der Grundrechte gleichgestellt wird. Dadurch wird die

Demokratie nicht nur eingeschränkt, sondern auch in ihrem eigentlichen Sinn pervertiert.

- Es muss erkannt werden, dass eine starke Wechselwirkung zwischen politischer und sozialer Demokratie besteht, da eine politische Demokratie unvollständig ist und nicht von Dauer sein kann, wenn Ungleichheiten, Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit fortbestehen. Eine **soziale Demokratie** kann sich nicht entwickeln ohne Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung, wengleich auch daran erinnert werden muss, dass eine soziale Politik das Fehlen von Freiheiten und die Nichtbeachtung der Grundrechte nicht rechtfertigen kann.

- Es muss betont werden, dass die Demokratie eine effektive und wachsende **Beteiligung der Menschen** als Produzenten und Einwohner braucht. Dies beinhaltet die Transparenz der Entscheidungsprozesse und der Verantwortungsbereiche und setzt nicht die Bedeutung der repräsentativen Demokratie außer Kraft. Im Gegenteil, sie ergänzt und vertieft diese.

- Da die Demokratie den Kampf gegen Armut, Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen erleichtern soll, muss sie **den Armen und Unterdrückten** für ihren Kampf und ihre Bewegungen **einen strategischen Platz** einräumen. In diesem Sinne tragen demokratische Strukturen im internen Leben dieser Bewegungen zu ihrem Fortbestand und ihrem Erfolg bei.

- Die **Demokratie innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung** weist darauf hin, welche hohe Bedeutung sie für die Zielsetzungen der Bewegung hat. Sie schließt eine Erneuerung der politischen Kultur und Organisation und eine ganz besondere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Frage von Autorität und der Hierarchie ein. Zu diesem Zweck schlagen wir eine Kampagne vor, die zum Ziel hat, dass die Erziehung zum Bürger und zur Demokratie einen bedeutenden Platz in den Volksbildungsbewegungen einnimmt und in das Schul- und Bildungswesen integriert wird.

Erinnern wir uns, dass die globalisierungskritische Bewegung Träger eines durch und durch demokratischen Projekts ist. Sie fordert den Zugang zu Grundrechten für alle. Dabei geht es um zivile und politische Rechte, vor allem um das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, beide Grundlage der demokratischen Freiheiten. Die globalisierungskritische Bewegung fordert außerdem wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Rechte, die Grundlagen der sozialen Demokratie sind. Schließlich fordert sie das Recht für die Gemeinschaften und die Völker, gegen die erlittene Unterdrückung und Gewaltakte zu kämpfen. Es geht also um das Erarbeiten eines Programms zur Umsetzung der Demokratie.

Die globalisierungskritische Bewegung erkennt auch die Bedeutung der **öffentlichen Dienste** als eines der Hauptmittel an, allen den Zugang zu Rechten und Gleichberechtigung zu garantieren. Sie verteidigt die Kämpfe der Beschäftigten ebenso wie der Nutzer der öffentlichen Dienste. Sie unterstützt die Initiativen, die die öffentlichen Dienste verteidigen, vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Im Bereich der Gesundheit wären es z.B. der freie Zugang zu kostenlosen Medikamenten und die Ablehnung von Monopolen, von der Diktatur der Patente und des Anspruchs auf Patentierung vom Leben.

- Der Kampf für die Demokratie muss den **unterschiedlichen Handlungsebenen** Rechnung tragen. Wir greifen fünf Ebenen auf: die Unternehmen, die lokale Demokratie, die nationale Demokratie, die großen Regionen, die weltweite Demokratie. Für jede Ebene wird eine Aktion als Beispiel angeführt. Die Prioritätensetzung wird aus der strategischen Debatte resultieren.

1) Die Demokratie im Unternehmen ist eine wichtige Forderung. Sie schließt die Anerkennung der Macht der Werktätigen, der Verbraucher und der öffentlichen Gremien auf lokaler und nationaler Ebene ein, zum anderen die Ablehnung der Diktatur durch die Aktionäre und ebenfalls die Ablehnung der zerstörerischen Logik des Finanzkapitals. Ihr Ziel ist die Kontrolle von Entscheidungen, vor allem bei Verlagerungen. Die Förderung von innovativen Formen der Selbstorganisation und von Austausch ist ein Mittel, vielfältige Produktionsformen zu fordern und die behauptete Effizienz kapitalistischer Privatunternehmen zurückzuweisen. Die Bewegung für eine soziale und ökologische Verantwortung der Unternehmen ist trotz der Gefahren der Vereinnahmung von großem Interesse, wenn sie zu öffentlichen, vom internationalen Recht anerkannten Normen führt.

2) Die lokale Demokratie entspricht dem Bedürfnis nach Nähe und Beteiligung. Sie beruht auf lokalen Institutionen, die die öffentlichen Dienste garantieren müssen und Ansätze einer Alternative zum Neoliberalismus darstellen. Statt der Anpassung der gesamten Gesellschaft an den Weltmarkt wird der lokalen Ebene und der Befriedigung ihrer Bedürfnisse der Vorzug gegeben. Sie erlaubt eine Neudefinition der Staatsbürgerschaft, d. h. insbesondere einer auf dem Wohnort bezogenen Staatsbürgerschaft mit entsprechenden Folgen für das Wahlrecht.

3) Die nationale Demokratie bleibt die strategische Ebene: Fragen nach Identität, Grenzen, Respekt der Rechte von Minderheiten, Legitimität der Institutionen sind Bestandteil der Grundlagen einer Volkssouveränität. Die öffentliche Politik kann der Konfrontation mit dem Neoliberalismus einen Raum eröffnen. Die Umverteilung der Reichtümer durch das Steuersystem muss verteidigt und ausgeweitet werden. Maß-

nahmen wie Mindestlohn und soziale Absicherung, basierend auf der Solidarität zwischen den Generationen, sind nicht nur den reichen Staaten vorbehalten, sondern hängen von den jeweiligen spezifischen Bedingungen der Verteilung zwischen Entlohnung der Arbeit und Profit ab.

4) Die großen Regionen können sowohl Akteure der neoliberalen Globalisierung sein, wie die Europäische Union, als auch Gegentendenzen und Orte des Widerstands, wie es die Entwicklungen des Mercosur oder das Scheitern der ALCA zeigen. Aus dieser Sicht spielen die kontinentalen Sozialforen eine bedeutende Rolle.

5) Die weltweite Demokratie bietet eine alternative Antwort zur neoliberalen Globalisierung. In der gegenwärtigen Situation sind folgende Mobilisierungen der globalisierungskritischen Bewegung vorrangig: Annullierung der Schulden, grundlegende Infragestellung der WTO, Abschaffung der Steuerparadiese, internationale Besteuerung, insbesondere des Finanzkapitals (Kapitaltransfer, Gewinne der multinationalen Konzerne, Ökosteuern...), radikale Reform der internationalen Finanzinstitutionen (insbesondere unter Anwendung des Prinzips: ein Land, eine Stimme), und Reform der Vereinten Nationen unter Beachtung des Völkerrechts und bei Ablehnung von Präventivkriegen.

Es wäre also Folgendes notwendig:

- ein Überwachungsgremium für die Demokratie einzurichten, das sich der Hegemonie der dominierenden Länder, also in erster Linie der Vereinigten Staaten, und ihrem fadenscheinigen Diskurs zur Demokratie widersetzen könnte;
- die Kontrolle durch die Bürger zu fördern;
- die von den sozialen und Bürgerbewegungen entwickelten und umgesetzten neuen Formen von Demokratie zu fördern.

8. Für die Beseitigung aller Formen von Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung der Frauen

Die Formen des **Patriarchats** sind vielseitig, wie auch seine Beziehung mit dem Imperialismus und Neoliberalismus. Es ist wichtig und notwendig, seinen Einfluss auf die Frauen zu analysieren. Das Konzept des Patriarchats bezieht sich auf die Herrschaft des Vaters/Patriarchen und hat dazu gedient, ein Familienmodell, in dem die Männer über die anderen Familienmitglieder Autorität haben, zu beschreiben.

Das Modell ist zwar nicht universell: Viele afrikanische Gesellschaften sind matrilinear oder haben ein dualistisches System mit väterlichen und mütterlichen Linien, die beide für eine Person ihre Bedeutung haben.

Das patriarchalische System hat sich mit dem Aufschwung der abrahamschen Religionen und den kolonialistischen Ideologien und Gesetzgebungen verbreitet. Heute meint man mit Patriarchat hauptsächlich die männliche Beherrschung, welche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zuungunsten der Frauen und verschiedene Formen von Abhängigkeit mit sich bringt.

Die Familie, wo ein Kind das soziale Zusammenleben lernt, ist der erste Ort der „Zähmung“ der Mädchen und Frauen.

Die Geschlechterhierarchie ist umso stärker, als sie durch kulturelle Normen und religiöse Werte, die sich die (re)produktiven

Kräfte der Frauen aneignen, gefestigt wird. Der Staat verstärkt mit seiner Politik und seinen Familiengesetzen diese patriarchalische Macht.

Diskriminierung existiert weiterhin in der Familiensphäre, im Bildungswesen, im Zugang zu den Ressourcen der Natur, zu finanziellen und materiellen Mitteln, in der Arbeitswelt, in der Beteiligung an der politischen Macht, usw.

Trotz des spürbaren Fortschritts der Frauenrechte ist die männliche Herrschaft wegen der „Maskulinisierung“ der Institutionen der neoliberalen Organisationen noch fest verankert.

Aus der Analyse der Beziehungen zwischen Patriarchat und Imperialismus und der eher schwachen Bilanz der Frauenkämpfe ergeben sich **mehrere Vorschläge**:

1) Aufhören, Frauenfragen nur am Rande zu behandeln, was zu einer politischen und wissenschaftlichen Apartheid führt. Die **Genderfrage** durchzieht alle Bereiche und muss daher **in allen Bereichen** behandelt werden.

2) Das Lobbying innerhalb der Organisationen der Zivilgesellschaft und der politischen Klasse weiterführen, zur Verstärkung des **Bündnisses** zwischen feministischen Organisationen und fortschrittlichen Kräften, damit Letztere die Frauenfrage in ihrer Agenda aufnehmen.

Darunter fallen:

- Bekämpfung des Diskurses der globalisierten Gesellschaft über die Unterlegenheit der Frauen in sozialer, politischer, kultureller und religiöser Hinsicht;

- Förderung der Bildung und Weiterbildung der Frauen, damit sie nicht selber die Vorstellung ihrer untergeordneten Stellung ver-

innerlichen;

- Verbreitung einer stärkeren Wahrnehmung ihrer aktiven Rolle in der Gesellschaft;

- Anspornung der Männer, sich über diese männliche Herrschaft Fragen zu stellen, um ihre Mechanismen abzubauen;

- Verstärkung der Gesetzesbestimmungen, die Gleichberechtigung der Geschlechtern festlegen;

- Zunahme der Vertretung der Frauen in den Institutionen (Parität).

3) Die **Geschichte der Frauen**, ihre individuellen und kollektiven Aktionen, bekannt machen, insbesondere:

- das Vorhaben, den Friedensnobelpreis 2005 an „Tausend Frauen“, eine von Hongkonger Vereinen getragene Initiative, zu verleihen;

- Weiterführung der Kampagne „Women Say No to War“ gegen den Irak-Krieg;

- Durchführung von verschiedenen Kampagnen zu aktuellen Themen oder Gesellschaftsprojekten.

4) Das grundlegende Recht der Frauen durchsetzen, selber über ihren eigenen Körper- im physischen sowie geistigen Sinne - zu verfügen und **selber Entscheidungen über ihre Lebensweise** zu treffen: in der Bildung, bei der Arbeit und in anderen Aktivitäten, aber auch im Bereich der Sexualität und Fortpflanzung (Recht auf Verhütung, Wahl der Fortpflanzung, Recht auf Abtreibung usw.). Der Körper der Frau wird nämlich verschiedensten Unterdrückungen und Gewalttaten ausgesetzt.

5) Die theoretischen Ausarbeitungen, die von konkreten weiblichen Erfahrungen ausgehen, weiterführen, um die männliche Herrschaft zu kontorn, die **Perspektiven der Frauen** in verschiedenen gesellschaftlichen Fragen zu erweitern und neue Horizonte für Theorie und Praxis zu eröffnen, insbesondere in der Bevölkerungsfrage (Kairoer Bevölkerungskonferenz von 1994) und in der Umweltfrage (Erdgipfel von Rio 1992, wo die Frauen das Recht, in einer intakten Umwelt leben zu dürfen, gefordert haben).

6) Eine Datenbank und eine Webseite über die **Beziehung der Frauenfrage mit Imperialismus und Neoliberalismus** erstellen.

9. Für eine demokratische Regelung der Medien und für kulturelle Vielfalt

1) Das Recht auf Bildung

Voraussetzung für die Wahrnehmung des Rechts auf Kultur, des Rechts auf aktive und passive Information ist die Verwirklichung des Rechts auf Bildung. Dieses Recht, auch wenn es offiziell überall anerkannt wird, bleibt in zahlreichen Ländern ohne Folgen, insbesondere für die Mädchen. Es ist folglich eine vordringliche Aufgabe für alle sozialen Bewegungen, auf die Regierungen Druck auszuüben, damit sie ihre elementarsten Aufgaben in diesem Bereich erfüllen.

2) Das Recht, informiert zu werden und zu informieren:

Initiativen in Richtung der großen Medien

Das Recht, informiert zu werden und zu informieren, steht im Widerspruch zur allgemeinen Logik des Mediensystems. Durch seine weltweit wachsende Konzentration ist es nicht nur selber direkt impliziert und Nutznießer der neoliberalen Globalisierung, sondern auch Träger dieser Ideologie.

Man muss also Schritt für Schritt kämpfen, um diesem „Bewußtsein(miss)bildungsunternehmen“, welches die neoliberale Welt-

ordnung als unausweichlich oder gar wünschenswert hinstellt, Sand ins Getriebe zu streuen.

Um dies zu erreichen, müssen in allen Ländern, im Rahmen einer internationalen Koordination, Kampagnen geführt werden:

- für Gesetzesinitiativen gegen die Medienkonzentration;

- für Gesetzesinitiativen, die die Unabhängigkeit der Redaktionen von den BesitzerInnen und AktionärInnen garantieren;

- für Gesetzesinitiativen, die die Schaffung von Journalistengesellschaften da, wo sie noch nicht existieren, fördern und ihnen reale Macht zugestehen;

- für die Erziehung zu Medienkritik im Schulsystem und in den Massenorganisationen.

Alternative Medien fördern

Die alternativen und gemeinnützigen Medien in allen Formen (gedruckte Medien, Radio, Fernsehen, Internet) spielen jetzt schon eine wichtige Rolle im Kampf um eine pluralistische Information, die nicht dem Diktat der Finanzwelt und der transnationalen Unternehmen unterworfen ist.

Deshalb muss man von den Regierungen verwaltungsmäßige und finanzielle Ausnahmeregelungen für diese Medien fordern.

Ein Gremium der alternativen Medien könnte die weltweit fortschrittlichsten Gesetzesregelungen herausfinden.

Dem Beispiel der BesitzerInnen und DirektorInnen der großen Medien folgend, wäre es notwendig, jedes Jahr ein weltweites Treffen der Verantwortlichen der alternativen Medien zu organisieren, eventuell im Rahmen der Weltsozialforen.

Das Monopol der **Bildinformation** weltweit darf nicht den Fernsehprogrammen der Nordhemisphäre überlassen werden. Die großen internationalen Fernsehsender des Nordens, wie z. B. CNN, haben lange Zeit ein faktisches Monopol genossen und ein Weltbild vermittelt, das den Interessen der dominanten Mächte entsprach.

In der arabischsprachigen Welt hat es **Al-Jazeera** mit großer Professionalität ermöglicht, die einseitige Vision der Nahostkonflikte zu überwinden.

Die Einführung von **Telesur** ermöglicht es seit kurzem Lateinamerika, sich nicht nur mit den Augen der US-amerikanischen Medien zu sehen.

Die **Gründung eines afrikanischen Programms** würde eine ähnliche Funktion erfüllen und alle Kräfte müssen aufgewendet werden, damit sie eines Tages das Licht der Welt erblicken kann.

3) Das Recht, sich in der eigenen Sprache auszudrücken

Für alle „Off-Shore-Eliten“ unseres Planeten ist der Gebrauch der englischen Sprache eines der ersten Erkennungszeichen. Es besteht eine logische Verbindung zwischen der freiwilligen oder resignierenden Unterwerfung unter die US-amerikanische Supermacht und der Annahme ihrer Sprache als einzigem Instrument der weltweiten Verständigung. Chinesisch, romanische Sprachen - wenn man die Verständigung in dieser großen Sprachfamilie fördert -, und bald auch Arabisch sind genauso berufen, parallel zum Englischen diese Rolle zu erfüllen.

Es ist eine Sache des politischen Willens. Um gegen das „All-Englische“ zu kämpfen, müssen folgende Maßnahmen getroffen werden:

- sich im Erziehungswesen soweit als möglich das Ziel zu setzen, zwei Fremdsprachen (und nicht nur Englisch) bis zu einem aktiven und passiven Verständnis (verstehen, sprechen, lesen, schreiben), und eine oder zwei andere Sprachen bis zu einem passiven Verständnis (schriftlich und mündlich verstehen) zu unterrichten;
- im Erziehungswesen das Verständigungsprinzip der romanischen Sprachen (Spanisch, Katalanisch, Französisch, Italienisch,

Portugiesisch, Rumänisch – Sprachen, die in 60 Ländern Landessprache sind) zu praktizieren: Wenn jeder seine eigene Sprache spricht und diejenige des Gesprächspartners versteht, ist die Kommunikation am effizientesten;

- im besonderen Fall Afrikas muss das Unterrichten und die Förderung der nationalen Sprachen zu einer politischen Priorität der afrikanischen Union werden;
- einen internationalen Unterstützungsfonds für die Übersetzung einer größtmöglichen Zahl von Dokumenten in die Sprachen der finanzschwachen Länder einrichten, insbesondere damit diese Sprachen im Internet präsent sein können.

10. Für die Demokratisierung der internationalen Organisationen und die Institutionalisierung einer multipolaren Weltordnung

Die **Vereinten Nationen** sind eine Institution der Völker und in dieser Hinsicht eine Errungenschaft. Aber sie sind auch ein Ort des Kräftemessens zwischen Staaten und das kann sich in gewissen Fällen oder bei manchen Völkern als ambivalent erweisen oder sogar negativ auswirken.

Daher sind Veränderungen notwendig, insofern die hegemoniale Stellung der mächtigsten Länder dazu führt, dass sie die UNO zu ihren Zwecken missbrauchen.

Deshalb werden folgende **Maßnahmen** vorgeschlagen:

- 1) Den „UNO-Raum“ demokratisieren;
- 2) Die Institution UNO „reformieren“, um Ungleichheiten im Kräfteverhältnis der Staaten zu begrenzen;
- 3) Auf die bei der UNO vertretenen Regierungen einwirken und dazu in jedem Land

ein Überwachungsgremium schaffen, das für Transparenz der Aktivitäten der jeweiligen Regierung im Kreise der UNO, ihrer spezifischen Organisationen und der Bretton Woods-Institutionen (IWF, Weltbank, WTO) sorgt;

4) Spezialorganisationen wie die FAO und die WHO neu finanzieren, um zu verhindern, dass sie von transnationalen Firmen abhängig werden;

5) Sicherstellen, dass Soziale Bewegungen und NGOs im Kreise der internationalen Institutionen tatsächlich und umfassend vertreten sind;

6) Internationale Gerichtshöfe, insbesondere für Wirtschaftsdelikte, ins Leben rufen und verhindern, dass sie durch die dominierenden Mächte instrumentalisiert werden. Gleichzeitig Tribunale der Öffentlichkeit schaffen, um alternative Formen der Rechtsprechung zu fördern.

7) Zur Demokratisierung der Vereinten Nationen müssten die Befugnisse der Generalversammlung erweitert werden und der Sicherheitsrat demokratisiert werden, um das Monopol der Vetomächte zu brechen.

8) Sich für eine UNO einsetzen, die eine Regionalisierung mit echten Befugnissen in allen Kontinenten ermöglicht. Es geht insbesondere darum, ein nahöstliches Sozialforum zu organisieren, welches die fortschrittlichen Kräfte der Länder dieser Region zusammenbringt, um Alternativen zum US-amerikanischen Projekt eines „Großen Nahen Ostens“ zu erarbeiten;

9) Innerhalb der UNO den Respekt der nationalen Souveränität verteidigen, insbesondere den Machenschaften des IWF, der Weltbank und der WTO gegenüber;

10) Eine Generalversammlung der Völker einberufen, um dem Teufelskreis der Armut zu entkommen.

Erstunterzeichner des Aufrufs:

Forum für ein anderes Mali, Dritte-Welt-Forum www.forumtiersmonde.net, weltweites Forum für Alternativen <http://www.forumdesalternatives.org/EN/inicio.php>, ENDA <http://www.enda.sn/>

Weitere Unterzeichner: MST, CUT (Brasilien) u.v.m

Liste der TeilnehmerInnen an der Tagung: <http://monthlyreview.org/nfte0306.htm>

Text auf französisch: <http://www.suisse.attac.org/Appel-de-Bamako>

Auch auf englisch und spanisch unter:

http://www.forumtiersmonde.net/fren/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=47&Itemid=105

Übersetzung: coordinat@attac.org, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen: Josefine Duport, Angelika Gross, Annette Heiss, Jürgen Janz, Michèle Mialane, Katharina Stalder, und die Redaktion von „Sand im Getriebe“, 12.3.2006

Erschienen in „Sand im Getriebe“ Nr 49, <http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/>

und im Reader „Die Zukunft des Weltsozialforums“ http://www.attac.de/uploads/media/wsf_reader_de_9okt.pdf

Debatte über den Bamako Aufruf: A Political Programme for the World Social Forum? Democracy, Substance and Debate in the Bamako Appeal and the Global Justice Movements. A Reader, Jai Sen and Madhuresh Kumar with Patrick Bond and Peter Waterman; Compilers. January 2007. <http://www.cacim.net/twiki/tiki-index.php?page=CACIMHome>

Samir Amin, François Houtart, Ignacio Ramonet

Das imperiale Projekt zum Scheitern bringen

Vier Bausteine für eine wirklich multipolare Welt

Diese Überlegungen zum Widerstand gegen eine unipolare Weltordnung wurden als Diskussionsbeitrag für die dezentralen Weltsozialforen 2006 verfasst. Übersetzung aus „Manière de voir“ Nr 84, mit freundlicher Genehmigung der Redaktion von Le Monde Diplomatique. (Anm. der Redaktion)

Um sich den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen, muss man begreifen, dass die Geschichte nicht vom Wirken „ewiggültiger“ Wirtschafts“gesetze“ beherrscht wird. Geschichte wird durch den Widerstand der sozialen Kräfte ebenso geformt wie durch die Logik des Kapitals.

Man kann feststellen, dass die beteiligten politischen und sozialen Kräfte verschiedene Interessen und Visionen haben. Der Staat, das **Gravitationszentrum** ihrer Konflikte und Gemeinsamkeiten, prägt ihren Inhalt, der umgekehrt wiederum die Rolle des Staates definiert. Meistens ist der Staat der Sprecher der Interessen des Kapitals, das in den Ländern der Triade (USA, EU, Japan) und ihrer untergeordneten Verbündeten in den Peripherieländern herrscht. Die Rolle der meisten Staaten beschränkt sich heutzutage darauf, im Inneren Ordnung zu schaffen, während die Hypermacht USA alleine die Funktion einer Art weltweiten Überstaates ausübt. Aber die sozialen Kämpfe können heterogene Bündnisse, die auf einem Kompromiss zwischen verschiedenen sozialen Interessen beruhen, an die Macht bringen. Unter dieser Voraussetzung kann ein Staat **wieder etwas mehr Spielraum** gewinnen.

Die Weltsysteme waren fast immer multipolar, auch wenn manchmal nur relativ und provisorisch. Das multipolare System des 19. Jahrhunderts, das sich bis 1945 gehalten hat, bestand eigentlich nur aus den Großmächten der Epoche. Die von der russischen Revolution eingeleitete und dann teilweise von den asiatischen und afrikanischen Befreiungsbewegungen erzwungene multipolare Welt war ganz anderer Natur. In dieser Hinsicht hat die **Bandung-Periode (1955-75)** es den Letzteren ermöglicht, genauso wie das CEPAL-Projekt in Lateinamerika, sich auf neue Wege zu begeben: Versucht wurde eine autozentrierte Entwicklung und eine Abkoppelung vom herrschenden System. Diese Periode hat das System gezwungen, sich an die Forderungen der Länder des Südens anzupassen.

Die Nachkriegszeit (1945-90) ist nun vorbei. Zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts scheinen sich **zwei Projekte** durchzusetzen: **dasjenige der Triade** und – und in dessen Kern – **dasjenige der US-amerikanischen Hegemonie**. Die USA vernichten die Autonomie der Länder des Südens und schrän-

ken auch die Autonomie der „Verbündeten“ von Washington erheblich ein. Die Wirtschaft bringt die Triade-Länder zusammen, die Politik bringt aber ihre Nationen auseinander. Gewiss, das **europäische Projekt** ist lediglich ein Teil des NATO-Projekts. Aber das französische und das holländische Nein zum europäischen Verfassungsvertrag, sowie zahlreiche interne Widerstände bestätigen die Tragweite der sozialen und politischen Kämpfe.

Russland, China und Indien sind die drei strategischen Feinde des amerikanischen Projekts. Wie es scheint, glauben deren Regierungen, dass sie über eigene Handlungsspielräume verfügen, ohne mit den USA frontal zusammen zu stoßen. Sie glauben auch, dass sie bei unter ihnen auftretenden Konflikten gelegentlich von ihrer Freundschaft mit den USA Nutzen ziehen können. Eine **eurasische Annäherung** (Europa, Russland, China und Indien), die ganz Asien und Afrika – und wahrscheinlich auch Lateinamerika – mit sich ziehen würde, könnte dem US-Projekt einer weltweiten wirtschaftlichen und militärischen Beherrschung Schaden zufügen. Allerdings erscheint ein Rückzug Europas aus der Nato zur Zeit als höchst unwahrscheinlich.

Die sozialen Bewegungen (...) drücken Konflikte aus, die zwar ihre eigene Logik besitzen, die aber auch im Kontext der globalen Realität der Unipolarität verstanden werden müssen. Können die Länder des Südens in diesem Gebiet eine aktive Rolle spielen? Nur die angegriffenen Völker selbst sind in der Lage den Ansprüchen von Washington Einhalt zu bieten. Allerdings sind ihre Kampfmethoden oftmals von fraglicher Effizienz, auch und gerade deshalb, weil sie die einzigen sind, die wirklich aktiv sind. Sie greifen nämlich zu Mitteln, die eine Kristallisierung der Solidarität von Seiten der Völker des Nordens verzögern.

Die herrschenden Klassen des Südens haben kein autonomes Projekt mehr, wie es zur Zeit der Bandung-Ära und der Epoche des „*desarollismo*“ (*Entwicklungstheorien*) in Lateinamerika durchaus der Fall war. Ohne Zweifel verfolgen gewisse große Länder, die als „Schwellenländer“ bezeichnet werden, eigene Ziele: Es geht ihnen darum, ihr Wachstum innerhalb der Globalisierung zu maximieren, was den Widerstand vieler Völker auf den Plan ruft. Diese Länder

glauben, über eine Verhandlungsmacht zu verfügen, die es ihnen ermöglicht, von einer solchen Strategie zu profitieren, anstatt eine Einheitsfront mit schwächeren Ländern zu bilden.

Die Vorteile, die sie erlangen können, stellen jedoch nicht die allgemeine Struktur dieses Systems in Frage. Diese Haltung ist keine alternative Lösung und gibt diesem illusorischen Konstrukt eines „nationalen Kapitalismus“ nicht die zur Definition eines echten Gesellschaftsprojekts erforderliche Konsistenz. Die verletzlichsten Länder des Südens (**die vierte Welt**) haben nicht einmal ein solches Projekt. Ihre eventuell vorhandenen „Ersatzprodukte“ – religiöse oder ethnische Fundamentalismen – verdienen diesen Namen nicht.

So ergreift der Norden alleine die Initiative, seine eigenen Projekte voranzutreiben für – oder besser gesagt gegen – sie. Das ist der Fall beim Zusammenschluss der Europäischen Union mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (AKP), die auf eine Handelspartnerschaft hinausläuft, welche das Abkommen von Cotonou ersetzen soll; so auch bei der euro-mediterranean Partnerschaft, die 1995 in Barcelona unterschrieben wurde; so auch bei der amerikanischen Freihandelszone (AFTA oder ALCA auf spanisch und portugiesisch); so auch bei dem US-amerikanisch-israelischen Projekt für einen Grossen Nahen Osten. Viele Widerstandsbewegungen (...) haben gerade diese Projekte im Visier.

Die Kontrolle der Welt durch die USA scheint absolut zu sein. Wenn man von Kuba und von der vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez initiierten bolivari-schen Revolution (und ihren Ausläufern auf dem lateinamerikanischen Kontinent) absieht, gibt es kaum Gegenvorschläge, die den USA Einhalt gebieten könnten:

Europa bleibt im Sand der neoliberalen Globalisierung stecken; im Süden gibt es keine gemeinsame Widerstandsfront mehr; China scheint nur darauf aus zu sein, Zeit für seine ureigensten, außerdem zweideutigen Ziele zu gewinnen und ist kein aktiver Partner für die Errichtung einer neuen Welt. Die Herausforderungen, die die Errichtung einer wahrhaft multipolaren Welt stellt, sind größer als sich viele globalisierungs-

kritische Bewegungen, die doch selber direkt oder indirekt in diesem Prozess involviert sind, vorstellen.

Im Augenblick geht es darum, das Militärprojekt der USA zum Scheitern zu bringen. Das ist die notwendige Bedingung, um einen hinreichenden **Spielraum zu schaffen**, ohne den jeglicher sozialer und demokratischer Fortschritt und jeder Vorstoß in Richtung einer multipolaren Konstruktion verletzlich bleiben. Die Gegnerschaft zum Krieg (Kosovo, Afghanistan, Irak...) in den Friedensbewegungen und in vielen anderen Widerstandsbewegungen drückt diesen Aspekt des Problems deutlich aus. Das US-amerikanische Projekt wird wahrscheinlich scheitern, weil es maßlos ist. Aber dieses Scheitern wird mit entsetzlichen Folgen für die Menschheit einhergehen.

Unter den folgenden vier Bedingungen könnte eine wirklich multipolare Welt einen passenden Rahmen für Erwartungen und Forderungen der Massenkämpfe abgeben:

- **Europa** schlägt den Weg des Sozialaufbaus ein, also eines langwierigen Übergangs zu einem weltweiten Postkapitalismus und fängt an, definitiv seiner imperialistischen Vergangenheit und Gegenwart den Rücken zu kehren;

- In **China** siegt der „Marktsozialismus“ über die illusionäre Fehlentwicklung zu einem nationalen Kapitalismus, der sich unmöglich stabilisieren lässt, weil er die Bevölkerungsmehrheit der ArbeiterInnen und Bauer/ Bäuerinnen ausschließt;

- **den Ländern des Südens** (Völkern und Staaten) gelingt es, eine gemeinsame Front aufzubauen. Das ist die Bedingung zur Eröffnung von Freiräumen, in denen die benachteiligten Bevölkerungsschichten nicht nur für sie günstige Konzessionen erlangen, sondern darüber hinaus den Charakter des etablierten Staatsapparats umprägen können, indem sie die dominierenden Blöcke, die mit den Interessen des Nordens liiert sind, durch nationale, volksnahe und demokratische Blöcke ersetzen;

- der **Aufbau der nationalen und internationalen Rechtssysteme** verbindet den

Respekt vor der nationalen Souveränität (von der Souveränität der Staaten bis hinauf zu derjenigen der Völker) einerseits mit dem Respekt vor den individuellen, kollektiven, politischen und sozialen Rechten andererseits, wie sie von den sich zusammenschließenden Sozialbewegungen und Anti-System-Organisationen gefordert werden.

(1) Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika CEPAL hat zur selben Zeit das Importsubstitutionsmodell einhergehend mit Sozialverträgen an Stelle des Entwicklungsmodells gefordert

Samir Amin, Wirtschaftler, Präsident des FMA (weltweites Forum für Alternativen), **François Houtart**, Präsident des Trikontinentalzentrums (Cetri), **Ignacio Ramonet**, Direktor von Le Monde Diplomatique in Spanien

Übersetzung: Katharina Stalder, Angelika GROSS, Helga Heidrich, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen cooridtrad@attac.org, SiG-Redaktion; Erschienen in „Sand im Getriebe“ Nr.48, <http://sandimgetriebe.attac.at/2411.html>

Francine Mestrum Vorbereitung auf die Strategiediskussion am Weltsozialforum

Die Behauptung, dass das WSF an einem Scheideweg steht, ist sicher richtig, allerdings sagt das nicht viel. Für Walden Bello könnte dieser Umstand heißen, dass der Weg, der bisher verfolgt wurde, plötzlich abbricht und dass der WSF-Prozess zu einem Ende kommt. Für Chico Whitaker, könnte es bedeuten, dass verschiedene Wege offen stehen und dass man sich wird entscheiden müssen. Für andere, wie Gus Massiah, heißt es vor allem, dass eine Debatte dringend benötigt wird, dass man über die neue Strategie, die befolgt werden soll, nachdenken muss und dass ein neuer WSF-Zyklus beginnen kann oder muss.

Dieser Artikel soll ein Beitrag zur Diskussion sein, welche bald organisiert werden muss. Ich werde mich als Erstes mit der Notwendigkeit einer neuen Analyse der weltweiten politischen Situation befassen, dann mit den Errungenschaften der globalisierungskritischen Bewegung und einigen Fragen zu deren Zukunft. Zum Schluss werde ich einige Vorschläge machen. Ich formuliere sie im Vertrauen auf den „offenen Raum“ des WSF und dessen Zukunft. Aber ich glaube auch, dass einige Veränderungen nötig sein werden.

Seit 2001 hat sich die Welt verändert

Wie es der Vorbereitungstext der „Strategiegruppe“ des International Council (IC) nahe legt, ist die heutige politische Situation anders als vor sieben Jahren.

Es gibt Gründe für die Einschätzung, dass der **Neoliberalismus** in einer Krise steckt, aber dennoch setzt er sein Projekt weiter um, und mit immer negativer werdenden Konsequenzen.

In den 1980er Jahren sah der Washingtoner Konsens wie ein ökonomisches Projekt mit einem politischen Hintergrund aus, heute aber hat die Phase des politischen „Wiederaufbaus“ begonnen, wie man feststellen kann.

Am Anfang beinhaltete nämlich das neoliberale Projekt eine brutale Demontage der öffentlichen Institutionen und eine Neuausrichtung der makro-ökonomischen Politik nach einem einzigen Modell.

In den 1990er Jahren wurde eine „soziale Korrektur“ eingeführt mit Armutsverminderungspolitik und dem progressiven oder brutalen Abbau von traditionellem sozialem Schutz. Diese „soziale“ Politik ist völlig kompatibel mit neoliberaler Politik und

greift nicht die zunehmende Lohnungleichheit an.

In seiner dritten (und letzten?) Phase, die des „Wiederaufbaus“, gibt es eine politische Sanierung, der Staat wird gestärkt, allerdings keineswegs im Sinne von Keynes. Der Staat muss stark sein, wenn es um die Durchsetzung des Washingtoner Konsenses geht, sonst aber müssen seine Eingriffsmöglichkeiten eingeschränkt werden und von einer einvernehmlichen „governance“ geleitet werden.

Wenn es eine Krise gibt, ist sie unter anderem auf die lange Frist zurückzuführen, welche nötig waren, um diese verschiedenen Taktiken einzuführen und welche für einige neokoloniale Staaten zu lange dauerten.

Von keinem wirtschaftlichen Fortschritt begleitet, sondern vielmehr bei übergreifender Armut und in Ermangelung von Ressourcen zu ihrer Bekämpfung, wurden mehrere Staaten „fragil“ und „scheiterten“ schließlich (und dies führte zu Konflikten). Unter diesen Umständen findet die „Sanierung“ tatsächlich unter einer „Schock-Doktrin“ statt, wie Naomi Klein sie nennt. Reformen können in einer chaotischen Situation, wenn alle Institutionen in der Krise sind, leichter eingeführt werden. Gemäß dem neoliberalen Projekt sollten daraus „befriedete“ neoliberale Staaten entstehen, in welchen transnati-

onale Unternehmen nach ihren Bedürfnissen und Interessen Geld anlegen oder zurückziehen können. Das einzige, was diesen Prozess aufhalten kann, wäre die derzeit drohende US-amerikanische Finanzkrise.

Auf der geopolitischen Ebene hat sich die Situation ebenfalls verändert.

Das Ende des Kalten Krieges brachte nicht den versprochenen Frieden. Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats missachten andauernd die UNO-Charta. Transnationale Konzerne treten die grundlegendsten Menschenrechte mit den Füßen.

Wettrüsten, Klimawandel und nukleare Aufrüstung gefährden das Überleben der Menschheit.

Der Terroranschlag vom 11. September wurde als Begründung genommen für den Krieg in Afghanistan und später in Irak. Der ständige Krieg gegen Terrorismus passt perfekt zur „Hilfe“, welche „fragilen“ und „gescheiterten“ Staaten gegeben wird, und erlaubt es den USA, die Grenze zwischen Entwicklung und Sicherheit aufzuheben. Oder sollte man besser sagen, dass Entwicklungspolitik in Sicherheitspolitik umgewandelt wird?

Das Element, welches hier den imperialistischen Prozess behindern könnte, sind starke souveräne Staaten. China wird in Afrika stark, Brasilien und Indien verunmöglichen das Abkommen der Doha-Runde, arme afrikanische Staaten sagen „Nein“ zu den „Angeboten“ der Europäischen Union, ökonomische Partnerschaften einzugehen.

Die Supermächte des Nordens sind nicht mehr allmächtig und werden die Wünsche oder die Ablehnung der Dritten Welt berücksichtigen müssen. Es gibt immer mehr Süd-Süd-Zusammenarbeit, und zwar in einem solchen Maße, dass einige von der Rückkehr des „Geistes von Bandung“ träumen.

Ein drittes Element des Wandels ist sicher der **Erfolg der altermondialistischen Bewegung**. Genau wie die Drittstaaten leistet die Bevölkerung Widerstand und organisiert sich, um Würde, den Respekt der Menschenrechte und der kulturellen und biologischen Vielfalt, einen anständigen Lebensstandards, öffentliche Dienste usw. zu verlangen. Die altermondialistische Bewegung hat dem neoliberalen Projekt erfolgreich die Legitimation entzogen. In Lateinamerika hat sie dazu beigetragen, dass progressive oder sogar revolutionäre Regierungen durch demokratische Wahlen an die Macht kamen.

Kurz, neoliberale Politik wird immer noch in vielen armen Ländern, wo die Bretton Woods Organisationen und die WTO die Macht haben, von den Supermächten des Nordens und ihren transnationalen Unternehmen betrieben. Der Widerstand der Bevölkerung und der Regierungen der Dritten

Welt wächst und die Supermacht der USA und der EU wird vom Auftauchen der regionalen Mächte und der beginnenden Finanzkrise bedroht.

Erfolge der altermondialistischen Bewegung und einige Fragen zu ihrer Zukunft

Zusätzlich zu diesen wichtigen Erfolgen kann die alternative Globalisierungsbewegung in ihren globalen, regionalen, nationalen und lokalen Dimensionen stolz auf ihre Ergebnisse sein. Aber sie hat auch an ihre Zukunft zu denken. Auf die Phase des Widerstandes hat eine konkrete Botschaft über die „andere Welt“, die möglich ist, zu folgen.

Das WSF wird und sollte niemals ein einheitliches Programm für die gesamte Bewegung übernehmen, aber sie hat ihre Botschaften politischer zu machen, um ihren Erfolge, ihre neuen Analysen und ihre neuen Forderungen zu berücksichtigen. Die Charta der Prinzipien erlaubt eine solche politische Botschaft.

Aber das WSF muss auch mehr Raum schaffen für ihre regionalen Gliederungen, damit diese in Übereinstimmung mit ihrer spezifischen Situation handeln können. Es muss auch mehr die politische Debatte und Demokratie fördern.

Die Zukunft des WSF, gleich ob es als ein Ereignis oder als ein Prozess betrachtet wird, bedeutet, muss über seinen jetzigen Zustand hinausgehen.

Diese einmalige Erfahrung hat das Auftreten einer dynamischen und pluralistischen „Bewegung der Bewegungen“ erlaubt. Sie war das Ergebnis einer politischen Analyse, die zu der Vorstellung führen konnte, dass Widerstand gegen den neoliberalen Kapitalismus ausreichte, um reformistische, anti- oder postkapitalistische Politiken einzuführen.

Sie wurde von Leuten geschaffen, die meist an die Macht der Zivilgesellschaft glaubten und an die Möglichkeit einer anderen und neuen politischen Praxis. Vom Beginn an distanzierten sie sich von der Welt der politischen Parteien.

Das WSF gestattete Bewegungen aus Europa, Asien, Latein Amerika und Afrika einander kennen zu lernen und voneinander zu lernen. Netzwerke und Netzwerke von Netzwerken wurden geschaffen.

Zehn Jahre nach dem Kalten Krieg eröffnete sich eine neue Perspektive für die globale Linke, die möglicherweise dachte, dass seine Reorganisation leicht sein würde.

„Eine andere Welt ist möglich“ ist eine wirklich brillante Losung, die mit dem „pensée unique“ von TINA (There is no alternative = es gibt keine Alternative) brach. Es bekräftigt wieder das Recht der mensch-

lichen Gesellschaft auf Selbstbestimmung - und deren Fähigkeit, sie zu erringen.

Was bedeutet dies für die Veränderungen innerhalb des WSF-Prozesses?

Als Erstes, der **Bedarf nach einer politischen Diskussion** folgt logischerweise der neuen Analyse, die zur globalen Situation erstellt wird.

Neoliberalismus hat keine Legitimität mehr, fährt jedoch fort zu regieren und wird nicht aufgegeben werden, solange die Menschen nicht „nein“ sagen können.

Die vielen Konflikte, die in den letzten Jahren ausbrachen, zeugen ebenso vom Kampf um natürliche Ressourcen – Einkommensquellen – als auch von der Blockierung der politischen Systeme.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung, als auch die Demokratisierung der Gesellschaften einschließlich der Umverteilung des Reichtums und der Einkommen sind die offensichtliche Antwort für alle, die gegen Krieg sind.

Aber diese Veränderungen werden nicht spontan zu Stande kommen. Selbstverständlich wird die Analyse verschiedene Ergebnisse in verschiedenen Regionen und Ländern aufweisen, aber mir ist klar, dass eine politischere Diskussion den notwendigen Veränderungsprozess nur fördern kann.

Die Charta der Prinzipien verurteilt aber das WSF nicht zur permanenten Neutralität. Im Gegenteil, sie gestattet Stellungnahmen zu Gunsten einer gerechteren und fairen Globalisierung, sozialer Gerechtigkeit und Respekt vor den Menschenrechten.

In dieser Hinsicht braucht die Charta der Prinzipien nicht geändert zu werden.

Die sich verändernde politische Umwelt betrachtend muss aber die Analyse feiner abgestimmt werden und die Debatte geklärt.

Derzeit zeigt die Debatte über nachhaltige Entwicklung, zum Kampf gegen Terrorismus und zur Reduzierung der Armut eine **gewisse Analogie zwischen den Themenfeldern der Linken und Rechten**.

Nicht überraschend, dass diese Übereinstimmung von den neoliberalen Kräften vorgelegt wird und das Risiko besteht, dass die ideologischen Grenzen unscharf werden.

Gewiss ist **Armut** weder ein linkes noch ein rechtes Thema, jedoch ist der Weg, wie Armut angegangen wird fundamental unterschiedlich für die Linke und die Rechte. Zu viele NGOs sind der Weltbank in deren Maßnahmen gefolgt und wenn die alternative Globalisierungsbewegung sich eine eigene Identität wünscht, sollten wir m. E. so jämmerlichen Auftreten wie denen in Gleanings aus dem Wege gehen, wo die Weltbank, NROs und Bono gemeinsam forderten „Armut muss Geschichte werden“.

Dasselbe gilt für **nachhaltige Entwicklung** und dem **Krieg gegen Terrorismus**. Wir stimmen alle darin überein, dass etwas für die Entwicklung und gegen Terrorismus getan werden muss, aber die politischen Vorgehensweisen werden für linke und rechte Kräfte völlig unterschiedlich sein. Wenn wir lähmende „post-Politik“, wie Chantal Mouffe es nannte, vermeiden wollen, dann haben wir den Konsens zu brechen, damit ganz unterschiedliche Projekte zum Vorschein kommen können und über diese Themen debattiert werden kann.

Zu einer politischeren Debatte und politischeren Forderungen gehört eine Klärung unserer Positionen, um eine ideologische Verwirrung zu vermeiden werden und die Klassenkampfdimension oder der post-Kolonialismus verschiedener Themen nicht verhüllt wird.

Weiterhin könnte zwar gewissen nationalen oder regionalen Situationen durch eine politischere und deutlichere Botschaft und **glaubhafte Alternativen** geholfen werden, jedoch ist in anderen Fällen die politische Realität mancher Länder weit jenseits der vorsichtigen Positionierung des WSF.

Hier hat man klar an lateinamerikanische Länder zu denken, wie Venezuela, Bolivien oder Ecuador.

Es würde absurd sein, die Bewegungen dieser Länder zu bitten, unterhalb des bereits Erreichten zu arbeiten und zu sprechen. Ihre Lage muss konsolidiert werden und eine Unterstützung durch die altermondialistische Bewegung könnte nützlich sein. Deklarationen und/oder Aktionen, nicht im Namen des WSF, sondern von Bewegungen, die am WSF teilnehmen, sollten möglich sein, auch zusammen mit oder zu Gunsten von progressiven Regierungen.

Man kann verstehen, dass das WSF oder sein IR ermüdende ideologische Debatten vermeiden möchte.

Aber es ist schwer zu glauben, dass es einfach jedwede politische Debatte oder Stellungnahme vermeiden kann. Zugegeben, sein IR ist nicht repräsentativ, aber man sollte über Lösungen nachdenken, damit er seine Relevanz doch nicht verliert. Ebenso wie das WSF Gefahr läuft, seine Relevanz zu verlieren, sobald alle großen Netzwerke geschaffen sind und Bewegungen das WSF nicht mehr benötigen, um sich zu begegnen und zu reden.

Wenn das WSF möchte, dass es etwas jenseits des offenen Raumes gibt, wo Bewegungen sich begegnen und miteinander reden, wenn es ein globaler offener Raum sein möchte, wo progressive Bewegungen sich absprechen können, dann muss er die Möglichkeit politischer Debatten bieten. Die Bewegungen, die am WSF teilnehmen, sind bei weitem nicht homogen, aber trotz all ih-

rer Unterschiedlichkeiten, sollte die Einheit der Bewegung bewahrt werden.

Einige Vorschläge für die Zukunft des WSF-Prozesses

Diese Überlegungen bringen mich zu einigen Vorschlägen, ein paar unfertigen Ideen über den weiteren Weg vorwärts, einem Versuch, den WSF-Prozess wieder zu beleben.

Es ist immer schwierig eine prekäre und heikle Situation zu ändern, es ist schwierig und manchmal unmöglich bei der Vielfalt der im IR und dem WSF vorhandenen Bewegungen, eine Übereinstimmung zu finden.

Dennoch möchte ich einige Einfälle vorzulegen, als Impuls. Diese können verworfen, verbessert oder verändert werden, je nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten.

a) Lasst uns versuchen die Falle zu vermeiden, die in der Wahl zwischen ‚Vertiefung‘ und ‚Erweiterung‘ des Prozesses steckt. Beides ist absolut notwendig, wenn wir den Prozess überhaupt retten wollen.

Wenn wir eine wirklich globale Bewegung sein wollen, ein globales politisches Aktionsmittel, dann brauchen wir Partner in China, Osteuropa und im Nahen Osten. Wenn wir eine Rolle spielen möchten, brauchen wir klare alternative politische Botschaften. Diese wichtige Arbeit erfordert sehr viel Geduld.

b) In diesem Zusammenhang und angesichts der vielen bevorstehenden Arbeit, sollte ein WSF alle 2 oder 3 Jahre machbar sein. In der Zwischenzeit können regionale, lokale oder thematische Foren organisiert werden. Dadurch kann das WSF umfassender Weise vorbereitet werden und die Verbindung mit lokalen sozialen Aktionen gesichert.

c) Es ist bedauerlich, dass manche Bewegungen, die nicht links orientiert oder fortschrittlich zu sein scheinen, am WSF teilnehmen, wohingegen manche radikale oder revolutionäre linke Bewegungen anscheinend ein Paralleforum zur Äußerung ihrer Forderungen vorziehen.

Falls das WSF ein wahrhaft offener Raum ist, dann sollte die zweite Gruppe eingeladen werden. Und wenn wir die Charta der Prinzipien wirklich respektieren, dann sollte die erste Gruppe draußen bleiben.

Ist es nicht möglich, alle Teilnehmerbewegungen direkt zu fragen, ob sie der Charta der Prinzipien zustimmen? Oder können Hinweise zum Zeitpunkt der Registrierung beim WSF gegeben werden? Damit dies korrekt funktioniert, könnte man darum bitten, dass ein Kästchen bei der elektronischen Registrierung abgehakt wird.

d) Bei unseren unterschiedlichen ideologischen Positionierungen und Perspektiven

wird es natürlich nicht möglich sein, zu manchen verschiedenen politischen Themen einen allgemeinen Konsens zu finden,. Dennoch sollte einen Weg zu systematischeren politischen Stellungnahmen gefunden werden, möglicherweise Mehrheiten und Minderheiten zulassend. Dadurch könnten sowohl Allianzen gefördert werden als auch das Auftreten von großen ideologischen/politischen Tendenzen, die am Ende zu alternativen Programmen führen können. Es könnte eine Lösung sowohl zur Vermeidung der gegenwärtigen lähmenden Neutralität, als auch des Mangels an Transparenz von Initiativen, wie den Konsens von Porto Alegre oder dem Aufruf von Bamako, so interessant sie auch waren.

e) Ein anderes zu überdenkendes Thema ist die Reorganisation des Internationalen Rates, damit klare Verantwortungen etabliert werden und eine bessere Strukturierung angenommen wird.

Gegenwärtig konnten im Namen der Horizontalität, alle Strukturen, Hierarchien und jede Art zwingender Arbeitsweise unterlassen werden.

Man sollte aber darüber nachdenken, ob eine solche Situation auf Dauer aufrechterhalten werden kann. Strukturen bringen immer ein Risiko der Bürokratisierung oder der Institutionalisierung, aber ihre Abwesenheit kann nicht-explizite und ebenso schädliche Machtverhältnisse verbergen. Hier sollten wir mit der Transparenz beginnen, bei der ‚Ausstrahlung‘ der IR- Debatten über Internet.

f) Für die Organisation des WSF ist eine größtmögliche Beteiligung von progressiven Kräften wünschenswert. Sich mit den Teilnehmern zu beraten kann daher sehr nützlich sein.

Aber die großen politischen Themen, die für die altermondialistische Bewegung bedeutsam sind, sind bekannt und sie unterscheiden sich nicht sehr von einem Jahr zum anderen. Für 2009 ist es nicht allzu schwierig, schon jetzt eine Liste der mutmaßlichen Themen zu erstellen:

a. Krieg und Frieden: internationale und nationale Konflikte, Waffenhandel...

b. Transnationale Demokratie: UN, Weltbank, IWF, WTO, ILO usw.

c. Internationale Politik: WB/IWF, WTO... (Schulden, Armut, Korruption, Freihandel, Steuern...)

d. Nachhaltige Entwicklung: Landwirtschaft (und Agrotreibstoffe), Artenvielfalt, Kyoto, usw.

e. Wirtschaftspolitik: STN's, solidarische Wirtschaft...

f. Kulturelle Vielfalt und Diskriminierung: Sexualität, ethnische Minderheiten, Migration, usw.

g. Gender

h. Menschenrechte

- i. Soziale Gerechtigkeit: Arbeits- und Sozialer Schutz, Armut, Ungleichheit ...
- j. Globale öffentliche Güter und ihre Finanzierung: Transport, Trinkwasser, Bildung, Gesundheit, nationale und internationale Steuern, Steueroasen usw.
- k. Wissen und Kommunikation: Forschung, Medien...

Möglicherweise kann ein zusätzlicher Punkt hinzugefügt werden, um „die Zukunft der alternativen Globalisierungsbewegung“ zu besprechen. Hier könnten unterschiedliche Bewegungen über ihre Konvergenzen und Unterschiede diskutieren und künftige Allianzen vorbereiten.

Diese Vorschläge setzen eine stärkere Rolle des Sekretariates, des Organisationskomitees und des IR bei der Organisation des WSF voraus.

Auf den ersten Blick könnte die Autonomie der Bewegungen dadurch beeinträchtigt werden. Jedoch hat die Erfahrung mit den sieben vergangenen Foren den sich wiederholenden Charakter der Hauptthemen gezeigt. Wenn völlig neue Themen vorgeschlagen werden, dann sollten sie diskutiert werden und einen Platz finden, natürlich nur, wenn sie mit der Charta der Prinzipien übereinstimmen.

Der Abschlussstag des Forums könnte der Suche nach Konvergenzen in Bezug auf verschiedene Themen gewidmet sein. Wenn diese Themen besser vorbereitet und definiert sind, dann sollte dies möglich sein. Es würde eine Verbesserung der Formel des „4. Tages“ von Nairobi sein.

Zur Förderung der politischen Debatten könnte man auch jedes Thema mit einer Plenardebatte beginnen, die von den Sozialen Bewegungen und von WSF gemeinsam vorbereitet werden, und bei der die großen politischen Trends präsentiert werden könnten. Dann könnten Unterthemen in verschiedenen Seminaren diskutiert werden.

Dieser Vorschlag ist nicht dazu gedacht, den teilnehmenden Bewegungen irgendetwas aufzuzwingen, sondern ihre Beteiligung besser zu steuern und die Möglichkeit der politischen Übereinstimmung zu vergrößern.

Gewiss sollten alle, die am WSF teilnehmen wollen, konsultiert werden, aber dies muss nicht notwendigerweise die großen thematischen Fragen betreffen. Beteiligung kann auch die Unterthemen betreffen, die Organi-

sation selbst, oder die Modalitäten für politische Stellungnahmen. Es kann auch die konkreten Vorschläge betreffen, die am letzten Tag diskutiert werden. Das WSF könnte mit einigen politischen Erklärungen einiger beteiligten Bewegungen enden.

g) Zu guter Letzt würde es für die Transparenz des gesamten WSF förderlich sein, wenn man möglichst bald die aufgrund des WSF in Nairobi ausgedachten „leitenden Prinzipien“ verabschieden würde, - einschließlich die Punkte zur Finanzierung des WSF.

Schlussfolgerungen

Zwei Elemente sind von besonderer Wichtigkeit für die Zukunft des WSFs.

Erstens die Notwendigkeit einer gewissen „Leitung“. Heute gibt es keine förmliche Leitung. Ich für mein Teil denke, dass eine große, in die Zukunft blickende Veranstaltung mit mehr als 100.000 Teilnehmern eine Art formale Leitung benötigt, zur Sicherung von Demokratie, Transparenz und der Verfolgung einiger klarer Ziele.

Die Definition dieser Ziele ist mein zweiter Punkt. Sie müssen jenseits von der Kritik des Neoliberalismus und der Globalisierung hinüberblicken. Was soll in unseren Augen das WSF sein oder tun? Die andere Welt, von der wir denken, dass sie möglich ist, sollte konkreter werden, nicht in der Gestalt eines einzigen Programms, sondern als verschiedene Programme oder Leitprinzipien für regionale und nationale Bewegungen.

Manch einer mag denken, dass diese bescheidenen Vorschläge zu weit hergeholt sind. Aber denkt nur mal an die Strategie unserer ‚Feinde‘. Neoliberale Kräfte haben klare Ziele und Strategien. Sie bereiten ihre Analysen und Diskurse vor. Sie haben Strukturen und Organisationen. Und sie sind dabei, den Sieg davon zu tragen.

Vielleicht ziehen wir Alternativen vor, aber dann sollte es Alternativen sein, mit denen WIR im sozialen und politischen Kampf den Sieg davon tragen

Was auf dem Spiel steht bei dieser Strategiedebatte ist die Zukunft der altermondialistischen Bewegung allgemein und insbesondere die des WSF.

Auf der globalen Ebene hat die altermondialistische Bewegung ohne das WSF keine Zukunft, und das WSF kann nicht von der Bewegung getrennt gesehen werden, auch wenn beide nicht gleich zu setzen sind.

Das WSF ist ein offener Raum für unterschiedliche Bewegungen und muss es bleiben.

Meiner Meinung nach müssen diese Bewegungen jetzt ermutigt werden, sich selbst innerhalb des WSF besser zu organisieren, Allianzen einzugehen und politische Erklärungen abzugeben und dabei auf der Struktur, die das WSF ihnen anbietet, aufbauen. Aber das WSF ist auch eine Struktur, wenn es sich gleich für keine gibt. Demokratie verlangt, dass dies offenkundig gemacht wird.

Es ist möglich, dass einige Bewegungen sich für keine ideologische Position, entscheiden werden, ganz gleich welche, und lieber ‚neutral‘ bleiben.

Die Frage muss dann gestellt werden, was das Potential einer allgemeinen Bewegung verschiedener Einzelthemen-Bewegungen ist, die nicht zu anderen Themen Stellung nehmen kann, als die, an denen sie arbeiten? Oder umgekehrt: was ist die Zukunft einer Bewegung, die zu einer ganzen Serie von verschiedenen politischen Fragen Stellung nimmt? Läuft sie dann nicht die Gefahr mit einer politischen Partei gleichgesetzt zu werden? Wie kann man mit Bewegungen politisch handeln, wenn sie über Politik nicht reden wollen?

Was auch immer aus dieser Debatte resultieren wird: wir müssen unser Mögliches tun, um das Erreichte und die Einheit der Bewegung zu bewahren, mit ihrer enormen Potential, Leute zu mobilisieren und zu motivieren.

Das WSF ist ein Prozess und ein Ereignis, ein politischer Prozess und ein alternatives Festival.

Aber die Veranstaltung ist kein Selbstzweck. Klar antihegemoniale Ziele müssen definiert werden und dies kann nicht getan werden ohne politische Debatte und/oder Leitung.

Das WSF ist zwar ein „offener Raum“ und muss es bleiben, aber m. E. muss dieser Raum organisiert und strukturiert werden.

http://www.forumsocialmundial.org.br/noticias_textos.php?cd_news=456

Übersetzung: coorditrad

Eric Toussaint, CADTM

Von den Widerständen zu den Alternativen: *ein geschichtlicher Blick auf die Bewegung für eine andere Welt*

Zwei große Tendenzen stehen sich auf der internationalen Ebene entgegen

Die derzeit dominierende Richtung, am Werk seit 25 bis 30 Jahren, besteht in der Fortführung der neoliberalen und imperialistischen Offensive des Kapitalismus. Diese hat sich in den letzten Jahren hervorgetan durch den immer häufiger werdenden Rückgriff auf imperialistische Kriege, besonders zur Eroberung von Ölfeldern, durch die Aufrüstung der Großmächte, durch die verstärkte Marktöffnung der von ihr dominierten Staaten, durch die Verallgemeinerung von Privatisierungen, durch einen systematischen Angriff auf die Löhne und die kollektiven Sicherungssysteme, die sich die Arbeiter erkämpft haben. All das ist Bestandteil des Washington Consensus. Diese Politiken werden gleichermaßen in den industrialisierten wie in den sich entwickelnden Ländern angewandt.

Eine **Gegenbewegung**, wenn auch noch sehr schwach auf globaler Ebene, entwickelt sich seit Ende der 90er Jahre. Sie macht sich auf verschiedene Weise bemerkbar:

- Die Wahl von Präsidenten, die einen Bruch mit dem Neoliberalismus versprechen (dieser Zyklus hat mit der Wahl von Hugo **Chavez** Ende 1998 begonnen) oder wenigstens eine Einhegung desselben ;
- die Aussetzung der Rückzahlungen der öffentlichen Auslandsschulden an private Gläubiger durch Argentinien von Ende Dezember 2001 bis März 2005 ;
- die Verabschiedung neuer demokratischer Verfassungen durch verfassungskgebende Versammlungen in **Venezuela, Bolivien und Ecuador** ;
- die Stärkung ziviler und politischer Freiheiten und Fortschritte bei der Garantie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ;
- der Beginn der Wiederherstellung der staatlichen Kontrolle über große öffentliche Unternehmen (wie das venezolanische Erdöl PDVSA (1)), die natürlichen Ressourcen (wie Wasser, Erdöl und Erdgas in Bolivien) und über die Grundversorgung (wie Produktion und Verteilung von Strom; Telekommunikation in Venezuela);
- das Aufbrechen der Isolierung Kubas; das Scheitern von ALCA (des Freihandelsvertrages, den Washington dem gesamten amerikanischen Kontinent aufzwingen wollte) ;

- der Start von **ALBA** (bolivarische Alternative in Amerika) und die Entwicklung von Handels- und Austauschabkommen zwischen Venezuela, Kuba und Bolivien;
- den Ausbau von Petrocaribe, die es den nicht-erdölexportierenden Staaten der Karibik gestattet, venezolanisches Erdöl 40 Prozent unter Weltmarktpreis zu kaufen ;
- der Ausstieg Boliviens aus ICSID (Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, Schiedsgericht der Weltbank über Investitionen) ;
- die Ausweisung des ständigen Vertreters der Weltbank aus Ecuador ;
- die Ankündigung Ecuadors, 2009 **die US-Basis in Manta aufzulösen** ;
- der Start der **Bank des Südens**.

Diese Gegenbewegung wäre nicht zu verstehen ohne die starken **Massenmobilisierungen**, die sich seit den 1980er Jahren in Lateinamerika der neoliberalen Offensive an verschiedenen Stellen des Planeten entgegen gestellt haben (April 1985 in Santo Domingo, Februar 1989 in Caracas) und die seither regelmäßig stattgefunden haben. Dass **Kuba** überlebt hat, trotz der Blockade und der Angriffe aus Washington, hat ebenfalls zur Geburt dieser Gegenbewegung beigetragen. Denn die Insel ist der lebende Beweis dafür, dass man der mächtigsten Wirtschafts- und Militärmacht der Welt die Stirn bieten kann.

Der Widerstand, auf den der Imperialismus **im Irak, in Palästina und in Afghanistan** trifft, spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle, denn solange die USA eine riesige Militärpräsenz im Mittleren Osten und in Zentralasien aufrecht erhalten müssen, ist eine direkte Militärintervention in Lateinamerika (2) schwierig.

Wir stehen kurz vor dem Jahr 2015, bis zu dem die bescheidenen **Millenniumsziele** der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2003 (3) erreicht sein sollen : nur eine Handvoll Jahre trennt uns von diesem Datum und das Panorama, das sich bietet, ist sehr beunruhigend. **Ganz offensichtlich verschlechtern sich die Lebensbedingungen für einen bedeutenden Teil der Bevölkerung sowohl in den industrialisierten Ländern wie in anderen Teilen der Welt.**

Diese Verschlechterung umfasst die Einkommen, die Beschäftigung, die Gesundheit, die Ernährung, die Umwelt, die Bildung und den Zugang zur Kultur.

Sie betrifft die Ausübung der **Grundrechte** der Individuen sowie der Gemeinschaften.

Die Verschlechterungen sind auch sichtbar auf der Ebene des **ökologischen Gleichgewichts**, in den Beziehungen zwischen den Staaten und ihren Bürgern, am Rückgriff der Großmächte auf militärische Aggression.

Die **USA** sind nicht die alleinigen Aggressoren, sie haben Verbündete in **Europa**, die sich am Krieg im Irak und in Afghanistan beteiligt haben – oder noch immer aktiv beteiligt sind. Nicht zu vergessen den Staatsterror, den die **israelische Regierung** besonders gegen die Palästinenser ausübt, und die Intervention der **russischen Armee** in Tschetschenien.

Die Zeichen der Barbarei zeigen sich jeden Tag vor unseren Augen

Waren, Dienstleistungen, Kapital und Informationen zirkulieren ungehindert über den ganzen Planeten, während man die Menschen aus den verarmten Ländern daran hindert, in die reichen Staaten zu gelangen. Waren und Kapital die volle Bewegungsfreiheit zuzuerkennen und diese aber den Menschen zu verweigern, ist ein Ausdruck der derzeitigen Barbarei. In Westeuropa und in den USA, und das ist besonders abstoßend, wird Asylsuchenden die Gerechtigkeit verwehrt. Es ist widerwärtig, wie zahlreiche Politiker, auch linke, der Parole zustimmen, dass man nicht das ganze Leid der Welt auffangen könne und dass es somit letztlich legitim sei, das Recht auf Asyl in den Ländern des Nordens massiv abzubauen, und abgewiesene Asylbewerber kollektiv abzuschleppen oder ihnen den Zutritt zum jeweiligen Territorium zu verweigern. Denken wir an die, die erschossen wurden, als sie 2005 versucht haben, in den spanischen Enklaven in Marokko die Grenzen der EU zu überwinden. Erinnern wir uns an die Tausenden von Menschen, die ihr Leben verlieren beim Versuch, die Meerenge von Gibraltar zu überqueren oder die Kanarischen Inseln zu erreichen. Das ist natürlich nicht nur ein europäisches Phänomen. Man weiß, was sich an der Südgrenze der USA am Rio Grande abspielt.

Währenddessen erreicht die **Konzentration des Reichtums** in den Händen einer winzig kleinen Minderheit der Weltbevölkerung nie dagewesene Ausmaße in der Geschichte der Menschheit. Einige tausend Kapitalbesitzer aus Amerika, Europa, China, Indien, Afrika häufen einen Reichtum an, der das Jahreseinkommen der Hälfte der

Menschen auf dem Planeten übersteigt. Auch das ist Barbarei. Die **Kluft** zwischen den reichen und den verarmten Ländern klafft immer weiter auseinander. Das ist nicht zu akzeptieren.

Diese Verschlechterungen und die Verweigerung der Gerechtigkeit können nicht beseitigt werden ohne einen politischen Kurswechsel

2015 ist das Zieldatum für die Millenniumsziele, die viel zu bescheiden sind und nicht an den **Wurzeln** der Probleme rühren: der **ungleichen Verteilung** des Reichtums und der **Logik des privaten Profits**.

In zahlreichen Ländern nähert man sich nicht den Millenniumszielen, man entfernt sich sogar von ihnen. Diese Tatsache ist sehr beunruhigend, und deshalb muss man sich fragen, ob es Kräfte gibt, die mächtig genug sind, die derzeitige historische Tendenz umzukehren.

Diese historische Tendenz hat vor über 30 Jahren begonnen, vor einer Generation. Der Staatsstreich des Militärs unter Pinochet in Chile 1973 diente als Labor für die Installation der neoliberalen Politik, die sich seither immer weiter ausgebreitet hat, in Westeuropa mit Margaret Thatcher 1979, in Nordamerika während der Präsidentschaft von Ronald Reagan 1981-1988, und auf dem Rest des Planeten besonders mit der Wiederherstellung des Kapitalismus in Russland und China.

Das Auftauchen der historischen Gegenkräfte

Gibt es historische Kräfte, die in der Lage sind, sich der zunehmenden Macht des Neoliberalismus entgegen zu stellen? Die Antwort ist Ja.

Während manche deren Ursprung in der Schlacht von Seattle gegen die WTO 1999 sehen, scheint es doch angemessener, einige frühere Daten in Betracht zu ziehen als Marksteine auf dem Weg des Widerstandes gegen die neoliberale Globalisierung.

Das Jahr **1989** ist in diesem Zusammenhang wichtig: in erster Linie wird es als das Jahr wahrgenommen, in dem die Berliner Mauer gefallen ist, was dem Jahr sicher historische Bedeutung gibt. Der Fall der Mauer entsprach dem Ende einer Karikatur des bürokratischen und stalinistischen Sozialismus, einer völlig abwegigen Version des Sozialismus, der vielmehr ein emanzipatorisches Projekt ist. Aber 1989 ist auch das Jahr, in dem sich am 27. Februar in **Venezuela** die Massen **gegen den Strukturanpassungsmaßnahmen** erho-

ben, die der IWF mit dem dortigen Regime ausgeheckt hatte. Die Veränderungen der letzten 10 Jahre in Venezuela sind nur vor dem Hintergrund dieses Datums zu verstehen. 1989 wurde auch der 200. Jahrestag der Französischen Revolution begangen, und in diesem Jahr gelang in Paris eine beeindruckende **Mobilisierung gegen den G7-Gipfel**, die sich für eine Streichung der Schulden der Dritten Welt einsetzte (4).

Der zweite große Markstein für den wachsenden Widerstand gegen den neoliberalen Kapitalismus war **1994**. Drei wichtige Dinge sind in diesem Jahr passiert :

1. Am 1. Januar 1994 brach in **Chiapas** die zapatistische Revolution aus. Dort schaffte sich ein Akteur Beachtung, der sich seit Jahrhunderten gegen die spanischen Besatzer gewehrt hatte und gegen die Unterdrückungsregime, die ihnen gefolgt waren. Die Indigenas (die Mayas) stellten grundsätzliche Forderungen. In einer universellen Sprache haben sie sich an den gesamten Planeten gewandt mit der Stimme des Subkommandanten Marcos. Das geht weit über seine Person und seine persönlichen Eigenschaften hinaus. Marcos wurde zum Ausdruck einer tiefer greifenden Bewegung, denn die Indios in Chiapas waren mit ihrem Kampf nicht allein: in Ecuador haben sich die Indigenas zur Vereinigung der indigenen Nationen von Ecuador (CONAIE, www.conaie.org) zusammengeschlossen. Und 2005 wurde mit Evo **Morales**, dem Aymara-Indianer, politischer und Gewerkschaftsführer, zum ersten Mal ein Indigener zum Präsidenten eines lateinamerikanischen Landes gewählt (5). Das Jahr 1994 markiert also den Ausbruch des Kampfes eines indigenen Volkes, der das Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Frage stellt und auch die Gegen-Agrarreform, die der neoliberale Präsident Carlos Salinas de Gortari durchgesetzt hatte (6). Die zapatistische Armee der nationalen Befreiung (EZLN) erklärt der mexikanischen Regierung den Krieg auf eine « pazifistische » Weise, ohne Blutvergießen. Grundsätzlich erklärt die EZLN: « *Wir erheben uns und greifen zu den Waffen, aber wir wünschen uns, sie nicht anwenden zu müssen* ». Das ist nicht die letzte Guerilla des 20. Jahrhunderts, sondern vielmehr die erste Erfahrung einer **Guerilla neuen Typs** des 21. Jahrhunderts.

2. 1994 wurde außerdem 50 Jahre der Gründung von **Weltbank und Internationalem Währungsfonds** « gefeiert ». Dieses Ereignis war Anlass für eine enorme Protestversammlung in Madrid. Diese Demonstration unter dem Motto « *Die anderen Stimmen des Planeten* » hat später die sozialen Bewegungen in Frankreich beein-

flusst, die während der Mobilisierung gegen den G7-Gipfel in Lyon 1996 Bündnisse unter diesem Namen gründeten (7). Die spanische Initiative vereinigte NGOs, Bewegungen wie « Plattform 0,7 », in der junge Leute dafür kämpften, dass ihre Länder 0,7 Prozent ihres BIP für öffentliche Entwicklungshilfe einsetzen, der CADTM (8) und auch Gewerkschaften, die Frauen- und die Umweltbewegung. Schon bei diesem Gegengipfel schlossen sich eine ganze Reihe von Bewegungen zusammen, die sich später 1999 in Seattle wieder vereinigen sollten, dann 2001 in Porto Alegre usw.

3. Dritter starker Moment 1994 : die « **Tequilakrise** », wiederum in Mexiko. Man muss sich wieder ins Gedächtnis rufen, dass man 1993/1994 vom asiatischen Wunder, vom mexikanischen Wunder, vom tschechischen Wunder für die Länder Osteuropas gesprochen hat. Man sprach von « emerging countries » - Schwellenländern- und ihren großen Erfolgen. Die « Tequilakrise » hat ganz Lateinamerika erschüttert. Sie war der Anfang einer schweren Finanzkrise, die nacheinander Südostasien 1997-1998, Russland 1998, Brasilien 1999, Argentinien und die Türkei 2000-2001 erfasst hat.

Wenn das Jahr 1989 den Anfang eines starken und anhaltenden Widerstandes in Lateinamerika gegen die neoliberale Politik markiert, dann bedeutet 1994 eine Wende hin zu neuen Ausdrucksformen des Widerstandes, zu neuen Allianzen und zur Krise des neoliberalen Modells.

Und 1999 wurde weltweit und in Realzeit sichtbar, dass man siegreich gegen die **WTO** kämpfen kann, gegen eine weltweite Organisation, die für den Willen steht, **alle menschlichen Bezüge in Waren zu verwandeln**. Diese Marksteine fügen sich in ein größeres Ganzes des Widerstandes sowie eines sozialen und politischen Neubeginns ein.

Neue Widerstände überall

Im Laufe der 1990er Jahre, nach einer ersten Periode, die von den Pinochets, Thatchers und Reagans bestimmt war, tauchten neue Widerstandsformen an verschiedenen Orten des Planeten auf. Dank der neuen Akteure, die sich hier äußern, wurde die Lücke gefüllt, die die Krise der traditionellen Arbeiterbewegung gelassen hat.

Entstanden im 19. Jahrhundert und nach und nach gefestigt, hatte diese **Arbeiterbewegung** im 20. Jahrhundert in den meisten Ländern des Planeten die Szene der emanzipatorischen Kämpfe dominiert.

Die Kämpfe der Resistance in Europa während des 2. Weltkrieges und die Befreiung,

die Errungenschaften, die dem Sieg über den Nazismus und den Faschismus folgten, waren Verdienste dieser Arbeiterbewegung, die sich auf starke Kräfte in der industriellen Arbeiterklasse stützen konnte.

Geschwächt durch die neoliberale Offensive der 1970-1980er Jahre, geriet diese Arbeiterbewegung in die Krise. Fast alle Führungen der großen Gewerkschaftsorganisationen sind dermaßen bürokratisch und an das kapitalistische System angepasst, das sie nun die Kämpfe und die Radikalisierung bremsen.

Neue Gewerkschaften sind aus Abspaltungen von den großen traditionellen Organisationen hervorgegangen und spielen die Rolle des Stachels, aber sie tun sich schwer zu wachsen, denn die Bürokraten legen ihnen mächtige Hindernisse in den Weg. Im Inneren der Gewerkschaften spielen die Gruppen, die links von der bürokratischen Zentrale stehen, eine heilsame Rolle.

Obwohl die Gewerkschaften geschwächt und gelähmt sind, starten die Beschäftigten des öffentlichen und des privaten Sektors regelmäßig Kämpfe von großer Tragweite. Das ist der Fall in Westeuropa, wo man große soziale Mobilisierungen kennt, an denen die Gewerkschaftsbewegung aktiv teilnimmt (Italien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Portugal, Spanien ...). So im Herbst 1995 in Frankreich, als die Beschäftigten sich in Bewegung setzten und Premierminister Alain Juppé aus dem Amt gejagt haben. Das hat in der Folge Lionel Jospin veranlasst, Frankreich aus den bis dahin geheimen Verhandlungen über das Multilaterale Investitionsschutzabkommen MAI zurückzuziehen und damit einen wichtigen Pfeiler der neoliberalen Offensive umzustößeln. Das ist auch der Fall in vielen Ländern Lateinamerikas, Asiens, Afrikas und Nordamerikas.

In den 1990er Jahren tauchen auch Akteure auf, die vorher im Schatten standen. Weltweit entstehen **Bauernbewegungen**: 1984 gründet sich in Brasilien die Landlosenbewegung MST, 1992 wird die internationale Kleinbauern-Organisation Via Campesina gegründet, das Auftauchen der Symbolfigur José Bové in Seattle, das Anwachsen der Gewerkschaftsorganisation der Coca-Bauern in Bolivien unter der Führung von Evo Morales, zahlreiche Kämpfe von Bauern in Indien, Südkorea und andernorts. Wer hätte sich in den 1960er Jahren in den industrialisierten Staaten vorgestellt, dass ausgerechnet Bauern der Stachel im neuen Kampf für eine andere Welt sein würden? Diese Bewegung ist ein extrem wichtiger Akteur im Widerstand gegen die neoliberale Offensive und gegen die Kommerzialisierung der Welt geworden, gegen die Patentierung des Lebens.

Sie hat besonders Forderungen um **Gemeinschaftsgüter** in den Vordergrund gerückt: Wasser, Erde, Saatgut ... Nicht die Forderungen oder Werte an sich sind das Neue, sondern die Art, sie zu erheben, denn in Anbetracht der Errungenschaften nach dem Sieg über den Faschismus – also der Stärkung der öffentlichen Dienstleistungen – musste die Frage der Gemeinschaftsgüter nicht als ein zu erreichendes Ziel angesehen werden. Hatte man nach dem 2. Weltkrieg den Zugang zu Gemeinschaftsgütern ausgeweitet, so ist dies durch die neoliberale Offensive völlig zunichte gemacht worden und man entdeckt heute die Notwendigkeit, sie zu verteidigen oder sie zurück zu erlangen.

Man muss die **indigenen Bewegungen** mitbetrachten, denn die indigenen Völker gehen zur Offensive über. Beispielsweise stellten in Bolivien von den 1940er bis in die 1960er Jahre die indigenen Minenarbeiter und ihre Gewerkschaften die Avantgarde des bolivianischen Volkes dar. Seit in den 1980er Jahren ein großer Teil der Minen geschlossen wurden, formen die Indios, insbesondere die Coca-Bauern, die indigene und bäuerliche Bewegung. Man hat gesehen, dass Bergleute, Rentner oder Entlassene, zusammen mit der indigenen Bauernbewegung gekämpft haben: eine neue Allianz hat sich gebildet.

Man sollte auch die **Frauenbewegung** erwähnen, die beim weltweiten Marsch der Frauen im Jahr 2000 wieder erstarkte.

Verschiedene **Jugendbewegungen** haben Anfang der 2000er Jahre einen großen Anklang gefunden (Peru (9), Mexiko (10), USA (11), Italien (12), Spanien (13), Frankreich (14), Griechenland (15), Chile (16) ...).

Unter den neuen Kräften sind auch die «neuen Proletarier» oder die neuen Ausgeschlossenen. Die Revolte der Vorstädte in Frankreich im November 2005 (die auch teilweise nach Belgien und Deutschland ausgestrahlt hatte) und, in einem kleineren Maßstab Ende November 2007, ist eine Revolte der neuen Proletarier. Es sind nicht so sehr die, die in den Fabriken in einem industriellen Zusammenhang ausgebeutet werden, selbst wenn ein Teil von ihnen das sind. Die Jungen aus den Vorstädten, die im Herbst 2005 auf die Straße gegangen sind, sind Proletarier im wahrsten Sinne des Wortes: sie sind nicht die Besitzer ihrer Produktionsmittel, sie sind auf der Suche nach einer Möglichkeit, ihre Arme und Gehirne zu vermieten, um sich und ihre Familien versorgen zu können. Sie leben in prekären Verhältnissen und sind oft Opfer von Rassismus.

Eine Herausforderung: die Vereinigung mit den Rebellen

Die jungen Menschen aus den Vorstädten sind **eine Art neues Proletariat**, die Wege suchen und finden, sich mit ihnen adäquaten Aktionsformen auszudrücken.

Man kann die Form bedauern, die diese Revolte bekommen hat (hunderte oder tausende in Brand gesteckte Privatfahrzeuge), aber es ist eine elementare Herausforderung für die organisierten Bewegungen der BürgerInnen, für die Gewerkschaftsbewegungen, eine Verbindung mit dieser Art der Revolte hinzubekommen. Das ist nicht leicht, aber in dem fragmentierten Rahmen, in dem wir leben, ist es ohne eine solche Verbindung schwer vorstellbar, wie die Akteure, die sich in den Ländern des Nordens der neoliberalen Offensive entgegenstellen, wirklich gewinnen sollen.

In Westeuropa und Nordamerika müssen die, die das Glück haben, eine Beschäftigung oder eine garantierte Rente zu haben und noch die Energie zu kämpfen, weil sie noch bei guter Gesundheit sind (die Menschen, die vor 40 oder 50 Jahren das Rentenalter erreicht haben, hatten nicht die gleichen Möglichkeiten) eine neue soziale Allianz anstoßen. Wenn es den Beschäftigten zwischen 20 und 60 Jahren und den Rentnern in den organisierten Sektoren nicht gelingt, **sich mit denen ohne Stimme, mit den neuen Proletariern zu vereinigen**, um eine mächtige Protestbewegung zu bilden, die die Gesellschaft fundamental in Frage stellt, wird es schwierig sein, in den industrialisierten Ländern einen radikalen Wandel herbeizuführen. Tatsächlich hat jeder Wandel schon immer stark von der jungen Generation abgehungen, ob sie zur Schule gehen, zur Universität, ob sie arbeitslos sind oder schon arbeiten. Die Jugend hat sich in Frankreich bei den siegreichen Protesten gegen den CPE (Vertrag zur Erstanstellung) gezeigt, aber sie äußert sich auch in den Vorstädten.

Zahlreiche revolutionäre Erschütterungen haben die Welt seit dem 18. Jahrhundert erbeben lassen

Große revolutionäre Umwälzungen haben an verschiedenen Orten des Planeten im 18. und 19. Jahrhundert stattgefunden.

Die **Revolutionen am Ende des 18. Jahrhunderts** in Frankreich, den USA und Haiti haben beachtliche und anhaltende Auswirkungen gehabt, insbesondere in Lateinamerika, wo sich Anfang des 19. Jahrhunderts die Unabhängigkeitskriege entwickelten.

1848 brechen in mehreren europäischen Staaten Revolutionen aus. Drei Jahre später ist China an der Reihe. **1851** beginnt dort die Rebellion der Taiping gegen die Qing-Dynastie. *«Gleich in den ersten Tagen haben sie damit begonnen, das Land aufzuteilen, die Frauen mit Rechten auszustatten und Formen der Gemeinschaft zu propagieren, in denen gewisse Kommentatoren letztlich eine Form des autochthonen Sozialismus sehen wollten»*, unterstreicht der Historiker Christopher Bayly (17).

Wenige Jahre später, **1857**, beginnt in Indien die Rebellion gegen die britische Besatzung. Angezettelt von der Meuterei der Cipayes, den einheimischen Soldaten in der Armee von Bengalen der Ostindischen Kompanie, dauert diese Rebellion zwei Jahre und nimmt radikale Formen an. Während die europäischen Regierungen sich verständigen, um die revolutionäre Welle in Europa zu unterbinden, während London die Rebellion in Indien zerschlägt und London und Washington der chinesischen Regierung Hilfe zur Beendigung der Revolte der Taiping anbieten, gibt es auf der Seite der Völker **noch keine internationale Organisation**, die in der Lage gewesen wäre, die Kämpfe miteinander in Verbindung zu bringen, um sie damit zu stärken.

Kurz vor dem Frühjahr 1848, in dem sich eine wahre Revolutionsdynamik in Europa entwickelte, hat Karl Marx gesagt: *«Es geht ein Gespenst um in Europa»*, er sprach vom Kommunismus. Mit Friedrich Engels und verschiedenen politischen Kräften hat er die Gründung der Internationale Vereinigung der Arbeiterschaft angestoßen.

Vier Internationale wurden zwischen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegründet (18).

Im 20. Jahrhundert haben Revolutionen 1905 und 1917 Russland erschüttert, Mexiko von 1910 bis 1917, Deutschland (1918-1923), Italien (1918-1919), Spanien (1936-1939), China (1949), Cuba (1959), Algerien (1954-1962), Nicaragua (1979) usw.

Die neoliberale Offensive und die Restauration des Kapitalismus im ehemaligen Sowjetblock und in China haben die Aussicht auf Revolutionen stark verringert. Aber die Herde des Widerstandes gegen Neoliberalismus und Kapitalismus sind nicht verschwunden. Seit den 1990er Jahren entsteht eine Widerstandsbewegung, der es gelingt, sich zu internationalisieren.

Der Prozess des Weltsozialforums

Das neue, derzeit auftauchende Bündnis kommt zum Teil im WSF-Prozess zum Ausdruck, und jener unterscheidet sich in

mehreren Punkten von den linken internationalen Organisationen in früheren geschichtlichen Epochen.

Er ist bei weitem nicht so radikal wie die 4 „Internationalen“, die im XIX. und XX. Jahrhundert aufeinander folgten. Da spielt das Trauma, das die bürokratische Entartung der sozialistischen Versuche im 20. Jahrhundert hinterließ, vom Gulag bis zur Wiedereinführung des Kapitalismus im Block des „real existierenden Sozialismus“ eine erhebliche Rolle. Auch muss die Gewalt, mit welcher die kapitalistische Offensive ans Werk ging, berücksichtigt werden. Das WSF ist ein Meilenstein im Aufbau einer breiten, stark in Entwicklung begriffenen internationalen Widerstandsbewegung, eine derzeit kunterbunte Bewegung ohne Epizentrum. Nicht unbedingt alle Komponenten dieses vielförmigen Widerstandes finden sich im WSF-Prozess wieder.

Das WSF ist kein Wundermittel

Nun darf man sich nicht ausschließlich mit den positiven und erneuernden Aspekten des WSF befassen, denn seine **Grenzen** hat er auch, und die werden immer deutlicher.

Erstens umfaßt das WSF, wie schon gesagt, nicht alle globalen Widerstandsbewegungen. Um zwei Beispiele zu nennen: die mexikanischen Zapatisten machen nicht mit, die Widerstandskämpfe in China sind nicht darin eingebunden.

Zweitens stehen die Vorstellungen einer alternativen Strategie in ihren Anfängen und die alte Debatte zwischen Reformismus und Revolution ist noch nicht ausgeglichen. Soll man mit dem System ganz und gar brechen oder es nur verbessern, indem man Regulierungsmechanismen in einen „zivilisierteren“ Kapitalismus wieder einführt? Eine Debatte, die nach wie vor da ist und gewiss lebhafter wird. Sie kann eine Spaltung in die Bewegung bringen, die z. Z. als ein von einer Charta der Prinzipien (19) ausgehendes Bündnis zwischen verschiedenen Bewegungen von unterschiedlicher Radikalität darstellt.

Insgesamt bringen diese Bewegungen eine ganze Reihe gemeinsamer grundlegender Forderungen, von Tobinsteuer bis zur Annullierung der Schulden der Dritten Welt über Kampf gegen Steueroasen, Ablehnung der Patriarchats, Wille zum Frieden und zur Abrüstung, Recht auf sexuelle Vielfalt...

Alle sind sich schon einig, einen gemeinsamen Kampf für die Durchsetzung jener Ziele zu führen. Wie ist aber dieser Kampf zu führen – abgesehen von der Debatte um grundlegendere, radikalere Zielssetzungen?

Jene „andere mögliche Welt“, die wir uns so innig wünschen und so schnell durchset-

zen möchten, damit die jungen Generationen sie tatsächlich erleben könnten, und nicht nur davon träumen oder sie heraufbeschwören dürften - WAS ist sie? Darüber müssen strategische Debatten geführt werden.

Debattiert werden muss nicht nur die **Alternative** sondern auch die **Mittel**, sie zu verwirklichen. Einer solchen Debatte können wir schlicht und einfach nicht aus dem Wege gehen.

Zurzeit wird die Zukunft des WSF durch eine **negative** Entwicklung gefährdet.

Gerade sein Erfolg - jedes Mal nahmen an den Weltversammlungen mehrere Zehntausende teil, individuelle TeilnehmerInnen oder Delegierte (in einigen Fällen, wie z.B. 2004 in Mumbai oder 2005 in Porto Alegre über 100 000) - machte ein Teil ihrer Protagonisten zu Events-Organisatoren oder Geldsammlern. Ihre Vision der Alternative beschränkt sich weitgehend auf eine menschlichere Globalisierung. Sogar den Sozialbewegungen und internationalen Kampagnen, von Debatten zwischen Radikalen und Gemäßigten belastet, gelingt es nicht, die Zukunft des Forums ausreichend zu beeinflussen. Man läuft Gefahr, einmal sagen zu müssen „Der Berg kreißte - und gebar eine Maus.“ Und dass das WSF als ausschließlicher Organisator aufeinander folgender Treffen im Sumpf stecken bleibt.

Woher wird wohl der Umschwung kommen?

Zu den fortschrittlichen Kräften zählen Widerstandsbewegungen, die in allen Teilen des Planeten auftreten, selbst in einem Land, das ganz am Rande des WSF-Prozesses steht: **China**.

In diesem Land finden zurzeit äußerst **wichtige soziale Kämpfe** statt. Sie erinnern gewissermaßen an das Ende des XIX. und den Anfang des XX. Jahrhunderts. Angesichts eines entfesselten Kapitalismus tauchen bei den Arbeitern oder in den Städten Widerstandsformen auf, die auf das vor einem Jahrhundert in europäischen und amerikanischen Ländern schon da Gewesene hinweisen.

Ein fundamentaler Unterschied wird vielleicht aber die Entstehung eines revolutionären Projekts in China äußerst erschweren: dort sind Sozialismus und Kommunismus entsetzlich in Verruf geraten, denn gerade unter ihrem Vorzeichen haben die chinesischen Machthaber das Land bis heute regiert. Entsetzlich ist der Verruf, in dem der Sozialismus nun steht. Der Verlust an Orientierungen ist offensichtlich und die Abneigung gegen Politik wird wohl lange halten. Am Ende kann der heiß erwünschte Umschwung von irgendwoher auf der Welt kommen.

Venezuela, Bolivien, Ecuador: drei Akteure des Wandels

Ist aber von revolutionärem Wandel die Rede, so scheint der **Süden** derzeit einen günstigeren Rahmen bieten als der Norden.

Der heutzutage innovativste und potentiell größte Fortschritt ist die venezolanische, bolivianische und - neuerlicher – ecuadorianische Praxis. Natürlich sollen wir uns vor jeder Idealisierung hüten und kritisch bleiben. Abschweifungen sind möglich und die Gefahr besteht, dass diese Praxis zu keiner wirklichen Umverteilung der Reichtums führt, insbesondere, weil sie von Seiten der Kapitalisten im In- und Ausland auf einen sehr starken Widerstand stoßen, ganz zu schweigen vom Druck, den die Regierungen der größten Industrieländer und ihrer regionalen Verbündeten (Alvaro Uribe in Kolumbien und Alan Garcia in Peru) ausüben.

Diese Praxis lässt sich nicht auf die Rolle von Hugo Chávez, Evo Morales oder Rafael Correa reduzieren, obwohl es sich hierbei um drei äußerst wichtige Persönlichkeiten handelt. Bisher spielen sie im Prozess eine positive Rolle und sind Ausdruck mächtiger, zurzeit agierender Bewegungen in ihren jeweiligen Ländern.

Doch hätte es keinen Evo Morales gegeben ohne die großen Mobilisierungen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, die im April 2000 in Cochabamba stattfanden und die noch größeren gegen die Privatisierung der Erdgasförderung im Januar/ Februar 2003.

Chávez, wäre nicht 1998 zum Präsidenten gewählt worden ohne den massiven Aufstand gegen den IWF (1989) und den gewaltigen Widerstand der Venezolaner.

Und Rafael Correa wäre auch nicht gewählt worden ohne den zehnjährigen Kampf, der vier sukzessive rechte Präsidenten zu Fall brachte.

Diese drei Länder sind beispielhaft, weil die Bewegung ihren Ausdruck bis auf der Regierungsebene fand.

Auf dem Gebiet der globalen öffentlichen Güter haben die drei Regierungen die Initiative wieder ergriffen: Bolivien kontrolliert wieder Erdgas- und Ölförderung sowie Wasserversorgung; in Venezuela steht die Ölproduktion unter öffentlicher Kontrolle und die eingenommenen Gelder werden in den Dienst eines neuen sozialen Projekts gestellt, im Rahmen einer Umverteilung auf regionaler Ebene. Venezuela hat mit Ländern ohne eigene Ölexporte Abkommen geschlossen, aufgrund derer es ihnen Öl unter dem Weltmarktpreis verkauft.

Außerdem arbeiten freiwillig 20000 kubanische Ärzte in Venezuela, wo sie die Bevölkerung umsonst behandeln; Kuba seinerseits hat mit Venezuela sowie mit Boli-

vien ganz interessante Kooperationsbeziehungen erstellt. Da haben wir es mit einer Art Realtausch zu tun zwischen Ländern mit unterschiedlichen Ressourcen, Gesellschaften und politischen Strukturen.

In Ecuador wird gerade an einer Verfassungsänderung gearbeitet, die für dieses Land einen signifikanten Schritt zur Demokratie bedeuten kann. Außerdem hat der ecuadorianische Präsident mehrmals den Willen geäußert, die Abzahlung von illegitimen Schulden in Frage zu stellen und eine Kommission zur gründlichen Prüfung der Innen- und Außenschuld aufgestellt.

Was derzeit in diesen drei andinen Ländern läuft ist wirklich nicht ohne Bedeutung. Die Bezugnahme auf den Kampf von Simon Bolivar (20) zeugt vom Willen, mit dem heutigen Prozess an die vorherigen revolutionären Vorgänge anzuknüpfen und jene hiermit in der lateinamerikanischen Geschichte fest zu verwurzeln. Auch tritt der Wille deutlich zum Vorschein, sich auf die Emanzipationskämpfe der einheimischen Völker zu berufen - insbesondere die von Tupac Amaru (22) und Tupac Katari (23) angeführten Rebellionen -. Zu guter Letzt wird der afrikanische Beitrag zum kulturellen Reichtum des jeweiligen Landes immer stärker betont (24).

Den geschichtlichen Ablauf zu Gunsten der Emanzipation der Unterdrückten beeinflussen

Wo werden wohl Kräfte auftauchen, imstande, den in den letzten drei Jahrzehnten angenommenen Kurs umzusteuern?

Eine beispielhafte Praxis wie in Venezuela, Bolivien und Ecuador wird sich mit den Mobilisierungen in Nordamerika, Europa, Asien und Afrika kombinieren.

Eine solche Konjunktion der fortschrittlichen Kräfte der Alten Welt mit denen der Neuen Welt könnte wirklich zu einer geschichtlichen Wende führen. Nun ist aber nichts gesichert. Umso notwendiger, dass jeder von uns am emanzipatorischen Kampf einnimmt.

Lasst uns auf den Sozialismus des XXI. Jahrhunderts hinsteuern!

Es ist nicht nötig, an den Zusammenbruch des Kapitalismus oder den Sieg eines revolutionären Projekts zu glauben, um sich im Alltag zu engagieren und sich Ungerechtigkeiten zu widersetzen. Die Geschichte kennt nicht das Unabwendbare.

Der Kapitalismus bricht sicher nicht von sich aus zusammen. Auch wenn uns morgen keine neue große revolutionäre Periode zuwinkt, ist es doch nicht reine Anmaßung, an manchen Orten eine Praxis nach sozia-

listischem Muster wieder zu erhoffen, die Freiheit und Gleichheit vereinen würde. Über diese Vorstellung gibt es in der Bewegung, im WSF, keinen Konsens... aber viele sind doch der Meinung, man müsse sich im 21. Jahrhundert einen neuen Sozialismus ausdenken.

Lasst uns über die traumatisierenden Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, das hässliche Gespenst des Stalinismus und der Ereignisse in China und Kambodscha unter Pol Pot hinausgehen und wieder an das emanzipatorische sozialistische Projekt des 19. Jahrhunderts bzw. die revolutionären Werte des 18. Jahrhunderts anknüpfen - ja auch an frühere Zeiten, denn die Emanzipationskämpfe der Unterdrückten sind Meilensteine in der menschlichen Geschichte, von Spartakus bis heute über die Kämpfe von Tupac Amaru und von den rebellischen Nachfahren afrikanischer Sklaven in Brasilien unter der Führung von Zumbi. Die neuen Beiträge von vielfältigen Akteuren und die neuen Forderungen müssen auch berücksichtigt werden - und das alles muss in die Realität des 21. Jahrhunderts miteinbezogen werden.

Im 21. Jahrhundert bedeutet **Sozialismus** die freie Vereinigung der Produzenten, die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Es handelt sich um ein internationales Projekt, eine Föderation von Ländern und Regionen im Rahmen von großen kontinentalen Einheiten und mit Rücksicht auf die grundlegenden Texte, auf internationale Verträge, wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, der internationale Vertrag über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Menschenrechte von 1966, eine ganze Reihe Werkzeuge zur Erstellung der im Rahmen früherer Revolutionen erworbenen und festgeschriebenen, internationalen und universellen Rechte. Die Umsetzung jener Grundrechte kann nur im Rahmen einer kreativen Praxis des neuen Modells des Sozialismus des 21. Jahrhunderts erfolgen. Uns stehen noch über neun Jahrzehnte zur Verfügung...

Anmerkungen

(1) Die Leitung des staatlichen Erdölkonzerns von Venezuela SA-PDVSA, der in den 1970er Jahren mit der Verstaatlichung der venezolanischen Erdölvorkommen errichtet worden war, hatte zunehmend die Interessen von Privaten und von Washington bedient: Ein großer Teil der Gewinne wurde durch US-Filialen der PDVSA in den USA deklariert. Dies änderte sich, als die Regierung unter Hugo Chavez von 2001-2002 an die Dinge wieder unter nationale Kontrolle nahm.

(2) Das hindert Washington und einige europäische Regierungen nicht daran zu versuchen, die Regierungen in Bolivien,

Venezuela und Ecuador zu destabilisieren. Sie unterstützen insbesondere die kapitalistischen Sektoren, die in diesen Ländern die Abspaltung der reichen Regionen herbeizuführen versuchen: die weiße Bourgeoisie von Santa Cruz in Bolivien, von Guayaquil in Ecuador, von Zulia in Venezuela. Diese Strategie der Spannung müssen wir sehr genau beobachten, denn sie kann an Umfang gewinnen. Die Mehrzahl der Medien versucht, die Sezessionsbemühungen der reichsten Gebiete als Ausdruck des demokratischen Völkerrechts darzustellen. Tatsächlich werden diese Aktionen von Minderheiten geführt, die sich den sozialen Reformen in den Weg stellen, weil sie um ihre Privilegien und die Kontrolle über die Macht und das Geld fürchten.

(3) Für eine kritische Betrachtung der Millenniumsziele siehe *Damien Millet et Eric Toussaint, 60 Fragen, 60 Antworten über Schulden, den IWF und die Weltbank, CADTM-Syllepse*, das auf Französisch im Oktober 2008 erscheinen wird.

(4) Die Mobilisierung gegen den G7-Gipfel in Paris und für die Schuldenstreichung fand im Rahmen der Kampagne « Es reicht » statt und wurde zum Ausgangspunkt für CADTM.

(5) Um ehrlich zu sein, Evo Morales hat einen Vorgänger: den mexikanischen Präsidenten Benito Juárez, der in den 1860er Jahren die öffentliche Auslandsverschuldung ablehnte. Dies brachte ihm die Intervention der europäischen Armeen ein, die den Kaiser Maximilian von Österreich an die Macht brachten.

(6) Gestützt auf die Weltbank und den IWF, hatte dieser vom mexikanischen Kongress die Zustimmung zu einer Verfassungsänderung erreicht, um die Gemeinschaftsgüter privatisieren zu können (auf spanisch « el ejido » genannt).

(7) Das hat das Komitee zur Annullierung der Schulden der Dritten Welt CADTM veranlasst, seine Zeitung «Die anderen Stimmen des Planeten » zu nennen.

(8) Siehe das Dossier von CADTM zum Gegengipfel in *CADTM-GRESEA, Weltbank, IWF, WTO : Es reicht !, vierteljährliche Publikation des CADTM, 3. Quartal 1995*, S. 42-74

(9) Die studentischen Proteste haben in Peru zum Sturz des Diktators Alberto Fujimori im November 2000 geführt.

(10) Zehnmonatiger Streik an der Universität UNAM in Mexiko von April 1999 an.

(11) Proteste der Studenten in den Universitäten zu Themen der Gesellschaft und starke Beteiligung an globalisierungskritischen und Antikriegs-Mobilisierungen.

(12) Massive Beteiligung junger Menschen an den Mobilisierungen gegen die Globalisierung und gegen den Krieg in den Jahren 2000-2004.

(13) Massive Beteiligung junger Menschen an den Mobilisierungen gegen die Globalisierung und gegen den Krieg in den Jahren 2000-2004.

(14) Kampf der Studenten gegen den Vertrag zur Erstbeschäftigung und verschiedenen Universitätsreformen. Unruhen in den Vorstädten.

(15) Kampf der Studenten 2006-2007 gegen die Privatisierung der Universitäten.

(16) Proteste von Schülern, genannt « die Pinguine », gegen das Reformvorhaben der sozialistischen Regierung von Bachelet 2006.

(17) Bayly, C. A. (2004), *Die Geburt der modernen Welt (1780-1914)*, Les Editions de l'Atelier/Éditions Ouvrières, Paris 2007, 862 S., S. 245. Die Rebellion der Taiping und deren Repression kosteten 20 Millionen Menschenleben, so Bayly. 1850 zählte China 450 Millionen Einwohner.

(18) Die Internationale Vereinigung der Arbeiterschaft, bekannt als **1. Internationale** wurde 1864 vor allem von Karl Marx und Friedrich Engels gegründet. Hier finden sich «anti-autoritäre» Strömungen (die internationale Strömung von Michael Bakunin), Marxisten und auch Anhänger von Pierre-Joseph Proudhon..., arbeiten politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aktivisten zusammen. Die 1. Internationale bricht nach dem Scheitern der Pariser Kommune 1871 auseinander. In den Statuten von 1864 (redigiert von Karl Marx) bekräftigt die Internationale, dass « die Emanzipation der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein muss ».

Die **2. Internationale** wurde 1889 vor allem auf Initiative von F. Engels gegründet. War sie anfangs von marxistischen Ideen beeinflusst, entwickelte sie sich zunehmend in Richtung gemäßigter Positionen. Ein Punkt ohne Wiederkehr war erreicht, als die Parteien der 2. Internationalen im August 1914 beim Ausbruch des 1. Weltkrieges entgegen gesetzte Positionen einnahmen.

Die 2. Internationale existiert noch heute unter dem Namen Sozialistische Internationale, sie versammelt die wichtigsten sozialistischen Parteien von der deutschen SPD über die spanische PSOE bis zur Partei des tunesischen Präsidenten Ben Ali (siehe die Homepage der Sozialistischen Internationale (<http://www.socialistinternational.org/maps/french/fafrica.html>), die israelische Arbeiterpartei, die Radicale Bürgerunion in Argentinien oder die FSLN in Nicaragua, die französische PS.

Die 1919 von Lenin gegründete **3. Internationale** wurde mehr und mehr ein ausenpolitisches Instrument des stalinistischen Regimes und wurde 1943 von Joseph Stalin aufgelöst.

Die **4. Internationale** wurde 1938 in Frankreich durch Leon Trotzki gegründet, wegen der bürokratischen Degeneration des diktatorischen Sowjetregimes und der Unfähigkeit der 3. Internationalen, effektiv gegen den Faschismus und die Franco-Diktatur zu kämpfen. Im Widerstand gegen die kapitalistische Globalisierung sind mehrere Organisationen und internationale Strömungen aktiv, die sich der 4. Internationale zurechnen.

(19) www.forumsocialmundial.org.br/main.php?cd_language=3&id_menu=4

(20) Abdalá Bucaram im Februar 1997, Jamil Mahuad im Januar 2000, Gustavo Noboa im Januar 2003, Lucio Gutiérrez im April 2005

(21) **Simón Bolívar** (1783-1830) war einer der ersten, die versucht haben, die Länder Lateinamerikas zu vereinigen um daraus eine einzige unabhängige Nation zu bilden. Nach langen Kämpfen hat er es erreicht, dass Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien von der spanischen Herrschaft befreit wurden. Er wird als ein Held verehrt und seinen Namen kann man an vielen Stellen in Lateinamerika sehen.

(22) **Túpac Amaru**, Inca Quechua, und seine Anhänger kämpften ohne unterlass gegen die Konquistadoren im 16. Jahrhundert. Er wurde von der spanischen Armee gefangen genommen, zu Tode verurteilt und gevierteilt auf dem großen Platz in Cuzco am 24. September 1572.

[23] **Túpac Katari**, Aymara-Indianer (1750-1781) hat eine Armee von 40.000 Kämpfern aufgestellt, die 1781 nach La Paz gezogen sind. Die Kolonialherrscher haben zwei Jahre gebraucht, um den Aufstand zu unterdrücken, der von der indianischen Bevölkerung stark unterstützt wurde. Die spanischen Besatzer haben ihn durch Vierteilung hingerichtet. Vor seinem Tod soll er gesagt haben: "a mi solo me mataréis, pero mañana volveré y seré millones" (Ihr werdet mich töten aber ich werde zurückkehren – in Millionen verkörpert). Seine Gestalt hat die bolivianischen sozialen Kämpfe der letzten Jahre inspiriert.

(24) S. den Verfassungsentwurf von Dezember 2007

http://www.forumsocialmundial.org.br/noticias/textos.php?cd_news=464,

Übersetzung: Lena Bröckl, Michèle Mialane, coorditrad

Eric Toussaint ist Präsident der internationalen Organisation CADTM („Comité pour l'Abolition de la Dette du Tiers Monde», Komitee zur Streichung der Schulden der Dritten Welt), www.cadtm.org.

Er ist auch Mitglied des Internationalen Rats des WSF und vom wissenschaftlichen Beirat von Attac Frankreich

Francine Mestrum

10 Jahre WSF: Ein andere Welt ist im Entstehen!

Februar 2010

Es sollte immer wieder betont werden: keiner kann jemals eine endgültige und umfassende Einschätzung eines Weltsozialforums haben. Da es immer hunderte von Seminaren gibt, kann man nur über die Eindrücke sprechen, die man in den jeweils besuchten Seminaren gewonnen hat. Dies gilt auch für die jüngste Veranstaltung in Porto Alegre, zehn Jahre, nachdem das erste Welt-Sozialforum dort organisiert wurde. Die Brasilianer halten es deutlich für ‚ihr‘ Forum und es war sehr gut organisiert in der Stadt Porto Alegre und in einigen benachbarten Orten, mit sowohl vorgeplanten und selbstorganisierten Seminaren.

Die organisierten Veranstaltungen sind eine erfolgreiche Formel. Dort wurden zehn Jahre WSF eingeschätzt und die heutige politische, wirtschaftliche und soziale Situation analysiert.

Vor den Veranstaltungen in Porto Alegre versammelten sich die sozialen Bewegungen in Sao Paulo und nach dem WSF in Porto Alegre fand ein thematisches Sozialforum in Salvador de Bahia statt. Interessant ist es festzustellen, dass beide Veranstaltungen von denjenigen organisiert wurden, die den WSF-Prozess eher kritisch sehen, aber dennoch waren alle in Porto Alegre anwesend, da das WSF unbestreitbar zu einem ‚guten Markenzeichen‘ wird, das niemand verpassen möchte.

Mit den Veranstaltungen in Porto Alegre begann ein wichtiges Übergangsjahr mit mehr als dreißig Veranstaltungen in aller Welt, die mit dem WSF 2011 in Dakar, Senegal gipfeln werden. Und es sieht für die Zukunft gut aus. Ein neuer Optimismus war deutlich spürbar, die Mobilisierung war stark, die Leute sahen glücklich aus...

Dies bedeutet nicht, dass es nichts zu kritisieren gab. In der Eröffnungssitzung, bei der eine Einschätzung des WSF erfolgte, wurde sechs brasilianischen Männern und drei nicht-brasilianischen Frauen das Wort erteilt. Dies zeigt deutlich, dass die neue politische Kultur nur kommen kann, wenn die Leute sich ändern, wenn jeder Einzelne sich selbst ändert, wie Candido Grzyboski es wieder einmal sagte, und dass es noch nicht so weit ist.

Chico Whitacker erinnerte uns an die Ziele des WSF. Das ursprüngliche Ziel war es, einen neuen politischen Akteur

zu erschaffen, als Widerpart zum Weltwirtschaftsforum in Davos.. Vor allem galt es, die Vielfalt zu berücksichtigen, man trachtete nicht nach einer einheitlichen politischen Auffassung, sondern man wollte auf die verschiedenen politischen Botschaften im Rahmen des Anti-Neoliberalismus und des Kampfes gegen den zerstörerische neoliberale Globalisierung zu hören. Es ist ein offener Raum mit einer breiten kulturellen Perspektive, mit dem Ziel, weltweite Allianzen und Netzwerke zu schmieden. Es geht darum, die Zersplitterung der Zivilgesellschaft zu überwinden.

Joao Stedile vom MST zeigte auf, was er für das Versagen des WSF-Verfahrens hält: den Mangel an einenden Ideen, an massiven internationalen Initiativen und Aktionen und den Mangel an einem realen antiimperialistischen Raum. Lasst uns unsere Augen öffnen, betonte er, die internationalen Strukturen sind gegen uns und die einzige Institution, die sich derzeit nicht in einer Krise befindet, ist das Militär. Es ist die Krise innerhalb unserer eigenen Bewegungen, innerhalb der Linken, die die Entstehung einer Gegen-Hegemonie verhindert.

Die uruguayische Feministin **Lilian Celederti** hielt eine beeindruckende Rede und betonte, dass soziales und politisches Bemühen aus sich selbst heraus Freiheit schafft. Um den Raum der Vielfalt muss man sich ebenfalls ständig bemühen, er muss ständig geschaffen werden. Wir müssen Hoffnung aufbauen, da Hoffnung nicht einfach an der nächsten Ecke wartet. Unsere Gesellschaften bleiben sexistisch, rassistisch und individualistisch. Wir müssen gemeinsam mit den Männern ein Konzept der Fürsorge entwickeln, für unsere Gesellschaften und für unseren Planeten. Was uns in Porto Alegre zusammenbringt, ist unser Verlangen nach einer neuen Welt und einer neuen politischen Kultur.

Die Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 und die damit einhergehenden sozialen Mobilisierungen übten einen deutlichen Einfluss auf die Veranstaltungen in Porto Alegre aus. Die altermondialistischen Bewegungen und die Umweltschützer trafen sich und versuchten, ihre Alternativen auf eine konkrete und fassbare Art und Weise zu formulieren. „Eine andere Welt ist möglich“ wird zu „eine andere Welt ist notwendig“ und sogar „Kapitalismus ist nicht nachhaltig“. SiG-SN 2010 „Was wir wollen“ - Seite 57

Dieser sehr einfache Spruch ist sehr stark und man wundert sich, dass niemand anders dies je zuvor gedacht hat. Aber es bedeutet, dass unser Bemühen nicht um das Integrieren von mehr Menschen in ein bestehendes System gehen kann, sondern um den radikalen Wandel des Systems. Die neue Welt, die aufgebaut wird, soll radikal demokratisch, repräsentativ, partizipativ und lokal sein. Demokratie muss demokratisiert werden. Dies wird eine revolutionäre Strategie für die alltäglichen Kämpfe werden.

Wir brauchen für die Welt andere Denk- und Ausdrucksweisen, die von einer interkulturellen Perspektive ausgehen. Indigene Völker Lateinamerikas reden nicht vom ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘, aber sie fordern Respekt für ihre Rechte, ihre Würde und für ‚buen vivir‘, für das „gute Leben“. Und offensichtlich meinen sie damit dasselbe wie die weißen Menschen. Es bedeutet, dass die altermondialistische Bewegung in vielen Sprachen redet, mit vielen Zungen, um eine vielfältige Zukunft aufzubauen.

Laut **Boaventure de Sousa Santos**, einem portugiesischen Sozialwissenschaftler, werden fünf oder sechs hauptsächlich Änderungen benötigt.

Die erste ist, dass wir nicht auf eine große Revolution warten sollten, sondern dass wir unsere Freiheit Tag für Tag verteidigen müssen. Unsere Unterschiede sind nicht so wichtig wie die gigantische Kluft, die uns trennt von ‚denen‘, die mit paramilitärischer Macht eine rechtsgerichtete Revolution vorbereiten.

Die zweite Aufgabe ist die Verteidigung und Stärkung unseres demokratischen Systems.

Drittens müssen wir für die Entkolonialisierung unseres Denkens kämpfen.

Viertens, haben wir für echte Gleichberechtigung zwischen allen, Männern und Frauen, Kulturen, schwarz, weiß und einheimische Völker zu kämpfen. Wir müssen die Subjekte statt die Objekte unserer Menschenrechte werden.

Fünftens, müssen wir uns bewusst werden, einsehen, dass niemand sagen kann, was ein ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘ genau bedeutet. Das Allerwichtigste

aber ist, dass wir versuchen, eine bessere Welt aufzubauen.

Schließlich brauchen wir ein besseres Gleichgewicht zwischen Menschheit und Natur.

Drei Konzepte können für unsere Aktionen als Anleitung dienen, laut Sousa Santos: Dekomodifizierung, Demokratisierung und Entkolonialisierung.

Eine zivilisatorische Krise

Alle Teilnehmer in Porto Alegre sehen jetzt ein, dass die Krise weitaus mehr ist als eine nur finanzielle und wirtschaftliche. Der Kapitalismus hat versagt und zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit sehen wir, dass er jetzt den Planeten zerstört und das Überleben seiner Bewohner bedroht.

Die Krise zu lösen heisst, den Kapitalismus aufzugeben. Manche nennen es Postkapitalismus, andere nennen es Sozialismus oder sogar Kommunismus, während andere von der Auferstehung lokaler Gemeinschaften träumen.. Aber niemand möchte anderen ein einheitliches Modell auferlegen.

Bevor wir jedoch mit dem Aufbau einer neuen Welt beginnen, meint **Edgardo Lander**, ein Sozialwissenschaftler aus Venezuela, werden wir zwei Hauptthemen beseitigen müssen.

Das erste wäre eine der Haupt"errungenschaften" des Kapitalismus, wonach materieller Konsum einen frei macht. Um diese Auffassung aufzugeben bedarf es einer kulturellen Revolution. Das bedeutet nicht, dass wir individuelle Rechte aufgeben müssen, sondern den Glauben an eine falsche Autonomie. Wir müssen die Beziehungen, das Verhältnis zwischen Männern und Frauen, ihrer Gemeinschaften und Natur vollkommen neu gestalten.

Der zweite Punkt ist, dass Kapitalismus mit unserem Fortleben nicht kompatibel ist. Der Planet kann ein grenzenloses Wachstum nicht vertragen. Wie in der neuen Verfassung von Ecuador festgelegt wird, soll das Ziel jedes wirtschaftlichen Handelns das Leben sein und die Reproduktion von Leben. Dies bedeutet eine andere wirtschaftliche Organisation

und kann zur Abschaffung der gegenwärtigen extremen Polarisierung beitragen

Wallerstein warnte uns bereits, dass wir nicht wissen, was uns bevorsteht, es kann besser oder es kann schlimmer sein, daher müssen kämpfen.

Laut Lander kann der Sozialismus des 21. Jahrhunderts nicht ohne eine grundsätzliche Analyse der vergangenen Fehler zu Stande kommen. Dem Sozialismus in Ost-Europa mangelte es deutlich an einer demokratischen Dimension, während er das wissenschaftlich/technologische Modell des Kapitalismus übernahm. Diese Analyse ist immer noch nicht erstellt und das bedeutet, dass die so genannten linken Regierungen Lateinamerikas immer noch Gefangene des alten Modells sind. Venezuela ist von seinem Öleinkommen abhängig und Brasilien hat das Monsanto-Modell des genetisch manipulierten Sojas übernommen. Es gibt immer noch keinen neuen Sozialismus.

Wenn wir wirklich ein besseres Modell aufbauen möchten, müssen wir unser Wissensmodell verändern und wir werden eine radikale Umverteilung organisieren, um jedem einen Zugang zu allen öffentlichen Gütern zu verschaffen.

Das ist die Hauptaufgabe des Welt-Sozialforums. Wir haben innerhalb des Rahmens unserer großen Vielfalt zu arbeiten, in der Erkenntnis, dass unsere Lösungen niemals zu einem weltweiten Modell führen werden. Aber Altermondialisten wissen, dass die Wurzeln der Probleme, die sie zu lösen versuchen, keine Grenzen haben. Und das bedeutet, dass man nicht nach Porto Alegre gehen muss, um ein Altermondialist zu sein. Es gibt nur eine einzige Bedingung: leg Deine eigenen privaten Glaubenssätze beiseite, damit Du versuchen kannst, mit anderen zusammenzuarbeiten. Man kann ein Altermondialist in Brüssel, in Rio, in Kalkutta und im kleinsten Dorf Frankreichs, Mexikos oder Marokkos sein.

Fragen, die ungelöst bleiben

Zwei wichtige Fragen sind bis jetzt nicht beantwortet. Die erste betrifft die Artikulierung auf unterschiedlichen Ebenen, von lokal hin bis zu national, regional und global. Es werden eine Reihe von Veranstaltungen über das ganze Jahr 2010 organisiert und sie sollten einige erste Elemente für Antworten liefern. Wenn das klappt, wird Dakar 2011 ein

großer Erfolg sein, wenn die angehäuften Erfahrungen berücksichtigt werden.

Die zweite Frage ist wichtig für all diejenigen, die versuchen, Machtverhältnisse umzukehren. Wie kann das erreicht werden und wie soll damit umgegangen werden? Besonders für den alten und reichen europäischen Kontinent ist das eine grundlegende Frage. Wie überzeugt man Leute, dass man nicht zwei Autos braucht und nicht zweimal im Jahr jenseits des Ozeans Urlaub zu machen hat? Dieses ‚Luxusproblem‘ führt zu einer Patt-Situation. Wie die Linke neu erfinden, wenn die Leute so viel zu verlieren haben? Dies erklärt die Kluft zwischen den europäischen Sozialbewegungen und den sehr dynamischen in Lateinamerika, in Afrika und Asien. Niemand schaut mehr nach Europa, um Antworten zu erhalten. Dies ist eine sehr ernste Herausforderung für alle europäischen Bewegungen.

Abschließend glaube ich, dass Porto Alegre 2010 der Anfang von etwas Neuem sein kann. Eine neue Synthese und ein neues politisches Gewissen sind zu Stande gekommen und sollten jetzt voll für die kommenden Veranstaltungen genutzt werden. Chavez Initiative für eine 5. Internationale könnte dem Weltsozialforum einen neuen Impuls geben, ein neues Gefühl der Dringlichkeit den Raum des simplen Netzwerkes zu verlassen und ein Raum der Aktion und der politischen Botschaften zu werden. Die Charta der Prinzipien ermöglicht das. Neue Vorschläge müssen diskutiert werden.

Das Welt Sozial-Forum-Verfahren hat alles was es braucht, um **sich neu zu erfinden** und sich zu verbessern. Berücksichtigung eines echten Gleichgewichts der Geschlechter wird ein erstes Element seiner Bereitschaft dazu sein. Die Schaffung eines Raums für politische Botschaften und mögliche Aktionen kann eine Haupterrungenschaft von **Dakar 2011** sein. Porto Alegre 2010 hat gezeigt, dass eine kluge Verbindung von geplanten und selbst-organisierenden Veranstaltungen sehr nützlich sein kann. Wir sollten jetzt beginnen, eine bessere Strategie vorzubereiten.

http://www.forumdesalternatives.org/EN/readarticle.php?article_id=7896

Susan George

10 Jahre später

Vortrag am Seminar „Ten years later“, Porto Alegre, 25.-29. Januar 2010

Das WSF muss daran arbeiten, die Allianz der sozialen Bewegungen mit den Umweltschützern, welche in Kopenhagen gebildet wurde, zu verstärken und zu vertiefen und diese Allianz zu erweitern, um auch Friedensorganisationen mit einzubeziehen.

Obwohl die Treffen des Weltsozialforums immer Anlass zur Hoffnung sind, hat niemand von uns Grund zu feiern, wenn man auf das soeben vergangene Jahr zurückblickt. Die Ereignisse von 2009 gipfelten in der Kopenhagener Katastrophe – außergewöhnlich schlechte Nachrichten für die Menschheit – doch waren darunter auch zwei enttäuschende G20-Treffen, deren klares Ziel es war, so schnell wie möglich zum business as usual zurückzukehren. Um den Internationalen Währungsfond vor dem Aussterben zu bewahren, haben die G20 dem IWF 750 Milliarden Dollar Steuergelder ohne irgendwelche Bedingungen zugesprochen. So kann der Fond seinen Opfern einmal mehr drastische Struktur Anpassungsmaßnahmen aufzwingen. Es gab eine kurze nervöse Aufregung um Steuerparadiese – doch die G20 hat die Dinge so arrangiert, dass sich keines dieser Paradiese Sorgen machen musste und machte die lächerliche Verlautbarung, dass sich keine Länder mehr auf der schwarzen Liste der OECD befinden. .

Währenddessen haben die Banken, welche von ihren jeweiligen Regierungen von den Toten erweckt wurden, schnurstracks wieder die alten Wege eingeschlagen. Die Billionen Steuergelder wurden teilweise zurückgezahlt, doch das heißt nicht, dass irgendetwas besser wird. Vielleicht werden ein paar marginale Änderungen, was die Regulierung anbelangt, eingeführt. Doch werden den größten Finanzinstituten bestimmt keine Restriktionen von der Art der „Glass-Steagall“-Gesetze (1) aufgezwungen. Diese Banken sind „too big to fail“, jedoch nicht „too big to bail“ (nicht zu groß, um von der Regierung gerettet zu werden). Das US-Bankensystem gab über 5 Milliarden Dollars für Lobbying aus, um einige Duzend Regulierungen abzuschaffen. Die Finanzkrise war die direkte Folge ihrer Bemühungen. Anfang 2009 hielten Experten, die fast alle die Finanzkrise nicht vorausgesagt hatten, die schwache und

falsche Entschuldigung bereit: „Niemand sah das kommen“. Am Ende desselben Jahres verkündeten sie genauso einstimmig: „Die Krise ist vorbei.“ Beides ist falsch: Viele Leute sahen die Krise kommen, wurden jedoch überhört. Und die Krise ist überhaupt nicht vorbei, außer der halbherzigen Erholung von einigen Aktienmärkten. Den Banken jedoch geht es sehr gut, danke: Im November 2009 hat Goldman Sachs jeden Tag 100 Millionen Dollar gescheffelt.

Da die G20-Staaten offiziell die G8-Staaten ersetzt haben, fragte man sich im Voraus, ob die Präsenz der BRIC-Staaten die Beschlüsse irgendwie beeinflussen würde. Nun wissen wir es: Offensichtlich sind die Neuen so dankbar dafür, dass sie mit dem Altherrenclub am selben Tisch sitzen dürfen, dass sie implizit garantieren, keine hohen Wellen zu schlagen. Die 172 abwesenden Länder können wenig bis nichts von dieser neuen Konstellation erwarten. Und falls sie eine Bestätigung für ihre Bedeutungslosigkeit gebraucht hätten, hat Kopenhagen ihnen diese in aller Deutlichkeit geliefert.

(...) Abgesehen vom Banken- und Aktienmarkt jedoch ist die Krise definitiv noch nicht vorbei. Die Arbeitslosigkeit nahm erheblich zu, wie auch die prekäre Arbeit. Ungleichheiten waren noch nie so groß, weder zwischen noch innerhalb der Länder. Die Banken vergeben den bankrotten kleinen und mittleren Unternehmen keine Kredite. Der starke Anstieg der Nahrungsmittelpreise 2008, der 100 Millionen Menschen zusätzlich in chronischen Hunger trieb, wurde größtenteils durch die Ersetzung des Nahrungsmittelanbaus durch Agrartreibstoff-Anbau in den USA und in Europa und vor allem durch Spekulation auf den Rohstoffmärkten verursacht. Diese unerhört hohen Preise sanken Ende 2008 ein wenig, stiegen 2009 jedoch wieder und verfolgen jetzt einen Aufwärtstrend. (...)

Die Schlussfolgerungen, welche man aus dem besorgniserregenden Zustand der Wirtschaft ziehen kann, scheinen mir die folgenden zu sein. Der Triumphzug des Neoliberalismus geht weiter und er bleibt für eine winzige Minderheit, die von den Regierungen der G20-Staaten großzügig unterstützt wird, hoch profitabel. Es gibt

keine Anzeichen, dass diese Staaten irgendetwas Ernsthaftes gegen die Wünsche der Banken unternehmen.

Wenn wir uns die Organisation der **Welt** als **konzentrische Kreise** oder Kugeln vorstellen, dann wäre der erste und einflussreichste Kreis ganz bestimmt der **Finanzsektor**, der nun größtenteils von der realen Wirtschaft abgekoppelt ist. Mehr als 80 Prozent der Finanzkredite gehen an den Finanzsektor selbst, nicht an die Produktion, Verteilung oder Konsum.

Der nächste Kreis ist die **Realwirtschaft**, welche frei ist, sich dorthin zu bewegen, wo die Lohnkosten und die Steuern am tiefsten sind.

Finanzsektor und Realwirtschaft regulieren zusammen die **Gesellschaft** und diktieren ihr, wie sie sich zu organisieren hat - und bestimmt nicht so, dass sie die Bedürfnisse der Bürger befriedigen würde. Schlussendlich und am wenigsten wichtig in diesem Schema ist die **Umwelt**. Kopenhagen hat wieder einmal bewiesen, dass dieser am wenigsten wichtige Kreis der Ort bleibt, von dem wir unsere Rohmaterialien, inklusive Öl, Erdgas und Kohle, nehmen und in dem wir unsere Abfälle deponieren.

Vorschläge

Die Herausforderung für das WSF und für alle diejenigen, die – bewusst oder unbewusst – das gleiche Ziel verfolgen, ist, **die Ordnung dieser Kreise oder Kugeln umzukehren**, so dass die Umwelt als das angesehen wird, was sie ist: die Voraussetzung für die Möglichkeit der kontinuierlichen Existenz der Menschen und der Zivilisation. Wir müssen die Einschränkungen, welche uns der Planet auferlegt, akzeptieren, denn wir können sie nicht ignorieren und gleichzeitig erwarten, zu überleben.

Als zweites kommt die Gesellschaft: Sie muss demokratisch organisiert werden und zwar so, dass die Grundbedürfnisse von Allen anerkannt und befriedigt werden. Die logische Konsequenz davon ist, dass der öffentliche Dienst ausgebaut werden muss; es muss mehr Beschäftigung und weniger Ungleichheit geben. Die Wirtschaft muss so organisiert werden, dass die Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigt werden. Es muss viel

mehr kooperative Unternehmen geben. Der Markt bleibt ein wichtiges Instrument und funktioniert nach den traditionellen Kräften von Angebot und Nachfrage. Denn Märkte können effizient sein und Innovation fördern, solange sie reguliert sind. Zentrale Planung à la soviétique ist unnötig. Doch gezielte Staatsausgaben werden dafür eingesetzt, die Entwicklung von bestimmten, vor allem von grünen Industriezweigen und Wirtschaftsaktivitäten zu fördern. Der Finanzsektor schlussendlich muss ein Instrument sein, das der Wirtschaft zur Verfügung steht, und nicht ihr Meister.

Das ist grob gesagt der Rahmen, den – wie ich glaube – das WSF anstreben sollte. Ich habe viele konkrete Vorschläge, die ich darlegen könnte:

- Eine wenigstens teilweise vorgenommene Nationalisierung und **Sozialisierung aller Banken**, die öffentliche Gelder bekommen. Sie sollten gezwungen werden, Kredite zu Beschaffungskosten an kleine und mittlere soziale und „grüne“ Unternehmen zu vergeben, um die Umstellung zu einer Wirtschaft der erneuerbaren Energie und der kooperativen Verwaltung zu beschleunigen.
- **Grüne Infrastrukturprojekte**, die keynesianischen Regeln befolgen und Arbeitsplätze schaffen, finanziert durch spezielle Anleiheemissionen. [In Europa würde das heißen, dass man das Wesen der Europäischen Zentralbank ändern müsste.]
- Die Debatte über **Einkommensbeschränkungen** beginnen. Wenn der am wenigsten Verdienende 100 Euro bekommt, was soll dann der am meisten Verdienende bekommen? 500, 1000, 10'000 Euro? Es gibt unzählige Studien über die Armen, jedoch nicht über die Reichen.

- Internationale Kampagnen zum Thema „**Steuerparadiese**“. Auch über internationale Besteuerung, inklusive Steuern auf Finanztransaktionen aller Art. Die Profite von Finanztransaktionen sollten zumindest teilweise für Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels in armen Ländern verwendet werden. Dann muss man Reichen die Steuern wieder auferlegen, die der Neoliberalismus abgeschafft hat. Mit diesen Einnahmen kann man dann die öffentlichen Aufgaben finanzieren.
- Ein internationales Buchhaltungssystem, welches **Verrechnungspreistricks** aufdeckt und dadurch diese ausschließt und ebenfalls die Repatriierung des Kapitals von transnationalen Kapitalgesellschaften verunmöglicht.
- Wiederinstandsetzung [oder in Europa: Einführung] von Glass-Steagall-artigen Gesetzen, d.h. Trennung von **Bankenfunktionen**. Die Kredite müssen als öffentliches Gut ansehn und unter strenge Regeln gestellt werden. Wiedereinführung von den verschiedenen Regulierungsmaßnahmen, die in den letzten 10 bis 15 Jahren abgeschafft wurden – vor allem auf den Rohstoffmärkten.
- **Schuldentilgung** bei Wiederaufforstung und Erhaltung der Biosphären in den ärmsten Staaten (LDC -Staaten).

Das einzig Gute, was bei Kopenhagen herauskam, war die Zementierung der Partnerschaft zwischen den sozialen Bewegungen und den Umweltaktivisten. Alle scheinen nun endlich zu verstehen, dass sie nicht alleine gewinnen können. Das WSF muss daran arbeiten, diese Allianz zu stärken und zu vertiefen und muss versuchen, die **Friedensorganisationen** in diese Allianz miteinbeziehen. Unsere Regierungen werden nichts tun, außer wenn wir sie dazu zwingen.

Ich glaube weiterhin, dass das WSF einen jährlichen Aktionstag in jedem Land anstreben sollte. Er sollte dasselbe Ausmaß wie die Anti-Irakkrieg-Demos am 15. Februar 2003 annehmen. Wir brauchen ein allgemeines, weit gefasstes Thema mit einem einfachen und verständlichen Slogan (zum Beispiel Arbeit, Klima, Gerechtigkeit...) und viele Ideen aus der ganzen Welt, die zu originellen, fernsehfrendlichen Aktionen aufrufen, welche jeder mit einem Minimum an Material machen kann. Alle Journalisten, die ich treffe, sagen als Erstes, dass die Bewegung tot sei. Nun, sie ist nicht sichtbar und wir haben 2009 vielleicht eine gewaltige Chance verpasst. Ich möchte daran glauben, dass 2010 besser sein kann, fokussierter, kräftiger, zielgerichteter, und dass wir anfangen, etwas zu ändern.

Susan George ist Mitglied des Transnational Institute(TNI), Präsidentin des TNI-Ausschusses und Ehrenpräsidentin von AT-TAC-Frankreich.

<http://www.tni.org/article/ten-years-later-challenges-and-proposals-another-possible-world>

*(1) Glass-Steagall Act ist die Bezeichnung zweier Bundesgesetze der Vereinigten Staaten. Das erste Gesetz wurde am [27. Februar 1932](#) von Präsident [Herbert C. Hoover](#) erlassen und diente der Eindämmung der [Deflation](#) während der [Großen Depression](#). Das bedeutendere zweite Gesetz wurde am [16. Juni 1933](#) von Präsident [Franklin D. Roosevelt](#) erlassen, um **die Geschäftsaktivitäten der Banken, die Kundengelder verwalteten und derjenigen, die im Investmentgeschäft aktiv waren, zu trennen**. Die Abschaffung dieses Gesetzes unter der ehemaligen Regierung von [Bill Clinton](#) wird heute mitverantwortlich gemacht für die Kredit- und Finanzkrise. (SiG-Red.)*

Einige Web-Seiten

Weltsozialforum: http://www.forumsocialmundial.org.br/dinamic.php?pagina=strategy_debate_en
Deutschsprachige Seite: <http://weltsozialforum.org/>

Europäisches Sozialforum: <http://www.fse-esf.org/>
Sozialforum in Deutschland: http://sfid.info/d_sf/index.html
Sozialforum in Österreich: <http://www.asf2008.at/>

CADTM : <http://www.cadtm.org>,

Forum mondial des Alternatives : <http://www.forumdesalternatives.org>

Focus on the South, : <http://focusweb.org>

Forum du tiers monde, www.forumtiersmonde.net

Weitere Artikel zum Weltsozialforum:

[Sand im Getriebe](#) Nr. 80, 79, 72, 65, 64, 58, 52, 50, 49, 42, 41, 32, 31, 30, 18
<http://sandimgetriebe.attac.at> (einzelne Artikel) oder PDF-Version ([Liste](#))

Walden Bello

Zehn Jahre nach Seattle: Nur durch Aktionen wird Wahrheit zu Realität

Weltwirtschaftsgipfel 1999. Die Globalisierung schien sich so rasch zu vollziehen, dass sie alles vor sich her schob, auch die Wahrheit. Doch in Seattle machten Frauen und Männer - durch kollektive Aktionen - die Wahrheit real.

Dass die Globalisierung hinsichtlich ihrer drei Versprechungen - Eliminierung der Armut, Reduzierung der Ungleichheit und Beendigung der Stagnation von Staaten - gescheitert ist, wird heute allgemein akzeptiert. Die Wurzeln der aktuellen globalen Abwärtsspirale(1) liegen in einer von den Konzernen vorangetriebenen Globalisierung plus einer Finanzliberalisierung und einer Ideologie des Neoliberalismus, die Beides legitimierte. **Der Abwärtstrend hat der Globalisierung ihren letzten Sargnagel verpasst.**

Vor zehn Jahren war die Situation noch eine ganz andere. Ich erinnere mich an die triumphale Stimmung, die rund um das erste Ministertreffen der Welthandelsorganisation herrschte, das 1996 in Singapur stattfand. Damals sagten uns die Vertreter der USA und anderer "entwickelter" Nationen (2), die Globalisierung - mit den Konzernen als Motor - sei unausweichlich. Sie sei die Zukunftswelle. Die einzige Aufgabe, die es noch zu bewältigen gäbe, wäre eine "kohärentere" Politik von Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und WHO. Dies sei nötig, um die neoliberale Utopie einer integrierten, globalen Wirtschaft schneller umzusetzen.

Die Geschwindigkeit, mit der sich die Globalisierung entwickelte, schien alles vor sich herzutreiben - auch die Wahrheit. In dem Jahrzehnt, das dem Treffen von Seattle voranging, gab es viele Studien - inklusive Berichte der Vereinten Nationen - die infrage stellten, dass die Globalisierung und die Politik des Freien Marktes tatsächlich zu nachhaltigem Wachstum und Wohlstand führten. In Wirklichkeit legte die Datenlage nahe, dass die Globalisierung und die Politik des Freien Marktes Ungleichheit und Armut und wirtschaftliche Stagnation - vor allem im globalen Süden - konsolidierten (3). In den Augen der Gelehrten, der Presse und der Politiker, die pflichtschuldigst das neoliberale Mantra wiederholten, dass Wirtschaftsliberalisierung das Wachstum und den Wohlstand fördere, waren diese Zahlen jedoch "Annahmen" und nicht Tatsachen. **Die orthodoxe Sicht**, die in den Medien, in Klassenzimmern und politischen

Kreisen bis zum Erbrechen wiederholt wurde, lautete: Die Kritiker der Globalisierung sind moderne Maschinenstürmer (Ludditen). Sie verhielten sich wie jene, die während der Industriellen Revolution die Maschinen zerstörten. Oder man bezeichnete uns als Leute, die glaubten, die Erde sei flach - wie uns Thomas Friedman voller Verachtung brandmarkte.

Dann kam Seattle (4). Nach jenen aufregenden Tagen war in der Presse auf einmal von "der dunklen Seite der Globalisierung" die Rede, von Ungleichheit und Armut, geschaffen durch die Globalisierung. Wir erlebten auf spektakuläre Weise, wie Leute das Lager der neoliberalen Globalisierer verließen - wie etwa der Finanzier George Soros, der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz (5) oder der Starökonom Jeffrey Sachs. Der Rückzug der Intellektuellen aus der Globalisierung erreichte seinen Höhepunkt vor zwei Jahren, als ein Gremium von neoklassischen Ökonomen, unter Vorsitz von Angus Deaton (Princeton) und Ken Rogoff (ehemaliger Chefökonom des IWF), einen umfassenden **Report** verfasste, der sich sehr ernsthaft mit der Entwicklungsabteilung der Weltbank befasste - von der die meisten Behauptungen stammten, dass die Globalisierung und die Aufhebung von Handelsbeschränkungen zu weniger Armut, einem nachhaltigeren Wirtschaftswachstum und weniger Ungleichheit führen würden. In dem Report steht, diese Abteilung der Weltbank habe bewusst Daten manipuliert und/oder unbewiesene Dinge behauptet.

Stimmt - viele Ökonomen und Technokraten befinden sich nach wie vor auf dem neoliberalen Holzweg. **Doch bereits vor dem jüngsten globalen Finanzkollaps büßte der Neoliberalismus einen Großteil seiner Glaubwürdigkeit und Legitimität ein.** Was war geschehen? Nicht so sehr Untersuchungen und Debatten machten den Unterschied - sondern Aktionen. Die **Antiglobalisierungs-Aktionen** auf den Straßen von Seattle - mit Massen von Menschen - waren nötig (6). Sie interagierten auf synergetische Weise mit dem Widerstand der Repräsentanten der "Entwicklungsländer", die sich im Sheraton Convention Center befanden und mit der Randalie durch die Polizei. So kam es in Seattle zu jenem spektakulären Kollaps eines Ministertreffens der Welthandelsorganisation. **Aus Annahmen wurden Fakten - und Wahrheit.** Das **intellektuelle Debakel der Globalisierung durch Seattle** hatte sehr

reale Konsequenzen, denn heute gibt sogar der oberste Avatar der neoliberalen Ökonomie, die Zeitschrift 'Economist', zu, dass "die Integration der Weltwirtschaft an fast allen Fronten auf dem Rückzug ist". Ein Prozess der "**Deglobalisierung**" habe eingesetzt (7), der zuvor undenkbar gewesen sei, heißt es.

Seattle war etwas, was der Philosoph **Hegel** als "**welthistorisches Ereignis**" bezeichnet hätte. Die langfristige Lehre, die daraus zu ziehen ist, lautet: Wahrheit ist nicht nur irgendetwas da draußen, das objektiv und permanent existiert. Wahrheit wird durch Aktionen endgültig geformt, realisiert und ratifiziert. **In Seattle verwirklichten einfache Frauen und Männer die Wahrheit durch kollektive Aktionen.** Auf diese Weise brachten sie ein intellektuelles Paradigma zu Fall, das der Kontrolle durch die Konzerne in ideologischer Hinsicht als Schutz gedient hatte.

- 1) <http://www.yesmagazine.org/issues/the-new-economy/why-this-crisis-may-be-our-best-chance-to-build-a-new-economy>
- 2) <http://www.yesmagazine.org/issues/stand-up-to-corporate-power/who-will-rule>
- 3) <http://www.yesmagazine.org/new-economy/poverty-global-trade-justice-and-the-roots-of-terrorism>
- 4) <http://www.yesmagazine.org/people-power/the-world-turned-out-in-seattle>
- 5) <http://www.yesmagazine.org/new-economy/the-economics-of-happiness>
- 6) <http://www.yesmagazine.org/people-power/the-myth-of-activist-violence>
- 7) <http://www.yesmagazine.org/new-economy/the-virtues-of-deglobalization>



Walden Bello ist Träger des Alternativen Nobelpreises, Präsident der 'Freedom from Debt Coalition', Analyst des Instituts 'Focus on the Global South' und Mitarbeiter am 'Transnational Institute'.

Originalartikel:

<http://www.zmag.org/znet/viewArticle/23240>

Übersetzt von: Andrea Noll.

<http://www.zmag.de/artikel/zehn-jahre-nach-seattle>

Bernard Cassen

Auf dem Weg zu einer post-altermondialistischen Wende der Sozialforen?

4. Januar 2010

Die Weltsozialforen (WSF), die im Jahr 2000 angedacht wurden und deren erste Ausgabe im Januar 2001 in Porto Alegre stattfand, sind zu Treffpunkten mit großer Ausstrahlungskraft für die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen der Mehrzahl der Länder der Welt geworden, um dort die verheerenden Folgen des Neoliberalismus anzuprangern und Alternativen zu entwickeln und zu verbreiten. Aber ein gutes, erfolgreiches Modell nutzt sich mit der Zeit ab... Daher ist es notwendig, Brücken zu schlagen zu den politischen Kräften und jenen fortschrittlichen Regierungen, die die unmittelbaren Debatten der WSF hervorgegangenen Maßnahmen konkret umsetzen.

Keiner von denen, die damals in diesem kleinen Büro von Le Monde Diplomatique in Paris zugegen waren [1], wo am 16. Februar 2000 der Grundstein für das spätere Weltsozialforum gelegt wurde, hätte sich vorstellen können, dass damit ein neuer Akteur auf der internationalen politischen Bühne auftauchen würde. Alles ging dann sehr schnell, denn das erste WSF fand noch nicht einmal ein Jahr später in Porto Alegre, der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul [2] statt.

Dieser schnelle Übergang von der Idee zur Aktion war ein bemerkenswerter Erfolg, den man dem brasilianischen Organisationskomitee zuschreiben muss, das sich zu diesem Anlass gebildet hatte. In einem im August 2000 [3] veröffentlichten Artikel, der in entscheidender Weise dazu beitrug, dem künftigen Forum Glaubwürdigkeit zu verschaffen und international bekannt zu machen, schrieb Ignacio Ramonet: "Im Jahr 2001 wird Davos einen Konkurrenten haben, der den Planeten in seinem heutigen Zustand weitaus besser repräsentiert: das Weltsozialforum, das zum gleichen Zeitpunkt (vom 25. bis zum 30. Januar) in der südlichen Hemisphäre, in Porto Alegre (Brasilien) stattfinden wird." Auf der Grundlage der Kenntnisse, die er damals besaß, fügte er hinzu, dass "zwischen 2.000 und 3.000 TeilnehmerInnen erwartet würden, die die Hoffnungen ihrer jeweiligen Gesellschaften mitbrächten". Aber zur allgemeinen Überraschung kamen sechs Monate später fast 20.000 Delegierte in der Gaucha-Hauptstadt zusammen!

Die Negativreaktionen auf Davos waren ein

gewichtiger Faktor für diese Mobilisierung. Die gewollte Ähnlichkeit in den Bezeichnungen für beide Foren – Weltwirtschaftsforum oder World Economic Forum (WEF) für Davos, und Weltsozialforum für Porto Alegre – und die ebenso mit Bedacht gewählte Gleichzeitigkeit der Termine für beide Veranstaltungen hatten sich als entscheidende mediale Trümpfe erwiesen. Klaus Schwab, Gründer und Präsident des Forums von Davos, stellte dies mit bitteren Worten fest, als er sich über die „negative Aneignung“ des Rufs des WEF beklagte.

Weil **Davos die Macht und Arroganz der Finanzmärkte, die Missachtung der Demokratie und der Gesellschaft** symbolisiert, stellte dieses Treffen eine perfekte Zielscheibe für die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen dar. Im Januar 1999, mitten in der Sitzungszeit des WEF, hatten mehrere Organisationen, darunter das Weltforum der Alternativen (WFA) und Attac, in Zürich ein zweitägiges Seminar organisiert, mit einer anschließenden Pressekonferenz im der Schweizer Wintersportort. Thema dieser Pressekonferenz: "Das andere Davos". Aufgrund der massiven Polizei- und Militärpräsenz war in den engen und verschneiten Straßen der Stadt tatsächlich jegliche Demonstration praktisch unmöglich.

Die ersten WSF definierten sich somit in Abgrenzung gegen alles, was Davos darstellte. Sie prangerten den Neoliberalismus an und riefen zum Widerstand gegen seine Verbrechen auf. Sie reihten sich auch in die Fortführung der zapatistischen Kämpfe ein (insbesondere des intergalaktischen Treffens von **Chiapas** im Jahr 1996); in die Fortführung des siegreichen Kampfes von 1998 gegen das multilaterale Investitionsabkommen (**MAI**), das von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Geheimen ausgeheckt und dessen Text von Le Monde diplomatique in Frankreich veröffentlicht wurde; und natürlich in die Fortführung der großen Mobilisierung von **Seattle** gegen die Welt handelsorganisation (WTO) vom Dezember 1999 [4].

In einer zweiten Phase wurde die Bezeichnung der Foren aussagekräftiger, was sich lexikalisch in der Aufgabe des Begriffs "GlobalisierungsgegnerInnen" zu Gunsten des Begriffs „Altermondialisten“ ("GlobalisierungskritikerInnen") niederschlug. Also

indem man von der Ablehnung zur Formulierung eines Projekts überging, was auch besser dem Motto der Foren entsprach: "Eine andere Welt ist möglich." Diese Entwicklung ging ohne jegliche Veränderung am Statut des WSF von statten, das in der im Juni 2001 ausgearbeiteten Charta der Prinzipien niedergelegt ist. In diesem Grundlagendokument wird das Forum sowohl als ein Raum als auch ein Prozess definiert, und keinesfalls als ein festes Gebilde. Es geht darum, einen Raum zu öffnen für einen Austausch, einen Dialog für die Ausarbeitung von Vorschlägen, die Festlegung von Handlungsstrategien und die Vereinbarung von Koalitionen aller sozialen Akteurinnen und Akteure, die die neoliberale Globalisierung ablehnen. Aber jedes dieser Vorhaben verpflichtet nur die Organisationen, die sich einklinken wollen, und nicht die Gesamtheit der Organisationen, die auf dem Forum präsent sind.

Das WSF als solches nimmt also nicht Stellung, es gibt keine "Abschlussklärung" seiner Treffen; es gibt nur Texte, die auf dem WSF angenommen wurden, aber keine Texte des WSF oder seiner kontinentalen Ableger (wie das afrikanische Sozialforum, das europäische usw.). Dieses offene System hat es möglich gemacht, den Foren nach und nach neue Kräfte zuzuleiten – "reformistische" Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (NGO), indigene, feministische, ökologische, konfessionelle Bewegungen etc. –, die es akzeptierten, mit radikaleren Elementen ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen, aber sich nicht von ihnen vereinnahmen lassen wollten.

Von einem WSF zum nächsten wurden so Hunderte von Vorschlägen gemacht (mehr als 350 allein auf dem Forum von Porto Alegre im Jahr 2005), jedoch ohne Prioritätensetzung oder Verbindung zwischen ihnen. Alles was gegen das Prinzip der "Horizontalität" verstieß (alle Vorschläge haben den selben Status) und alles, was "vertikal" erschien (zum Beispiel eine Plattform, die verschiedene sich ergänzende, aber vereinzelte Vorschläge zusammenführen wollte), wurde von einer einflussreichen Fraktion der brasilianischen OrganisatorInnen der Foren und von NGO-Verantwortlichen bekämpft, die darin den Keim eines politischen Programms oder gar die Schaffung einer neuen Internationalen sahen!

So wurde das **Manifest von Porto Alegre**,

das einen Grundstock von 12 Vorschlägen bildet, welche aus Debatten hervorgegangen waren, Sinn machten und ein Projekt darstellten, und das am 29. Januar 2005 von 19 Intellektuellen (darunter zwei Nobelpreisträgern) [5] der vier Kontinente vorgestellt wurde, grundsätzlich von einer Reihe selbst ernannter HüterInnen der "Forums-Orthodoxie" kritisiert. Ein ähnliches Schicksal beschieden die selben Leuten später dem **Aufruf von Bamako**, einem programmatischen Dokument von globaler Bedeutung, das im Anschluss an ein Treffen des Weltforums der Alternativen (WFA) verfasst wurde, an dem 200 Intellektuelle und VertreterInnen sozialer Bewegungen teilgenommen hatten – mehrheitlich aus Afrika und Asien. Der Zeitpunkt dieses Forums in der Hauptstadt von Mali war der Vorabend des dezentralen WSF, das im Januar 2006 stattfand [6].

Wenn man die **Charta** der Prinzipien von 2001 so eng auslegt, wie es einige Leute machen, wären die Sozialforen dazu verurteilt, gegenüber den Strukturen der herrschenden Weltordnung Myriaden von Vorschlägen sehr unterschiedlicher Bedeutung in unübersichtlicher Reihenfolge zu präsentieren. Diese herrschende Weltordnung – Regierungen und multilateralen Institutionen (Weltwährungsfonds, Weltbank, Welt handelsorganisation, OECD), von der Europäischen Union ganz zu schweigen – zeigt aber einen unerschütterlichen Zusammenhalt, wenn es um die Oktroyierung neoliberaler Dogmen geht.

Dieser freiwillige Verzicht, auf der Grundlage einer gemeinsamen internationalen Plattform kollektiv Druck auf die Handelnden in der Politik auszuüben, ohne sich an Wahlen zu beteiligen, erklärt die Abnutzung des Modells der WSF, auch wenn die Foren weiter Zehntausende von TeilnehmerInnen aus der Umgebung anziehen, die oft aus Neugier kommen, wie dies in Belem im Januar 2009 der Fall war. Viele AktivistInnen fragen sich, welche konkreten politischen Antworten bei diesen Treffen gefunden werden und in welcher Weise sie zum Entstehen einer "anderen möglichen Welt" beitragen können.

Die Dinge sind komplizierter geworden, nachdem in Lateinamerika (Bolivien, Ecuador, Paraguay, Venezuela) **Regierungen** an die Macht gekommen sind, die aus Volksbewegungen hervorgegangen sind und natürlich nicht ohne Hochs und Tiefs konkret eine Politik des Bruchs mit dem Neoliberalismus verwirklichen, auf nationaler wie auch internationaler Ebene – so wie sie auf den Foren formuliert wurde. Welche Haltung soll man ihnen gegenüber einnehmen? Muss man mit ihnen solidarisch sein, sei es auch nur von Fall zu Fall? Oder muss man

mit verschränkten Armen dastehen und wegschauen unter dem Vorwand, dass es sich ja um Regierungen, also um dem Wesen nach Verdächtige handelt, die man daher auf Distanz halten muss.

Dieses Verhalten verweist auf eine verschwommene anarchistische, aber in zahlreichen Organisationen weit verbreitete Ideologie. Ihre Theorie ist vor allem von John Holloway in seinem Werk entwickelt worden, das den programmatischen Titel trägt: „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ [7]. Das Wort Macht fehlt übrigens im Vokabular zahlreicher dieser Akteurinnen und Akteure, es sei denn um es anzuprangern, sehr oft in Reaktion auf die totalitären Entartungen von Einheitsparteienstaaten. Hingegen erklärt man die Gegenmacht und den zivilen Ungehorsam zu den Haupthebeln der Veränderung. Eine solche Haltung wird leicht unhaltbar, wenn beispielsweise die Bolivarische Allianz der Völker unseres Amerika (ALBA), die 9 lateinamerikanische und karibische Staaten umfasst, beim Gipfel in Kopenhagen Positionen einnimmt, die mit denen der Klimagerechtigkeit fordernden NGO-Koalitionen übereinstimmen, und direkt den Kapitalismus in Frage stellt [8].

Der neue internationale Kontext wird es erforderlich machen – und das betrifft auch die Konzeption der Sozialforen –, **neue** Formen im Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen, politischen Kräften und progressiven Regierungen auszuloten. Ein Begriff wurde vorgeschlagen, um diese Entwicklung zu charakterisieren: der Post-Altermondialismus ersetzt, sondern eine mögliche Weiterentwicklung darstellt. Während des WSF in **Belem** trat ein erster Ansatz dieses post-altermondialistischen Vorgehens zu Tage: Im Dialog zwischen vier lateinamerikanischen Präsidenten – Hugo Chavez (Venezuela), Rafael Correa (Ecuador), Fernando Lugo (Paraguay) und Evo Morales (Bolivien) – und den VertreterInnen von sozialen Bewegungen des Subkontinents.

Dieser Dialog wird sich mit der verstärkten Teilnahme von Staatschefs (darunter die von Präsident Lula) beim thematischen Sozialforum von Bahia vom 29. bis 31. Januar 2010 in Salvador [10], vertiefen. Es ist davon auszugehen, dass auf dem nächsten WSF, das 2011 in Dakar stattfinden wird, noch mehr Staatschefs teilnehmen werden. Auf einem Vorbereitungstreffen in der senegalesischen Hauptstadt im November letzten Jahres haben soziale Bewegungen des Kontinents ihren Willen bekundet, das WSF weiterzuentwickeln. In der Debatte ist von der Notwendigkeit gesprochen worden, daraus "einen Raum glaubwürdiger Bünd-

nisse" zu machen und nicht "einen Markt der Zivilgesellschaft"; eine "neue Beziehung mit den politischen AkteurInnen zu definieren", um "eine Alternative aufzubauen". Die notwendige "post-altermondialistische" Wende der Sozialforen wird sich in Afrika mit Sicherheit festigen.

Anmerkungen:

[1] Es handelte sich, außer um den Autor dieses Artikels (damals Generaldirektor der Zeitung und Präsident von Attac Frankreich), um Chico Whitaker und d'Oded Grajew, Sekretär der Kommission Gerechtigkeit und Frieden der Nationalen Konferenz der brasilianischen Bischöfe beziehungsweise um den Leiter der brasilianischen Unternehmervereinigung für die Bürger (CIVES), sowie um Frau Whitaker und Frau Grajew.

[2] Zur Entstehung und Organisation dieses ersten Forums und der beiden folgenden: Bernard Cassen, *Tout a commencé à Porto Alegre*, Ebenfalls über die Anfänge des Forums: Text von Chico Whitaker, <http://vimeo.com/7420061> (SiG-Red.)

[3] Ignacio Ramonet, «Davos ? Non, Porto Alegre», *Le Monde diplomatique*, August 2000. Dieser Artikel wurde in über 20 Fremdsprachenausgaben, die diese Monatsschrift damals zählte, veröffentlicht. Ebenso der Leitartikel desselben Autors, der einige Wochen vor Beginn des Forums zu Mobilisierungszwecken erschien: "Porto Alegre", *Le Monde diplomatique*, Januar 2001.

[4] „Drei Herausforderungen für die Weltsozialforen“ von Samir Amin und François Houtart, erschienen in *Le Monde Diplomatique*, Mai 2006, Übersetzung in SiG 52 <http://sandimgetriebe.attac.at/4733.html>

[5] Übersetzung in SiG 41 <http://sandimgetriebe.attac.at/3095.html>

[6] Übersetzung in SiG 49 <http://sandimgetriebe.attac.at/2599.html>

[7] Editions Syllepse, Paris, 2003.

[8] Erklärung zum Klimawandel, angenommen vom ALBA-Gipfeltreffen vom 13./14. Dezember 2009 in Havanna, in SiG 79 veröffentlicht

<http://sandimgetriebe.attac.at/8567.html>

[9] Am 26. Januar 2008 haben die Vereinigung *Mémoire des luttes* und die Zeitschrift *Utopie critique* in Paris ein Kolloquium unter folgendem Titel organisiert: "Altermondialisme et post-altermondialisme." Der Schlus-

saufuhr befindet sich unter: http://www.mede-lu.org/spip.php?article7&var_recherche=colloque%20post%20altermondialisme

Anm. der SiG-Redaktion:

S. auch zur Vorbereitung dieses Kolloquiums in SiG 65

<http://sandimgetriebe.attac.at/6404.html>

[10] <http://www.fsmbahia.com.br>

Originalartikel:

<http://www.medelu.org/spip.php?article323>

Übersetzung: coorditrad (Jürgen Janz, Korrektur Bernhard Sallegger)

Eric Toussaint und Olivier Bonfond Wird der Kapitalismus es schaffen, das Weltsozialforum zu vereinnahmen?

Das folgende **Interview im Februar 2010** geführt. Vom 21. Januar bis zum 2. Februar hatten **Eric Toussaint** und **Olivier Bonfond**, zwei globalisierungskritische Aktivisten und Mitglieder des internationalen Rats des WSF und des Netzwerkes CADTM (Comité pour l'Annulation de la dette du Tiers Monde, Komitee für den Schuldenerlass für die Dritte Welt) an verschiedenen internationalen Treffen und Versammlungen in Brasilien teilgenommen.

Marga Tojo Gonzales: 10 Jahre nach der Geburt des Slogans *“Eine andere Welt ist möglich”* lebt der Großteil der Menschheit immer noch in menschenunwürdigen Bedingungen und mit der internationalen Finanzkrise hat sich die Situation noch verschlimmert. Haben die Globalisierungskritiker versagt?

Olivier Bonfond: Wenn die Frage so gestellt ist, muss man sich eingestehen, dass es dem Weltsozialforum und insgesamt der globalisierungskritischen Bewegung nicht wirklich gelungen ist, den Lauf der Dinge grundsätzlich zu ändern. Das ursprüngliche Ziel dieses riesigen Projekts Weltsozialforum war eine Veränderung der Gesellschaft zum Besseren hin herbeizuführen - hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, weniger Ungleichheiten – eine Gesellschaft, in der die grundlegende Menschenrechte für alle gewährleistet sind. Aber eigentlich muss man die Frage anders stellen. Man sollte sich fragen, inwiefern das WSF und die globalisierungskritische Bewegung es geschafft haben, das **Kräfteverhältnis** zu Gunsten der Ausgebeuteten und Unterdrückten der Welt zu verändern. Die Antwort ist in dieser Hinsicht eher positiv. Doch das WSF ist kein Wundermittel und bleibt ein Prozess in ständiger Bewegung, mit all seinen Schwächen und Widersprüchen. Es ist außerdem sehr *“jung”*: Das WSF ist erst 10 Jahre alt und die globalisierungskritische Bewegung ist kaum älter, was sehr wenig ist im Vergleich zu den Kräften, mit denen sie es aufnehmen – gemeint sind die internationale kapitalistische Oligarchie und die transnationalen Unternehmen, zu deren Diensten mächtige

Organisationen wie die Weltbank, der IWF, die WTO, die Nato... tätig sind.

MTG: Was ist Ihrer Meinung nach das wichtigste Ergebnis von 10 Jahre WSF?

Eric Toussaint: Das WSF hat auf zwei Ebenen eine sehr wichtige Rolle gespielt. Erstens, auf der Ebene der **Delegitimierung** des Neoliberalismus als für die Menschheit einzig mögliches Modell. Natürlich ist der *“Kampf der Ideen”* nicht beendet, und der Gedanke der Fatalität ist in vielen Köpfen noch sehr präsent, aber die globalisierungskritische Bewegung hat es geschafft, die Notwendigkeit und Möglichkeit einer globalen Alternative zu begründen und sichtbar zu machen. Sie hat die Haltlosigkeit einiger Argumente, die damals Konjunktur hatten, enttarnt, wie zum Beispiel Fukoyamas Behauptung vom *“Ende der Geschichte”* oder das *“TINA”* (There Is No Alternative) von Margaret Thatcher. Ein weiteres wichtiges Ergebnis des WSF ist die Schaffung und die Verstärkung internationaler **Netzwerke** und die Herstellung der Verbindung zwischen diesen verschiedenen Netzwerken. Das ist ein sehr bedeutender Aspekt im Kampf gegen den globalisierten Kapitalismus. In Anbetracht der Strategien und der Kräfteverhältnisse, die dazu führen, dass sich Länder und Völker isolieren und/oder miteinander in Konkurrenz treten, ist es in der Tat höchst wichtig, über den nationalen Rahmen hinaus globale Alternativen anzubieten, auf Solidarität begründete Beziehungen aufzubauen, aber auch und vor allem die Aktionsstrategien und die internationalen Kampagnen zu koordinieren. In den ersten Jahren des Forums gab es zweifelsohne eine interessante Dynamik zwischen den Foren, den sozialen Bewegungen, den verschiedenen internationalen Kampagnen zu Themen wie Schulden, WTO, dem Militarismus, der Umweltbewegung, dem Feminismus... und zwischen den Organisationen der großen Mobilisierungen zu Treffen der Weltbank, des IWF, der WTO, der G8, der NATO oder der starken weltweiten Mobilisierung im

Februar 2003 gegen die Vorbereitungen der Irakinvasion.

M.T.G.: Das ist heute zu Tage also weniger der Fall? Gehören Sie zu denjenigen, die denken, dass dem Weltsozialforum die Luft ausgeht?

O.B.: Es lässt sich nicht leugnen, dass das Forum an Vitalität, an Nützlichkeit und teilweise an Legitimität (vor allem seit dem WSF in Nairobi im Januar 2007) verloren hat (1). Dafür gibt es verschiedene Gründe: Die Institutionalisierung des WSF; die Verstärkung des Einflusses großer NGOs, die über bedeutende finanzielle Ressourcen verfügen, die Vorliebe einiger Leiter des WSF für 4- oder 5-Sterne Hotels, die Unfähigkeit zur tatsächlichen *“Fusion”* der Tätigkeiten während des Forums (über 1500 Aktivitäten in 5 Tagen beim letzten WSF in Belem), die Suche nach Finanzmitteln bei großen privaten oder teilprivaten Unternehmen (Petrobras, das große brasilianische Öl-Unternehmen, bei dem 61% des Kapitals in privaten Händen liegt, die Ford Stiftung, die Multinationale CELTEL in Afrika...).

Die politische Entwicklung der letzten Jahre hat auch seine Wirkung gehabt. Man muss sich ins Gedächtnis rufen, dass die beiden Länder, in denen sich das WSF am festesten verankert hat, Brasilien und Italien sind. Die Entwicklung der Regierungen der beiden Länder seit 2003 haben sich stark auf das WSF ausgewirkt: Die Präsidentschaft Lulas in Brasilien (2) und die Prodi-Regierung in Italien (3). Wichtige Kräfte, die an der Gründung des Weltsozialforums mitbeteiligt waren, haben diese Regierungen unterstützt oder unterstützen sie heute noch, obwohl diese heute sozio-liberale oder völlig neoliberale Politik machen.

Man muss außerdem sagen, dass es dem WSF und der globalisierungskritischen Bewegung an internationalen *“Errungenschaften”* mangelt. Der Kampf gegen die von Washington gewollte amerikanische Freihandelszone (ALCA), der 2005 gewonnen wurde, ist zum Glück teilweise dem WSF zuzuschreiben. Aber wenn man sich die

internationale Bühne anschaut, dann wurde noch nicht einmal eine Besteuerung der finanziellen Transaktionen zur Bekämpfung der Spekulation durchgesetzt, obwohl der Kapitalismus zurzeit eine tiefe Krise durchläuft. Die imperialistischen Kriegsabenteurer gehen weiter. Die Putschisten in Honduras sind immer noch an der Macht. Kopenhagen ist ein offensichtlicher Fehlschlag. Die Tatsache, dass uns auf internationaler Ebene nicht gelungen ist, einen Sieg davon zu tragen, hat jene, die sich schnelle, konkrete Ergebnisse erhofft hatten, entmutigt. Man kann man also sagen, dass dem WSF die Luft ausgeht, in dem Sinne, dass neue Luft oder Energie fehlt, um einen schnelleren Gang einzulegen.

E.T.: Ich möchte Folgendes hinzufügen: Ein Großteil der Leitung des WSF hat eine Entwicklung der Bewegung abgelehnt hin zu einer Kraft, die willens es ist, auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform zu Mobilisierungen aufzurufen. Aber ohne den gemeinsamen Willen, sich auf internationaler Ebene zu mobilisieren, ohne den Willen, **gemeinsame Ziele zu definieren**, die man erreichen möchte, ist es schwierig voranzukommen. Das WSF gleicht zweifellos mehr und mehr einem riesigen Markt für Ideen (und Vorschläge) der nicht zu einem gemeinsamen Kampf für gewisse Ziele führt. Wir benötigen jedoch ein internationales Instrument, um die vorrangigen Forderungen und Ziele zu formulieren, einen gemeinsamen Aktionskalender festzulegen, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Wenn das Forum das alles nicht ermöglicht, dann muss man ein neues Instrument entwickeln, ohne jedoch das Forum aufzulösen oder zu verlassen. Ich glaube, dass es auch einen Zweck erfüllt. Aber da ein Teil des WSF nicht möchte, dass es zu einem Mobilisierungsinstrument wird, wäre es sinnvoller, etwas anderes zu gründen mit den Organisationen und Personen, die davon überzeugt sind, dass es das ist, was wir jetzt brauchen. Das hindert niemanden daran, aktiv am Forum teilzunehmen. Ich sage das, um eine Spaltung zu verhindern, eine endlose Debatte, die eher lähmt als voranbringt.

MTG: An welches neue Instrument denken Sie da?

E.T.: Es gibt einen Vorschlag, der aber ehrlich gesagt bisher auf wenig Reso-

nanz gestoßen ist. Es handelt sich um den Aufruf von Hugo Chavez Ende 2009 für die Schaffung einer Fünften Internationalen, die sowohl soziale Bewegungen als auch linke Parteien vereinigen würde (4). Ich glaube das ist im Ansatz sehr interessant. Das könnte eine Perspektive sein, wenn es zur Reflexion, zu einem Dialog zwischen Parteien und sozialen Bewegungen kommt: eine **Fünfte Internationale** als Instrument für die Konvergenz von Aktionen und dem Erarbeiten eines alternativen Modells.

Aber meiner Meinung nach könnte es sich dabei nicht um eine Organisation wie die vorigen Internationalen handeln, die sehr zentralisierte Parteiorganisationen waren – oder immer noch sind, die vierte Internationale gibt es ja immer noch. Die Fünfte Internationale dürfte meiner Meinung nach keine starke Zentralisierung haben, sie dürfte auch nicht die Selbstauflösung von Netzwerken oder von Organisationen wie die 4. Internationale bedeuten. Diese könnten der Fünften Internationalen beitreten und ihre Eigenschaften beibehalten, aber ein solcher Beitritt würde zeigen, dass alle Netzwerke und großen Bewegungen den Willen haben, weiter zu gehen als bloß punktuelle Bündnisse zu bilden, wie die Zusammenschlüsse zum Klima oder zur sozialen Gerechtigkeit, zur Ernährungssouveränität oder zu den Schulden. Mit vielen Netzwerken tragen wir dieselben Banner und das ist positiv. Aber wenn es möglich wäre, ein ständiges gemeinsames Bündnis zu bilden, dann wäre das noch besser. Indem ich diesen Ausdruck verwende, gebe ich schon Elemente einer Definition. Für mich wäre die Fünfte Internationale in der aktuellen Situation ein **beständiges Bündnis von Parteien, sozialen Bewegungen und internationalen Netzwerken**. Der Ausdruck "Bündnis" beinhaltet ganz klar, dass jeder seine eigene Identität behält, aber dem, was einigt, den Vorrang gibt, um gemeinsame Ziele zu erreichen und den Kampf voran zu bringen.

Die letzten Monate im Jahr 2009 und Anfang 2010 haben aufs Neue die Notwendigkeit gezeigt, die Fähigkeit zum kollektiven Handeln zu steigern, denn die Mobilisierung gegen den Staatsstreik in Honduras war viel zu schwach. Das ist besorgniserregend: Da die USA den Putsch unterstützen, indem sie die Wahlen danach legitimiert haben (5), gibt es den putschistischen Kräften auf der Welt den Ein-

SiG-SN 2010 „Was wir wollen“ - Seite 65

druck, dass das eine Möglichkeit sein kann. (...) (Eine nicht ausreichende Mobilisierung) hat es auch im Fall Kopenhagen gegeben und jetzt für Haiti. Der Widerstand, der der US-amerikanischen Intervention in Haiti entgegengebracht wird, ist ebenfalls völlig unzureichend.

MTG: Was halten Sie von der jüngsten Entwicklung des Weltsozialforums und vor allem: wie analysieren Sie die Foren von Porto Alegre und Salvador de Bahia?

O.B.: Das positivste Element der in Porto Alegre im Januar 2010 umgesetzten Aktivitäten war zweifellos der Start einer internationalen Kampagne gegen **Militärbasen** auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Diese Kampagne „*Lateinamerika und die Karibik: eine Region des Friedens. Nein zu den ausländischen Militärbasen*“, die von einer Reihe äußerst wichtiger Organisationen getragen wird, (6) zeigt sehr gut, dass das Weltsozialforum als offener Raum die Vorbereitung mobilisierender Kampagnen ermöglichen kann. Ein weiterer positiver Punkt: die Aktivitäten für die Mobilisierung zur *„Weltkonferenz der Völker zur Klimaveränderung und der Verteidigung von Mutter Erde“* (7), die vom 19. bis 22. April 2010 in Cochabamba stattfindet, haben viele Organisationen zusammengeführt.

Leider haben auch negative Elemente nicht gefehlt, weder in Porto Alegre noch in Salvador de Bahia. Man muss zunächst die schwache Präsenz sozialer Bewegungen nennen (vor allem indigener Organisationen, die das Weltsozialforum in Belem im Januar 2009 positiv beeinflusst hatten) und die daraus hervorgegangene Dominanz der großen NGOs bei allen Debatten, die die tiefere Logik des kapitalistischen Systems absolut nicht angreifen wollen. Schließlich, auch wenn es nicht neu ist, wurde die Organisation dieser beiden Foren von transnationalen Unternehmen wie Petrobras finanziert. Petrobras ist eine Mischfirma, die Erdöl und Gas hauptsächlich aus Bolivien, Ecuador und Brasilien fördert und dadurch erhebliche ökologische Schäden anrichtet. Wenn wir uns an Artikel 4 der Grundsatzordnung von Porto Alegre erinnern: *„Die im Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen widersetzen sich einem Prozess der kapita-*

listischen Globalisierung, der von multinationalen Unternehmen und Regierungen sowie internationalen Institutionen bestimmt wird, die nur ihre eigenen Interessen vertreten.“, wird sofort klar, wo das Problem liegt. Und obendrein zeichneten sich diese Foren durch eine beeindruckende Präsenz der Lula -Regierung aus, sowohl bei der finanziellen Unterstützung, was ebenfalls nicht neu ist, als auch bei der Gestaltung der verschiedenen Aktivitäten. Bei allen Aktivitäten, denen ich beigewohnt habe, saß ein Vertreter der brasilianischen Regierung am Tisch mit – Sie ahnen es – einem Vortrag, der eine positive Bilanz der Lula-Regierung zog. Hierin liegt eine wirkliche Gefahr, nämlich dass ein Sozialforum umgewandelt wird in ein Legitimationsinstrument einer Regierung, die eine neoliberale Sozialpolitik betreibt. (...)

M.T.G: Das Weltsozialforum wird von transnationalen Unternehmen finanziert, die sich ein „grüneres“ oder menschlicheres Image zulegen wollen, es wird umworben von politischen Mächten, die es als Werkzeug in ihrer Wahlkampagne verwenden. Einige sind deshalb der Meinung, dass das Weltsozialforum schon vollständig vom System verinnahmt wurde und dass man nichts Gutes mehr von ihm erwarten kann. Wie ist Ihre Einstellung dazu?

OB: Es ist sehr gut möglich, dass das Weltsozialforum nach und nach vom kapitalistischen System „verinnahmt“ wird. Daran wäre nichts Erstaunliches. Der Kapitalismus hat schon lange den Beweis erbracht, dass er in der Lage ist, sich an eine Dynamik anzupassen, die zunächst geschaffen wurde, ihn zu bekämpfen, und sie schließlich für seine Zwecke zu nutzen. Das WSF, genau wie die NGOs, soziale Bewegungen und ihre Aktivisten sind vor dieser Gefahr nicht gefeit. Als radikales Netzwerk ist die CADTM jedoch der Meinung, dass das WSF noch eine positive Rolle als ein Forum der Debatten über alternativen Konzepte spielen kann, die eine echte menschliche Entwicklung gewährleisten könnten, auf sozialer Gerechtigkeit und einem respektvollen Umgang mit der Natur basieren würden. Außerdem muss das WSF die Abstimmungsprozesse zwischen allen Bewegungen, die gemeinsam in Aktion treten wollen, vorantreiben. Diese Bewegungen werden sich anlässlich der Aktivitäten im Forum abstimmen. Übrigens wird die CADTM ihre aktive Teilnahme an der weltweiten Ver-

sammlung der sozialen Bewegungen (AMS) fortsetzen, die im Januar 2001 in Porto Alegre beim ersten Weltsozialforum geboren wurde.

M.T.G.: Können Sie uns in einigen Sätzen erläutern, woraus diese Versammlung der sozialen Bewegungen besteht ? Übrigens haben Sie kurz vor dem Forum von Porto Alegre in Sao Paolo an einem Seminar von sozialen Bewegungen aus der ganzen Welt teilgenommen. Was ging daraus hervor?

OB: Die Versammlung der sozialen Bewegungen (AMS) hat sich im Rahmen des Weltsozialforums entwickelt. Ihr hauptsächliches Merkmal ist, dass sie ein offener Raum ist, der eine gemeinsame Mobilisierungsagenda entwerfen soll. Sie wird von einer gemischten Gruppe sozialer Bewegungen und Netzwerke gebildet (Via Campesina, internationaler Frauenmarsch, CADTM, Jubilé South, No Vox, gewerkschaftliche Organisationen, Kontinentalen Sozialen Allianz der Amerikas (ASC), COMPA (8), ATTAC,...) die spezifische regionale und nationale Ziele haben, die aber gemeinsam gegen den Kapitalismus in seiner neoliberalen, imperialistischen und militärischen Phase kämpfen wollen, gegen Rassismus und Patriarchat.

Vom 21. bis 23. Januar 2010 haben sich in Sao Paolo verschiedene soziale Bewegungen, die der AMS schon mehr oder weniger lange angehören, in einem Seminar zusammen gesetzt, um die neue internationale Konjunktur zu erörtern, aber auch und vor allem um herauszufinden, wie man die verschiedenen bestehenden Kräfte organisieren kann und sie besser koordiniert, um die Kämpfe weltweit zu verstärken. Die Debatten über die Konjunktur haben herausgestellt, wie schwerwiegend und mehrdimensional die Systemkrise ist, die im Moment hauptsächlich durch die Militarisierung und die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen bestimmend bleibt. Als Aktionsstrategie war die sicherlich wichtigste Entscheidung, an der Vorbereitung eines Treffens der Versammlung der sozialen Bewegungen zu arbeiten, das in Afrika einige Monate vor dem Weltsozialforum im Februar 2011 in **Dakar** stattfinden soll. Hier verfolgen wir zwei Ziele. Erstens geht es darum, die Kommunikation und die Koordination auf dem afrikanischen Kontinent zu verbessern, unter Beibehaltung einer weltweiten Perspektive, denn es wird sehr

wohl eine internationale Versammlung unter Teilnahme afrikanischer, amerikanischer, asiatischer und europäischer sozialer Bewegungen sein. Außerdem geht es darum, die Mobilisierung für das nächste Weltsozialforum zu verstärken, und dafür zu sorgen, dass das Forum konkrete positive Auswirkungen auf die sozialen Bewegungen und die afrikanischen Kämpfe bringt.

Anmerkungen

(1) Mehr Info zur Bilanz des Weltsozialforums von Nairobi unter <http://www.cadtm.org/Forum-Social-Mondial-de-Nairobi> und <http://www.cadtm.org/Contribution-collective-aux-debats>

(2) Das Weltsozialforum wurde im Januar 2001 in Brasilien gegründet. Fünf Foren wurden organisiert (2001, 2002, 2003, 2005 und 2009). Das internationale Sekretariat des Forums sitzt in Brasilien. In Italien wurden zwischen 2001 und 2003 die größten Protestkundgebungen von Globalisierungskritikern organisiert (angefangen in Genua im Juli 2001 mit 500.000 Demonstranten gegen den G8 Gipfel, das erste europäische Sozialforum im November 2002 mit 60.000 Abgeordneten und einer Demonstration mit 150.000 Teilnehmern, und die Mobilisierung gegen die NATO, gegen den Krieg in Afghanistan und im Irak zwischen 2001 und 2003).

(3) Prodi, ehemaliger Präsident der europäischen Union, hat mit seiner Regierung (vor allem zusammen mit den Sozialdemokraten und der Partei der kommunistischen Neugründung, mit denen ein Großteil der Führung des italienischen Sozialforums verbunden war) eine liberale Sozialpolitik geführt, und hat die Präsenz der italienischen Armee in Afghanistan beibehalten. Dies führte zu einem Wahldebakel für die Linke, deren beiden oben genannten Parteien *zerschmettert* wurden.

(4) <http://www.psuv.org.ve/files/tcdocuments/engagement.caracas.pdf>

(5) Siehe Eric Toussaint « *Du coup d'Etat au Honduras aux sept bases US en Colombie : la montée de l'agressivité de Washington* » www.cadtm.org/Du-coup-d-Etat-au-Honduras-aux

(6) Erklärung und die unterzeichnenden Organisationen: <http://www.cadtm.org/America-Latina-y-el-Caribe-una>

(7) web : <http://cmpcc.org/>

(8) <http://www.compatrono.com/>
<http://www.cadtm.org/Le-capitalisme-arivera-t-il-a>

<http://www.cadtm.org/Le-capitalisme-arivera-t-il-a>

Übersetzung: Marie Gilow, Gina HEI-DEMANN, coorditrad

Weltsozialforum: Einige Internetadressen

<http://www.forumsocialmundial.org.br>

<http://www.wsftv.net/>

<http://fsm10.procempa.com.br/wordpress/>

<http://www.ciranda.net/fsm-2010-wsf>

<http://www.attac.de/index.php?id=4913>

WSF in Belém

<http://www.choike.org/2009/eng/eventos/64.html>

Dokumente der Schlussversammlungen des Weltsozialforums 2009

(Belém, 03.02.2009) Beim Weltsozialforum haben die thematischen Versammlungen am 1. Februar, dem Abschlusstag der Veranstaltung, Erklärungen abgegeben - ein Novum in der Geschichte des Forums. <http://www.eed.de/de/de.col/de.col.d/de.sub.25/de.sub.news/de.news.1116/index.html>

Sand im Getriebe Nr. 72, <http://sandimgetriebe.attac.at/7064.html>

<http://www.labournet.de/diskussion/wipo/seattle/wsf09/index.html>

10 Jahre WSF in Porto Alegre:

<http://portoalegre.blogs.liberation.fr/>

<http://weltsozialforum.org/meldungen/news.2010/>

Sand im Getriebe Nr.79 und 80, <http://sandimgetriebe.attac.at/8602.html>

Sozialforum in den USA, Detroit Juni 2010

<https://sites.google.com/site/detroitodakar/>



Weltsozialforum in Dakar, 6. – 11. Februar 2011

<http://fsm2011.org/en/frontpage>

Strategiedebatte: <http://fsm2011.org/en/node/484>

Vorbereitungstreffen vom 27.7. bis 29.7.2010: <http://fsm2011.org/en/node/550>

.....Attac ist Teil dieser Bewegung.....

Die „Frankfurter Erklärung“,

beschlossen auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt/M am 26.5.2002, am 29.10.2006 ergänzt

Die Globalisierung ist ein Umbruch von historischen Dimensionen. Sie verändert die Gesellschaft mit enormem Tempo und greift tief in unsere Lebensbedingungen ein. Sie wird bisher einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert, von großen Banken, Investmentfonds, Transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzern. Ihr Leitbild ist der Neoliberalismus. Nach dieser Ideologie lassen sich die gesellschaftlichen Probleme am besten lösen, wenn man sie dem Markt und den Privatunternehmen überlässt.

Das neoliberale Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich jedoch nicht erfüllt, im Gegenteil:

- Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Dritten Welt. Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz.
- Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Auch bei uns nehmen soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit zu. Die sozialen Sicherungssysteme werden abgebaut und sind von Privatisierung bedroht. Renten, Gesundheit, Bildung sollen zur Ware werden.
- Demokratie wird untergraben, weil Global Players mit der Drohung, den "Standort" zu wechseln, zunehmend die Politik diktieren.
- Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau in Form von unter- und unbezahlter, flexibler Arbeit hat insbesondere die Situation der Frauen verschlechtert. Dies führt zu neuen Ungleichheiten zwischen und innerhalb der Geschlechter.
- Die Lösung der Umweltprobleme wird verschleppt. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Unterwerfung unter die Marktlogik zerstört.
- Kulturelle Vielfalt wird durch eine ökonomisch mächtige Kulturindustrie eingegeben. Die Suggestivkraft von Werbung und Markenlogos bestimmt immer stärker Wertorientierungen und gesellschaftliche Leitbilder.
- Neben anderen Gründen sind es hegemonale Interessen und neue Rohstoffquellen (Öl und Gas), zu deren Sicherung reiche Industriestaaten zunehmend militärische Planungen und kriegerische Interventionen durchführen. Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervorgebracht. Sie begünstigt damit politische Destabilisierung und ist ein

Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus. Dies führt zur Rechtfertigung von weltweiter Aufrüstung, von Militarisierung und zur Aushöhlung demokratischer Rechte.

Wir brauchen eine andere Politik

Die neoliberale Globalisierung ist keineswegs schicksalhaft und alternativlos. Sie ist von den Regierungen der großen Industrieländer und mit Hilfe von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) zielgerichtet betrieben worden. Deutschland und die EU spielen dabei sowohl nach innen (Liberalisierung der Binnenmärkte) als auch bei der neoliberalen Zurichtung der Weltwirtschaft eine maßgebliche Rolle.

Dazu gab und gibt es wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen. Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung. In ihr gibt es mehr gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit und eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung des Nordens wie des Südens. Wir wollen eine Welt, in der Demokratie für alle Menschen gewährleistet ist und kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.

Diese Ziele sind nur durchsetzbar, wenn es eine starke, international handelnde gesellschaftliche Bewegung gibt. Attac ist Teil dieser Bewegung, die sich in Seattle, Prag, Genua sowie anderen Orten formiert hat und sich unter anderem im **Weltsozialforum** von Porto Alegre weiter entwickelt.

- *Attac will als **Teil der außerparlamentarischen Bewegung** einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.*
- *Attac streitet für eine neue **Weltwirtschaftsordnung**, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird.*
- *Attac ist **Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung**, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.*

Attac setzt sich ein für:

- Ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.
- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen, sog. Tobinsteuer und die Verwendung der Einnahmen für internationale Umwelt- und Entwicklungsaufgaben.
- Die Schließung der Steueroasen, die

Regulierung von Derivaten und das Verbot von hochspekulativen Fonds (sog. Hedge-Fonds).

- Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.
- Die Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, die Beendigung der neoliberalen Strukturanpassung sowie die Ablösung der Diktatur der Gläubiger durch ein faires und transparentes Verfahren.
- Eine Welthandelsordnung, die den Interessen der Entwicklungsländer, sozial Benachteiligten und der Umwelt Vorrang einräumt.
- Internationale Institutionen, die diesen Zielen und nicht den Interessen von Industrieländern, Konzernen und korrupten Eliten dienen.
- Ein demokratisches und soziales Europa, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Solidarität mit den anderen Teilen der Welt orientiert. Wir wehren uns gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, der Bewegungsfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Wir weisen die Kriminalisierung der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zurück.
- Eine demokratische Reform der öffentlichen Dienstleistungen. Wir setzen uns ein für ein Niveau sozialer Sicherung, das allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir wenden uns gegen Privatisierung öffentlicher Dienste und der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge z. Bsp. des Gesundheits- und Bildungssystems sowie der Wasserversorgung, wie sie im Rahmen des GATS-Abkommens droht. Die Privatisierung öffentlicher Güter und genetischer Ressourcen lehnen wir ab.
- Ein System der solidarischen Alterssicherung.
- Umverteilung und Umbewertung von Erwerbs- und unbezahlter Arbeit im Rahmen der internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.
- Eine soziale und ökologische Gestaltung der Landwirtschaft. Gen-technisch veränderten Produkte und Patente auf Leben lehnen wir ab.
- Die Regulierung und Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen. Wir fordern u.a. höhere Unternehmenssteuern, existenzsichernde Löhne, Arbeitsrechte und Mitentscheidungsrechte für Beschäftigte, Gleichstellungsaufgaben, soziale und ökologische Standards.

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand!